

70.

Versailles und der Völkerbund



**Betrachtungen und Ausblicke
von CHARLES SAROLEA**

Professor a. d. Universität Edinburgh
Ehrendoktor der Universitäten Montreal (Canada)
und Cleveland (Ohio)

1920

LUDWIG RÖHRSCHEID, VERLAG, BONN

Um den
Vertrag von Versailles
und den
Völkerbund



Betrachtungen und Ausblicke
von CHARLES SAROLEA

Ins Deutsche übertragen von
Dr. H. Mutschmann, Marburg

Dr. H. Mutschmann

1920

LUDWIG RÖHRSCHEID, VERLAG, BONN

584126



D. 2145/85

KAPITEL I.

Götzendämmerung.

I.

Dem oberflächlichen Leser, der glaubt, der Friedensvertrag habe für viele Jahrzehnte die Probleme der Neueinrichtung Europas gelöst, und nichts, was ein unpolitischer Kritiker in seiner Studierstube gegen ihn sagen könne, würde jetzt noch etwas daran ändern, mag ein reflektierendes Buch wie das vorliegende als ein nutzloses und verspätetes Unternehmen erscheinen. Dem nachdenklichen Beobachter jedoch, der glaubt, die Friedenskonferenz habe keine endgültige Lösung herbeigeführt und könne sie nicht herbeigeführt haben, der die Ansicht hegt, daß es unseren Nachkommen überlassen bleiben muß, die Lehren des Krieges völlig zu begreifen und die Prinzipien der internationalen Beziehungen der Zukunft zu entwickeln, diesem mag im Gegenteil das vorliegende Buch verfrüht erscheinen. Und es sei offen zugegeben: das vorliegende Buch kommt tatsächlich verfrüht. In der gegenwärtigen Atmosphäre von Wirrwarr und Leidenschaft kann keine dauernde Lösung gefunden werden. „Inter arma silent leges.“ Aber nicht nur das Gesetz wird während des Zusammenstoßes der Waffen zum Schweigen gebracht. In einer Zeit wie der gegenwärtigen scheint sogar die nachdenkliche Betrachtung unangebracht. Jeder Soldat wird den Drang verspüren, das Urteil Julius Caesars über Cassius zu wiederholen: „Er denkt zu viel, die Leute sind gefährlich“. Im Kriege muß man handeln, nicht philosophieren.

II.

Aber der Krieg ist jetzt vorbei, und selbst wenn es verfrüht wäre, eine dauernde Neuordnung zu versuchen, so ist es doch gewiß nicht verfrüht, die Grundsätze für eine derartige Neuordnung zu ermitteln zu suchen und uns von den Fesseln des Vorurteils und des Hasses zu befreien. Es ist nicht verfrüht, die Bedeutung der ungeheuren Ereignisse der Weltrevolution zu erklären und jetzt schon sich eine Vorstellung zu bilden, in welcher Richtung sich etwa die Ordnung aus dem Chaos entwickeln wird. Nach den Kommentaren der Presse zu urteilen haben wenige Engländer eine Ahnung von der wahren Natur der sich vor unsern Augen abspielenden Ereignisse. Nur wenige machen sich klar, daß diese Ereignisse ihre gewaltigen Folgen erst sehr allmählich offenbaren werden. Um sie zu verstehen, muß man nicht nur bis auf die französische Revolution zurückgehen; man muß bis auf die Anfänge der neueren Geschichte zurückgreifen. Die politische Schöpfung von drei Jahrhunderten bricht zusammen. Wir sind Zeugen der Götzendämmerung, des Untergangs der Götter und Könige; nicht nur bei den Deutschen, sondern bei allen Völkern stürzen die Götzen und Despoten. Die jetzt verschwindende Türkei ist die von 1453. Das verschwindende Rußland ist das Rußland Iwans des Schreck-

lichen. Das Preußen, das zerstört wird, ist das Preußen Friedrichs des Großen. Das zerschlagene Österreich ist das Österreich Ferdinands II. Unsere ganze Kenntnis besteht darin, zu wissen, daß vier politische Gebäude, die in vielen Jahrhunderten aufgebaut wurden, völlig zusammenbrachen; daß das alte Gleichgewicht der Kräfte verschwunden ist; daß ein großer, luftleerer Raum geschaffen wurde, und daß die Natur einen solchen nicht duldet. Aber wir wissen nicht, was in jenem leeren Raum sich ausbreiten wird, was sich aus der Verwüstung erheben soll.

III.

In den Einleitungszeilen wurde auf die allgemeine Annahme der Gedankenlosen hingewiesen, die den meisten englischen Kritikern des Friedensvertrages zugrunde liegt; die Annahme nämlich, daß die Unterzeichnung das Ende der Tragödie bedeute. Es ist aber in Wirklichkeit noch nicht einmal der Anfang. Man könnte darüber streiten, ob wir mit dem Gewinnen des Krieges zu Ende sind oder nicht; ob wir tatsächlich all die Ziele oder irgendwelche von den Zielen erreicht haben, derenwegen England in den Krieg eingriff. Aber es ist sicher noch nicht der Anfang damit gemacht worden, den Frieden zu gewinnen. Um den Krieg zu gewinnen, genügt es, zu zerstören; um den Frieden zu gewinnen, muß aufgebaut werden. Und der Aufbau ist eine viel mühsamere, wenn auch viel weniger aufregende Arbeit, als das Zusammenreißen. Vier Jahre wären nötig, um die feindlichen Heere zu besiegen; fünfzig werden nötig sein, um das neue Europa zu organisieren. Der Friedenskongreß ist nur ein kleines Vorspiel, eine Ouvertüre zu dem gewaltigen Drama der Zukunft.

Die gelbe Presse beschimpft noch fortwährend die Bevollmächtigten wegen der entsetzlichen Langsamkeit, mit der sie den Friedensvertrag verhandelten. Man hätte besser über die furchtbare Eile gejammert, mit der jene zur Verzweiflung gebrachten Staatsmänner gezwungen waren, ein vorläufiges Flickwerk zusammenzuschustern. Glaubt wirklich einer der Kritiker, jene Bevollmächtigten hätten in einem halben Jahre jene gewaltigen Gebäude, zu deren Errichtung die schöpferische Staatskunst vieler Jahrhunderte verwandt wurde, wieder herstellen können? Vier Jahre lang hat sich Europa zu Tode geblutet. Es liegt jetzt erschöpft am Boden, verhungert und bankerott. Anfälle von Wechselfieber sind dem Delirium tremens gefolgt. Die politischen Spezialärzte, die herbeigeholt wurden, um die erschütterten Konstitutionen wiederherzustellen und die klaffenden Wunden zu heilen, wagen es nicht, irgend eine Radikalkur vorzunehmen, was auch über ihre Kräfte ginge. Sie können höchstens einen Notverband anlegen. Sie vermögen bloß feierliche und nutzlose Besprechungen abzuhalten. Sie können bloß zusehen und auf die „vis curativa naturae“ vertrauen.

IV.

Und diese selben Zeitungsschreiber haben den Friedenskongreß auch angeklagt, weil er sich nicht auf sein eigentliches und dringendes Geschäft beschränkt habe, nämlich den Frieden zu schließen; und weil er seine Zeit damit vergeudet habe, den verfrühten und anspruchsvollen Bau des Völkerbundes zu errichten. Hätten diese Zeitungsschreiber etwas Verständnis für die wirkliche politische Lage, so würden sie begreifen, daß

der von ihnen für das eigentlich Wesentliche gehaltene Kongreß weiter nichts als ein unwirkliches Schaugepränge ist, während die von ihnen als nutzloses Anhängsel betrachtete Gründung des Völkerbundes der eigentliche Zweck war, das einzig Bleibende, das geschaffen wurde oder geschaffen werden konnte. Nicht einmal die durch fünfundzwanzigjährige politische Umwälzungen gestählten und ausgereiften Staatsmänner des Wiener Kongresses, nicht einmal der Mephistopheles Talleyrand, oder Metternich Mitternacht, selbst nicht der Mann von Blut und Eisen hätten die heutigen Friedensprobleme lösen können. Alles was die Bevollmächtigten tun konnten und auch tatsächlich taten, und was man ewig den Amerikanern, die sie dazu zwangen, danken muß, war die Beschaffung des politischen Instruments, des „novum organum“, mit dessen Hilfe allein die Friedensfragen der Zukunft gelöst werden konnten.

Aber die aus dem Weltkrieg entstehenden Probleme stellen nicht die Hauptschwierigkeiten, denen sich die Staatskunst gegenüber sieht, dar. So verwickelt, so verwirrend, ja unlösbar diese auch immer erscheinen mögen, so sehr müssen sie sich in Nichts verflüchtigen, wenn sie mit den aus der Weltrevolution entstehenden Schwierigkeiten verglichen werden. Der Krieg hat nur Staaten und Heere zerstört. Die Revolution, die zum großen Teil die Folge der Blockade war, unterhöhlt die eigentlichen Grundfesten, auf denen unsere Zivilisation aufgebaut ist. Deshalb ist die Revolution um so viel größer als der Krieg, um so viel mehr mit schicksalsschweren Folgen geladen. So, wie ich von den ersten Monaten des Jahres 1915 an ständig in den Spalten von „Everyman“ gepredigt habe, war der Krieg nur ein Mittel zum Zweck; die Revolution galt als Zweck, die Revolution war die letzte Ursache, auf die alle übrigen Ereignisse hinarbeiteten. Für unsere Vorfahren spielte das Epos Napoleon eine so viel bedeutendere Rolle als die Tragödie Danton und Robespierre. Ihnen galten die Ereignisse der Schreckensherrschaft als ein bloßes Vorspiel zu der Pracht und Herrlichkeit des Kaiserreiches. Bei richtiger Betrachtung der Weltgeschichte erscheinen dagegen die napoleonischen Kriege eine bloße Episode in der französischen Umsturzbewegung, und für uns ist Napoleon heute hauptsächlich der unbewußte und unfreiwillige Vorkämpfer der Demokratie, der bewaffnete Streiter der Revolution. Unsere Perspektive ist ebenso falsch wie die unserer Vorfahren. Uns erscheint die heutige soziale Umwälzung als weiter nichts als ein unglücklicher Zufall und eine Nachwirkung des Krieges. Der Nachwelt wird der Krieg selbst nur als das Vorspiel zu dem revolutionären Zusammenbruch erscheinen, der soeben begonnen hat, und der sich mit solch unerbittlicher Beharrlichkeit über zwei Hemisphären ausbreitet. Wir tasten noch vollkommen im Dunkeln bezüglich seiner Bedeutung und Zukunftsmöglichkeiten. Inzwischen können wir nur wahrnehmen, daß ehe diese Bewegung nicht in ihrer Kraft erlahmt ist, es töricht wäre, vom Abschließen eines Friedens zu reden. Denn ein Friedensschluß wäre ein Übereinkommen zwischen den alliierten Regierungen und den Regierungen von Deutschland, Österreich und Rußland. Und es gibt keine deutsche, österreichische oder russische Regierung mehr, mit denen man Frieden schließen könnte. Auf Jahre hinaus wird es keine solchen gefestigten Regierungen geben. Keine heute getroffenen Vereinbarungen können die Zukunft verpflichten; sie können weder wirklich noch dauernd sein.

Es ist das Schicksal der Politiker, daß sie hauptsächlich unmittelbar dringliche Fragen zu lösen haben. Für sie „ist es genug, daß ein jeglicher Tag seine eigne Plage habe“. Aber der unparteiische wissenschaftliche Betrachter sieht sich nicht vor die praktischen Schwierigkeiten des Politikers gestellt; er kann weiter in die Zukunft schauen und soll dies auch tun; er sollte seine Einbildungskraft anstrengen und sich ein prophetisches Bild der Zukunft machen. Dieser Krieg war eine Reihenfolge von Überraschungen, und die Überraschungen von morgen werden nicht weniger aufregend als die von gestern sein.

Man stellt sich vor, es seien die russischen Bolschewisten die großen Zerstörer, die da mit den Autokratien und Theokratien aufräumen. Man sollte sie aber vielmehr als die großen Baumeister ansehen. Es ließe sich sehr wohl die paradoxe Behauptung aufstellen, daß sie sowohl die am meisten aufbauende wie die haltbarste Arbeit in Europa leisten, denn diese paradoxe Behauptung ruht auf einem soliden Fundament aus Steinen. Was Clémenceau durchsetzen will, wird keine fünf Jahre halten. Die eigentlichen Baumeister der Zukunft sind Lenin und seine Jünger. Auf sie finden die Worte des Mephistopheles Anwendung: Sie sind die Geister, die stets verneinen, und stets das Gute schaffen. Denn das Ergebnis der bolschewistischen Revolution wird im Grunde dasselbe sein wie das der französischen Revolution: nämlich die Entstehung einer Republik von kleinen bäuerlichen Grundbesitzern; aber im Gegensatz zu der individualistischen französischen Republik wird jene russische Republik von hundertmillionen Bauern ein großes auf Gemeinwirtschaft aufgebautes Staatswesen sein. Der Muschik wird endlich sein Erbe antreten, und jene in den Staub getretenen Leibeigenen, die heute die Schlösser der deutschbaltischen Barone und die Landhäuser der geflüchteten russischen Fürsten plündern und anzünden, werden sich schließlich als das Rückgrat der neuen Weltordnung erweisen.

Nach unserer Ansicht bilden die deutschen Stämme immer noch die große Gefahr und Bedrohung des neuen Europa, und man ist dabei, künstliche Pufferstaaten und strategische Grenzen zum Schutze gegen diese Bedrohung zu errichten. Aber es ist viel wahrscheinlicher, daß sie die feste Grundlage der kommenden Weltordnung bilden werden. Seit dem westfälischen Frieden war der alte deutsche Bund das Hauptbollwerk des Friedens, und in der prophetischen Abhandlung des Abbé de Saint-Pierre wurde er als das Vorbild eines europäischen Bundes empfohlen, ebenso wie die Vereinigten Staaten der internationalen Vereinigung als Modell dienen sollen. Jener deutsche Bund, die Bedingung des europäischen Gleichgewichts, wurde durch das Schwert Napoleons zerstört. Preußen erzwang mit Hilfe seines alten Verbündeten Großbritannien die Vorherrschaft. Die Macht Preußens ist dahin. Da die Deutschen mehr als jede andere Nation unter dem alten Despotismus gelitten haben, so dürfte man damit rechnen, daß sie dem neuen Staatssystem treu bleiben, und sicherlich mit der ihnen eigentümlichen Gründlichkeit in seinem Dienste arbeiten werden, wenn wir nicht brutal in den logischen Verlauf der Ereignisse eingreifen.

Ich glaube, daß der Grundsatz der Nationalität das Entscheidende im neuen Europa sein wird, und dies scheint durch die im Kriege entfachten heftigen nationalen Leidenschaften und Gegensätze bestätigt zu

werden. Was wir aber schließlich erreichen werden, wird eine neue Form des Internationalismus sein. Der Grundsatz der Nationalität ist das Erbe der Vergangenheit. Er wird nicht das Evangelium der Zukunft sein. Wir wollen uns nicht von dem Schlagwort des Selbstbestimmungsrechtes irreführen lassen. Das Selbstbestimmungsrecht ist kein Selbstzweck, sondern nur ein Mittel zum Zweck. Es ist ein negatives, kein positives Prinzip. Es ist eine zweideutige, aber keine reinliche und direkte Lösung. Sowohl die sklavenhaltenden Staaten des Südens der Vereinigten Staaten, wie auch die irischen Unionisten forderten das Selbstbestimmungsrecht. In Zukunft soll kein Volk mehr sein Schicksal auf eigene Faust in selbstischer Absicht bestimmen dürfen, sondern es soll dies in gemeinsamem Zusammenwirken mit andern tun. Die letzten Worte der edelsten Märtyrerin dieses Krieges, der Schwester Cavell, drücken den tiefen politischen Sinn dieses Zusammenbruches aus: der nationale Patriotismus ist nicht das Einzige. Keine der befreiten kleinen Nationen wird in der Lage sein, ein gesichertes Leben auf rein nationaler Grundlage zu führen. Sie werden nur auf der Grundlage von Bündnissen ihre Existenz sicherstellen können. Sie können sich nur auf internationaler Grundlage und unter der Aegis des Völkerbundes halten.

Unter welchem Gesichtspunkte auch immer man die sich aus dem Kriege ergebenden Probleme untersucht, man wird immer wieder auf dieselbe Lösung hingewiesen: die Zusammenarbeit, das Bündnis, den Internationalismus. Gerade die drohende Hungersnot, der Mangel an Rohstoffen, die nationale Verschuldung, werden alle Völker in gegenseitige ökonomische und finanzielle Abhängigkeit bringen. Gerade die Schwäche der kleinen Nationen wird sie politisch abhängig machen. Alle Wege führen nach Rom. Man halte sich aber vor Augen, daß Rom nicht in einem Tage erbaut wurde, und auch nicht für eine einzige Generation. Es wurde gebaut, um die ewige und allgemeine Stadt zu sein. Jedes Volk wird seinen Anteil an diesem gewaltigen Bau der Freiheit und Gerechtigkeit zu leisten haben; an diesem auf dem Zusammenwirken aller beruhenden Staatswesen, das sich auf den Trümmern der nationalen und imperialistischen Strömungen der Vergangenheit erheben muß. Daß jedes Volk in würdiger Weise die Rolle spielen wird, zu der es durch seine nationale Begabung und geschichtlichen Überlieferungen geeignet ist, bildet die einzige Hoffnung, die mich unter den Leiden und den unentwirrbaren Schwierigkeiten der Gegenwart aufrecht erhält.



KAPITEL II.

Die politische Moral des Völkerbundes.

Keine Aufgabe verlangt heute dringlicher nach einer Lösung, als die sorgfältige und systematische Bearbeitung einer echten Philosophie des Patriotismus, und die strenge Kritik der zurzeit geltenden politischen

Moral, besonders in internationaler Beziehung. In bezug auf das Verhältnis einer Nation zur andern herrschen noch immer die tollsten Anschauungen; ebenso über das Verhältnis der Nationalität zur Menschheit; über eines jeden Pflichten gegen diese selber. Und doch sind diese Fragen nicht nur von grundlegender philosophischer Bedeutung, sondern auch von weitreichender praktischer Wichtigkeit, denn von der Antwort, die auf diese Fragen gegeben wird, muß in vielen Fällen die Entscheidung über Krieg und Frieden, und der Erfolg oder der Fehlschlag des Völkerbundes abhängen.

I.

Es scheint so, als ob die Menschen ihre Moralphilosophie aus zwei verschiedenen Quellen schöpften, je nachdem diese sich auf das Privat- oder das Staatsleben bezieht. Unsere Privatmoral entnehmen wir dem Evangelium, unsere Staatsmoral aber dem Heidentum. Auf dem einen Gebiet gilt Christus als maßgebend; auf dem anderen wird Caesar als oberste Instanz angesehen. Sobald die Staatsgrenze überschritten ist, hört unser Nächster auf, ein Bruder in Christo zu sein; er verwandelt sich in einen lästigen Ausländer, und in unseren Beziehungen zu ihm gehorchen wir einem anderen Moralgesetz. Tugenden und Laster verändern ihre Namen; der Egoismus der Gesamtheit wird als die Tugend der Vaterlandsliebe verkleidet; Betrug, Lüge, Schwindel, die den einzelnen Bürger ehrlos machen würden, werden mit der Würde sogenannter Prinzipien bekleidet: der „Wille zur Macht“ oder die „Staatsraison“. Habsucht und Stolz, die im Privatleben Todsünden sein würden, verwandeln sich in politische Tugenden und treten als schöner Ehrgeiz und edle Würde auf.

Man sieht schon, daß der Patriotismus keineswegs die einfache und selbstverständliche moralische Idee ist, als die er angesehen wird, sondern daß er seinem Wesen nach verwickelt und voller Widersprüche ist. Er hat zwar zu den schönsten Taten begeistert, ist aber auch zu den abscheulichsten Zwecken mißbraucht worden. Und dieser moralische Mißbrauch geht aus einem Irrtum des Verstandes hervor. Und da dieser Irrtum aus der Tatsache entsteht, daß man die verschiedenen darin enthaltenen Elemente nicht unterscheidet, so muß es unsere erste Aufgabe sein, sorgfältig auseinander zu halten und zu analysieren.

II.

Im elementaren Sinne ist Patriotismus die Liebe zum Vaterlande. Die Natur hat die wohlthätige Einrichtung geschaffen, daß die unfruchtbaren Ebenen und das trostlose Wetter des Nordens den Menschen mit einer ebenso leidenschaftlichen Zuneigung erfüllen wie die lachenden Weinberge und der helle Sonnenschein des Südens. Der Moralgedanke braucht sich nicht mit dieser elementaren Liebe zu vermischen. Diese entsteht aus Gewohnheit und Instinkt, aus Erfahrung und Anpassung, und es verdient niemand deshalb gelobt zu werden. Wie schon Montaigne im 16. Jahrhundert bemerkte: „Les sauvages d'Ecosse n'ont que faire des jardins de la Touraine“ — „die Wilden Schottlands können mit den Gärten von Touraine nichts anfangen.“ Man liebt sein Vaterland nicht, weil es schön oder reich ist, man liebt es, weil es eben das Vaterland ist.

III.

In einem anderen und weiter gefaßten Sinne, und zwar vom Standpunkte der Gemeinschaft und nicht des Individuums betrachtet, ist Patriotismus hauptsächlich Selbsterhaltungstrieb. Er ist jener kollektive Instinkt, der den Bürger antreibt, sich zur Verteidigung seines Landes zu erheben, wenn es ein fremder Eindringling bedroht. So stieg der deutsche Patriotismus auf den Siedepunkt im August 1914, als Ostpreußen von russischen Heeren überflutet wurde, und Hunderttausende von Flüchtlingen nach Berlin strömten. Genau das gleiche Gefühl beseelte die Indianer, als sie ihre Urwälder gegen „Bleichgesichter“ verteidigten, ebenso wie es während der französischen Revolution vierzehn Armeen an die Grenzen trieb. Auch dieser Patriotismus ist an sich keine moralische Tugend. Er ist vielmehr eine organische Notwendigkeit. Er stellt eine spontane kraftvolle Reaktion der Gemeinschaft dar. Er mag die erhabensten Opfer zeitigen, genau so wie die Mutterliebe sogar Schakale und Tiger zu den herrlichsten Opfern antreibt. Sehr oft aber führt er zu den schreiendsten Rechtsverletzungen. Er dient oft nur dazu, ins Land des Nachbarn einzufallen und diesen auszuplündern. Das Schlagwort Patriotismus ist oft, wie ein Sprichwort sagt, die letzte Zuflucht eines Schurken.

IV.

Jedoch findet man in unserer komplizierten und künstlichen Zivilisation nur selten den Patriotismus in jenen primitiven und instinktmäßigen Formen. Er vermischt sich meistens mit anderen Bestandteilen. Er stellt sich nicht nur als die spontane Liebe des Individuums zu seinem Geburtslande dar, er ist nicht nur die spontane Reflexaktion einer staatlichen Gemeinschaft in Zeiten der Gefahr: der Patriotismus wird zu einem absoluten Moralprinzip, einem Ideal der Staatspflicht, zu der umfassendsten und allgemeinsten Tugend.

Versucht man, die natürlichen und instinktmäßigen Bestandteile von den moralischen und künstlichen im Begriffe des Patriotismus zu trennen, so stößt man gerade hier auf immer neue Schwierigkeiten. Warum sollte man der Nation gegenüber, weil sie Nation ist, irgend welche Verpflichtungen haben, und auf welcher moralischen Grundlage ruht überhaupt der Nationalitätsbegriff? Warum soll die Nation notwendigerweise als etwas Absolutes gelten, als eine moralische Persönlichkeit, wenn sie sich oft als bloßer geographischer Begriff darstellt, oder als ein auf rohe Gewalt gegründeter Staat, oder als ein Länderkomplex, der nur durch Eroberung zu einem Ganzen wurde? Und warum soll man gezwungen sein, eine doppelte und oft widerspruchsvolle Moral anzunehmen? Warum sollte das Moralgesetz, das im bürgerlichen Leben gilt, nicht auch im staatlichen gelten? Und selbst wenn das Vaterland in der Stunde der Gefahr das Recht hätte, von seinen Bürgern das Opfer ihres Lebens zu fordern, warum sollte es auch den Anspruch auf das Gewissen haben? Und sollte denn nicht das nationale Ideal streng den höheren Idealen der Menschheit untergeordnet sein?

V.

Die Beweisführung der Verteidiger des Nationalitätenprinzips stützt sich auf die Annahme, daß man die höchsten moralischen Ziele nur im

Staate und durch den Staat erreichen könne, und daß man im Staate „lebe, webe und sei“. Diese Annahme liegt allen deutschen Anschauungen seit Fichte und Hegel zugrunde. Sie durchdringt alle Schriften Treitschkes. Aber diese Annahme bedarf starker Einschränkung und muß in der Hauptsache als eine Überlieferung aus dem Altertum angesehen werden. Sie geht auf eine Zeit zurück, da der Staat, die Politeia oder Civitas, alle weltliche und geistige Tätigkeit des Bürgers absorbierte; als der Staat in Wahrheit die Quelle aller menschlichen Moral, aller menschlichen Wissenschaft und Kunst war. Aber das Christentum hat den alten Staat zertrümmert und ihn fast all seiner moralischen, religiösen und künstlerischen Attribute beraubt. Das Christentum hat uns eine geteilte Pflicht auferlegt. Es hat uns den inneren, ewigen Streit zwischen dem Menschen- und den Gottesstaat gebracht. Die neuere Philosophie hat den Zersetzungs-vorgang zu Ende geführt, und heute werden wir, außer durch den Kampf zwischen den selbstischen Regungen des Einzelnen und der dem Staat gebührenden Pflicht, auch noch durch den Widerstreit der beschränkten nationalen und der weiteren menschlichen Aufgaben in Atem gehalten. Der Staat ist so weit davon entfernt, die Grundlage der Moral zu sein, daß die Fortschritte der Moral gewöhnlich im Gegensatze zu den nationalen Forderungen durchgesetzt wurden. Der Staat ist so weit davon entfernt, all unsere Tätigkeit zu absorbieren, daß heute all jene höheren Äußerungen des menschlichen Genies, Kunst, Wissenschaft und Religion nicht national, sondern international sind. Und es ist noch keineswegs ausgemacht, daß man nunmehr dem Internationalismus oder dem Universalismus statt dem Nationalismus die Treue halten solle; denn der Mann der Wissenschaft und der Philosoph sind in erster Linie der Idee der Wahrheit verpflichtet, der Katholik untersteht zunächst einmal einer allgemeinen Kirche, und der Forscher dem Begriffe der „Internationalen“.

Die altklassische Lehre stellt also eine viel zu schmale Grundlage für den modernen Patriotismus und Nationalismus dar. Sie nimmt keine Rücksicht auf jene tiefliegenden und verwickelten Veränderungen, welche die Welt in der neuen Zeit erlitten hat; sie wirft kein Licht auf die mannigfachen Probleme unserer geteilten Pflichten.

VI.

Kann denn andererseits die Behauptung aufgestellt werden, die volkstümliche Auffassung des Patriotismus sei in irgend einer Weise befriedigender als die abstrakten Lehren der Philosophen? Ist die Weisheit des Volkes weiser als die Weisheit der Theoretiker? Werden wir in der Annahme, daß die Kultur des einen Volkes der eines anderen überlegen sei, eine sichere Grundlage des Patriotismus entdecken?

Hatte der ungarische Patriot vor dem Kriege ein Recht, dem kroatischen und rumänischen Volke die magyarische Kultur aufzuzwingen, bloß weil seiner Meinung nach die magyarische Kultur überlegen sei? Waren die russischen und preußischen Patrioten berechtigt, dem polnischen Volke die russische bzw. preußische Kultur aufzudrängen, weil man diese für der polnischen überlegen hielt? Würde England ein Recht haben, den Buren in Südafrika oder den französischen Kanadiern die englische Kultur aufzuzwingen, weil diese der holländischen bzw. französischen überlegen gilt?

In Beantwortung dieser Fragen muß behauptet werden, daß die Überlegenheit irgend einer Kultur über eine andere nicht bewiesen werden kann. Es kann im Gegenteil bewiesen werden, daß eine derartige Überlegenheit nicht besteht; und selbst wenn eine solche bestünde, ließe sich ein Eingreifen in fremde Verhältnisse nicht rechtfertigen.

VII.

Unsere erste Behauptung ist, daß die absolute Überlegenheit des einen zivilisierten Volkes über ein anderes nicht zu beweisen ist. Die Erfahrung lehrt, daß jede derartige Überlegenheit rein subjektiv und willkürlich verstanden wird, und daß ihr regelmäßig die gegenteilige Behauptung von den andern Nationen entgegengesetzt wird. Nicht nur jede große Nation, sondern auch jede kleine erhebt diesen Anspruch und ist in gleicher Weise stolz auf ihre Taten in der Geschichte. Italiener und Spanier, Holländer und Belgier, Dänen und Schweden, Russen und Deutsche, Engländer und Franzosen rühmen sich gleicherweise ihrer überlegenen Kultur.

In diesem Zusammenhange ist es interessant, festzustellen, wie augenblicklich jede einzelne Nation den Anspruch erhebt, zum Gewinnen des Krieges das Entscheidende beigetragen zu haben. Die Belgier sagen: Durch unsere Verteidigung Lüttichs, durch die Verteidigung einer Schranke gegen den ersten Angriff der Hunnen haben wir die Zivilisation gerettet. Die Franzosen sagen: Durch unsern Sieg an der Marne, durch unsere Opfer bei Verdun haben wir die deutschen Absichten zunichte gemacht. Der Brite sagt: Unsere Blockade, unsere Seemacht, unsere scharfe Wacht zur See haben das Schicksal unserer Feinde besiegelt. Die Russen sagen: Durch unsern Vorstoß nach Ostpreußen im Anfang des Krieges, durch unsere Massenangriffe im Osten wurden die französischen Siege erstmöglich. Die Serben sagen: Unsere heldenhaften Armeen haben die Österreicher gehindert, sich mit den Türken zu vereinigen. Die Italiener sagen: Unsere Siege an der Piave führten den Zusammenbruch des Habsburgerreiches herbei. Die Amerikaner sagen: Die Entente war verloren, hätte das Eingreifen Amerikas nicht in elfter Stunde die verzweifelte Lage gerettet.

Und unsere zweite Behauptung ist, daß falls die Überlegenheit einer Nation über die andere nicht bewiesen werden kann, dies der Fall ist, weil eine solche Überlegenheit nicht besteht. Denn was sollte das Ausschlaggebende hierbei sein? Liegt es auf dem Gebiete des Denkens oder des Handelns? Liegt es im Gebiete der Wissenschaft oder Religion, der Malerei oder Musik, des Handels oder der Politik? Keine Nation ist einer andern auf all diesen Gebieten überlegen, und es ist unmöglich, festzustellen, welches von diesen wichtiger als die übrigen wäre. Man wird es als das Ergebnis eines Naturgesetzes, das sogleich untersucht werden soll, nämlich des Gesetzes der Sparsamkeit und des Ausgleiches, allgemein erkennen, daß in dem Maße, wie eine Nation der andern überlegen ist auf einem gewissen Gebiete, sie ihr auf einem andern unterlegen ist. Ist der Engländer in der Politik überlegen, so ist es der Deutsche in Musik und Kunst, in Philosophie und Dichtung.

Und unsere dritte Behauptung ist, daß selbst, wenn die Überlegenheit einer Nation zu beweisen wäre, hierdurch nicht jene Angriffspolitik, wie sie der Durchschnittspatriot empfiehlt, zu rechtfertigen wäre. Selbst

wenn der Deutsche sich immer noch für dem Polen oder Tschechen überlegen hielte, hätte er sich sagen sollen, daß diese angebliche Überlegenheit ihm nicht gestattet, den Tschechen oder Polen seines Landes oder seiner Sprache oder seiner politischen Rechte zu berauben, nicht nur weil der Pole vielleicht eines Tages selbst der Überlegene werden könnte, falls man ihm Bewegungsfreiheit ließe, sondern aus dem einfachen Grunde, daß moralische oder politische Überlegenheit nicht mit Gewalt übertragen werden kann; weil eben der Preuße durch Bedrückung der Polen diese nicht besser machen würde, sondern er selber unter die Stufe der Polen sänke. Vergewaltigung demoralisiert sowohl das Volk, das sich seiner bedient, wie auch das Volk, gegen das sie angewandt wird.

VIII.

Es mag Ausnahmefälle geben, in denen sich ein Eingreifen in fremde Verhältnisse rechtfertigen läßt, wie z. B. im Falle der kolonialen Durchdringung einer tiefstehenden Rasse durch eine augenscheinlich überlegene, wie im Falle der Herrschaft einer weißen Rasse über eine farbige. Aber selbst wenn man annimmt, daß die Herrschaft der weißen über eine farbige Rasse stets der schwarzen oder gelben Rasse zum Vorteil gereicht, wäre dieses Eingreifen doch ohne Beweiskraft für den nationalen Patriotismus. Es ist sogar ein Beweis gegen den nationalen Patriotismus. Der Engländer mischt sich keineswegs in afrikanische und asiatische Verhältnisse, um in erster Linie die englische Zivilisation einzuführen; er mischt sich ein im Namen unseres gemeinsamen Christentums und im Namen der Menschlichkeit. Nach hundertundfünfzigjähriger Herrschaft fühlen sich die Engländer in Indien nicht berechtigt, den Eingeborenen so spezifisch englische Einrichtungen wie die parlamentarische Regierungsform oder das Schwurgericht aufzudrängen. Noch haben sie es für klug gehalten, ihre politische Macht zu gebrauchen, um das Christentum einzuführen. Das Recht, bei tieferstehenden Rassen einzugreifen, ist nicht auf eine Nation beschränkt: es ist ein Recht, ja eine Pflicht, die allgemeiner Auffassung nach allen Westmächten gemeinsam ist. Es ist die Pflicht des Weißen, der diese Last auch noch auf sich nimmt, weil er sich für stark genug hält, sie zu ertragen. Das trifft so sehr das Richtige, als die Kolonisation und Bekehrung der dunkeln Stellen der Erde, die „Teilung“ Afrikas und Asiens, jetzt durch internationale Verträge geregelt wird. Diese Pflichten wurden nicht als einziges Recht oder ausschließliche Pflicht oder als „die von der Vorsehung bestellte“ Aufgabe von einer einzigen überlegenen Großmacht beansprucht.

IX.

Man muß deshalb die moralische Grundlage des Patriotismus anderswo suchen. Es müssen andere Gründe gesucht werden, um das Nationalitätenprinzip als ein ethisches zu rechtfertigen; und es wird sich dabei zeigen, daß diese Gründe genau das Gegenteil der gewöhnlich angeführten sind. Der eigentliche moralische Grund für das Bestehen und die Aufrechterhaltung jener politischen Einheiten, die man Nationalitäten nennt, liegt nicht in der ausschließlichen Überlegenheit irgend einer Nation, sondern

im Gegenteil in den Beschränkungen, denen jede Nation unterworfen ist. Man glaubt an den Nationalbegriff, nicht weil irgend ein Volk alle Tugenden in sich enthielte, sondern weil im Gegenteil jedes Volk nur gewisse ihm eigentümliche Gaben empfangen hat, und weil andere Nationen und andere Verhältnisse nötig sind, um andere Gaben, die ebenso notwendig sein mögen, zu entwickeln. Der Glaube an die Nationalität verlangt nicht, daß alle Nationen gleich gemacht werden, nicht daß ein einziger Wohnort der politischen Vollkommenheit, eine einzige ideale Republik begründet werde; denn in der Schöpfung Gottes gibt es viele Wohnungen.

Und die Verschiedenheit der Nationen verdient vor der Einförmigkeit eines allgemeinen römischen Reiches den Vorzug aus denselben Gründen, die einen veranlassen, die abwechslungsreiche Landschaft von Küste und Gebirge der eintönigen Gleichheit einer weiten Ebene, so fruchtbar sie auch immer sei, vorzuziehen. Die Verschiedenartigkeit der Nationen verdient den Vorzug aus denselben Gründen, die einen Individualität und Persönlichkeit der Gleichheit eines abstrakten Typus vorziehen lassen. So wie ein und dasselbe Klima nicht sämtliche Früchte der Erde hervorbringen kann, so kann auch ein und dieselbe Nation nicht alle Früchte der Kultur erzeugen. So wie der englische Boden keine Trauben erzeugt, so bringt das englische Temperament keine plastische Kunst hervor, und es blieb den südlichen Nationen überlassen, die göttlichen Harmonien der Musik zu erzeugen. England steht für eine gewaltige Zivilisation; aber so gewaltig diese immer sein mag, so ist sie doch nicht vollkommen.

X.

Unser Universum ist, um einen Ausdruck William James' zu gebrauchen, ein „pluralistisches“, ein Universum freier Aktivitäten; und dieses pluralistische Prinzip gilt von der politischen Welt ebenso gut wie von der moralischen und geistigen. Alle Nationen sind „komplementär“. Keine nationale Zivilisation ist vollständig, und diese Unvollständigkeit ist das notwendige Ergebnis eines Naturgesetzes; ob man nun dieses Gesetz das Gesetz des Ausgleichs, oder das der Beschränkung, oder das der Arbeitsteilung, oder das der Differenzierung, oder das der Abwechslung nennen will; oder ob man es in der Sprache der Philosophie als das principium individuationis, das Prinzip der Individualität oder Persönlichkeit bezeichnen will; oder ob man es, wie der Theologe dies tut, dem Makel der Erbsünde und der Unvollkommenheit der menschlichen Natur zuschreiben will.

Es können deshalb getrennte Nationen nur in gewissen Richtungen sich entwickeln, und jede Überlegenheit in einer Richtung muß mit Unterlegenheit in einer andern bezahlt werden. Einige wenige auserwählte Individuen mögen diesem Schicksal entgehen, so ein Leonardo da Vinci, ein Michel Angelo, ein Goethe. Ganze Nationen, Millionen von Einzelwesen, können ihm nicht entgehen; und deshalb findet man, daß einige Nationen in den Künsten des Friedens und andere in denen des Krieges groß sind. Einige sind überlegen im Handel, andere in der Philosophie; einige in der Theologie, andere in der Naturwissenschaft. Und gerade aus demselben Grunde findet man bei den größten Nationen die überraschendsten Mängel und Fehler. England hat keinen einzigen wirklich großen Komponisten oder Bildhauer hervorgebracht, Deutschland hat keinen einzigen Dichter

des Komischen erzeugt, Schottland keinen einzigen Mystiker, Spanien keinen einzigen wahrhaft großen Naturforscher.

Es entwickelt deshalb eine jede Nation eine eigene, streng begrenzte, notwendigerweise unvollkommene Kultur, auf Grund ihrer ökonomischen, d. h. landwirtschaftlichen oder industriellen Zustände, ihrer geographischen, d. h. insularen oder kontinentalen Lage, der gebirgigen oder ebenen Beschaffenheit ihres Bodens, ihrer geschichtlichen Überlieferungen, seien diese kriegerischer oder friedlicher, protestantischer oder katholischer Art. Und gerade wegen dieser Beschränkungen und Unvollkommenheiten, und um die Verschiedenheit und den Reichtum von Abwechslung in der Menschheit zu gewährleisten, sollten so viele Nationen wie möglich ihre Eigenheit weiter behalten und entwickeln dürfen, d. h. also ihre künstlerische, religiöse, geistige und politische Persönlichkeit. Europa dem Einfluß oder der politischen Vorherrschaft einer einzigen Großmacht zu unterwerfen hieße, Europa in eine Art China verwandeln. Selbst bei der Annahme, daß Deutschland, England und Frankreich ihren Nachbarn ganz bedeutend überlegen wären, so wäre doch die Vorherrschaft irgend eines dieser Staaten eine Katastrophe für die Zivilisation. Sowohl der Sieger wie der Besiegte würde geschädigt werden, und zwar der Sieger mehr als der Besiegte. Der Besiegte würde unter Leiden und Verfolgung gewisse nützliche Eigenschaften entwickeln; der Sieger aber würde durch die Anwendung von brutaler Gewalt demoralisiert werden, und seine geistige Überlegenheit würde gerade durch ihren Mißbrauch dahinschwinden.

XI.

Die Weltgeschichte hat sich ausnahmslos gegen Monopole und Vorherrschaft jeder Art ausgesprochen, gegen jede Form eines aggressiven Imperialismus, sei er politischer oder religiöser Art, der sich unter dem Vorwande höherer Zivilisation ausbreitet. Das römische Reich wurde gerade mit den Waffen, die man zur Unterdrückung barbarischer Nationen benutzt hatte, zerstört. Dieselben Barbaren, die es zuerst besiegte, die es dann zu seinem eigenen Schutze rief, waren die Werkzeuge seiner Zerstörung. Die Römer gingen gerade an der Tyrannei, die sie gegen andere angewandt hatten, zugrunde, und der Verfall Roms wurde gerade aufgehalten, weil die Politik des aggressiven Imperialismus umgekehrt wurde; weil die geistigen Kräfte der Religion, des Rechts, der Erziehung und des Handelsverkehrs schließlich an die Stelle weltlicher Herrschaft traten, und weil man gerade den Barbaren gleiche Rechte mit den römischen Bürgern verlieh. Aber selbst auf diese Weise gelang nur eine verübergehende Belebung des römischen Reiches, und es kam die Zeit, wo an die Stelle der Einheit und Einförmigkeit Roms die unendliche Vielheit des Mittelalters trat.

Selbst in seinen besten Formen stellt der Imperialismus kein Menschheitsideal dar. Die Zivilisation gründet sich nicht auf Gleichförmigkeit, sondern auf Abwechslung und Persönlichkeit, auf Individualität und Originalität. Und wenn die Geschichte eine Lehre mit größerem Nachdruck betont, so ist es diese: daß kleine Nationen unendlich mehr Beiträge zu dem geistigen Erbe des Menschengeschlechts geleistet haben als die großen Reiche. Das kleine Griechenland gilt mehr als das Römerreich; Weimar mehr als Berlin; Brügge und Antwerpen und Venedig mehr als das spanische Weltreich;

und der Staub des Campo santo von Florenz oder Pisa ist mehr wert als hunderttausend Quadratmeilen der schwarzen Erde des russischen Reiches.

Zweifellos muß Einheit herrschen in den ökonomischen und religiösen Grundlagen der menschlichen Zivilisation. Genau so wie die unendlich verschiedenartigen Lebensvorgänge als Grundlage gemeinsame chemische und physiologische Vorgänge der Atmung, des Verbrennens und des Blutkreislaufs voraussetzen, ebenso fordert die unendliche Mannigfaltigkeit des sozialen Lebens eine gemeinsame Grundlage. Der Vielgestaltigkeit der menschlichen Natur und der menschlichen Persönlichkeit muß freier Spielraum gewährt werden.

XII.

Demnach muß sowohl unsere politische Philosophie, wie ganz besonders die Philosophie des Patriotismus einer vollständigen Revision unterzogen werden. Der wahre Patriotismus ist der Gegenpol des Jingoismus. Das Ideal des Nationalismus gründet sich nicht auf den Stolz, sondern darauf, daß wir alle Menschen sind. Dies Nationalitätsprinzip beruht nicht auf der Überlegenheit irgend eines Volkes, sondern darauf, daß alle Sterblichen unvollkommene Wesen sind. Das Nationalitätsprinzip berechtigt den Starken nicht zur Vorherrschaft: es setzt vielmehr eine gewissenhafte Achtung vor den gleichen Rechten der Schwachen voraus, die auf moralischem Gebiete um so viel mehr überlegen sein mögen, als sie militärisch unterlegen sind.

So ändert das Wort „Reich“ in der Beleuchtung durch die oben angeführten Grundsätze vollkommen seinen Sinn. Das moderne „Reich“ hat mit den Reichen der Vergangenheit nichts gemeinsam. Das moderne Reich mag sich auf Sprachgleichheit gründen, trotzdem das englische Weltreich französisch und holländisch sprechende Völker enthält, und das österreichische Reich ein Babel von Völkern ist. Im modernen Reich handelt es sich meistens um gemeinsame politische Ideale; jedoch niemals um die Herrschaft eines freien Volkes über Unterworfenen. Es beruht nicht auf Despotismus, sondern auf Gemeinsamkeit der Ziele. Es ist in der Hauptsache ein Bund von selbstregierenden Staaten, dem ein älteres, weiseres und erfahreneres Volk, *primus inter pares*, vorsteht, das seine Herrschaft nicht durch rohe Gewalt, sondern durch die Macht der Überredung, des Beispiels und des Opfers erlangt.

XIII.

Sind jene Grundsätze richtig, so muß jede Nation als eins von zahlreichen verschiedenartig ausgestatteten Werkzeugen der menschlichen Kultur betrachtet werden; wenn tatsächlich die Theorie der Nationalität die Anwendung der Prinzipien des Ausgleichs, der Konzentration und der Arbeitsteilung auf die Staatslehre ist, so folgt notwendigerweise, daß die Nationalität weder etwas Endgültiges noch Ausschließliches, weder etwas Absolutes noch Allgemeines sein kann.

Das nationale Ideal kann nicht Allgemeingültigkeit haben. Nur das Allgemeine ist absolut; und ein nationales Ideal kann seiner Natur nach nicht allgemein sein. Wäre es dies, so würde es aufhören, national zu sein; es würde sich notwendigerweise an die gesamte Menschheit wenden.

Und nationale Ideen können ihrer Natur nach nicht endgültig sein. Im Rahmen der Menschheit ist die Nationalität bloß ein Mittel zum Zweck und eine Voraussetzung; das Ziel aber ist die Menschheit. Der Definition nach ist die Nationalität etwas Unvollkommenes und Begrenztes. Wir dürfen uns diesen Beschränkungen nicht unterwerfen und nicht nur innerhalb ihres Kreises arbeiten. Wir dürfen diese Beschränkungen nicht zu Vollkommenheiten erhöhen. Wir müssen die niedrigsten Bürgerpflichten auf uns nehmen. Wir dürfen diese geringen Leistungen nicht so hinstellen, als besäßen sie die erhabene Bedeutung und den gewaltigen Wert des Dienstes an der Menschheit. Wie oben festgestellt wurde, haben die höchsten Betätigungen des Menschengeschlechts, Kunst, Wissenschaft und Religion, alle aufgehört, national zu sein. Sie sind alle international geworden.

Und das nationale Ideal kann nicht ausschließlich sein. Es muß darauf geachtet werden, daß die Menschheit nicht unter einem ausschließlichen Aufgehen in nationalen Sünden leidet. Und vor allem darf niemals zugelassen werden, daß die nationalen Ziele den Interessen der Menschheit feindlich sind. Um ein guter Engländer und ein guter Deutscher zu sein, muß man zunächst einmal ein guter Europäer sein.

Und deshalb ist das volkstümliche Schlagwort: „Recht oder Unrecht, es handelt sich um mein Vaterland“, eine Verzerrung des Patriotismus. Unrecht hört nicht auf, Unrecht zu sein, und Ungerechtigkeit und Verfolgung hören nicht auf, Ungerechtigkeit und Verfolgung zu sein, bloß weil diese nicht an Einzelnen, sondern an Millionen Leidender verübt werden. Man weiß, daß in der Welt des Verbrechens herrliche Beispiele von Aufopferung vorkommen, daß selbst ein Einbrecher einem anderen Einbrecher bis in den Tod treu sein kann; aber ein Bürger ist einem nationalen Verbrecher keine Treue schuldig. Ich werde meinem Vaterlande nicht zur Seite stehen, wenn es moralisch im Unrecht ist; und den größten Dienst, den ich ihm erweisen kann, erweise ich ihm durch den Beweis, daß es im Unrecht ist, und dadurch, daß ich es daran hindere, im Unrecht zu beharren. Kann ich mein Vaterland nicht überzeugen, wenn es eine ungerechte Politik verfolgt, so ist alles, was ich tun kann, zu wünschen, daß es nicht durchdringe und besiegt werde: denn eine Niederlage auf dem Schlachtfeld kann eine große Wohltat sein, das einzige Mittel, um eine Nation zur Vernunft zu bringen und sie zu lehren, ihre Fehler einzusehen; wohingegen der in einem ungerechten Krieg erlangte Sieg das furchtbarste Unglück sein mag, das eine Nation treffen kann, um den ganzen Lauf der nationalen Geschichte in eine andere Richtung zu lenken.



KAPITEL III.

Widerstände gegen den Völkerbund.

Wenn ein Ingenieur es unternimmt, eine Brücke zu bauen, so besteht seine erste Aufgabe darin, die Festigkeit des Fundaments und die Tragkraft des Materials zu prüfen, und ferner den Druck, den die Brücke auszuhalten haben wird, zu berechnen. Unterläßt er dieses, oder erweisen sich seine Berechnungen als falsch, so mag es eines Tages geschehen, wenn nämlich der Bau auf die Probe gestellt wird und die Brücke einem gewaltigen Druck ausgesetzt ist, daß ein Pfeiler nachgibt, und eine Katastrophe wie der Einsturz der Taybrücke erfolgt. Wenn ein Wasserbaumeister sich daran macht, einen Damm anzulegen, so muß er zunächst die geologische Beschaffenheit des Bodens erforschen, seine langsame und tückische Zersetzung durch das eindringende Wasser; er muß ferner die Wassermenge und die Stärke der Strömung berechnen. Unterläßt er dieses, oder erweist sich die Rechnung als falsch, und schmilzt der Schnee und rauscht die Flut die Berge herab, so wird der Damm fortgerissen und Tausende von Dörfern werden, wie dies oft in China geschieht, vernichtet und Millionen von Bewohnern müssen ertrinken.

In derselben Weise werden die Friedensstifter des Völkerbundes jene Kräfte abzuschätzen haben, welche Kriege herbeiführen: die Heftigkeit der menschlichen Leidenschaft und den Druck der fundierten Interessen. Gerade weil in den vor dem Kriege liegenden Zeiten die Pazifisten diese Kräfte in Rechnung zu stellen versäumten, gerade weil sie sich allein auf das Gefühl und papierene Verträge verließen, hielten sie der Belastungsprobe nicht stand: der Weltkrieg war das Ergebnis. All jene papierenen Verträge, all jene frommen Absichten schoben den Weltkrieg nicht um eine einzige Stunde hinaus.

Untersucht man also die Hindernisse, die der Völkerbund zu überwinden haben wird, so bemerkt man sogleich, daß diese sehr groß und sehr zahlreich sind. Vor dem Jahre 1914 gab es hundert und mehr Gründe, die auf den Krieg hindrängten; und die meisten von diesen wirkten überall. Der große französische Geschichtsschreiber Albert Sorel betont im Einleitungsbande seiner Geschichte der französischen Revolution, daß im 18. Jahrhundert jeder europäische Staat von derselben machiavellistischen Philosophie, von der Idee der „Staatsraison“ beherrscht war. Diese machiavellistische Philosophie erhielt sich bis ins zwanzigste Jahrhundert. Überall verfuhr man nach politischen Grundsätzen, überall huldigte man Anschauungen, die alle zum Kriege führten. Zwischen den Jahren 1870 und 1914 brachen nicht weniger als elf Kriege zwischen zivilisierten Nationen aus, und Deutschland trug an keinem von diesen eine wesentliche Schuld: der russisch-türkische Krieg von 1877, der Krieg zwischen Peru

und Chile, der serbisch-bulgarische Krieg, der türkisch-griechische Krieg, der chinesisch-japanische Krieg, der spanisch-amerikanische Krieg, der Burenkrieg, der Boxeraufstand, der russisch-japanische Krieg von 1905, die beiden Balkankriege von 1912 - 13. Wenn man all die Gründe untersucht, die in der Vergangenheit zu Kriegen führten, und wenn man bedenkt, daß der gegenwärtige Krieg nicht nur die alten Gründe keineswegs entfernt, sondern neue geschaffen hat, wenn man sich all die noch im Wege stehenden Schwierigkeiten vor Augen hält, so versteht man, wie viel ernstes Nachdenken und wieviel Pionierarbeit noch aufgewendet werden muß, ehe der Völkerbund sich verwirklichen kann.

I.

Die militärische Schwierigkeit.

Die erste Schwierigkeit ist die militärische, nämlich das Problem der militärischen Maßnahmen, die gegen einen aufsässigen Staat angewandt werden sollen, der den Befehlen des Völkerbundes den Gehorsam verweigert und den Weltfrieden bricht. Von allen in Vorschlag gebrachten Maßnahmen wird keine der Schwierigkeiten gerecht. Im allgemeinen wird vorgeschlagen, ein großes internationales Heer zu bilden, während jeder Staat noch seine eigene Polizeimacht behält. Aber der Unterschied zwischen einem internationalen Heer und einer nationalen Polizeimacht besteht nur in der Einbildung. Zunächst ist es einmal unmöglich festzulegen, einer wie großen Polizeimacht jeder Staat zur Aufrechterhaltung der Ordnung bedarf. Ist ein kleines Land ständigen revolutionären Umtrieben ausgesetzt, so bedarf es einer großen Polizeimacht. Ein so gewaltiges Land wie die friedfertigen Vereinigten Staaten braucht vielleicht nur eine geringe Polizeimacht. Ein großes Reich wie Deutschland oder Rußland wird aber unter allen Umständen eine riesige Polizeimacht nötig haben. Zweitens gibt es keinen wesentlichen Unterschied zwischen einer Armee und einer Polizeimacht. Nichts kann einen angriffslustigen Staat hindern, seine zu Verteidigungszwecken errichtete Polizeimacht zu Angriffszwecken umzugestalten. Auch kann ein Industriestaat nicht daran gehindert werden, seine Friedensindustrie in Kriegsindustrie zu verwandeln. Unter den gegenwärtigen Zuständen würde eine teilweise Abrüstung nur die Wirkung haben, daß wohlgeordnete, friedliche Staaten den Übergriffen von gesetzlosen und angriffslustigen Nachbarn ausgesetzt wären.

Auch ist das militärische Problem niemals nur eine Frage der Zahl. Es ist weiter nichts als eine Frage der industriellen Überlegenheit. Ein großer Industriestaat wie Deutschland muß einem landwirtschaftlichen wie Frankreich stets überlegen sein. Und dann spielt die militärische Tüchtigkeit eine Rolle. Die Stärke der preußischen Heere der Vergangenheit lag in der Manneszucht, die jene Heere zu einer hervorragend scharfen Waffe machten, sie lag in dem Geiste der Militärkaste und des in deren Sinne ausgewählten Korps von Reserveoffizieren; sie lag aber auch in der patriotischen Gesinnung des Volkes, wodurch die geistigen Kräfte der Massen mit den durch die herrschenden Klassen geschaffenen mechanischen vereinigt wurden. Hält man den kriegerischen Geist lebendig, und zieht man

sich vor allem ein paar Tausend tüchtige Offiziere und Unteroffiziere heran, so kann man in wenigen Jahren aus durchaus harmlos aussehenden Einheiten ein mächtiges Heer heranziehen, wie Preußen dies nach Jena tat. Die Erkenntnis dieser unangenehmen Tatsachen hat bisher alle Abrüstungspläne zuschanden gemacht.

II.

Die Flottenschwierigkeit.

In der englischen öffentlichen Meinung hat stets die naive Annahme geherrscht, das Streben nach militärischer Vorherrschaft auf dem europäischen Festlande sei eine unerträgliche Anmaßung von seiten der Franzosen oder Deutschen, während der englische Anspruch auf die Seeherrschaft wie ein Glaubenssatz der Religion heilig gehalten wurde. Heute hängt man diesem Glaubenssatz um so leidenschaftlicher an, als die englische Flotte mehr als irgend ein anderer Faktor dazu beigetragen hat, die Zivilisation zu retten. Man sollte aber trotz der die Entscheidung herbeiführenden Dienste der englischen Flotte nicht vergessen, daß der englische Glaubenssatz von den anderen Völkern niemals angenommen wurde. Er ist im Gegenteil Jahrhundertlang ganz allgemein angegriffen worden. In der Vergangenheit war es stets möglich, den französischen, russischen oder deutschen Protesten Widerstand zu leisten. In der Zukunft wird es viel schwieriger sein, dem amerikanischen Widerstand zu begegnen. Und Amerika glaubte an die „Freiheit der Meere“ lange, ehe diese von Deutschland ausgerufen wurde. Um diese Freiheit zu sichern, erklärte Amerika im Jahre 1812 England den Krieg. Und wenig mehr als hundert Jahre später sandte uns Präsident Wilson in unseren schwersten Stunden eine Note nach der andern, die das englische Auswärtige Amt zwangen, die Blockade zu mildern.

Und nach dem Kriege wird die amerikanische Lehre von der „Freiheit der Meere“ immer größere Bedeutung annehmen. Da die Vereinigten Staaten ihre Handels- und Kriegsflotte gewaltig vermehrt haben, so deutet alles auf eine starke Flottenpolitik seitens der amerikanischen Regierung hin. Es wird eine der ersten und dringendsten Aufgaben unserer Staatsmänner sein, die sich widerstreitenden englischen und amerikanischen auf die Seeherrschaft bezüglichen Theorien auszugleichen. Nur drei Wege sind dabei offenbar gangbar: entweder ein Flottenrüsten zwischen Großbritannien und Amerika, noch heftiger und kostspieliger als das zwischen Großbritannien und Deutschland, oder ein enges Zusammenarbeiten und eine gemeinsame Kontrolle der Meere durch die amerikanische und die britische Flotte, oder die bedingungslose Annahme der Freiheit der Meere in Kriegs- wie in Friedenszeiten.

III.

Das politische Hindernis.

Man nimmt ganz allgemein an, daß die Rechtsprechung des Völkerbundes sich auf das Schlichten von internationalen Streitigkeiten beschränken und sich nicht auf das Schlichten irgend welcher innerer Streitigkeiten erstrecken wird. Aber dieser Unterschied zwischen inneren und äußeren

Fragen besteht ebenso in der Einbildung wie der Unterschied zwischen einer Polizeimacht und einer Armee, oder zwischen militärischer und Flottenvormacht. Und selbst wenn es gelänge, eine Grenze zwischen inner- und internationalen Schwierigkeiten zu ziehen, so bliebe doch die Tatsache bestehen, daß die gewöhnlich zum Kriege führenden Gründe häufiger innerer als äußerer Natur sind.

Die von Ludwig XIV. gegen die Hugenotten verfolgte Politik der Intoleranz war eine innere Frage, und doch war die Verfolgung der Hugenotten die treibende Kraft, die alle protestantischen Staaten Europas gegen Frankreich vereinigte. Die Anarchie in Polen im 18. Jahrhundert war eine rein polnische Angelegenheit, und doch führte diese Anarchie ständig zu Eingriffen von außen und schließlich zur Teilung Polens. Der Sturz des „Ancien Régime“ durch die Revolution ging bloß die Franzosen an; und doch entzündete dieser Umsturz einen europäischen Krieg, der fünfundzwanzig Jahre währte. Die Wahlrechtsfrage ist vor allem eine innere; und doch führten die Wahlrechtsschwierigkeiten mit den „Ausländern“ zum Burenkrieg. Das Recht eines jeden Staates, seine eigenen Einwanderungsgesetze zu erlassen, ist ein inneres Problem; und doch liegen die amerikanischen und australischen Einwanderungsgesetze, die die gelben Rassen auszuschließen bezwecken, den gegenwärtigen und zukünftigen Schwierigkeiten zwischen Amerika und Japan zugrunde. Die Rechtslage und die Behandlung der Juden ist eine innere Frage; und doch hat die Entrechtung der Juden in Rumänien, Polen und Rußland internationale Verwicklungen herbeigeführt, und wird fortfahren, solche zu verursachen. Die Frage der irischen Selbstverwaltung ist eine innere; und doch ist sie die größte Ursache der amerikanischen Mißstimmung gegen England. Die Mißwirtschaft in der Türkei war hauptsächlich eine Angelegenheit der türkischen Regierung; und doch war diese Mißwirtschaft mehr als hundert Jahre lang die Veranlassung zu jedem Balkankonflikt. Die gegenwärtige Mißwirtschaft der Bolschewisten ist eine innere Frage; und doch ist sie nach Ansicht der alliierten Staatslenker eine europäische Gefahr, die ein militärisches Einschreiten rechtfertigt.

Gerade hier, nämlich an der Unmöglichkeit, innere und äußere Probleme zu scheiden, scheitern die meisten politischen Theorien. Gerade hier versagt der Grundsatz der Selbstbestimmung. Selbst der Präsident Wilson wäre nicht in der Lage, das Recht der Selbstbestimmung ganz scharf zu umschreiben. Welches ist die Einheit, die ihre politischen Geschicke bestimmen darf? Wenn die Litauer in Polen dieses Recht haben, warum nicht auch die Juden? Und wenn die Juden in Polen, warum nicht die Deutschen in Böhmen? Und wenn die Deutschen in Böhmen, warum nicht die Irländer in Irland?

Die Sache wimmelt von Schwierigkeiten und bedarf noch gründlichster Durchdenkung. Die vierzehn Gebote des Präsidenten der Vereinigten Staaten werfen keinerlei Licht auf die Dunkelheiten. Sie sind sogar im Gegenteil irreführend. In der berühmten Rede über die vierzehn Punkte verzichtete er auf jedwede Hineinmischung in die inneren Verhältnisse Deutschlands; und doch wurde wenige Monate nach dieser Rede erklärt, daß mit den bestehenden Machthabern kein Friede geschlossen werden könnte, was doch einem Befehl an das deutsche Volk gleichkam, seine Regierungsform zu ändern. Es ist klar, daß schon in der Definition des Völker-

bundes das Recht des Eingreifens enthalten ist, und daß die inneren Fragen somit als höchst bedeutsam gelten. Denn der Begriff des Völkerbundes setzt zumindest voraus, daß es Völker gibt, die einen Vertrag geschlossen haben. Ein Völkerbund ist ein Bund freier Völker, und nicht eine Allianz despotischer Regierungen. Wie kann eine vom Völkerwillen unabhängige Regierung wie die des Mikado irgendwelche Verpflichtungen im Namen des japanischen Volkes übernehmen? Wie kann eine Diktatur, wie die Regierung von Mexiko, irgendwelche Sicherheiten dafür bieten, daß sie sich den Bestimmungen des Bundes unterwerfen will?

IV.

Die diplomatische Schwierigkeit.

Die diplomatische Schwierigkeit hängt aufs engste mit den Methoden der demokratischen auswärtigen Politik zusammen; und diese Methoden unterscheiden sich wesentlich von denen der alten auswärtigen Politik. Der Völkerbund ist die oberste Instanz in allen Fragen, die innerhalb seines Geltungsbereiches liegen. Der Geltungsbereich mag begrenzt sein, aber innerhalb dieser Grenzen herrscht er uneingeschränkt. Der Bund hat seine eigene Diplomatie, seine eigene Politik, aber neben dieser inter- und über-nationalen Politik hat jede Nation noch ihre eigene. In welchem Verhältnis wird die internationale Politik zur nationalen stehen? Werden sie einander nicht dauernd durchkreuzen? Werden sie nicht znsammenprallen, allein weil sie nebeneinander bestehen? Diese Schwierigkeit ist keineswegs etwas Neues. Unter dem alten Regime hatte Ludwig XV. seine eigenen diplomatischen Vertreter, die das Geheimnis des Königs, „le secret du roi“, wußten, während das französische Auswärtige Amt durch seine eigenen offiziellen Gesandten vertreten war. In dem alten deutschen Reich hatte der Kaiser seine Diplomatie, die das Reich als Ganzes vertrat, während jeder deutsche Kleinstaat ebenfalls durch einen Geschäftsträger vertreten war. Unter der Zarenregierung gab es nicht weniger als drei russische diplomatische Missionen in Paris, die sich gegenseitig überwachten.

Die nationale Diplomatie wird noch der Aufsicht durch das Parlament unterliegen. Werden aber auch die zum Völkerbund abgesandten Vertreter derselben Aufsicht unterstehen? Wird ihre Politik allen Schwankungen der Parteien unterworfen sein? Seit 1870 hat Frankreich fünfzig Minister des Auswärtigen gehabt. Wird nun Frankreich während derselben Periode in Zukunft ebenso viele Änderungen in der Zusammensetzung seiner 'Abordnung zum Völkerbund machen? Und falls diese Änderungen nicht stattfinden, wie soll der Bund dem nationalen Gefühl und der Volksmeinung entsprechen?

Auf der anderen Seite nimmt man an, daß die nationalen Diplomaten die schwankenden Stimmungen der nationalen Politik auch fernerhin mitmachen werden. Ist dies aber der Fall, fahren die Völker fort, sich durch gemeinsame politische Interessen aneinander zu schließen, so kann nichts das Wiederauftreten der früheren Bündnisse im Völkerbund hindern, wodurch dann dessen Zwecke durchkreuzt werden, wie dies schon auf dem Friedenskongreß im Haag der Fall war.

V.

Die ökonomische Schwierigkeit.

Man ist wahrscheinlich früher geneigt gewesen, die Bedeutung ökonomischer Ursachen als Kriege herbeiführend zu überschätzen, und die Wirkung anderer Gründe zu vernachlässigen. Und doch, trotzdem der Krieg nicht in erster Linie, wie die Sozialisten behaupten, ein kapitalistischer Krieg war, trotzdem ökonomische Ursachen nicht die einzigen Ursachen nach außen hin verlegter Kämpfe sind, sind diese von höchster Bedeutung. Der Wettlauf um Kolonien und Einflußgebiete, um Absatzländer, der Imperialismus und das Kolonialwesen, die Großbritannien in den achtziger Jahren des verflossenen Jahrhunderts aufbrachte, befinden sich bestimmt unter den zahlreichen Ursachen der Weltkatastrophe. Noch ist jene ökonomische Politik, die darauf hinzielt, benachbarte Nationen von den einheimischen Märkten durch Schutzzölle auszuschließen, ein weniger bedeutungsvoller Faktor gewesen. In der nächsten Zukunft werden Kolonialstreitigkeiten wahrscheinlich keine Gefahr mehr bilden, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil alle Kolonien für den Augenblick aufgegeben sind. Aber es hat den Anschein, als ob die Zollfrage eine immer ernstere Gefahr bedeuten würde. Großbritannien plant ganz offen eine Rückkehr zur Schutzzollpolitik, deren Schärfe hauptsächlich gegen Deutschland gerichtet sein wird. Was wird unter diesen Verhältnissen die ökonomische Politik des Bundes sein? Der Präsident Wilson ist der Ansicht, daß ein freier ökonomischer Verkehr eine wesentliche Friedensbedingung ist, und Amerika ist selbst entschlossen, in China die offene Tür aufrechtzuerhalten. Wenn aber Amerika nicht aus China ausgeschlossen sein darf, warum sollte denn Japan aus Amerika ausgeschlossen sein? Großbritannien hat mit Frankreich und Rußland die Welt untereinander verteilt. Werden die andern Völker einer so ungleichen Teilung auf die Dauer zustimmen?

VI.

Die biologische Schwierigkeit.

Der Völkerbund vertritt die Auffassung, daß Verträge dauernd, unverletzbar und heilig sind, entgegen der deutschen Anschauung, daß sie nur so lange Gültigkeit hätten, als es von Nutzen sei, sie zu halten. Die deutsche Anschauung mag brutal erscheinen, aber sie enthält sehr viel Wahrheit und entspricht der Natur der Dinge. Die Bedingungen, die heute einen Vertrag rechtfertigen, mögen sich in zwanzig Jahren geändert haben; und ein Vertrag, der heute gerecht scheint, mag sich sogar in einen gänzlich ungerechten verwandeln. Der Pariser Vertrag, der Rußland vom Mittelmeer ausschloß, mag nach dem Krimkriege berechtigt gewesen sein. Er war aber für Rußland zu einer unerträglichen Härte geworden, wie sich in der grausamsten Weise im russisch-japanischen und im Weltkrieg zeigte.

Kein Vertrag birgt die Gewähr der Dauer in sich. Kein Geschlecht kann dem nächstfolgenden eine Verpflichtung auferlegen. Es ist unmöglich, für alle Ewigkeit in einer dem ständigen Wechsel unterworfenen Welt Gesetze zu machen. Der Vorbehalt „rebus sic stantibus“ sollte stets aufge-

nommen werden oder doch wenigstens als selbstverständlich gelten, wenn dem Vertrag nicht eine zeitliche Grenze gesetzt wird. Eine Nation ist rückschrittlich, die andere fortschrittlich. Bei einigen bleibt die Bevölkerungszahl stehen, bei andern verdoppelt sie sich in wenigen Jahren. Frankreich zählt heute eine Bevölkerung von 39 Millionen, und nach dreißig Jahren hat sie sich vielleicht nicht geändert. Deutschland hat dann vielleicht 100 Millionen. Und doch wird Frankreich mit seinen 39 Millionen ein gewaltiges Kolonialreich besitzen, das es vielleicht gar nicht ausbeuten kann. Deutschland aber mit 100 Millionen wird keine einzige Kolonie besitzen. Kein Vertrag kann auf Jahrzehnte die berechnete Ausbreitung eines großen Volkes behindern, noch gibt es irgendwelche Sicherungen für die Besitzungen irgend eines Staates, der diese nicht zum Nutzen der Menschheit ausbeutet. Der Besitz von Kolonien kann nicht durch ein Prinzip des Selbstbestimmungsrechtes gerechtfertigt werden. Er vermag dies nur durch das Prinzip des Allgemeininteresses. Das Prinzip des Mandats oder Auftrags ist bei Kolonialbesitz durchaus in der Natur der Sache begründet; es muß dieses Mandat aber zum Nutzen aller Völker ausgeführt werden.

VII.

Die praktische und die Sprachenschwierigkeit.

Bis etwa zur Mitte des 19. Jahrhunderts konnte die Sprache kaum als ein in der Politik bedeutsamer Faktor angesehen werden. Im 18. Jahrhundert nahm man die französische Sprache als das Medium der Bildung an, sowie das Lateinische als Sprache der mittelalterlichen Kultur galt. Die Franzosen hielten es nicht der Mühe wert, die deutsche Sprache im Elsaß auszurotten, aber Friedrich der Große gab sich Mühe, die deutsche Sprache in Preußen hintenanzusetzen. Das Nationalitätsprinzip und die Förderung der Sprache als der Trägerin der Nationalität sind das Ergebnis der Kriege, der Revolution, der Unterdrückung der kleinen Völker durch den Korsen. Von Waterloo an hat die Rassen- und Sprachenfrage eine immer bedeutsamere Rolle in der neueren Politik gespielt. Jene politischen Bewegungen, die man als Alldeutschtum, Panlatinismus, Panangelsachsentum, Panslavismus bezeichnet, drücken nur jene politischen Wahlverwandtschaften aus, durch die eine ähnliche Sprache sprechende Nationen, die zur selben Rasse gehören, sich angezogen fühlen. Aber die Anziehungskraft verwandter Eigenschaften war noch schwächer als die Gewalt ihres nationalen Hasses Andersgearteter. Und jene Haßerscheinungen waren in Ost- und Mitteleuropa besonders verheerend. In all diesen Ländern war die Sprachenfrage von höchster politischer Bedeutung, und der Sprachenstreit war meistens das Vorspiel zu blutigen Kämpfen.

Im allgemeinen erblickt man in der Sprache den Hauptbeweis der Volkszugehörigkeit, und das Nationalitätsprinzip wird selbst von Pazifisten und Demokraten als ein im höchsten Grade demokratisches angenommen, das zudem noch den Frieden fördern soll. Wenn das Nationalitätsprinzip besagt, daß kein Volk, so klein es auch immer sein mag, von einem mächtigeren Staat bedrückt werden soll, dann wäre es natürlich ein demokratisches. In diesem Sinne aber erweist es sich bloß als ein

negatives Prinzip; es enthält nichts Positives oder Aufbauendes. Und als Politik ist der Nationalismus häufiger reaktionär, obskurantistisch und angriffslustig als das Gegenteil. Er hat Völker gehemmt, statt sie zu vereinigen; er hat sich als allgemeines Hindernis für politische Verständigung, für ökonomischen und geistigen Fortschritt erwiesen. Er hat Mittel- und Osteuropa in einen Turm zu Babel verwandelt.

Und nach dem Kriege mag die Rassen- und Sprachenfrage brennender denn je sein. Kein Staat wird eine gleichartige Bevölkerung enthalten; die meisten der neuen Staaten werden große Splitter fremder Nationalitäten enthalten. Polen möge als typisches Beispiel gelten. Der polnische Staat wird ein neues Österreich sein, das Millionen Deutsche, Juden, Ukrainer und Litauer enthält. Wird in diesem wogenden Meere von miteinander im Kampfe liegenden Dialekten der Völkerbund nicht selbst ein Turm zu Babel werden?

VIII.

Die sentimentale Schwierigkeit.

Die Theoretiker der Politik neigen zu sehr dazu, die ungeheure Bedeutung, die Gefühl und Leidenschaft im internationalen Leben haben, zu unterschätzen. So entscheidend das ökonomische oder politische Interesse sein mag, so ist der sentimentale Faktor doch von ausschlaggebender Bedeutung. Hier legt man den Finger auf einen der Irrtümer, die den Theorien Norman Angells vor dem Kriege zugrunde lagen. Und jenes Nationalgefühl ist weder für Vernunftgründe zugänglich, noch bewirkt es den Frieden. Auch nimmt seine Bedeutung nicht mit dem Wachstum des demokratischen Geistes ab. Die Geschichte der Gegenwart beweist sogar, daß Demokratien den Anfällen von Nationalleidenschaft leichter erliegen als Autokratien. Eine Welle nationaler Leidenschaft rief den deutsch-französischen Krieg von 1870 hervor, und ebenso den spanisch-amerikanischen von 1898, den Burenkrieg von 1899. In welchem Maße wird es dem Völkerbund gelingen, jene von Zeit zu Zeit erfolgenden Ausbrüche der patriotischen Leidenschaft im Zaume zu halten, wenn diese noch dazu von einer Sensationspresse angestachelt wird, die selbst aus einem demokratischen und einem kapitalistischen Element besteht, die beide auf den Krieg hindrängen?

IX.

Die religiöse Schwierigkeit.

Vor dem Kriege galt in der Öffentlichkeit ganz allgemein die Ansicht, Religionskriege gehörten der Vergangenheit an. Die Tatsachen sprechen aber nicht dafür. Das religiöse Element ist in den heutigen Kriegen ebenso bedeutungsvoll wie in den gewaltigen Kämpfen der Vergangenheit. Die Religion bildet immer noch eine der Schranken, durch die Völker getrennt werden. Selbst in dem verflossenen Kriege ist nicht nur gegen eine preußische Maschine gekämpft worden; es ist gegen die geistigen Kräfte gekämpft worden, die jene Maschine antrieben. Es ist gegen den

alten deutschen Gott, den Kaiser gekämpft worden; d. h. gegen Thor und Wotan, die Götter Walhallas. Und es muß als eine eigenartige Tatsache betrachtet werden, daß der alte heidnische deutsche Gott in engem Bündnis mit dem Gott der mohammedanischen Welt und mit dem Gott der katholischen Welt stand. In jedem neutralen Lande, in der Schweiz, in Holland, in Spanien, im Vatikan selbst, haben die Katholiken auf seiten Deutschlands und Österreichs gestanden. In jedem Volke Mitteleuropas läßt sich die religiöse Schwierigkeit nachweisen, und es sieht nicht so aus, als ob diese behoben werden könnte. Serbien und Kroatien, die heute vereinigt sind, können sich morgen schon getrennt haben, weil Kroatien katholisch und Serbien griechisch-orthodox ist. Derselbe Gegensatz zwischen Katholiken und Orthodoxen, zwischen Orthodoxen und Griechisch-Unierten trennte Polen und Rußland in der Vergangenheit, und wird sie in Zukunft trennen.

X.

Die intellektuelle Schwierigkeit.

Versucht man, sich ein Bild von der Gesamtwirkung der besprochenen, zum Kriege drängenden Gründe zu machen, so erscheinen sie einem um so furchtbarer, als die Gewalt immer noch ganz allgemein als die „ultima ratio“ zum Austrag internationaler Schwierigkeiten angesehen wird. Man mag bedauern, daß Gefühl und Leidenschaft immer noch in der Seele des Volkes die Oberhand haben; die Lehre von der Gewalt bleibt doch noch immer die Lehre der Herrschenden. Man nennt diejenigen „Bolschewisten“, die zur Schlichtung innerer Schwierigkeiten die Gewalt anrufen. Handelt es sich aber darum, äußere Schwierigkeiten zu beheben, so scheint jeder Staatsmann sich als Bolschewist zu rühmen, und er verachtet jeden, der kein Bolschewist ist, als einen Träumer. In diesem Augenblick nehmen sich z. B. die kleinen Nationen in Mittel- und Osteuropa das Recht, ihre Interessen selbständig zu wahren, und sie weigern sich, dieser selben Friedenskonferenz, die sie ins Leben rief, und deren Autorität die einzige Garantie ihrer Freiheit ist, sich zu unterwerfen. Es ist klar, daß, ehe der Völkerbund seine Aufgaben erfüllen kann, der kriegerische Geist überall ausgetrieben werden muß; und zwar nicht nur aus den Regierungen, sondern auch aus den Herzen der Menschen. Eine neue politische Philosophie, eine neue Weltanschauung muß an die Stelle der alten Anschauungen treten. Der Völkerbund muß, wie die Kirche im Mittelalter, als oberste geistige Gewalt herrschen. Die bloße Tatsache seines Bestehens muß ein mächtiger erzieherischer Faktor sein in der Bekehrung zu dem neuen politischen Glauben. Aber bisher sind wir von dieser Bekehrung noch weit entfernt.

XI.

Die Verwaltungs- und Ausführungsschwierigkeiten.

Es bestehen noch grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten in bezug auf die Organisation des Völkerbundes. Der gegenwärtig geltende vorläufige Vertrag bedeutet einen Zusammenschluß der Großmächte, die den

kleinen Völkern ihren Willen aufzwingen. Werden aber die kleinen Staaten sich fügen, und sollen sie sich überhaupt fügen, selbst wenn die Großmächte untereinander einig wären? Denn falls sie sich unterwerfen, würde ja Macht immer noch vor Recht gehen, was in dem bloßen Bestehen des Zusammenschlusses der Großmächte begründet wäre. Man führt zur Verteidigung dieses Zustandes an, die Vorherrschaft der Großmächte sei unvermeidlich und berechtigt. Er sei berechtigt, weil die Großmächte die größten Opfer zu bringen hätten. Er sei unvermeidlich, weil unter keinen Umständen eine Anordnung des Völkerbundes ausgeführt werden könnte, falls die Großmächte sich nicht einig wären. Es wäre unsinnig, eine Großmacht wie Frankreich von Belgien, oder eine solche wie Großbritannien von Holland oder Dänemark überstimmen zu lassen. Das scheint zunächst ein guter Grund, ist aber in Wirklichkeit nur ein oberflächliches Argument, irreführend und ohne Beweiskraft. Die Antwort darauf lautet: 1. In der Theorie wie in der Praxis der demokratischen Regierungsform wird zwischen groß und klein, reich und arm kein Unterschied gemacht; die Geschworenen werden nicht wegen ihrer sozialen Stellung oder ihres Einflusses wegen gewählt; jede Stimme gilt gleichviel. Deshalb muß auch die Stimme jedes Mitglieds des Geschworenengerichts, genannt Völkerbund, den gleichen Wert haben. — 2. Die Kriegsgefahr kann ebenso leicht bei den kleinen wie den großen Völkern entstehen, und es ist nicht wahrscheinlich, daß die kleinen sich unterwerfen werden, falls sie nicht eine gleichberechtigte Stimme bei der Entscheidung haben. In der Vergangenheit hat sich Bulgarien Rußland und Serbien Österreich nicht unterworfen. — 3. Es wäre wirklich merkwürdig, wenn ein Krieg begonnen worden wäre, um die Rechte der kleinen Staaten zu verteidigen, und dieser nun als Ergebnis die Vorherrschaft der Großmächte hätte. — 4. Zahlen spielen keine Rolle, wenn es sich darum handelt, eine Rechtsfrage zu entscheiden; in einer solchen Angelegenheit sollten die Stimmen Belgiens und der Schweiz ebensoviel, ja noch mehr, Gewicht haben, als die Ansichten der Großmächte. Gerade weil kleine Staaten den Mißbrauch der Gewalt mehr zu fürchten haben, sind sie viel wesentlicher daran interessiert, die Bedeutung des Rechts als des allein in internationalen Fragen entscheidenden Faktors zu betonen. — 5. Wie auch immer die Stimmkraft der Mitglieder des Völkerbundes abgestuft sein mag, die Großmächte werden doch auf jeden Fall ihre Macht und ihren Einfluß bis zum äußersten ausnutzen.

Das Problem möchte einem fast unlösbar erscheinen. Es ist aber tatsächlich schon von den Vereinigten Staaten gelöst worden. Als die nordamerikanische Republik gegründet wurde, verlangten die größeren Staaten dieselbe Vorherrschaft, die heute von den Großmächten beansprucht wird. Die kleineren Staaten weigerten sich, eine derartige Vorherrschaft anzuerkennen, und sie setzten ihren Willen durch. In der nordamerikanischen Verfassung besitzen die kleinen Staaten der Union dieselbe Stimmkraft als die großen im Senat, der in internationalen Angelegenheiten dieselben Aufgaben wie der Völkerbund erfüllt. Der Staat Nevada schickt die gleiche Anzahl Vertreter in den Senat wie die Staaten New York und Pennsylvania, deren Bevölkerungszahl hundertmal größer ist. Diese amerikanische Lösung hat sich als die einzig kluge und gerechte erwiesen, und nachdem der amerikanische Senat 130 Jahre lang die Probe bestanden hat,

übt diese Vertretung der kleinen Staaten heute eine Gewalt aus und erfreut sich eines solchen Ansehens, wie keine andere gewählte Körperschaft der Welt.

* * *

Es ist so der Versuch gemacht worden, mit vollkommener Aufrichtigkeit die dem Völkerbunde entgegenstehenden Schwierigkeiten aufzuzählen. Ein Skeptiker oder Zyniker wird vielleicht zu dem Schluß kommen, diese Schwierigkeiten seien unüberwindlich. Bei näherem Zusehen aber zeigt sich, daß keine einzige unüberwindlich ist. Man muß unwillkürlich an den Grundsatz denken, den Kardinal Newman als die goldene Regel bei allen theologischen Schwierigkeiten aufstellt: nämlich an den Grundsatz, daß „zehntausend theologische Schwierigkeiten nicht geeignet seien, einen einzigen Glaubenszweifel zu erzeugen“. Sobald man einmal als Grundlage der persönlichen Religion glaubt, daß ein göttlicher Wille alles menschliche Handeln beherrscht, räumt allein dieser Glaube schon mit allen theologischen Schwierigkeiten auf. Und so auch in der Politik: sobald man einmal annimmt, daß im menschlichen Leben schließlich doch die Vernunft siegen muß, vermögen keine tatsächlichen Schwierigkeiten mehr, ein allgemeines Prinzip aus der Welt zu schaffen. Die allein berechtigten Fragen sind demnach, ob Vernunft und Gerechtigkeit tatsächlich in internationalen Angelegenheiten über die Leidenschaft siegen sollen, und ob es irgend ein anderes denkbares Mittel als eine internationale Regierung gibt, um jene beiden zum Siege zu führen.

Der Krieg und die unzähligen aus ihm entstandenen Probleme liefern auf jene Fragen eine endgültige Antwort. Der Krieg hat bewiesen, daß die Fragen des Krieges und Friedens alle Völker angehen; daß selbst nationale Fragen nur auf internationaler Grundlage und unter Mitwirkung aller Staaten gelöst werden können; daß keine Nation, so ohnmächtig sie auch immer sein mag, es sich leisten kann, unter dem Schutze der Neutralität zu leben, und daß keine Nation, so groß sie auch immer sei, in „glänzender Isoliertheit“ zu bestehen vermag.

Die Größe der sich auftürmenden Schwierigkeiten, die gewaltige Zahl der Kriegsursachen, sind keine Gründe, die gegen den Völkerbund sprächen. Sie sind allerdings, wie zugegeben werden muß, ein unwiderlegliches Argument gegen einen schwachen Völkerbund. Ein schwacher Völkerbund wäre viel gefährlicher, als kein Völkerbund. Falls man will, daß der Völkerbund über die gewaltigen zum Kriege drängenden Kräfte Herr werde, muß man ihn mit der Gewalt betrauen, die zur Erfüllung seiner Aufgaben notwendig ist. Wenn man das Ziel zu erreichen wünscht, muß man auch die einzigen dahin führenden Mittel wünschen. Man kann keinen Baum mit einem Rasiermesser fällen. Man tötet keinen Tiger mit einem Stock.

Andererseits kann niemand behaupten, die angeführten Gründe seien ein Argument gegen einen starken Völkerbund. Sie sind ebenso wenig Gründe gegen den Völkerbund wie die dem Siege entgegenstehenden Gründe gegen den Sieg sprechen. Wenn ein entscheidender Sieg für ein Volk eine Frage des Seins oder Nichtseins ist, dann wird der Oberbefehlshaber in stoischer Ruhe und unbedenklich all jene Opfer bringen, die von ihm zur Erlangung des Sieges verlangt werden.

Die dem Völkerbund entgegenstehenden Schwierigkeiten sind nicht nur kein Grund gegen diesen, sondern jede weitere Schwierigkeit ist nur ein weiterer Grund, den Bund stärker zu machen, genau so, wie jede weitere Schwierigkeit auf dem Wege zum Siege nur ein weiterer Grund ist, die Militärmacht zu verstärken. Man kommt deshalb zu dem Schluß, daß nur die Macht und das Ansehen eines allmächtigen Weltbundes schließlich als das einzige Mittel erkannt werden wird, um dem überwältigenden Drucke der unzähligen politischen, ökonomischen und geistigen, zum Kriege drängenden Kräfte Widerstand zu leisten. Den Bund mit solcher Allmacht zu bekleiden wird zweifellos eine Revolution der politischen Einrichtungen und Anschauungen erfordern. Das Opfer jeglichen nationalen Vorurteils wie jedweden Nationalstolzes wird verlangt werden; aber keine von irgend einer Nation zum Zwecke eines Völkerbundes geforderten Opfer können mit den Opfern verglichen werden, die von allen Nationen gefordert werden müssen, wenn der Völkerbund nicht zustande käme, wenn das Gesetz des Dschungels weiter herrschte, und wenn fernerhin eine internationale Anarchie, statt eines internationalen Zusammenarbeitens in der Welt bestehen bliebe.



KAPITEL IV.

Meilensteine auf dem Wege zum Frieden.

Das Folgende ist ein Versuch, die Philosophie des Völkerbundes in Ausdrücken der Bergsonschen Anschauungen zu formulieren, und die abwechslungsreiche Geschichte der Bewegung von jenen frohen Tagen an zu schildern, wo diese durch die Botschaft des Zaren (1896) zum erstenmal in den Kreis der praktischen europäischen Politik eintrat. Es soll zu beweisen versucht werden, daß die Geschichte der Bewegung nicht die logische Entwicklung eines Dogmas ist, sondern daß sie durchaus das Ergebnis eines Lebensimpulses, eines „*élan vital*“, ist, d. h. eine Reihe von dynamischen Vorgängen von politischen Experimenten. Es soll zu beweisen versucht werden, daß sie nicht aus abstrakten Idealen und Bestrebungen entstanden ist, sondern aus drängenden praktischen Erfordernissen, und daß sie ständig versucht hat, sich diesen Erfordernissen anzugleichen.

Die Theorie hat zweifellos in der ganzen Bewegung eine wichtige Rolle gespielt; aber Praxis und Politik sind nicht den Theorien gefolgt, sondern die Theorien sind erfunden bzw. geändert worden, um sie der Praxis und der Politik anzupassen. Jedes neue Experiment hat zur Aufgabe oder Abänderung irgend einer besonderen Theorie geführt, bis durch Ausscheidung aller vorhergegangenen unvollständigen oder falschen Theorien sowie durch den Druck eines Weltkrieges und einer Weltrevolution man dazu gezwungen wurde, sich dem systematischen und aufbauenden Experiment zuzuwenden, das in dem Völkerbundvertrag enthalten ist, welcher

seinerseits bei passender Gelegenheit selber verbessert und vervollkommen werden wird.

Mit diesem Versuch einer historischen Erklärung und einer philosophischen Analyse wird beabsichtigt, nicht nur den auf eine internationale Regierung bezüglichen Vorstellungen eine größere Genauigkeit und Verständlichkeit zu verleihen, sondern auch ein Bekenntnis abzulegen. Sollte irgend jemand bei der Betrachtung der internationalen Politik durch Studium des Versailler Friedensvertrages, eines so unbefriedigenden Dokumentes als es jemals unglücklichen Politikern aufgezwungen wurde, in Versuchung geraten, in seinem Glauben zu wanken, sollte irgend ein guter Europäer den Mut verlieren und in seinen Anstrengungen nachlassen, so mögen sie sich der Geschichte der letzten fünfundzwanzig Jahre erinnern; mögen sie sich daran erinnern, wie die Staatsmänner, dem Mephistopheles gleichend, immer wieder das Böse gewollt und doch schließlich das Gute geschaffen haben, und wie jeder Mißerfolg der Ausgangspunkt und die Bedingung eines dauernden Gewinnes war.

Dem fernstehenden Beobachter mag die Geschichte des Völkerbundgedankens von einer eintönigen und enttäuschenden Gleichförmigkeit sein, wie man sie in der Geschichte jeder politischen Idee oder Einrichtung findet, die in der neueren Zeit sich im Kampfe gegen Unwissenheit, Egoismus oder Leidenschaft durchsetzen mußte. Eine Generation nach der andern arbeitet für die Idee, lebt für sie, stirbt für sie; doch scheinen all ihre Anstrengungen nichtig: die entgegenstehenden Kräfte scheinen zu stark und können nicht besiegt werden. Auf der einen Seite erblickt man die Autorität, die Militärmacht, die fundierten Interessen, den Patriotismus, die Sentimentalität, das Vorurteil, die Überlieferung; auf der andern eine kleine Minderheit von nüchternen, denkenden Menschen, und eine noch kleinere Minderheit von Enthusiasten, deren Denken vom Gefühl getragen und mit moralischem Eifer erfüllt ist. Zwischen diesen beiden steht die große träge gleichgültige Masse des schwerarbeitenden Volkes, die in ihrer Arbeit gänzlich aufgeht. Der Kampf scheint ein hoffnungslos ungleicher. Und doch wächst die Idee, sie schlägt sich durch, sie rückt vor. „E pur se muove“. Sie wächst in der verschwenderischen Art der Natur, für die der Tod immer die Vorbedingung des Lebens ist. Ein Samenkorn nach dem andern fällt auf unfruchtbaren Felsen. Eine Anstrengung nach der andern endet mit Enttäuschung. Denn der Mensch, besonders aber der politische Mensch, scheint eine unendliche Fähigkeit, Fehler zu begehen, zu besitzen. Die Menschen versuchen stets zunächst einmal jede unmögliche Lösung, ehe sie sich der richtigen zuwenden. Sie müssen jeden Umweg, jede Sackgasse auskundschaften, ehe sie die breite Heerstraße entdecken; selbst wenn sie einen neuen Erdteil entdecken, fahren sie unentwegt fort, zu glauben, daß sie nur eine neue Straße nach Ostindien fanden. Aber im Grunde genommen ist keiner ihrer Irrtümer vergebens gewesen. Der Fortschritt mag langsam und unter großen Opfern erkauft werden. Aber jeder Gewinn kommt dem Ganzen zugute. Der auf stürmischen Meeren umhergetriebene und von den Göttern verfolgte Odysseus kommt schließlich doch nach Ithaka. Der Traum wird Wahrheit. Hindernisse, die gestern unüberwindlich erschienen, verschwinden wie durch Zauber. Die Festung der fundierten Interessen und des Vorurteils fällt

wie Jericho durch einen Trompetenstoß. Argumente, die gestern nicht zu überzeugen vermochten und selbst den Wenigen weit hergeholt erschienen, werden morgen selbst den Vielen etwas Alltägliches und Überflüssiges sein.

Wie im Kampfe um religiöse Toleranz oder demokratische Regierung, um Freihandel oder das Frauenstimmrecht, so war es auch mit dem Anwachsen der Völkerbundbewegung. Man lasse sich aber nicht durch den Schein trügen. An der Oberfläche mag ja alles ähnlich aussehen; aber es ist alles verschieden. Das Unerwartete tritt immer ein. Die Geschichte wiederholt sich immer wieder; aber dasselbe Thema wird mit unendlich vielen Variationen gespielt. In einem gewissen Sinne ist die Völkerbundbewegung eine zusammenhängende Entwicklung. In einem andern und tiefern Sinne ist sie eine „schöpferische Evolution“, eine Reihenfolge von Überraschungen, von explosiven Ausbrüchen des menschlichen Willens, der durch Mißerfolge gelernt hat, durch Leiden ernüchert wurde, der sich in vielen Richtungen erstreckt, sich in zahllosen Formen äußert, wobei jede Nation ihre eigenen Halbwahrheiten darbietet, ehe das ganze Wissen vollkommen enthüllt wird.

I.

Die erste Phase in der Geschichte des Völkerbundes kann als „die russische Zeit“ bezeichnet werden. Es ist die Zeit der Mache und der Sentimentalität. Im Jahre 1896 wird die Welt durch die Botschaft des Zaren überrascht. Diese platzt wie eine Bombe in den Ministerkanzleien Europas. Der Herr der Heerscharen aller Reußen erscheint als Friedensherold. Der neue Pazifismus wurde in dem Palast eines Romanoff geboren, ebenso wie der frühere Pazifismus des Abbé de Saint-Pierre, jenes schwärmerischen Hofkaplans, in dem Palast eines Bourbonen zur Welt kam. Die russische Regierung seufzt unter der Last der Heeresausgaben und wird von der Revolution bedroht. Da hat man die ursprüngliche Triebkraft, den „élan vital“. Bisher wurde der russische Militärespotismus nur durch den Meuchelmord abgeschwächt. Sollte es nicht möglich sein, ihn durch eine allgemeine europäische Abrüstung sowohl abzuschwächen wie zu stärken? Von diesen Erwägungen getrieben, sucht der Autokrat und Theokrat Unversöhnliches miteinander zu versöhnen, indem er die Unterstützung eines unterwürfigen und friedliebenden Volkes wünscht. Nikolaus II. verbündet sich mit Tolstoj; genau so wie Alexander II., der Befreier der Leibeigenen, sich mit den Radikalen verbündete; wie Alexander I., der Wiederaufrichter Polens und der Befreier Europas, sich mit Speranskij und Czartoryski verband. Aber Bündnisse mit byzantinischen Zaren, mit Mystikern und Scharlatanen haben sich stets als trügerisch erwiesen. Zaren können den unabänderlichen Gesetzen ihres Wesens nicht entgehen. Die Tage des Friedens sind, dem Himmel sei's geklagt, noch nicht gekommen. In einem Aufsatz über die Botschaft des Zaren, der im Jahre 1896 in der „Revue de Belgique“ veröffentlicht wurde, entwarf der Verfasser ein politisches Zukunftsbild als erstes in einer Reihe gleichartiger, von denen die meisten in Erfüllung gegangen sind. Es wurde vorausgesagt, daß die von allen Pazifisten in Europa und Amerika begrüßte Äußerung des Zaren nicht Frieden bringen, sondern den Krieg

beschleunigen würde. Millionen junger Männer mußten noch sterben, der Zar selbst mußte noch erst die beiden blutigsten Kriege der Menschheitsgeschichte bestehen, er mußte von der Weltbühne abtreten, mit allem, das er vertrat, ehe die Früchte seiner Politik reifen konnten. Und doch bleibt es wahr, daß sogar der unglückliche Holstein-Gottorp-Romanoff-Würtemberger nicht vergebens gesprochen hatte. Der Friedensgedanke war losgelassen! Man konnte ihn wohl zurückdrängen, nicht aber ihn unterdrücken. Auf den Ruf des Autokraten hin wurde die Haager Konferenz einberufen. Zum erstenmal wurden die Auswärtigen Ämter gezwungen, das Problem der internationalen Regierung zu erwägen. Zum erstenmal wurde sogar von militärischen Gewalthabern die Lehre verkündet, daß derjenige, welcher den Frieden zu erhalten wünschte, sich für den Frieden rüsten müsse. Zum ersten Male wurde die Lehre verkündet, daß die Friedenspolitik weder die Fortsetzung noch die Vorbereitung, sondern das Entgegengesetzte und die Verneinung der Kriegspolitik sei.

II.

Mit der Einberufung der Haager Konferenz beginnt das zweite Stadium der Völkerbewegung. Es sei „die holländische und juristische Phase“ genannt. Es war ein durchaus passender Entschluß, Holland zum Mittelpunkt der neuen Einrichtung zu machen. Als kleiner und schwacher, von starken und angriffslustigen Nachbarn umgebener Staat hatte Holland stets nach dem Schutze durch das Völkerrecht gestrebt. Ein Holländer, Hugo Grotius, ist der Vater der Völkerrechtslehre. Die Holländer verteidigten die Religionsfreiheit gegen die Spanier, sie verteidigten die Freiheit der Meere gegen England, sie verteidigten ihre nationalen Rechte gegen Ludwig XIV., die Hohenzollern und Napoleon. Sie waren ein Handelsvolk geworden, und als solches waren sie stets an der Schaffung eines internationalen Gesetzbuches interessiert gewesen. Sie waren ebenfalls ein Volk von Theologen, von Diplomaten und Juristen, und so hatte ihr Temperament etwas von dem Formalismus und der Unfruchtbarkeit angenommen, welche für die moderne Theologie, Diplomatie und Rechtswissenschaft bezeichnend sind. Die Schwächen traten nur zu deutlich auf der Haager Konferenz hervor. Die Bevollmächtigten bildeten von Anfang an eine Versammlung von Diplomaten und Juristen, nicht von Staatsmännern. Ihr Horizont war begrenzt; ihr Geist seicht. Sie kamen über den Buchstaben, über die Gebräuche und die Fiktionen des Rechts nicht hinaus. Der Geist des Grotius, seine Ehrfurcht vor den Präzedenzfällen und der Überlieferung, der Geist der Synode von Dortrecht, von Gomanus und Arminius, ihre Vorliebe für Haarspaltereien schien immer noch die auserlesene Versammlung zu beherrschen. Man hat das Schauspiel des ganzen Drum und Dran der hohen Politik. Liest man aber die schwerfälligen und weitläufigen Berichte der beiden Haager Konferenzen, so scheint man niemals auf politische Wirklichkeiten zu stoßen. Selbst wenn ein schwächerer Versuch gemacht wurde, ein schwierigeres Problem in Angriff zu nehmen, so trat der deutsche Militarismus dagegen auf, und das britische Streben nach Seegeltung hinderte den Fortgang der Sache.

Und doch wurde abermals ein denkwürdiger Fortschritt erzielt. Allerdings blieben die meisten Haager Konventionen bloße papierene Verträge,

aber das Prinzip des Schiedsgerichts war doch verkündet worden, man hatte es praktisch in Tätigkeit treten lassen, und eine Großmacht nach der andern brachte ihre Streitigkeiten zur Entscheidung vor einen internationalen Gerichtshof.

III.

Während die Bevollmächtigten im Haag über den Frieden disputierten, hatte jede der hier vertretenen Regierungen ihren kleinen Krieg. Und während Amerika Spanien bekämpfte, während Großbritannien die Buren, Japan China, Rußland Japan bekriegte, während Italien mit der Türkei, die Balkanvölker gegen die Türkei kämpften, und sich dann selbst bekriegten, während sie alle in völliger Unabhängigkeit von Preußen miteinander wetteiferten, die später Preußentum genannte Theorie zur Anwendung zu bringen, bereiteten sich Österreich und Deutschland auf einen größeren Krieg und eine größere Beute vor, während Frankreich besorgt die Vorbereitungen beobachtete. Der klare, durch den Instinkt des Selbsterhaltungstriebes und die Befürchtungen wegen seiner Sicherheit noch scharfsichtiger gemachte Verstand Frankreichs vermochte nicht, sich bei papierenen Verträgen zu beruhigen. Auf der Haager Konferenz benimmt sich der deutsche Bevollmächtigte feindselig und verächtlich¹⁾. Der französische Bevollmächtigte ist durchaus friedliebend. Der Streit zwischen Marschall von Bieberstein und Léon Bourgeois erinnert einen an das berühmte Rededuell zwischen Jaurès-Hervé und Bebel-Vollmar. Aber Léon Bourgeois begnügt sich nicht mit einer bloß rechtlichen Sicherheit; er verlangt eine militärische Sicherheit und unterbreitet hierzu einen Entwurf²⁾. So sucht in der Folge die gerade durch die Haltung der deutschen Bevollmächtigten gewarnte französische Regierung die militärische Sicherung auf diplomatischem Wege zu erreichen. Nach dem Mißerfolge der Haager Konferenzen kann man den entschlossenen und dauernden Versuchen der französischen Diplomatie folgen, den Frieden durch eine Reihe von Versicherungen und Gegenversicherungen aufrechtzuerhalten. Frankreich machte sich die alten Bismarckschen Methoden zueigen. Gerade in seinem Kampfe gegen das Preußentum befolgte es preußische Methoden. Es trat dem Dreibund mit einer Tripleentente gegenüber, indem es die Drohung von Agadir mit der Kombination von Algeciras beantwortete. Es bekämpfte einen rücksichtslosen Militarismus mit einem nur zur Hälfte entschlossenen und inkonsequenten Militarismus. Das lahme Kompromis endete, wie vorauszusehen war, mit einem europäischen Kriege, der zum Weltkriege wurde. Aber die in den Kampf Eintretenden wollten doch immer noch den Frieden; der Krieg war nur das Mittel hierzu. Sie alle hegten die Hoffnung, dieser Krieg würde der letzte sein; dieser Krieg würde den Krieg beenden. Um der Sache des ewigen Friedens zu dienen, opferten Millionen junger Menschen ihr Leben.

Der Beginn des Weltkrieges mag als die dritte Phase bezeichnet werden, und zwar als „das französische Stadium“, weil Frankreich sowohl der Hauptstreiter wie das tragischste Opfer des Wütens ist. Man halte sich

¹⁾ Siehe Andrew White „Memoirs“.

²⁾ Léon Bourgeois, „La Société des Nations“, Paris 1912.

aber vor Augen, daß Frankreich nicht nur das Opfer eines abscheulichen deutschen Angriffs war; es war auch das Opfer einer falschen Friedens-
theorie. Der amerikanische Sezessionskrieg bewies in den Worten Lin-
colns, daß ein Land nicht zur Hälfte aus Sklaven und zur Hälfte aus
Freien bestehen könne. Der Weltkrieg sollte beweisen, daß ein zur Hälfte
pazifistisches und zur Hälfte militaristisches Europa nicht bestehen könnte.
Halbe Wahrheiten sind oft gefährlicher als ganze Irrtümer. Wie konnte
ein nur zur Hälfte zum Frieden entschlossenes Frankreich einen aus-
sichtsreichen Kampf gegen ein zum Kriege entschlossenes Deutschland
führen?

IV.

Die verwüsteten Provinzen von Belgien und Frankreich, von Serbien
und Polen lieferten genug Beweise, daß keine irgendwie gearteten Bünd-
nisse, noch alle Armeen der beiden Halbkugeln Sicherheit zu verleihen
vermögen. Trotz der genialsten Kombinationen der Diplomatie, trotz der
kostspieligsten militärischen Rüstungen, trotz des Zusammenwirkens aller
zivilisierten Völker gegen einen gemeinsamen Feind wurde Europa im
Blute ertränkt. Und doch muß diese an sich so furchtbare Tragödie unter
den bestehenden Umständen als eine weise und willkommene Lösung be-
trachtet werden. Immer wieder kam der Augenblick, da der Feind beinahe
sein Ziel erreicht hätte. Erst in elfter Stunde drangen die Verbündeten
durch, und das nach fünfjährigem Kampfe, nachdem man am Rande des
Abgrundes geschwebt hatte. Noch wenige Wochen vor dem Endsiege waren
sie auf eine Niederlage gefaßt. Im Juli 1918 sah der Verfasser, wie die
Straßen der französischen Hauptstadt von Flüchtlingen und Möbelwagen
versperrt waren, da eine Million Pariser ihre Wohnungen verließen. Um
Haaresbreite wären die Österreicher in Mailand und die Deutschen in
Paris eingezogen. Offenbar vermochte der Militarismus nicht, den Mi-
litarismus zu zerstören; mit dem Teufel konnte man keine Teufel aus-
treiben.

Während die Franzosen ihre Lektion über die Unwirksamkeit der
militärischen Sicherung erhielten, schienen die Briten eine andere Lektion
über die Wirksamkeit einer andern Sicherheit zu erhalten, nämlich über
die ökonomische. Wo Armeen nichts nutzten, da war die Blockade er-
folgreich; denn im Grunde brachte der langsame, ruhige, unwiderstehliche
Druck der Blockade schließlich den Gegner zu Fall. Hatte man da nicht
endlich eine Waffe gefunden, durch die in Zukunft der Friede der Welt
erhalten werden könnte? Die friedliebenden Nationen konnten beruhigt
sein: man brauchte bloß alle Hilfsquellen zusammenzufassen, die Ver-
fügung über die Rohstoffe zu erlangen, und man würde den Friedens-
störern entgegentreten und sie bestrafen. Selbst ohne die Kriegswaffe zu
schwingen, ohne kostspielige Vorbereitungen, ohne je seine Zuflucht zum
eigentlichen Kriege zu nehmen, nur durch die verständnisvolle und syste-
matische Anwendung der ökonomischen Waffe würde es gelingen, das
Friedensziel zu erreichen.

V.

Es war ein einleuchtender Schluß; so einleuchtend, daß selbst die
britischen Pazifisten sich zunächst seiner bemächtigten. Sie sahen, daß

es einen Weg aus der Hölle gab. Unglücklicherweise bemerkten sie nicht, daß die ökonomische Waffe, falls sie wirken soll, mit äußerster Rücksichtslosigkeit angewandt werden muß. Und wird sie so angewandt, so ist sie nicht nur vernichtender, sondern auch grausamer als die Kriegswaffe und vielleicht noch gefährlicher für die Zivilisation. Wo jetzt die Wirkungen der Blockade voll und ganz sich allmählich enthüllen, da schreckt die Welt mit Abscheu vor der Größe des Unglücks zurück. Das Unterseeboot tötete Tausende. Die Blockade tötete Millionen. Wo die Kriegswaffe nur Armeen zerstört, da zerstört die ökonomische Waffe Nationen. Sie trifft die Neutralen ebenso wie die Feinde, die Verbündeten sowohl wie die Neutralen; sie trifft Böhmen, Polen, Serbien und Belgien neben Deutschland. Sie trifft die Unschuldigen neben den Schuldigen. Sie bringt in ihrem Gefolge Hungersnot und Hungertyphus, Bankrott und Bolschewismus. Im wahren Sinne bedeutet sie einen „Frieden ohne wirklichen Sieg“, und ferner einen unwirklichen Sieg ohne Frieden. Man sieht langsam ein, daß der ökonomische Militarismus sowohl in der Form der Blockade wie in der einer ökonomischen Vergeltung, der Ausplünderung d. h., kein Friedenswerkzeug ist, daß er vielmehr eine zweischneidige Waffe ist, die sowohl den ihn anwendenden Staat, wie den davon betroffenen schädigt.

Solange Amerika noch neutral war, und ehe sein Blick getrübt und sein Scharfsinn abgestumpft waren durch den Kriegstaumel, sah und fühlte es die Gefahr der „ökonomischen Waffe“. Das erklärt den eigentlichen Sinn von Wilsons anfänglichem Beharren auf der „Freiheit der Meere“ und von seiner berühmten Botschaft über den „Frieden ohne Sieg“. Und selbst als Amerika in den Krieg eingriff, tat es dies nicht nur gegen Deutschland, sondern in einem gewissen Sinne auch gegen seine Verbündeten, um die Welt vor einem Mißbrauch des Sieges zu schützen; es griff nicht als ein Verbündeter, sondern als ein Schiedsrichter ein. Amerika war durchaus bereit, seinen Verbündeten zu helfen, den Krieg „mit ihren Mitteln“ zu gewinnen; aber es war entschlossen, den Frieden „mit seinen Mitteln“ zu erlangen. Es beabsichtigte, an die Stelle der unwirklichen russisch-holländischen sowie der zerstörenden französisch-britischen Theorien eine konstruktive Theorie zu setzen. Und diese konstruktive Theorie entlehnte es seiner eigenen Geschichte. Die Vereinigten Staaten mußten in ihrer wunderbaren Geschichte politische Probleme lösen, die fast mit den europäischen identisch waren. Wie Europa mußten die Vereinigten Staaten, nachdem sie zwei große Kriege gewonnen hatten, viele Jahre kämpfen, um den Frieden zu erringen. Wie in Europa folgte dem Kriege die Anarchie. Hamilton mußte im 18., und Lincoln im 19. Jahrhundert eifersüchtige, einander bekämpfende Staaten zu einer Einheit zusammenschweißen. Sie mußten aus Chaos Ordnung und aus Verfall etwas Harmonisches schaffen. Deshalb versuchten die Vereinigten Staaten natürlich zur Lösung des europäischen Problems jene Lösungen anzuwenden, die bei der Beilegung ihrer eigenen Zwistigkeiten in so wunderbarer Weise erfolgreich gewesen waren.

Dieser spezifisch amerikanische Beitrag kann als die fünfte Phase in der Geschichte des Völkerbundes betrachtet werden. Amerika brachte sein sanguinisches Temperament, seine pazifistischen Überlieferungen, seinen praktischen Idealismus, seinen demokratischen Glauben, wie auch seine unerschöpflichen Hilfsquellen. Es brachte die Maschinerie seiner politischen

Einrichtungen, sein Bundessystem, seinen Senat, seinen Obersten Gerichtshof. Wir Bewohner der alten Welt, die Erben einer alten Zivilisation, müssen durch die Annahme des Völkerbundes mit unsern Gewohnheiten und Überlieferungen brechen; wir müssen unsere Vorurteile aufgeben. Amerika braucht nur an seinen eigenen Überlieferungen festzuhalten. Es besteht eine prästabilisierte Harmonie zwischen dem Ideal des Völkerbundes und dem amerikanischen Ideal. Man hat zuviel Gewicht auf das persönliche Element in Wilsons Botschaften gelegt. Die Stimme in jenen Botschaften ist die des Präsidenten Wilson; aber der Geist und der Glaube sind Geist und Glaube des amerikanischen Volkes.

VI.

Während Wilson sein amerikanisches Evangelium predigte, während er die vierzehn Gebote des Gesetzes vom Kapitol zu Washington verkündete, endete der Weltkrieg plötzlich und entscheidend. Das Ereignis übertraf die wildesten Hoffnungen. Vier Reiche lagen gestürzt im Staube. Alle militaristischen Mächte außer Japan waren vom Erdboden verschwunden. Würde es nun der Demokratie gelingen, jene Einrichtungen zu entwickeln, die ewigen Frieden gewährleisten sollten? Würden die russischen, holländischen, französischen und britischen Halbwahrheiten nun zusammengefaßt und harmonisch zur ganzen Wahrheit vereinigt werden? Würde Amerika, dessen Eingreifen in elfter Stunde eine verzweifelte Lage rettete, nun als der unparteiische und oberste Schiedsrichter dazwischentreten? Es schien, als sollte man abermals in seinen Hoffnungen enttäuscht werden. Das Ziel war noch nicht erreicht, und die sechste Phase, die von Versailles, sollte noch nicht dieses Ziel sein.

In der Tat scheint Versailles weiter vom Ziel abzuführen. Trunken vom Siege, scheinen sämtliche Verbündete den Kopf verloren und ihre Grundsätze abgelegt zu haben. Die Liquidation dreier Erdteile scheint die Mittel zur Befriedigung jeden Ehrgeizes zu liefern. Die Friedensverhandlungen verwandeln sich in einen ekelhaften Kampf um die Beute. Amerika erhebt Einspruch; doch ist dieser nutzlos, weil Amerika selber noch nicht bereit ist, jene Opfer zu bringen, die es ihm ermöglicht hätten, mit Nachdruck aufzutreten. Amerika weigert sich, die Monroedoktrin aufzugeben. Es gibt weder seine Schutzzölle, noch seine Flottenpolitik auf. Es will nicht bei einer Zusammenfassung der Geldquellen der Verbündeten sich beteiligen, was zur Folge hat, daß es allein gekräftigt und bereichert aus dem Kriege hervorgeht, während jene sich zugrunde gerichtet haben.

Wegen dieses „gran rifiuto“ Amerikas, wegen des Widerstreits der Nationalitäten und imperialistischen Strömungen bei den Verbündeten bleibt schließlich in dem Schmelztiegel der politischen Alchimisten, in jenem wallenden Kessel der Habsucht, des Ehrgeizes und der Rache nur eine chemische unbeständige und explosive Verbindung, die aus zehn Teilen russischer Sentimentalität, zehn Teilen amerikanischer Organisation, zehn Teilen englischer Wirtschaftspolitik, zwanzig Teilen französischem Imperialismus und aus wenigstens fünfzig Teilen preußischem Militarismus besteht.

Im Jahre 1772 teilten die drei despotischen Mächte Osteuropas Polen im Namen der heiligen Dreifaltigkeit; und um den gotteslästerlichen Witz des der Große genannten Friedrich zu gebrauchen, „genossen sie den

eucharistischen Leib des polnischen Volkes“. Heute treten die vier Großen in dem heiligen Namen der Demokratie, nachdem sie sich verpflichtet hatten, die Welt für die Demokratie vorzubereiten, jeden Grundsatz mit Füßen, der mit dem demokratischen Prinzip in Verbindung steht. Nie hat die Welt solch einen zynischen Widerspruch zwischen Ideal und Wirklichkeit, zwischen Versprechen und Erfüllen gesehen.

1. Das Recht der Schwachen wird verkündet; und doch wird eine Diktatur der Starken errichtet, und sogar innerhalb des Völkerbundes vermag eine militärische Kamarilla die Oberhand zu gewinnen.

2. Der Grundsatz des Selbstbestimmungsrechts wird verkündet; und doch übergibt man China an Japan. D. h. 400 Millionen mit einer pazifistischen Überlieferung von Jahrtausenden werden dem einzigen, noch auf der Erde verbliebenen Militärdespotismus, einer Macht, die mit Recht das ostasiatische Preußen genannt wurde, ausgeliefert. Während diese verbrecherische Torheit in Asien begangen wird, werden in Europa geschlossene, in die Million gehende Minderheiten an fremdstämmige und feindselige Mehrheiten ausgeliefert, und gewaltige Länderstrecken, die eine gemeinsame Kultur und eine gemeinsame Geschichte zusammengeschweißt haben, werden zerrissen.

3. Die Geheimdiplomatie wird verworfen; und doch werden die Verhandlungen hinter einem geheimnisvollen Schleier geführt, und sogar Wilson widersetzt sich der Veröffentlichung des vollständigen Textes des Friedensvertrags, weil eine derartige Veröffentlichung in den Vereinigten Staaten unangenehme Erörterungen zur Folge haben könnte.

4. Mit den Lippen wird das internationale Ideal angebetet und der Völkerbund errichtet; und doch werden die Stammesgötzen des Nationalismus weiter verehrt, und sämtliche neu befreiten kleinen Nationen dürfen Orgien des Überpatriotismus feiern.

5. Die Zusammengehörigkeit der Völker wird gepredigt; und doch wird stillschweigend angenommen, daß man ungestraft siebzig Millionen Deutsche zu ökonomischer Sklaverei, Zerrüttung und Anarchie verurteilen darf; und in ganz Europa ist es jeder Nation gestattet, auf eigene Faust sich das Gewünschte zu erkämpfen, ohne daß man sich hierbei um die Interessen und Erfordernisse der Zivilisation als Ganzes bekümmerte.

6. Es waren gleiche Handelsrechte für alle versprochen worden; und doch wird allenthalben der freie Handelsverkehr als ein veralteter Aberglaube abgeschafft und ein allgemeiner Handelskrieg in Szene gesetzt.

7. Man will einen dauernden Frieden; und doch werden überall die Reibungsflächen vergrößert, es wird eine Atmosphäre von Eifersucht und Verdacht, von Haß und Rache geschaffen; überall werden die Nationalleidenschaften bis zur Fieberhitze gesteigert.

Es war zu einer Gewohnheit der Geschichtsschreiber geworden, die Friedensbestimmungen des Wiener Kongresses zu belächeln. Aber mit dem gegenwärtigen Vorfrieden verglichen war der Wiener Friede ein Wunder der politischen Weisheit; und ganz gewiß erwies sich der Zar aller Reußen, Alexander I., demokratischer als der Präsident Wilson. Die Militärpartei wollte 1815 Frankreich bestrafen und verstümmeln; aber die Staatsmänner der Heiligen Allianz widersetzten sich jeder Rachepolitik. Sie machten einen Unterschied zwischen dem französischen Volke und Napoleon, ob-

wohl das französische Volk zwanzig Jahre lang den Ehrgeiz des Korsen unterstützt hatte. Den Besiegten wurden nur solche Bedingungen, die einen dauernden Frieden verbürgten, auferlegt. Und tatsächlich blieb der europäische Friede als das Ergebnis einer weitsichtigen Selbstbeherrschung fast vierzig Jahre erhalten. Wenn die durch den gegenwärtigen Vertrag auferlegten Bedingungen erfüllt werden sollten, würde der europäische Friede nicht so viele Monate lang erhalten bleiben. Falls fünfundzwanzig Jahre systematischen Studiums der Völker des Festlandes und der internationalen Beziehungen dem Verfasser das Recht geben, sich eine Meinung über außenpolitische Dinge zu bilden, so sage ich voraus, daß die Hälfte der Paragraphen des Vertrags sicherlich die schlimmsten Folgen haben wird. Vielleicht liegt der einzige Trost bei diesem Verträge darin, daß er nicht ausgeführt werden kann, und daß es wahrscheinlich die Hauptaufgabe des Völkerbundes sein wird, unmögliche und unausführbare Bestimmungen abzuändern.

Die sechste Phase scheint so mit einem schrecklichen Mißerfolg zu enden. Das Friedensinstrument scheint keine Wirklichkeit, keine Moral, keine Endgültigkeit zu enthalten. Bei der Beurteilung dieses Instruments ist nicht nur darauf zu achten, ob es gerecht oder ungerecht ist, ob seine Bestimmungen zu hart oder zu milde sind, sondern ob die Bedingungen ausgeführt werden können, und ob im Falle der Ausführbarkeit sie zum Frieden führen werden. Kann man aus einem bankerotten Volke Tausende von Millionen ziehen, die selbst ein gesunder und reicher Staat nicht liefern könnte? Kann man der deutschen Milchkuh die höchstmögliche Menge Milch entnehmen, während man die Kuh verhungern läßt? Und läßt sich eine militärische Sicherheit durch die Errichtung eines polnischen Pufferstaates erreichen, welcher das künstlichste aller politischen Gebäude ist, während im Herzen Europas ein geschlossenes Volk von siebzig Millionen lebt, das von dem Gefühle einer unerträglichen Demütigung verzehrt wird, ein Volk, das immer noch nicht bereit und mehr denn je nach Rache verlangt?

VII.

Schon verkünden gewisse Idealisten, daß der Friedensvertrag alle unsere Aussichten auf eine bessere Zukunft vernichtet habe; und Zyniker und Skeptiker sprechen fröhlich Prophezeiungen nach, die ihre eigenen Prophezeiungen bestätigen. Diese Klagen und diese Prophezeiungen sind unbegründet. Schon beginnt Ordnung sich aus diesem Chaos auszukristallisieren.

Gerade der Mißerfolg des Friedensvertrags wird dem Völkerbund einen mächtigen Anstoß geben, und der Bund hat eine so vorzügliche Gelegenheit, sich zu bewähren, wie vorher keinem Parlamente geboten wurde. Die Dinge mußten eben noch schlimmer werden, ehe sie sich bessern konnten. Wäre es den Friedensbevollmächtigten gelungen, auch nur einen erträglich schlechten Frieden zu machen, so hätte das alte System sich erhalten können. Da es ihnen vollkommen mißlang, der Schwierigkeiten Herr zu werden, muß der Völkerbund als „deus ex machina“ eingreifen.

Und hinter dem Bunde wird als treibende Kraft der Wille einer gebildeten

und urteilsfähigen öffentlichen Meinung stehen. Fünf Kriegsjahre und sechs Monate Waffenstillstand haben ihre Lehren verbreitet. Die Parteipolitiker haben vielleicht nur wenig gelernt, und diejenigen, welche gelernt haben, sind vielleicht nicht in der Lage, frei zu handeln. Aber dem Volke selbst wurden die Augen geöffnet. Es hat im Laufe dieser wenigen Monate an politischer Reife mehr gewonnen, als im Verlaufe der drei vorhergehenden Generationen. Es hat gelernt, daß „Preußentum“ nicht das Monopol Preußens ist, sondern daß es der Name für gewisse Grundsätze und politische Methoden ist, die überall in Tätigkeit zu beobachten sind, und die überall zu denselben furchtbaren Folgen geführt haben. Es hat den tiefen Sinn der letzten Worte der edelsten englischen Heldin gelernt, „daß Patriotismus nicht das Ganze ist“. Es hat den Schlagworten der Demagogen mißtrauen gelernt. Es hat entdeckt, daß es keine Endgültigkeit gibt, weder in einem Versöhnungsfrieden, noch in einem Gerechtigkeitsfrieden, weder in einem demokratischen Frieden, noch in einem Selbstbestimmungsfrieden. Es hat gelernt, daß Gerechtigkeitsfrieden Vergeltungsfrieden bedeutet, nebst der Bestrafung eines ganzen Volkes wegen der Verbrechen einzelner. Es hat entdeckt, daß ein Versöhnungsfrieden nur am Ende und nicht am Anfang geschlossen werden kann, daß die Versöhnung nicht in einer Atmosphäre von Furcht, Haß und Verdacht gedeihen kann. Es hat die Entdeckung gemacht, daß die bloßen Formen der Demokratie keine Friedensgewähr leisteten, und daß Demokratien angriffslustiger als selbst Monarchien sein mögen, weil sie weniger Selbstbeherrschung besitzen, und weil sie von einer Sensationspresse leichter hypnotisiert werden. Es hat ausfindig gemacht, daß die nationale Selbstbestimmung eher zum Kriege als zum Frieden führen kann, und daß Nationalleidenschaften keineswegs die beste Grundlage einer internationalen Versöhnung sind; und da das Volk sich so dieser beliebten Vertuschungsmittel entledigte, muß es auf das wissenschaftliche, vernünftige Mittel zurückgreifen und klar einsehen, daß zum Zwecke der Herbeiführung internationaler Ordnung ein internationales Werkzeug nötig ist.

Einem oberflächlichen Beobachter mag der Völkerbundvertrag vorläufig als eine reine Formsache und ein trügerischer Schatten erscheinen. Dagegen erblickt der nachdenkende Beobachter den Schatten in dem vorläufigen Friedensvertrag. Der Völkerbund ist das eigentlich Wertvolle. Man beachte doch, daß die Friedenskonferenz schon zugunsten des Bundes tatsächlich abgedankt hat. Sie hat dem Völkerbunde, der erst gestern noch für ein verfrühtes Experiment und ein fernes Ideal erklärt wurde, alle jene Aufgaben auferlegt, die sie selbst nicht zu lösen vermochte. Innerhalb weniger Monate wird sich die Friedenskonferenz auflösen, und der größte Teil ihrer Arbeit wird ungelöst bleiben. Diese Arbeit wird von dem Bunde geleistet werden müssen. In Wirklichkeit wird der Bund angesichts dieser Tatsachen zu der bleibenden Einrichtung des „Kongresses“ werden. Seine Hauptarbeit wird nicht in der fernliegenden und negativen Aufgabe bestehen, zukünftige Kriege zu verhindern, sondern in der dringenden und aufbauenden Aufgabe, den soeben beendeten zu liquidieren. Der Völkerbund, dem so plötzlich wider Willen eine gewaltige Aufgabe zugewiesen wird, der so in fast paradoxer Art zu einem dauernden Weltkongreß gemacht wird, bedeutet den siebenten Meilenstein auf dem Wege zum Frieden.

VIII.

Nachdem man sich so auf Umwegen, auf zahlreichen verschlungenen Pfaden bewegt hat, die alle in Sackgassen auslaufen, nach vielen augenscheinlichen Mißerfolgen, nach vielen sich widersprechenden Versuchen, nähert man sich schließlich dem Ziele. Auf diese Weise ist langsam eine Organisation entwickelt worden, welche die aus dem Kriege sich ergebenden ungeheuer schweren Probleme lösen müssen wird. Doch wird die Errichtung einer internationalen Regierung nicht das Ziel selbst sein. Unter dem unwiderstehlichen Druck der Umstände, wegen der Natur der dieser neuen Organisation zur Verwaltung überwiesenen Interessen, wird diese sich notwendigerweise in eine „übernationale Regierung“ verwandeln.

Es ist durchaus richtig zu sagen, daß der selbstgenügsame Nationalstaat infolge des Krieges Bankrott gemacht hat. Kein größerer, wie immer mächtiger Staat wird nicht von seinen Nachbarn zum Zwecke des Wiederaufbaus des Handels, der Wiederherstellung der Finanzen, des Bezugs von Rohstoffen abhängig sein. Sicherlich vermag keiner der durch den Friedensvertrag ins Leben gerufenen neuen Staaten nach nationalen Gesichtspunkten regiert zu werden. Jeder einzelne wird nach internationalen Gesichtspunkten regiert werden und unter die Oberaufsicht und den Schutz des Bundes gestellt werden müssen. Der Bund wird gern oder ungern sich mit politischer, ökonomischer und finanztechnischer Verantwortung belasten müssen. Und um diese Pflichten zu erfüllen, wird er einer immer größeren Macht bedürfen. Polen wird, wie in einem besonderen Kapitel dargelegt werden soll, Deutsche, Litauer, Ruthenen und Juden enthalten. Und diese nach Millionen zählende Minderheiten werden vom Bunde geschützt werden müssen. In ähnlicher Weise werden Böhmen, Jugoslawien und Ungarn als vom Meer abgeschlossene Staaten erscheinen, die von der uneingeschränkten Benutzungsmöglichkeit internationaler Flüsse und Eisenbahnen abhängen, und die ihr industrielles und kommerzielles Leben als Glieder eines größeren Bundes einrichten müssen. Die Zölle sowie dieser internationale Verkehr werden vom Bunde geregelt werden müssen. Die Liquidation Rußlands und der Türkei, die Stellung Finnlands, Litauens und der Ukraine, Konstantinopels, Armeniens, Albaniens, Palästinas und Kleinasiens werden zahllose internationale Kommissionen ins Leben rufen, die alle unter der Oberhoheit des Bundes stehen.

Man könnte einwenden, daß die so ins Leben gerufene übernationale Regierung ebenso wie die nationalen Regierungen Irrtümer begehen könnte. Ihre Versuche könnten ebenso leicht zu Enttäuschungen führen und schließlich gänzlich fehlschlagen. Aber der Unterschied zwischen Vergangenheit und Gegenwart wird darin bestehen, daß man in der Vergangenheit im Dunkeln herumtastete und nicht wußte, wohin die Reise ging. Heute kennt man sowohl Weg wie Endziel. Der Weg mag allerdings immer noch an Abgründen vorbeiführen. Es mag noch manche schwer zu überwindende Biegung kommen. Aber der Weg zum Frieden ist endlich erkannt worden. Die Gefahren der Zukunft mögen noch ungeheuer sein; die zu bringenden Opfer noch schwer. Aber der Krieg wäre vergebens gekämpft worden, hätte er uns nicht gelehrt, daß die Aufgabe unserer nationalen Interessen, unseres Stolzes, unserer Vorurteile keinen Vergleich aushält mit den Opfern, welche die alte militärische Politik und die alte Stammesorganisation in der Vergangenheit forderten und noch in Zukunft fordern würden.

KAPITEL V.

Philosophische Zweifel betreffs der Friedensbestimmungen.

Auf einer der merkwürdigsten Seiten seiner Erinnerungen erzählt Bismarck, wie die preußische Militärpartei immer sein Dazwischentreten gefürchtet habe, wie diese immer ihre Pläne vor ihm versteckte und ihn von ihren Beratungen ausschloß, wie, als der allmächtige Kanzler einmal militärische Nachrichten einzuholen wünschte, er sich so weit erniedrigen mußte, die Gunst des Korrespondenten der Times zu suchen und diesen auszufragen, und wie an demselben Tage, wo das Deutsche Reich ausgerufen wurde, er von seinem Herrn, der ihm den Thron verdankte, einen Rüffel erhielt. Diese Episode ist von größter Bedeutung. Sie beweist, daß der Mann von Blut und Eisen in den Augen der Generäle weiter nichts als ein Pazifist war. Sie fürchteten, dieser seltsame Pazifist würde sie der Früchte der gewonnenen Schlachten berauben; er könnte die Franzosen nach Sedan verschonen, wie er es mit den Österreichern nach Königgrätz machte, und ihnen noch einmal einen „Frieden ohne Sieg“ geben. Aber diese Episode ist aus allgemein philosophischen Gründen noch lehrreicher, als aus rein persönlichen. Sie enthüllt so, wie die dramatische Einleitungsszene zu Schillers Wallenstein, den ewigen Gegensatz zwischen den Methoden des Kriegs- und des Staatsmannes. Niemals traf es zu, selbst in Preußen nicht, daß die Friedenspolitik die Fortsetzung der Kriegspolitik ist. Die Friedenspolitik ist nicht die Fortsetzung, sondern die Verneinung der Kriegspolitik. Einen Krieg gewinnen ist das eine; den Frieden zu gewinnen das andere, gänzlich verschiedene. Oft hat ein siegreicher Krieg mit einem verderblichen Frieden geendet, und umgekehrt folgte auf einen günstigen Frieden oft ein unglücklicher Krieg. Alexander I. verlor die blutige Schlacht bei Friedland und erlangte doch den äußerst günstigen Frieden von Tilsit. Alexander II. führte seine siegreichen Truppen bis vor die Tore Konstantinopels und verlor doch den Berliner Frieden. Die Russen hatten die Türken geschlagen, aber Bismarck schlug Gortschakoff; Blücher hatte Napoleon geschlagen, aber Talleyrand schlug Hardenberg. Und so wie die Ziele des Krieges von denen des Friedens sich unterscheiden, müssen auch ihre Methoden und ihr Geist anders sein. Kriegführen heißt zerstören, Friedensschließen aber aufbauen. Kriegführen heißt, das chirurgische Messer anwenden; Friedensschließen bedeutet, die Heilkräfte der Natur zur Anwendung bringen. Kriegführen heißt, die Waffen der Gewalt schwingen; Friedensschließen bedeutet, die Waffe der Vernunft anwenden. Kriegführen heißt, sich ausschließlich mit den Gefahren des Augenblicks befassen; der Verlust einer einzigen günstigen Sekunde kann den Verlust eines Feldzuges be-

deuten. Friedensschließen aber heißt, hauptsächlich an die Zukunft denken, weitsichtig sein. Bei der Vorbereitung und Führung des Krieges geht man von der Annahme aus, der Verbündete von heute könnte der Feind von morgen sein. Beim Schließen des Friedens nimmt man an, der Feind von heute werde der Freund von morgen sein.

Ein oberflächlicher Beobachter mag wohl den Eindruck erhalten, es sei nur die willkürliche Wahl zwischen zwei Arten Frieden möglich. Man könnte einen Frieden gegen, oder einen Frieden mit Deutschland abschließen. Man könnte entweder mit dem Schwerte und unter dem Drucke der Hungersnot einen erzwungenen Gewaltfrieden abschließen, oder einen solchen der Verständigung, der mit den Waffen der Verständigung und der Vernunft zu erlangen wäre. Bei näherem Zusehen aber gewahrt man nicht deren zwei, sondern nur eine einzige Möglichkeit. Ein Gewaltfriede wäre nur möglich, wenn man Deutschland nicht nur besiegt, sondern auch noch das deutsche Volk erdrückt und vernichtet hätte. Es ist aber unmöglich, ein ganzes Volk zu erdrücken und zu vernichten. Die Römer konnten noch einen Teil der Bevölkerung umbringen und die Überlebenden auf die Sklavenmärkte des Mittelmeers verteilen. Heute kann man die römischen Methoden nicht nachahmen. Die Menschlichkeit hat vielleicht weniger Fortschritte gemacht, als man sich einbildet. Doch ist sie etwas weiter gekommen. Drei mächtige Militärgroßmächte versuchten hundertundfünfzig Jahre lang, das polnische Volk zu vernichten; es gelang nicht, und heute ist Polen aus dem Grabe erstanden. Und da ein Volk sich nicht gänzlich unterdrücken läßt, da Gewalt immer nur Gewalt ins Leben ruft, da die Stunde der Rache doch immer einmal kommen muß, so kann ein Gewaltfriede niemals ein wirklicher Friede sein; er kann nur einen Waffenstillstand bedeuten, dessen Dauer genau durch den Zeitraum bestimmt sein wird, der dem geschlagenen Feinde zur Wiedererlangung seiner Kraft notwendig ist.

Trotz des Siegesrausches hat selbst die alte Schule der neuern Staatskunst stets instinktiv gefühlt, daß es tatsächlich unmöglich sei, einen Gewaltfrieden zu schließen. Deshalb gelingt es auch in den letzten hundert Jahren nur zwei derartige Beispiele zu entdecken: nämlich der von Frankreich Preußen aufgezwungene Frieden von 1807, und der von Preußen Frankreich aufgezwungene von 1871. Eigentlich könnte man den von 1871 noch ausschalten. Der Frankfurter Vertrag war kein aufgezwungener im wörtlichen Sinne, denn Bismarck ließ sich gegen Ende doch in eine Art Unterhandlung mit Favre und Thiers ein.

Man betrachte zunächst einmal den napoleonischen Frieden von 1807. Im Jahre 1806 besiegten die französischen Armeen bei Jena und Auerstädt jene selbe preußische Macht, welche die französischen Armeen bei Roßbach vernichtete. Auch dies war keine bloße Niederlage, sondern eine Vernichtung. Das ganze preußische Gebiet wurde überflutet, und Napoleon konnte seinen Willen gegen einen hilflosen Feind durchsetzen. Merkwürdigerweise ist der von dem Korsen auferlegte Friede genau derselbe, den „der Tiger“ heute Deutschland aufzwingt; beide gleichen sich so, daß der erste den Anschein hat, die Friedenstifter hätten ihn als „beau idéal“ eines siegreichen Friedens angesehen. Die politischen und territorialen Bestimmungen beraubten Preußen seiner reichsten Provinzen.

Die wirtschaftlichen Bestimmungen bedeuteten den Untergang des feindlichen Handels. Die geforderten Entschädigungen führten die Regierung zum Bankrott. Die militärischen Bedingungen verminderten das preußische Heer auf eine Höchstzahl von 42000 Mann. Es war in der Tat das vollkommenste Beispiel eines siegreichen Friedens! Aber wie lief die Sache aus? Wurde der Zweck erreicht? Nein, keineswegs. Statt den preußischen Staat zu schwächen, ließ dieser napoleonische Gewaltfriede alle sich um den Herrscher sammeln und erweckte in jedem Preußen den Durst nach Rache. Statt die preußischen Heere zu vernichten, ermöglichte er es der Regierung, an die aufgepeitschte Vaterlandsliebe zu appellieren und viel bessere und größere Herre als vorher aufzustellen. Nach weniger als acht Jahren half Fürst Blücher Wellington Napoleon zu vernichten, und Belle Alliance hat Jena ausgelöscht.

Man betrachte nun den Bismarckschen Frieden von 1871. Frankreich befand sich 1871 wie das heutige Preußen mitten in einer Revolution und Hungersnot, und Bismarck vermochte wie Napoleon seinen Willen durchzusetzen. Der Bismarcksche Friede war im Vergleich zu dem napoleonischen gemäßigt, denn während Napoleon mehr Soldat als Staatsmann war, war Bismarck eher Staatsmann als Soldat. Die wirtschaftlichen Bestimmungen sicherten Deutschland hauptsächlich die Stellung eines meistbegünstigten Staates. Die verlangte Entschädigung traf Frankreich nicht besonders hart, sondern erwies sich nur für den Sieger unheilvoll, indem sie eine gewaltige Anzahl von geschäftlichen Zusammenbrüchen in Deutschland und Österreich hervorrief. Die territorialen Bestimmungen führten zur Annexion einer durch Abstammung und Sprache fast ganz deutschen Bevölkerung, und diese erntete gewaltige Vorteile unter der Herrschaft des Siegers. Indem aber der Sieger diese Bevölkerung gegen ihren Willen annektierte, verletzte er einen der Grundsätze, auf denen die moderne Zivilisation aufgebaut ist, und er forderte so das moralische Gewissen der Welt heraus. Und wegen dieser Verletzung und Herausforderung blieb Elsaß-Lothringen eine eiternde Wunde im europäischen Staatsgefüge. Seine Annexion war nicht eine Quelle der Kraft, sondern der Schwäche für das Deutsche Reich. Es machte eine Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich dauernd unmöglich und bildete eine der Hauptursachen, die den Weltkrieg herbeiführten.

„Et nunc erudimini reges!“ Wird man die Lehren aus diesen beiden tragischen Mißerfolgen ziehen? Oder hofft man auf Erfolg, wo Bismarck und Napoleon unterlagen? Ohne die Friedensstifter von Paris herabsetzen zu wollen, waren doch Bismarck und Napoleon noch größere Männer als diese, und das Preußen, gegen das Napoleon Frieden schloß, war ein ganz anderes Volk und ein viel schwächerer Gegner als das Deutsche Reich von heute. Die Preußen von 1807 waren weiter nichts als sieben Millionen elender und ungebildeter Leibeigner. Die Deutschen, die jetzt unterdrückt werden sollen, sind ein Volk von siebzig Millionen, die ein feuriger Patriotismus erfüllt; ein Volk, das fünf Jahre lang dem gemeinsamen Ansturm einer Welt von Feinden Trotz bot, und das eine in der Weltgeschichte unerhörte Widerstandskraft bewies.

Man wird einwenden, daß diese beiden Lehren hier keine Anwendung fänden, daß die Geschichte sich niemals wirklich wiederholt, und daß die

Umstände niemals dieselben seien. Man untersuche deshalb etwas genauer die Bedingungen des Problems, um zunächst ausfindig zu machen, ob man die Macht besitzt, den Vertrag heute durchzuführen, und ob durch die erzwungene Durchführung etwas gewonnen werde; und zweitens, ob diese Macht auch in Zukunft, also etwa in fünf oder zehn Jahren noch vorhanden sein wird.

Augenblicklich ist zweifellos die Möglichkeit vorhanden, fast jede erdenkliche Bedingung durchzuführen. Deutschland liegt geschlagen am Boden, vollkommen der Gnade seiner Feinde ausgeliefert, bedrängt von Bankrott, Anarchie und Hungersnot. Die feindlichen Heere könnten auf Wunsch morgen am Tage Unter den Linden einen Parademarsch aufführen, und wie Napoleon vermöchten sie, jede preußische Festung zu besetzen. Was wäre aber damit gewonnen? Die Besetzung vermöchte sowohl dem deutschen Volke wie der Regierung mancherlei direkte Vorteile zu bringen. Die fremden Armeen würden Millionen im besetzten Gebiet ausgeben, und sie würden der deutschen Regierung die furchtbare Last abnehmen, Gesetz und Ordnung aufrecht zu erhalten, und außerdem sie von der lästigen Pflicht befreien, Streikende und Bolschewisten totzuschießen. Würde so Deutschland gewinnen, so würde Großbritannien und Europa sicherlich dabei verlieren. Eine Million junger Leute würde man der produktiven Arbeit entziehen. Weitere Tausend Millionen Pfund müßten dem britischen Steuerzahler auferlegt werden. Der Friedensschluß würde auf unbestimmte Zeit verschoben werden; die böhmischen und polnischen Verbündeten wären zu weiterm Verhungern verurteilt, und die Aussichten des Bolschewismus in der englischen Heimat würde bedeutend steigen.

Selbst wenn aber heute die Möglichkeit vorläge, die Deutschen zu bestrafen und dabei gleichzeitig wenigstens die gleiche Strafe sich selbst aufzuerlegen, so frage man sich doch, welcher politische oder moralische Zweck wird damit erreicht, es handele sich denn um eine wahrhaft preußische „Schadenfreude“, eine satanische Lust an der Rache? Und wie lange wird diese Möglichkeit vorliegen? Denn dies ist der Kernpunkt der ganzen Sache. Leidet man nicht an einer gefährlichen Täuschung. Die deutschen Armeen sind geschlagen, aber der deutsche Geist ist nicht unterdrückt worden, wie dem Verfasser auf einer Reise durch Deutschland noch vor kurzem deutlich klar wurde. Und es ist ausgeschlossen, siebzig Millionen Menschen umzubringen, obwohl man ein paar Millionen, darunter unschuldige Frauen und Kinder, zum Hungertode verurteilen kann. Man sollte sich nicht durch die Geschicke Österreichs und Rußlands in den letzten Jahren irreführen lassen.

In Österreich und Rußland machten die Völker Front gegen die Regierung. In Deutschland steht das Volk mit der Regierung gegen den äußeren Feind. Und so sei die Frage wiederholt, ob es möglich sei, jene siebzig Millionen bloß mit Waffengewalt zu besiegen, und zwar nicht nur für heute, sondern für alle Zeiten? Man halte sich vor Augen, was dieses deutsche Volk ist. Dieser Krieg mag ja eine Enthüllung deutscher Ruchlosigkeit und deutschen Wahnsinns gewesen sein. Er war aber keine Enthüllung deutscher Schwäche. Er hat vielmehr gezeigt, welche unerschöpfliche Reserven in diesem merkwürdigen Volke stecken, und welche ungeheuren Stärke sich seine strategische Lage mitten im Herzen Europas erfreut; er hat seine wunderbare Fähigkeit zu organisieren erwiesen; er

hat gezeigt, daß die deutschen Laster der Habsucht und des Ehrgeizes, der Brutalität und Doppelzüngigkeit noch weniger schrecklich sind als die deutschen Tugenden des Heldennutms und der Opferfreudigkeit, der Disziplin und der Vaterlandsliebe.

Man vergesse nie, daß der gegenwärtige deutsche Zusammenbruch nicht wie 1807 etwa durch ein moralisches Versagen oder durch die innere militärische Schwäche herbeigeführt wurde. Er wurde zum großen Teil zunächst durch den bulgarischen und österreichischen Zusammenbruch hervorgerufen; zweitens durch die plötzliche von der Revolution erzeugte Lähmung; und drittens hauptsächlich durch die überwältigende militärische und ökonomische Überlegenheit einer Weltkoalition. Die Wirksamkeit der beiden letzten Gründe muß aber naturgemäß eine vorübergehende sein. Deutschland ist heute allerdings durch die Revolution gelähmt. Es wird aber nicht dauernd durch diese gelähmt bleiben; es erholt sich tatsächlich schon wieder, und es ist sehr wahrscheinlich, daß über kurz oder lang in Deutschland wieder eine verhältnismäßige Ordnung herrschen wird, während in einigen der siegreichen Ländern noch Revolutionen wüten. In ähnlicher Weise steht dem Deutschen Reiche heute eine Weltkoalition gegenüber. Bündnisse sind aber nach dem Sprichwort vergänglich. Schon hat Rußland, der furchtbarste festländische Feind Deutschlands aufgehört, von Bedeutung zu sein. In Italien droht schon ein Frontwechsel sich vorzubereiten. Nichts ist am Kriegsglück beständiger als die Unbeständigkeit. Und die anscheinenden Sieger sind nicht immer die wirklichen Sieger. Frankreich erstrahlt moralisch im höchsten Ruhm, ist aber für eine Generation verwüstet und verstümmelt. Großbritannien triumphiert zu Wasser und zu Lande, hat aber zum Teil seine Alleinherrschaft auf dem Geldmarkte und auf dem Gebiete der Schifffahrt verloren. Trotz der Niederlage befindet Deutschland sich heute wahrscheinlich militärisch in einer stärkeren Lage als vor dem Kriege; und was die Entente angeht, so ersetzt das schwache polnische Bollwerk nicht das starke russische Reich. Die kürzlich aufgefangene Feststellung des unvermeidlichen Erzberger läßt bedrohliche Zukunftsbilder vor einem entstehen. Deutschland mag gewiß den gegenwärtigen Frieden unterzeichnen, aber nur mit dem festen Entschluß, eine erzwungene Unterschrift nicht einzulösen. Der Waffenstillstand wird genau so viele Jahre dauern, als zum Zwecke der Erholung notwendig sind. Sobald dieser Zustand erreicht ist, werden wieder einmal siebzig Millionen Deutsche den vierzig Millionen Franzosen gegenüberstehen. Die Welt wird dann wieder einmal einen Wettkampf erleben, aber unter für die Zivilisation viel weniger günstigen Bedingungen als 1914, mit viel größeren Aussichten für Deutschland.

Man halte sich diese Möglichkeiten, die man absolute Gewisheiten nennen könnte, falls es überhaupt absolute Gewisheiten in der internationalen Politik gibt, vor Augen. Man führe sich die furchtbaren, in einem reinen Gewaltfrieden liegenden Gefahren vor Augen. Die Bedingungen des Vertrages können unter keinen Umständen ausgeführt werden. Die Entschädigungsbedingungen können nicht ausgeführt werden. Der wissenschaftlich gebildetste Stallschweizer kann der Kuh, der er nichts zu fressen gibt, nicht auch noch mehr Milch entlocken. Auch können die politischen Bedingungen nicht ausgeführt werden. Polen, das verwundbarste aller jemals

errichteten politischen Gebäude kann nur bestehen, wenn in Osteuropa Ordnung und Friede herrschen. Aber selbst wenn man annimmt, daß alle Bestimmungen ausgeführt werden können, so würde ihre Ausführung ein neues Welterdbeben innerhalb absehbarer Zeit bedeuten.

Eine gesunde Staatskunst müßte deshalb diesen Gewaltfrieden ablehnen. Ob die drei Großmächte den moralischen Mut haben werden, ihr eigenes Werk zu zerstören oder ob sie diese unangenehme Arbeit dem Völkerbund und den unzähligen internationalen Kommissionen, die sich mit dem Bunde in die Arbeitslast teilen werden, überlassen, ist von geringer Bedeutung. Es ist aber wesentlich, daß man wieder zu einem Verhandlungsfrieden kommen muß. Und ein Verhandlungsfriede bedeutet einen Vertrag zwischen zwei zustimmenden Parteien. Und ein derartiger Vertrag bedeutet einen Verständigungsfrieden. Tatsächlich ist jeder seit 1800 geschlossene Friede ein derartiger gewesen, durch den der Sieger in irgend einer Art mit dem Besiegten zu irgendeiner Verständigung kommen mußte. Das gilt vom Tilsiter Frieden (1807). Es gilt vom Wiener Frieden (1815); vom Pariser Frieden (1854); vom Nikolsburger (1866); vom Berliner (1878); vom Frieden von Vereinigung (1901), und ebenso vom Frieden von Portsmouth (1905). In all diesen Fällen gewann schließlich die aufbauende Vernunft die Oberhand über zerstörende Dummheit oder blindes Vorurteil.

Der Verfasser tritt nicht als „advocatus diaboli“ auf. Er spricht im Interesse der Alliierten, vor allem im Interesse Frankreichs und Polens. Er spricht für die Sicherheit Europas. Ein Verständigungsfriede ist den Alliierten noch notwendiger als Deutschland, denn ein Gewaltfriede würde diese härter als Deutschland treffen, zwar vielleicht nicht heute oder morgen, aber sicherlich in zehn oder zwanzig Jahren. Unter einem Gewaltfrieden und bei der dann unvermeidlichen Umgestaltung desselben würde Deutschland viele Trumpfkarten ausspielen können, obwohl es dieses noch nicht sobald tun dürfte. Bei einem Verständigungsfrieden halten die Alliierten sämtliche Karten. Und zwar die militärische Trumpfkarte, da sie den Druck der Militärmacht und das durch den Sieg verliehene Ansehen einsetzen können. Sie halten die moralische Trumpfkarte und könnten sogar die deutsche öffentliche Meinung auf ihre Seite bringen, um so, wenn sie dies wünschten, den Abfall von Berlin zu vervollständigen. Sie haben den ökonomischen Trumpf in Händen, und zwar durch die Verfügung über Rohmaterialien und Nahrungsmittel. Zweifellos haben sie schon einige Vorteile sich entwinden lassen. Sie sind nicht mehr so stark, wie vor einem Jahre, und doch sind sie noch die Stärkeren. Sie haben den Krieg gewonnen. Es ist nicht zu spät, auch den Sieg zu gewinnen. Aber um den Frieden zu gewinnen, muß auch die einzige Politik, die dorthin führt, befolgt werden. Zunächst muß man sich klar machen, daß in einem bloßen Selbstbestimmungsfrieden keine Beständigkeit liegt, daß der National- oder Rassenpatriotismus für sich allein ein ungenügendes Fundament internationaler Festigkeit ist, und daß Nationalleidenschaften keineswegs den Frieden, sondern vielmehr den Krieg herbeiführen. Man sollte zu der Überzeugung gelangen, daß in einem Vergeltungs- und Rachefrieden weder Moral noch Beständigkeit liegen. Auf der anderen Seite sollte man die Deutschen davon überzeugen, daß die bloßen Formen der „Demokratie“, die bloße Änderung der Regierung keine Sinnes-

änderung bedeute, und man sollte sich selber vor Augen halten, daß die französische und die russische und die deutsche Demokratie sich so angriffslustig wie irgend eine Monarchie erwiesen haben. Man sollte ferner die Deutschen lehren, daß ein Verständigungsfriede von bestimmten, noch nicht vorhandenen Bedingungen abhängt, daß Versöhnung auf Sicherheit folgen muß, daß Versöhnung nicht in einer Atmosphäre von Furcht oder Verdacht gedeihen kann, daß es im Interesse der Deutschen selber liegt, jene berechtigte Furcht zu beseitigen, daß sie diese nur beseitigen können, indem sie das verderbliche Werk Bismarcks zerstören dadurch, daß sie den festen Block eines geschlossenen und zentralisierten Mitteleuropa zerbrechen und jene deutschen Staaten, die erst vor kurzem preußisch wurden, und die gegen den Willen der Bevölkerung nach den Kriegen von 1864, 1866 und 1870 annektiert wurden, zu selbständigen Gemeinwesen gestaltet. Man muß aber auch stets eingedenk sein der Tatsache, daß derartige konstruktive Änderungen nicht von außen her aufgezwungen werden können, daß man bloß durch Staatskunst, Verhandlung, dadurch, daß man Vernunft an die Stelle von Leidenschaft und Vorurteil setzt, gelangt. Nur ein Vernunftfriede, ein Friede der Mäßigung und der aufbauenden Staatskunst bietet die Gewähr der Sicherheit und der Dauer.



KAPITEL VI.

Der politische Umbau Deutschlands.

Wie sehr sich auch immer die Freunde und Gegner des Pariser Vertrags in ihren Ansichten unterscheiden mögen, so sind sie sich doch wenigstens in diesem einen Punkte einig, daß nämlich jede Lösung des Friedensproblems letzten Endes unter diesem Gesichtspunkte beurteilt werden muß: Wie weit nämlich diese Lösungen eine angemessene und dauernde Sicherheit verbürgen. Denn jede militaristische Politik, alle Rüstungen werden in erster Linie durch ein Gefühl der Unsicherheit hervorgerufen. Die letzten Kriege sind nicht so sehr das Ergebnis von Raubgier oder von Ehrgeiz, als vielmehr von bloßer Furcht. Selbst Bismarck litt beständig an dem Alpdruck feindlicher Koalitionen. Selbst der Mann von Blut und Eisen war in einem gewissen Sinne ein zaghafter Pazifist, und er erfand ständig neue Sicherungen und Rückversicherungen. Das „primum mobile“ des Weltkrieges war die Tatsache, daß Deutschland und Österreich beide Rußland und den Panславismus fürchteten, und der Engländer sollte eigentlich um so weniger Schwierigkeiten haben, eine derartige Furcht zu verstehen, als diese selbe peinigende Furcht vor Rußland viele Generationen hindurch die englische Politik bestimmte. Diese selbe Furcht erklärt sowohl das frühere englische Bündnis mit Preußen wie das kürzlich abgeschlossene mit Japan. War diese Furcht vor Rußland auf englischer Seite gerechtfertigt, so ist nicht einzusehen, wie sie es nicht auch auf deutscher sein sollte, da doch Deutschland eine lange

und offene Grenze von Hunderten von Meilen mit Rußland gemeinsam hatte. Und ebenso wie Deutschland Rußland fürchtete, so fürchtete Westeuropa Deutschland. Und diese Furcht hat sich als noch begründeter erwiesen. Deutschland war durch seine geographische Lage im Herzen des Festlandes, durch den Druck eines geschlossenen und gleichartigen Volkes von siebzig Millionen, durch den eigentümlichen Charakter dieses Volkes, sein kriegerisches Wesen, seine sklavische Unterwürfigkeit, und noch mehr durch seine Tugenden, seinen Fleiß, seine Ausdauer, seinen stürmischen Patriotismus, sein wunderbares Organisationstalent seinen Nachbarn furchtbar. Die von Deutschland eingeflößte Furcht war so berechtigt, daß es eines Zeitraumes von vier Jahren und der angestrengtesten Bemühungen von zehn Nationen bedurfte, um den Koloß unschädlich zu machen. Und diese Unschädlichkeit ist nur eine vorübergehende. War Deutschland vor dem Kriege gefährlich, so kann es in naher Zukunft noch gefährlicher werden. Denn dann wird kein russisches Reich mehr vorhanden sein, um es im Zaum zu halten. Die Bestimmungen des Friedensvertrages geben keine Sicherheit gegen diese Zukunftsdrohung. Es wäre töricht, auf die Erwartung einer sicheren und baldigen Demokratisierung Deutschlands irgendwelche Hoffnungen zu bauen. Die meisten Demokratien haben sich eher als angriffslustiger denn als weniger angriffslustig als Monarchien erwiesen. Die französische Demokratie von 1793 war gewiß nicht weniger angriffslustig als die Monarchie Ludwigs XV. Die deutsche Demokratie von 1848 war gewiß nicht weniger angriffslustig als die Monarchie Friedrich Wilhelms IV., und die erste Forderung des Frankfurter Parlaments war nicht die Freiheit, sondern die Annexion von Schleswig-Holstein. Die gegenwärtige russische Revolution geht sicher nicht in pazifistischer Richtung zu weit. Noch vermag die Errichtung einer schwachen Schranke aus kleinen Staaten irgendwelche Sicherheit gegen jene deutsche Zukunftsdrohung zu bieten. Niemals hat die Staatskunst einen verwundbareren Staat, noch dazu unter derartig schlimmen Verhältnissen geschaffen, als den polnischen Pufferstaat, der eine gefährliche und ständige Wache an der Weichsel halten soll.

Wenn die Auffassung, die der Verfasser von der politischen Wirklichkeit hat, und seine Diagnose der Geschichte richtig sind, dann muß er unwiderstehlich zu dem Schlusse kommen, daß der einzige Weg, die notwendige Sicherheit zu schaffen und die deutsche Gefahr zu beseitigen, darin liegt, das politische Werk Bismarcks zu zerstören, das preußische Band zu lösen, den gefährlichen und geschlossenen deutschen Aufbau auseinanderzunehmen, in andern Worten, ein dezentralisiertes Deutschland kleiner Staaten an die Stelle des vereinten und zentralisierten verpreußten Reiches zu setzen. Eine derartige Politik ist zur Erhaltung eines europäischen Friedens ebenso erforderlich, wie sie im Interesse Deutschlands selber liegt. Eine derartige Politik wäre weiter nichts als eine Rückkehr zu den ältesten Überlieferungen Europas, sowie sie auch für die Zukunft vorgezeichnet liegt. Und eine derartige Politik ist die einzige konstruktive Politik, die einzige, die aus dem gegenwärtigen Chaos Ordnung entstehen lassen könnte.

1. Eine derartige Politik ist für Europa notwendig, weil dadurch die deutsche Gefahr beseitigt würde; sie gibt jene angemessene und

dauernde Sicherheit, welche militärische Maßnahmen nicht zu geben vermöchten. Und noch wichtiger ist, daß die nötigen Sicherheiten gegeben werden, ohne daß mit roher Gewalt vorgegangen werden müßte. Wenn also eine derartige Politik ausführbar wäre, so müßte sowohl der Pazifist wie der Militarist, der Realist wie der Idealist mit ihr einverstanden sein. Auf diese Weise würde die Verpflichtung, eine ständige „Wacht am Rhein“ zu halten, hinfällig werden. Sie würde sofort die Verpflichtung, große Rüstungen aufrechtzuerhalten, hinfällig machen. Sie würde sofort die augenblicklich bestehende Spannung lösen. Sie würde sofort die Welt auf eine moralische und politische Basis stellen, statt auf eine rein militärische.

2. Eine derartige Politik liegt aber auch im Interesse Deutschlands. Kein Volk ist mehr daran interessiert, den Alpdruck der Furcht verschwinden zu lassen als das deutsche. Deutschland kann sich in der Atmosphäre von Furcht, die seine früheren Herrscher geschaffen haben, nicht wieder erholen. Deutschland kann sich nicht erholen, wenn es weiter von einer Mauer von Feinden umgeben bleibt. Sein einziges politisches Streben sollte es sein, einen Rückfall in das alte Regime zu verhindern, sich von der Verbindung mit Preußen zu lösen, jene „fons et origo malorum“. Eine politische Dezentralisation würde nicht mit seiner moralischen Einheit in Widerspruch stehen. Diese würde seine berechnete kommerzielle Tätigkeit ebenso wenig beeinträchtigen, wie dies im goldenen Zeitalter der Hansa der Fall war. Ein Bund von etwa sechs deutschen Staaten wäre für alle Verteidigungszwecke genügend. Nur zu Angriffsabsichten würde diesem die Kraft fehlen.

Während einer vor nicht allzu langer Zeit durch das besetzte Gebiet gemachten Reise hatte der Verfasser Gelegenheit, diesen wesentlichen Punkt mit vielen Deutschen in hervorragenden Stellungen zu besprechen, und er fand, daß der einzige Einwand, der vom deutschen Standpunkte aus gegen diese Zersplitterung des verpreußten Deutschland gemacht wird, der ist, daß man so wieder zu den alten Mißständen der „Kleinstaaterei“ gelangen würde, die Treitschke so beredt und beharrlich darzulegen pflegte; einer Wiederkehr der politischen Ohnmacht und Anarchie des alten Reiches. Die Antwort des Verfassers, die tatsächlich in den meisten Fällen die Gegner überzeugte, war, daß jenes vor dem Kriege vielleicht berechnete Argument nun vollkommen seine Bedeutung verloren hätte; daß selbst ein Bismarck unter den gegenwärtigen Umständen sich zur Dezentralisation bekehrt hätte. Bismarck mochte mit dem Bau eines geschlossenen, geeinten Deutschlands recht haben, weil dieses auf drei Seiten von mächtigen Militärmächten umgeben war. Dieser Krieg hat zwei von diesen zerstört. Heute würde eine Dezentralisation alle die Vorteile bringen, die sie in den Tagen der Hansa hatte, und keine Nachteile, wie in den Tagen Goethes. Würde Deutschland sich heute weigern, sich den neuen Verhältnissen anzupassen, so würde es als einziger Staat sich den alten Militarismus erhalten, als der einzige Feind der neugeborenen Staaten der demokratischen Weltordnung. Indem es sich dem Umbau fügte, indem es seine Verbindung mit Preußen löste, würde es beweisen, daß es ihm mit seiner Bekehrung zum neuen System ernst ist, und es würde dazu beitragen, dieses zu festigen.

3. Der politische Umbau Deutschlands ist sowohl eine Rückkehr zur ältesten politischen Tradition Europas, als auch in dessen zukünftiger poli-

tischer Entwicklung vorgezeichnet. Eine Gruppe kleiner deutscher Staaten war auch das Wesen des heiligen römischen Reiches. Es ist interessant, hier darauf hinzuweisen, daß der Abbé de Saint-Pierre, der Vorkämpfer des Völkerbundgedankens, im Deutschen Reiche den Eckstein des europäischen Friedens erblickte. Diese Gruppe zu erhalten war die Politik, die auf dem Kongreß zu Münster herrschte, und die anderthalb Jahrhunderte später die Staatsmänner in Wien erfüllte. An demselben Tage, da der Sieg von Königgrätz den alten deutschen Bau zerstörte, verkündete die prophetische Stimme Thiers': Europa würde von nun an keinen Augenblick ruhiger Friedensgewißheit haben.

Auch darf nicht vergessen werden, daß, größtenteils infolge des Krieges, in der inneren Politik Dezentralisation und Evolution, in der äußeren aber die Errichtung von kleinen Nationalstaaten immer mehr das Gesetz der politischen Entwicklung werden müssen. Wenn deshalb die deutschen Staaten ihre Verbindung mit Preußen lösen, werden sie keine Ausnahme von einem Weltgesetz machen. Sie würden im Gegenteil nur eine Ausnahme und eine bedrohliche Anomalie sein, wollten sie allein ein geschlossener Block unter den zwei Dutzend kleinen Nationalstaaten bleiben, die sich auf den Trümmern des russischen, österreichischen und türkischen Reiches gebildet haben.

Die Gründe zugunsten der Trennung der deutschen Staaten von Preußen wurden so kurz angegeben. Die zahlreichen entgegenstehenden Schwierigkeiten sind wohl bekannt. Die größte darunter ist die, daß die überzeugte Mitwirkung der deutschen Staaten selbst notwendig ist, und daß diese nicht durch rohe Gewaltanwendung erlangt werden kann. Wenn hier aber auch keine Gelegenheit zur Anwendung von roher Gewalt ist, so liegt eine herrliche Gelegenheit vor, mit konstruktiver Staatskunst und schöpferischer Diplomatie vorzugehen. Und man halte sich doch vor Augen, daß die Alliierten alle Trümpfe in der Hand haben: zunächst das Ansehen des Siegers; dann die politische Trumpfkarte Deutsch-Österreich. Den ökonomischen Trumpf. Den Trumpf der vom Bolschewismus eingeflößten Furcht. Eine gewaltige Mehrheit scheint für eine rheinische Republik zu sein. Wird man die Gelegenheit benutzen? Wird man sie jetzt ausnutzen? Auf diese Weise könnte noch Ordnung aus diesem Chaos werden. Man könnte immer noch Frieden „mit“ Deutschland statt „gegen“ Deutschland machen. In wenigen Monaten wird es zu spät sein. In ein paar Jahren wird Europa abermals zu einem falschen System erstarrt sein — nur um durch neue Kriege und neue Revolutionen zertrümmert zu werden.

KAPITEL VII.

Die Aufgabe der Friedenskonferenz.

Abraham Lincoln gegen Clémenceau.

Die Aufgabe, welche die Friedenskonferenz zu erfüllen hat, und die sie bisher nicht erfüllte, und die sie sehr kluger Weise dem Völkerbund zur Lösung überließ, ist im großen ganzen der Aufgabe vergleichbar, welche die Leiter irgend eines industriellen Unternehmens, das plötzlich eine finanzielle Katastrophe erleidet, zu lösen haben. Die Leiter des Unternehmens wissen, daß es angesichts eines solchen Unglücks nutzlos ist, über frühere Beschwerden nachzudenken; daß Haß und Rache nicht den angerichteten Schaden wieder gut machen werden; daß Haß etwas Menschliches und Rache ein Vergnügen für Götter sein mag, daß sie aber für den berechnenden Geschäftsmann ein kostspieliger Luxus sind. Sie erklären es für eine törichte Politik, einen langwierigen und kostspieligen Streit mit Konkurrenzunternehmen anzufangen, deren Torheit oder Unehrllichkeit an allem schuld sein sollen. Sie werden sich keine übertriebenen Hoffnungen machen, Schadenersatz von denjenigen zu erhalten, die mit ihnen in dasselbe Unglück verwickelt waren. Statt rückwärts werden sie vorwärts blicken; sie werden ihre ganze Kraft darauf verwenden, die zerstörte Schaffenskraft ihrer Firma wiederaufzubauen. Sie werden versuchen, die Produktion zu heben und die Unkosten zu vermindern; sie werden eine vorsichtige und konstruktive Politik treiben. Sie werden eine genaue Bilanz über ihre Außenstände und Verpflichtungen aufstellen, ohne dabei jene zu überschätzen noch diese zu gering anzugeben. Vor allem aber werden sie in ihrer Kenntnis der sehr schlimmen Folgen eines törichten und gedankenlosen Optimismus sich vor übertriebenen Erwartungen hüten. Sie werden den Versuch machen, die Lage genau so zu sehen, wie sie tatsächlich ist.

Wenn die Staatsmänner Europas klug sind, so werden sie genau nach diesen Grundsätzen handeln. Sie werden nicht dauernd über die Leiden und Verbrechen der Vergangenheit nachdenken. Seinen Gefühlen freien Lauf zu lassen mag wohl für das Volk eine willkommene Erleichterung sein. Die Leidenschaft ist aber stets in einer konstruktiven Politik ein schlechter Ratgeber gewesen. Ihr wird es nie gelingen, die zerstörten Heimstätten wieder herzustellen noch jene Millionen, die sich opfern mußten, ins Leben zurückzurufen. Vernünftige Staatsmänner werden deshalb auch keine Hoffnung haben, aus einem bankrotten deutschen Volke Entschädigungen herauszupressen. Genau so wie die Leiter des industriellen Unternehmens werden sie sich einen klaren Kopf, ein kühles Urteil und ein mutiges Herz bewahren. Sie werden jede Täuschung von sich fern halten und den Tatsachen unverhüllt ins Gesicht sehen.

Derartige leidenschaftslose Staatsmänner werden versuchen, die Lage so zu sehen, wie sie ist; sie werden die ungeheuren durch den Krieg allen aufgelegten Verpflichtungen und die daraus entstandenen Probleme richtig einschätzen. Auf diese Weise werden sie eine peinliche Tatsache kennen lernen, die in dem ersten Rausch über den plötzlichen Zusammenbruch Deutschlands und bei Abschluß des Waffenstillstands übersehen wurde: die Tatsache nämlich, daß der errungene Friede kein Siegfriede ist, sondern von der Art, wie ihn Wilson in einem früheren Stadium als einen „Frieden ohne Sieg“ bezeichnete. Es scheint tatsächlich gelungen, einen entscheidenden militärischen Erfolg herbeizuführen; aber in mancher Hinsicht ist dieser unfruchtbar. Es ist gelungen, vier Militärmächte zu zerstören, oder vielmehr, jene vier Reiche haben sich selbst zerstört. Aber bis jetzt ist noch nichts an deren Stelle getreten, und man fängt an, die Tatsache zu erkennen, daß, so schlecht die Regierungen jener vier Reiche auch immer waren, selbst die schlechteste Regierung immer noch besser ist als Anarchie. Unterdessen aber breitet eine allgemeine Anarchie sich aus.

Wenn dann diese selben leidenschaftslosen Staatsmänner versuchen sollten, den vollen Sinn eines „Friedens ohne Sieg“ zu entdecken, so werden sie auf eine weitere peinliche Tatsache stoßen: daß nämlich bislang noch keines jener Ziele, für die England in den Krieg eingriff, erreicht wurde.

I.

Der preußische Militarismus wurde nicht zerstört. Es fragt sich sogar, ob man nicht sogar noch sein Leben verlängerte. Der Militarismus wurde an vielen Stellen, wo er schon bestand, ermutigt. China, ein friedliches Gemeinwesen von vierhundert Millionen Menschen, wurde auf Gnade und Ungnade an Japan, das Preußen des Fernen Ostens, ausgeliefert. Der Militarismus konnte auf dem amerikanischen Festlande tiefe Wurzeln schlagen, wo er vorher nicht bestanden hatte. Um Preußen zu bekämpfen, mußten überall preußische Methoden angenommen werden. In einem sehr wahren Sinne wurde die ganze Welt verpreußt.

II.

Die deutsche Macht wurde vernichtet. Aber die tieferen Quellen der deutschen Kraft blieben unberührt. Man machte keinen Versuch, das böse Werk Bismarcks zu zerstören. Der geschlossene, gleichartige, zentralisierte Staat, die Schöpfung Bismarcks, wurde nicht zerschlagen. Bei Abschluß des Waffenstillstandes war vielleicht die Hoffnung vorhanden, man könnte das Deutsche Reich zersplittern. Heute scheint das deutsche Volk mehr denn je geeint zu sein. Unter diesen Umständen erfreuen weder Frankreich noch die durch den Krieg entstandenen kleinen Staaten sich irgend welcher größeren militärischen Sicherheit als vor der Katastrophe. Frankreich wird immer noch siebzig oder achtzig Millionen Deutsche gegen sich haben, die weiterhin unabhängig, uneingeschüchtert sind, deren Geist ungebrochen ist, und die mehr denn je nach Rache lechzen. Auch wird sich Frankreich nicht mehr in Zukunft auf die Unterstützung durch ein starkes Rußland verlassen können. Nur ein großer zentralisierter Staat wird sich auf dem europäischen Festlande erhalten haben. Das als Pufferstaat errichtete

Polen ist ein schwächliches Gebäude, und, weit davon entfernt, sich gegen Deutschland schützen zu können, wird es des Schutzes gegen Deutschland bedürfen.

III.

England beteiligte sich am Kriege im Namen der Freiheit; aber es ist sehr ungewiß, ob dadurch die Summe menschlicher Freiheit vermehrt wurde. Überall mußten die Regierungen zum Zwecke der Fortführung des Krieges die Freiheiten des Bürgers einschränken, und diese mußten ihre Gerechtsame einer despotischen und sklavischen Bürokratie ausliefern, mit der verglichen sogar der preußische Staat freiheitlich und demokratisch erscheint.

IV.

Man verläßt sich auf die Fortdauer des großen Bündnisses, um den Frieden sicher zu stellen; aber dieses große Bündnis ist nicht zu etwas Dauerndem gemacht worden, es droht vielmehr ein Zerfall. Schon erweisen sich die zentrifugalen Kräfte stärker als die zentripetalen. Italien löst sich los, und ein neues Bündnis mit Deutschland wird in der italienischen Presse öffentlich besprochen. Japan bedeutet ein Element der Schwäche und stellt Forderungen, die nicht zu erfüllen sind. Böhmen und Polen verhungern und sind unzufrieden. Amerika wird langsam der Sache entfremdet, zum Teil durch die Propaganda irischer Agitatoren, weil es nicht gelungen ist, die Frage der irischen Nationalität zu lösen.

V.

Wenn der Krieg so das große Bündnis nicht gestärkt hat, so hat er auch das britische Weltreich nicht gekräftigt. Irland wird von Revolutionen heimgesucht. Indien, Ägypten, Südafrika, Malta drohen mit Aufstand. Die ganze mohammedanische Welt ist bis in ihre Grundfesten erschüttert. Selbst in Kanada lockert sich die ökonomische Fessel des Mutterlandes. Bisher hing die Entwicklung der kanadischen Republik von englischer Unternehmungslust und englischem Kapital ab; in Zukunft wird sie von den Vereinigten Staaten abhängen. Bisher flossen die Ausgaben Kanadas von Osten nach Westen auf einem britischen Breitengrad. In Zukunft werden sie eine nord-südliche Richtung nehmen längs einem amerikanischen Längengrad. Die friedliche Durchdringung seitens der Vereinigten Staaten muß in geometrischer Proportion weiter erfolgen, und wenn diese Bewegung auch zu einer Annäherung der beiden großen angelsächsischen Reiche beitragen muß, falls deren Beziehungen freundliche sein sollten, so mag hieraus aber auch eine Drohung und Gefahr entstehen, falls die Beziehungen einmal unfreundlich werden sollten.

Man ist deshalb gezwungen, von welchem Standpunkte auch immer die gegenwärtige und die zukünftige Lage betrachtet werden möge, den Schluß zu ziehen, daß der Sieg nur ein zweifelhafter Triumph war, und die Verbindlichkeiten müssen wenigstens ebenso groß wie die Guthaben erscheinen. Wieder einmal wurde entdeckt, daß der Krieg eine schlechte Kapitalsanlage ist, selbst für den Sieger. Im wörtlichen Sinne mag dieser Krieg tatsächlich als ein „Friede ohne Sieg“ beschrieben werden.

VI.

Aber selbst wenn man nicht zugeben will, daß ein „Friede ohne Sieg“ errungen wurde, so wird man doch sicherlich eingestehen, daß ein „Sieg ohne Frieden“ errungen wurde. Die Kriegsgründe werden nicht aus der Welt geschafft. Der Kriegsschauplatz wurde ausgedehnt und die Reibungsflächen vermehrt. Überall hat man die zum Kriege treibenden Leidenschaften angestachelt. Um den Krieg führen zu können, mußten Patriotismus und Nationalgefühl aufgepeitscht werden. Wie der Zauberlehrling in der Ballade, so hat man die Elementarkräfte aufgerufen und das Wort vergessen, daß es ermöglichen würde, jene wieder zu beruhigen. Die alte homöopathische Heilweise lehrt, daß ein Übel durch ein anderes geheilt werden könnte. „Similia similibus curantur.“ Die neuere medizinische Wissenschaft lehrt, daß man eine Krankheit durch Einimpfen des Erregerbazillus heilen könne. Es ist ganz gewiß gelungen, den Kriegsbazillus einzupflegen. Wenn man aber so nach der homöopathischen Heilmethode verfahren ist, so wurde das Mittel keineswegs in homöopathischer Dosis verabreicht. Während die vier Großen über den Frieden reden, werden etwa dreiundzwanzig kleine Kriege geführt. Auf den Riesenkampf folgt der Zwergenkampf. Ganz Mittel- und Osteuropa ist ein brodelnder Kessel. Italien bekriegt die Jugoslawen, der Tscheche den Polen, der Pole den Litauer, der Litauer den Ukrainer, sie alle bekämpfen den Juden oder den Bolschewisten. Und zu diesen dreiundzwanzig Kriegen von nur örtlicher Bedeutung kommt noch der allgemeine Bürgerkrieg hinzu. Es stehen nicht nur Nationen gegen Nationen, sondern innerhalb jeder Nation steht Klasse gegen Klasse. Die französische Revolution erstreckte sich über zehn Jahre und konnte nur durch die starke Hand Napoleons beendet werden. Heute aber vollzieht sich die Revolution auf viel breiterer Grundlage und auf einem viel größern Gebiet. Ihr Ende ist noch keineswegs in Sicht.

VII.

Das gegenwärtige Chaos mag das Chaos der Schöpfung sein, und bedeuten, daß neue Welten in der Entstehung begriffen sind. Aber es ist klar, daß trotzdem man behaupten könnte, der Krieg sei gewonnen worden, man noch nicht einmal damit angefangen hat, den Frieden zu gewinnen. Wenn damit ein Anfang gemacht werden soll, muß man sich klar werden, daß vorher zwei Bedingungen erfüllt sein müssen. Es muß der Wille, Frieden zu schließen, vorhanden sein, und man muß eine genaue Vorstellung davon haben, wie man zum Frieden gelangt. Augenblicklich zeigt sich kein starker Wille, mit Deutschland oder dem bolschewistischen Rußland Frieden zu schließen. Vielmehr ist man entschlossen, Frieden gegen Deutschland und gegen Rußland zu schließen. Mit anderen Worten ausgedrückt ist man entschlossen, den Krieg mit anderen Methoden fortzusetzen. Man will den ökonomischen Krieg fortsetzen, d. h. man will den grausamsten und verheerendsten aller Kriege führen. Auch weiß man noch gar nicht deutlich, wie der Friede zustande kommen soll. Alle Friedenstheorien scheinen ihre Zwecke zu verfehlen. Man bringt einen erzwungenen Frieden in Vorschlag, d. h. einen Gewaltfrieden, wobei man vergißt, daß ein mit dem Schwert erzwungener Friede gerade nur so lange währen kann, als man entschlossen ist, die Waffe zu gebrauchen. Man gründet seine Hoffnungen auf territoriale Ausgleiche

und strategische Grenzen, wobei man vergißt, daß heute verschobene Grenzen morgen wieder zurückgeschoben werden können. Es wird ein Gerechtigkeitsfriede in Vorschlag gebracht, ohne daß man bedenkt, daß der Krieg den Triumph der Ungerechtigkeit bedeutet, daß der einseitige Friede nur ein Vergeltungsfriede sein kann, und daß die Strafe zum größten Teil die Unschuldigen trifft. Man redet von einem demokratischen Frieden, ohne zu bedenken, daß die neugeborenen Demokratien ebenso kriegerisch gesonnen sind wie die alten Autokratien. Man will einen Selbstbestimmungsfrieden, macht sich aber nicht klar, daß Selbstbestimmung leicht in Egoismus ausartet, und daß der Nationalismus alles andere als ein abgekürzter Weg zum Internationalismus ist.

VIII.

Welches sind denn nun die Hindernisse, die den Willen zum Frieden hemmen und das Bild des Friedens verdunkeln und verwirren? Diese Hindernisse sind weder militärischer noch politischer noch ökonomischer Natur; sie sind geistiger Art. Es kann weder einen festen Willen zum Frieden noch eine klare Vorstellung vom Frieden geben, weil man ganz einfach von gänzlich falschen Voraussetzungen und falschen Annahmen ausgeht bezüglich der Gründe des Weltkrieges und der Art der Friedensprobleme. Wegen dieser falschen Annahmen wurde kein internationaler politischer Kongreß einberufen. Man hat eine oberste Strafkammer aufgestellt. Man sieht den Weltkrieg nicht als einen Brand an. Man betrachtet ihn als ein Verbrechen, und die Deutschen werden dieses Verbrechen für schuldig gehalten. Und man hält es nicht für oberste Pflicht, mit dem Verbrecher sich zu verständigen, sondern man will ihn zunächst bestrafen. Man hält den Weltkrieg für ein Kinodrama, mit untadeligen Helden auf der einen und abgefeimten Schurken auf der andern Seite, statt den Krieg als eine sophokleische oder shakespearische Tragödie anzusehen, in denen alle beteiligten Personen durch jenseits menschlichen Ermessens liegende Kräfte ihren Untergang finden. Man redet von dem Verbrechen von hundert Millionen Deutschen und zweihundert Millionen Russen. Man bemerkt dabei aber nicht, daß man sich auf diese Weise metaphorischer und metaphysischer Abstraktionen bedient, was ebenso schlechte Logik wie schlechte Politik ist. Zu behaupten, man könne ein Volk als Persönlichkeit auffassen, heißt doch, daß das Leben einer Nation nach unzähligen Generationen berechnet wird, und daß sich ihre Verantwortlichkeit über Jahrhunderte erstreckt, und daß man die Deutschen von morgen für die Sünden ihrer Väter bestrafen könne, und die Deutschen von heute für die Verbrechen Friedrichs des Großen. Tatsächlich aber ist ein Volk keine Person. Eine Regierung mag sich allerdings in gewissen Personen verkörpern, nämlich im Herrscher und den herrschenden Klassen, und diese Personen können mit der Verantwortung belastet und bestraft werden. Aber ihrem eigentlichen Wesen nach ist eine Regierung ein Kollektivbegriff ohne Namen und Verantwortung. Sie ist eine bürokratische Maschine. Ebenso ein System, eine Überlieferung, ein Glaube und ein Geist. Man kann nicht ein System bestrafen, sondern es nur ändern. Man kann keine Überlieferung bestrafen, sondern sie nur brechen. Man kann nicht den deutschen Glauben bestrafen, sondern ihn nur widerlegen. Man kann nicht den deutschen Geist bestrafen, sondern ihn nur austreiben.

Der Friede kann nicht eher geschlossen werden, bis nicht eine Philosophie des Friedens geschaffen wurde; bis nicht die Gemüter von den Dünsten der Leidenschaft und den Nebeln eines unklaren Denkens gereinigt wurden; bis man nicht jene irreführenden Metaphern und unklaren Abstraktionen abgelegt hat; ehe man sich nicht von der „Kinodramatheorie“ befreit hat; und bis man nicht die Theorie von der Tragödie des Krieges angenommen hat, um klar einzusehen, daß dieser Krieg nicht das Ergebnis des Verbrechens von hundert Millionen Einzelwesen ist, sondern das Ergebnis von überall wirksamen Prinzipien und von einer bei allen Nationen betriebenen Politik. Eher wird kein Friede werden, als bis nicht der Wunsch, der Geist und die Atmosphäre des Friedens geschaffen wurden.

Die amerikanische Geschichte der letzten Vergangenheit bietet dem Beschauer ein äußerst anschauliches Beispiel für die einzige mögliche Art, die Friedensprobleme zu lösen. Vor fünfzig Jahren befanden sich die Amerikaner, die heutigen Mitglieder der Entente, in derselben Lage, wie die Alliierten heute. Sowohl der Charakter wie die näheren Umstände des Sezessionskrieges zeigen eine größere Ähnlichkeit mit dem Weltkriege als irgend ein anderer Krieg der Geschichte, und die von dem siegreichen Norden befolgte Politik möge den heutigen Staatsmännern als feierliche Warnung dienen.

Zunächst war der Sezessionskrieg wie der Weltkrieg ein unvermeidlicher. Einzelne Männer hatten nur wenig mit ihm zu tun. Es handelte sich in der Hauptsache um den Kampf zwischen zwei Typen der Zivilisation. Der Süden war ackerbaureibend, konservativ, aristokratisch, militaristisch, und sein soziales Leben baute sich auf der Sklaverei auf. Der Norden war industriell, fortschrittlich, demokratisch, und sein soziales Leben gründete sich auf die Freiheit. An zweiter Stelle war dann der Sezessionskrieg wie auch der Weltkrieg ein tragischer. Beide Gegner waren der Überzeugung, einen Verteidigungskrieg zu führen; beide waren überzeugt, Recht zu haben. Drittens war er ein Bruderkrieg, in dem die Interessen der Kriegführenden so ineinander verflochten waren, daß es weder Sieger noch Besiegte geben konnte. Und viertens, da ganze, mit all ihren Hilfskräften und bis zum bittern Ende kämpfende Nationen darin verwickelt waren, stellt sich der Sezessionskrieg wie der Weltkrieg als ein Abnutzungs- und Erschöpfungskrieg dar, in welchem die ökonomische Waffe zu vollenden versuchte, was die militärische allein nicht erreichen konnte.

Als das Ende gekommen war, schienen den Siegern zwei Wege offen zu stehen: Entweder ein Rache- und Bestrafungsfriede, oder ein Verständigungs- und Versöhnungsfriede. Viele einleuchtende Gründe sprachen für eine Politik der Rache. Der Süden hatte den Krieg begonnen. Seine Verantwortlichkeit war sogar noch größer als die der Zentralmächte, und die Absicht trat sogar noch klarer zutage als das deutsche Streben nach Ausbreitung. Der Süden hatte ein gewaltiges Land mit Blut getränkt, um die abscheuliche Einrichtung der Sklaverei durchzusetzen. Deshalb war das „Verbrechen“ des Südens noch weit augenfälliger als das der Zentralmächte. Und doch widersetzte sich Lincoln von Anfang an einer Politik der Rache. Von Anfang an war Versöhnung, nicht Vergeltung, seine Losung. Und als der Sieg errungen war, war Lincolns einziger Gedanke der, die vom Kriege ge-

schlagenen Wunden zu heilen. Man weiß nicht, ob er in der Lage gewesen wäre, falls er weiter gelebt hätte, mit mehr Erfolg als Wilson dies bei den Staatsmännern der Alliierten versuchte, den ihn umgebenden Politikern seine Ideen aufzunötigen. Ehe er seine auf Wiederaufbau hinzielenden Ideen ausführen konnte, wurde er durch das Verbrechen eines Irrsinnigen vom politischen Schauplatz abberufen. Die Politiker konnten nun tun, was sie wollten. Jahrelang konnten durch den Parteiklüngel hochgekommene Subjekte Racheorgien feiern, und Leute des Ku Klux Klan vermochten mit Orgien des Lynchgesetzes zu antworten. Aber die endgültige Lösung wurde auf anderem Wege herbeigeführt. Sie kam erst, als die Politiker durch traurige Erfahrungen gelernt hatten, daß Wiedervergeltung sich nicht bezahlt mache, daß Großmut trotz alledem doch noch die beste Politik wäre, und daß Lincoln recht hatte. Vielleicht muß erst eine ähnliche üble Erfahrung gemacht werden, ehe man lernt, daß es sowohl eine schlechte Politik wie höchst unmoralisch ist, das deutsche Volk, das jetzt versucht, eine üble Vergangenheit abzuschütteln, zu bestrafen, weil es in der Gewalt einer abscheulichen Regierung und in einem abscheulichen Glauben befangen war. Nur wenn man sich dem Problem im Geiste Lincolns nähert, nur wenn man die aus allen menschlichen Tragödien zu ziehenden Lehren gelernt hat, nur wenn jene aristotelische Reinigung durch Furcht und Mitleid stattgefunden hat, kann der Friede in eine verzweifelte Welt kommen.



KAPITEL VIII.

Unzulänglichkeiten der Demokratie in der äußeren Politik.

I.

Unter den Sachverständigen ist die Ansicht so gut wie allgemein, daß der erlangte Vorfriede ein durchaus schlechter Friede ist; schlecht im absoluten Sinne, wenn man ihn nach den Idealen beurteilt, die England zur Teilnahme am Krieg veranlaßten; schlecht im Lichte der vierzehn Grundsätze Wilsons; aber auch schlecht in einem relativen Sinne, wenn man ihn mit den vorausgehenden bekannteren Friedensschlüssen der neueren Zeit vergleicht. Es genügt jedoch nicht, sich über das Unglück aufzuregen. Man muß es erklären. Man muß zu verstehen versuchen, warum so viele fähige Staatsmänner ein so unbefriedigendes Dokument unterzeichneten. Man konnte mit gutem Recht glauben, die Welt sei nun durch den Sieg für die Demokratie gewonnen. Zum ersten Male war es möglich, eine Neuordnung der Welt nach demokratischen Grundsätzen zu vollziehen. Die Demokratie ist einer Probe unterworfen worden. Es war ihr eine große Gelegenheit geboten, und sie hat anscheinend versagt. Denn der von der Demokratie geschlossene Friede ist unvergleichlich schlechter als fast irgend ein unter dem alten Regime gemachter Friede; nicht nur schlimmer als der von Wien und Berlin, sondern sogar schlimmer als der Tilsiter und Frankfurter.

II.

Wenn man aber auch zugeben muß, daß der Vorfriede von Versailles der erdenklich schlimmste ist, so muß man doch gleichzeitig zugeben, daß er auch gleichzeitig der beste ist, den man unter den bestehenden Umständen machen konnte. Diese beiden Behauptungen widersprechen einander nicht. Es soll damit nur gesagt werden, das die den Vertrag unterzeichnenden Staatsmänner nicht herabgesetzt werden sollen, in wie starken Ausdrücken auch immer die Bedingungen verurteilt werden. Man wiederholt immer wieder, daß die Friedensstifter von Versailles versagten, weil sie ihrer Aufgabe nicht gewachsen waren. Es mag zutreffen, daß die Männer, die 1815 Frieden schlossen, größer waren, als die Männer, die 1919 Frieden schlossen. Ein Zeitalter, das in Amerika einen Washington und Hamilton, Adams und Jefferson hervorbrachte; das in Europa einen Talleyrand und Metternich, Humboldt und Stein, Hardenberg und Gentz nebeneinander stellte, war eine Zeit politischer Riesen, deren Verstand durch fünfundzwanzig Jahre Krieg und Revolution geschärft worden war. Vielleicht ist tatsächlich heute keine solche aus Sternen erster Größe zusammengesetzte Konstellation am Horizont zu sehen. Aber die Verdienste der Männer des Napoleonischen Zeitalters mit den Staatsmännern von heute zu vergleichen, bringt einen keinen Schritt weiter. Der Verfasser glaubt, daß die Staatsmänner in Wien nichts Besseres als die Friedensstifter von Versailles erreicht haben würden, selbst wenn sie unter modernen Bedingungen hätten arbeiten müssen. Die eigentliche Erklärung für den verhältnismäßigen Erfolg Metternichs und Talleyrands und Humboldts ist, daß diese eine Überlieferung in der auswärtigen Politik hinter sich hatten, und daß sie außerdem die Macht besaßen, die Grundsätze, an die sie glaubten, anzuwenden. Die gegenwärtigen Staatsmänner haben weder Überlieferung noch Schulung. Vor allem haben sie keine Freiheit des Handelns. Die Männer von 1815 waren in allererster Linie Diplomaten. Die gegenwärtigen Gesandten sind zunächst Politiker, und zwar demokratische Politiker, und weil sie demokratische Politiker sind, sind sie nur dem Namen nach Bevollmächtigte. In Wirklichkeit sind sie durch den Auftrag eines Volkes gebundene Vertreter. Man sei versichert, daß der Präsident Wilson heute ebenso fest von der Wahrheit seines politischen Glaubens überzeugt ist, wie er es im Anfang des Krieges war, und hätte er die Macht besessen, eine andere Karte entworfen und einen andern Vertrag unterzeichnet hätte, wäre er nicht durch die feindselige Haltung des Senats, durch die Angriffe der Presse und vielleicht durch die Hoffnung auf eine dritte Amtsperiode ungünstig beeinflusst worden. Man weiß ebenso genau, daß der flinke und schmiegsame Geist Lloyd Georges die Zusammenhanglosigkeit, die Torheit, die Unwirklichkeit der Friedensbedingungen erkannt haben muß; aber Lloyd George war durch Wahlversprechen, durch die Bedingungen des Parteiblocks, durch das Geschrei der Northcliffepresse und vielleicht auch durch den Gedanken an seine politische Zukunft beeinflusst. Mit andern Worten, weder Wilson noch Lloyd George besaßen Bewegungsfreiheit. Sie sind politische Führer und gezwungen, zu folgen. Es wäre nur etwas Schmeichelhaftes, vom Pöbel zu sagen, er habe die Demokratie verraten; vielmehr war es die Demokratie, die ihren eigenen Grundsätzen untreu wurde.

Wenn es zutrifft, daß die Hauptquelle der Schwäche der Bevollmächtigten in Versailles der Umstand ist, daß sie keine Bevollmächtigte, sondern

Beauftragte des Volkes sind, so muß man sich ferner fragen, wer diesen Auftrag erteilt. „Das Volk“ besteht ganz gewiß nicht aus der Elite der Intellektuellen, die ihr Leben der Lösung der Fragen einer demokratischen Regierung gewidmet haben; „das Volk“ bedeutet die große Masse ungebildeter Wähler, die von der Parteimaschine bearbeitet und von der gelben Presse hypnotisiert werden. „Das Volk“, das Wilson und Lloyd George seinen Willen auferlegt, sind nicht die Leser der „New York Evening Post“ oder der „New Republic“, sondern die Leser der Hearstpresse. Nicht die Leser des „Manchester Guardian“ oder der „Contemporary Review“, sondern die Leser der „Daily Mail“ und des „John Bull“. Mit einem Worte gesagt, der Kongreß von Versailles spiegelt in der Hauptsache den Geist des Pöbels wieder, während auf dem Wiener Kongreß sich die richtige Vernunft einiger weniger Staatsmänner zeigte.

III.

Geht man dazu über, die diesen Geist des Pöbels bildenden Elemente zu analysieren, so muß man sorgfältig zwischen dem Pöbelgeist der Kriegspartei und dem der Zivilbevölkerung unterscheiden. Nach einem großen Kriege hat der Soldat immer versucht, die Probleme in seiner Art zu lösen. Der Berufssoldat ist naturgemäß geneigt, auf die Friedenspolitik die Methoden des Krieges anzuwenden. Und die Staatsmänner waren stets gezwungen, schwer um ihre Unabhängigkeit zu kämpfen. Man weiß, wie sogar das Leben Bismarcks, des Mannes von Blut und Eisen, durch die übertriebenen Forderungen der Militärpartei verbittert wurde. Nach Königgrätz gelang es ihm, einen diplomatischen Sieg davonzutragen und einen guten Frieden abzuschließen. Nach Sedan unterlag er und schloß einen schlechten Frieden ab. Heute beobachtet man in Versailles denselben Streit. Gerade die Größe des militärischen Sieges wie die lange Dauer des Krieges sowie die hervorragende Befähigung der Oberbefehlshaber haben der französischen Militärpartei ein Ansehen und einen Einfluß verliehen, die an napoleonische Tage erinnern. Und bei der Betrachtung des Friedensvertrags bemerkt man nur zu deutlich, wie militärische Gesichtspunkte immer wieder die politischen verdrängt haben.

IV.

Unendlich gefährlicher und von entscheidenderer Bedeutung ist aber der Einfluß des Pöbelgeistes gewesen, der von einer Sensationspresse bearbeitet und im geheimen vom privaten Geldinteresse beeinflusst wurde. Die Psychologie der Menge ist überall und zu allen Zeiten dieselbe. Der Pöbel läßt sich in der Hauptsache von Gefühlen leiten. Der Pöbel ist stets für einfache und extreme Maßregeln und nur zu bereit, angriffsweise vorzugehen. Nichts widerspricht mehr der Wahrheit, als die allgemein geltende Ansicht, Demokratie bedeute notwendigerweise eine friedliche Gesinnung. Die modernen Demokratien sind häufiger kriegerisch als friedlich gesonnen gewesen. Im Jahre 1848 verlangte die deutsche Demokratie die Annexion von Schleswig-Holstein. Im Jahre 1870 verlangte der Pariser Pöbel und nicht Napoleon III. den Krieg. Im Jahre 1914 unterstützte der deutsche Pöbel und nicht von Bethmann-Hollweg die Kriegspartei. Im Jahre 1916 bestand das Volk und nicht der Kaiser auf dem rücksichtslosen

Ubootkrieg. Gegenwärtig sind in Italien Orlando, in Polen Paderewski, in Böhmen Masaryk, und nicht etwa das italienische, polnische oder böhmische Volk die mäßigen Elemente.

Auch war es nicht anders auf dem Friedenskongreß. Wenn unter allen Umständen das Volk sich nach einem langen Kriege von seinen Gefühlen leiten läßt, so steigen diese in der Stunde des Sieges auf Fieberhitze. Der Hauptvorwurf gegen die politischen Führer ist, daß sie nicht alle in ihrer Gewalt befindlichen Mittel anwandten, um jene Gefühle zurückzudämmen. Die Geschichte wird die demagogische Politik eines Lloyd George streng verurteilen, da dieser nach dem Waffenstillstand gerade die politischen Leidenschaften, die ein wahrer Staatsmann beruhigt hätte, anfachte, um seine eigenen politischen Absichten zu fördern. Lloyd George bezahlt jetzt die Rechnung jener unterlautester militaristischer Propaganda gemachten Wahlen, und es wird klar, daß es zum Teil seine Wahlversprechen waren, die einem Frieden des Wiederaufbaus im Wege standen.

Man beachte nämlich, daß gerade die schlechten Bestimmungen des Friedensvertrages auf volkstümlichen Tribünen verkündet wurden; daß eine brüllende und kreischende Presse nach diesen verlangte, und daß sie selbst heute noch eine überwältigende Mehrheit erhalten würde, falls über sie eine Volksabstimmung herbeigeführt würde. Der Pöbelgeist hat verlangt, daß der Friedenskongreß zu einem obersten Gerichtshof gemacht würde. Der Pöbelgeist hat die Kriegstragödie zu einem Melodrama mit fleckenlosen Helden und ausbündigen Schurken gemacht, und besteht nun darauf, daß der deutsche Schurke bestraft werde. Der Pöbelgeist besteht auf seinem Verlangen nach einem Handelskrieg und dem Boykott deutscher Schiffe und Waren. Der Pöbelgeist verlangt, daß ein bankerotter Feind Tausende von Millionen zahlen soll, um die Kriegsschulden zu begleichen. Der Pöbelgeist verlangt, daß Deutschland aller seiner Kolonien beraubt werde, wohingegen eine kluge und weitsichtige Staatskunst dem deutschen Reiche eine Abflußmöglichkeit für seine überschüssige Kraft gelassen und eingesehen haben würde, daß ein kolonieloses Deutschland wahrscheinlich angriffslustiger als ein mit Kolonien versehenes sein wird.

V.

Über das, was hinter den Kulissen vorging, kann man nur Vermutungen anstellen, aber man hat guten Grund zu der Annahme, daß die Friedensfreunde dauernd den Versuch gemacht haben, dem Drucke der Volksstimmung Widerstand zu leisten. Vielleicht ist das feurige Temperament des „Tigers“ der Kriegsleidenschaft und der die Franzosen nicht lassenden Furcht vor späteren deutschen Angriffen erlegen. Aber die Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß der Einfluß Wilsons und Lloyd Georges sich zugunsten der Mäßigung bemerkbar machte. An dieser Stelle muß man nach einer Erklärung für jene Methoden in der Führung des Kongresses suchen, die so heftig als undemokratisch verurteilt wurden. Hier liegt die Erklärung für die Geheimhaltung der Beratungen. Um hitzige Debatten zu vermeiden, hat man die Verhandlungen geheim geführt, und deshalb wurde sogar von der Veröffentlichung des Friedensvertrages abgesehen. Um dann die Geheimhaltung der Verhandlungen noch weiter zu fördern, wie auch um geordnetere und schnellere Besprechungen herbeizuführen,

wurde der ursprüngliche Zehnerrat auf einen Viererrat herabgesetzt. Um der Atmosphäre der Volksleidenschaft zu entgehen, wurde Genf an Stelle von Brüssel zum Sitz des Völkerbundes gewählt. Offenbar taten die vier Großen das äußerste, um die Zügel in den Händen zu halten und die Selbstbeherrschung zu wahren. Aber es ist ebenso offenbar, daß ihnen dies nicht gelang. Sie vermochten nicht, den summenden Schwarm der Zeitungsmenschen und Interviewer fernzuhalten; noch konnten sie das wüste Geheul der gelben Presse zum Schweigen bringen.

VI.

Aus dem Fehlschlag der „direkten Methode“ in ihrer Anwendung auf die auswärtige Politik sollte man zwei wichtige Lehren ziehen.

Zunächst lehrt er, daß ein Korps von geschulten Diplomaten unter den gegenwärtigen Umständen eine noch größere Notwendigkeit ist als unter den früheren. Je verwickelter die Probleme sind, um so notwendiger sind Kenntnisse; je größer der Druck ist, um so notwendiger ist Unabhängigkeit; je unwiderstehlicher die Volksleidenschaft ist, um so notwendiger wird der mäßigende Einfluß der Staatskunst. Vor dem Kriege war es Mode, auf eine Diplomatenkaste als Junker zu schimpfen. Die damalige Diplomatie brachte gewiß Nachteile mit sich; aber die Nachteile einer Amateurdiplomatie von Parteipolitikern sind weniger sichtbar. Parteipolitik und hohe Politik sind zwei verschiedene Dinge. Der Demagoge muß an die Zukunft seiner Partei denken; der Diplomat aber an die Zukunft der Welt. Daß man die Zukunft der Welt den Interessen eines vergänglichen Parteiblocks und den Volksleidenschaften opferte, war die Tragödie der Pariser Konferenz.

Aber der Mißerfolg der Pariser Konferenz gibt eine weitere Lehre, die mit der ersten aufs engste zusammenhängt. Soll der Bevollmächtigte nicht bloß in Ausführung eines Auftrages handeln, soll er über Parteiinteressen erhaben bleiben, soll er in völliger Gewissensfreiheit handeln, so wird es nur noch notwendiger, daß er unter der Kontrolle und der Gewalt einer Körperschaft stehe, die ein genügendes Ansehen besitzt, um sich des Volksvertrauens zu erfreuen, die unabhängig genug ist, um den Bevollmächtigten gegen Druck von außen zu schützen, und um das Volk gegen seine eigene Regungen zu schützen. Es ist bisher das Unglück der europäischen Demokratie gewesen, keine derartige Körperschaft für Zwecke der auswärtigen Politik hervorgebracht zu haben. Die politische Überlegenheit Amerikas beruht auf dem Besitz einer solchen. Zwei kluge Bestimmungen der nordamerikanischen Verfassung übertragen dem obersten Bundesgericht den Schutz des Verfassungsvertrages, und dem in Gemeinschaft mit dem Präsidenten auftretenden Senat die Oberaufsicht über die auswärtige Politik, weil sowohl das Bundesgericht in seiner Unabhängigkeit wie der von den Staaten und nicht durch direkte Abstimmung gewählte Senat dem Einflusse des Pöbels entzogen sind und nicht zu Werkzeugen der Parteimaschine gemacht werden können.

Durch die Errichtung des Völkerbundes wird die Demokratie in Zukunft das bisher fehlende Instrument besitzen. Das Bedürfnis der Welt hat sich das Organ geschaffen. Oberflächliche Beobachter haben behauptet, die Gründung des Bundes sei ein verfrühter Schritt und hätte bis zur Unterzeichnung des

Friedensvertrages verschoben werden sollen. Weit entfernt davon, verfrüht zu sein, sollte man bedauern, daß der Bund so spät errichtet wurde. Hätte der Völkerbund schon 1914 bestanden, so wäre es nicht zum Weltkrieg gekommen. Wäre er vor Abschluß des Waffenstillstandes in Tätigkeit gewesen, so hätte man keinen schlechten Frieden erlebt.

VII.

Gerade in dem Mißerfolg der Pariser Zusammenkunft liegt also ein weiteres praktisches, und zwar sehr starkes Argument zugunsten des Völkerbundes. Es mag seltsam scheinen, daß man dieses Argument nicht gesehen hat. Aber es ist für die mit einem fast religiösen Glauben an den Wert der Demokratie Ausgestatteten schwer, zuzugeben, daß auch demokratische Methoden einmal fehlschlagen können. Es fällt diesen schwer zuzugeben, daß die Menschen gegen ihre eigenen Leidenschaften, ihre eigene Unwissenheit und ihre eigenen Überschwenglichkeiten geschützt werden müssen, genau so wie man sie gegen ihre Herrscher schützen muß. Die Unfehlbarkeit des Demos, die Lehre: „vox populi, vox Dei“, sind für viele immer noch Glaubenssätze. Je eher man diese fallen läßt, je eher die unvermeidlichen Nachteile einer demokratischen Regierung zugegeben werden, je eher man sich zur Notwendigkeit von Erziehung und Disziplin bekennt, um so besser wird dies für die Zukunft demokratischer Einrichtungen und für die Bewahrung des Friedens sein; um so deutlicher wird man auch die eigentliche Aufgabe des Völkerbundes begreifen.



KAPITEL IX.

Die Zukunft Polens.

I.

Die Schwankungen in der polnischen Politik der Entente.

Nach den Friedensbestimmungen soll Polen in dem neuen Europa eine entscheidende Rolle spielen. Augenblicklich stützt sich die militärische Politik der Alliierten in der Mitte und im Osten des Festlandes gänzlich auf Polen. Und auf Polen stützen sich all ihre Zukunftshoffnungen. Polen soll der Pufferstaat sein, das Bollwerk gegen die Ausbreitung Deutschlands.

Es ist außerordentlich interessant, von Anfang des Krieges an den Wechselfällen der Haltung der Alliierten gegenüber Polen, und Polens gegenüber den Alliierten zu folgen. Es können wenigstens drei Stadien unterschieden werden. Sie waren alle sehr verschieden in Anfang, Mitte und Ende.

Zu Beginn des Krieges war die Lage Polens in Europa wahrhaft tragisch. Es gab polnische Armeen in allen drei Reichen, und den Soldaten in diesen wurde befohlen, ihre eigenen Brüder zu töten. Die Lage wurde

dadurch noch tragischer gestaltet, daß Polen von Ende 1914 an zum Hauptschlachtfeld im Osten wurde. Und dieses Schlachtfeld verschob sich von Monat zu Monat im Gefolge des wechselnden Kriegsglücks. Immer wieder trieben die Russen die Österreicher zurück, und die Österreicher die Russen. Waren die Russen im Vorteil, so gründeten die polnischen Patrioten ihre Hoffnungen auf Rußland. Als die russische Kriegsmacht zusammenbrach, gründeten sie ihre Hoffnungen auf Österreich, und die polnische Politik schien die Zentralmächte zu begünstigen und die Entente zu bekämpfen. Die polnische Legion kämpfte tapfer gegen den Moskowiter. Heute ist ihr alter Anführer, der General Pilsudski, der gegen die Entente kämpfte, ihr Verbündeter geworden. Und mit Hilfe der Entente wurde Polen neu geboren.

Wechselte so die Haltung Polens der Entente gegenüber beständig, so hat die Haltung der Entente gegen Polen nicht weniger geschwankt.

Im Anfang des Krieges glaubten die Alliierten, sie könnten Polen als Trumpf gegen Preußen und Österreich ausspielen. Alle gaben sich die größte Mühe, das polnische Volk auf ihre Seite zu bringen. Nach Belgien war Polen das volkstümlichste Losungswort. Was 1914 geschah, war eine Wiederholung der Vorgänge von 1806 vor dem Tilsiter Frieden, und der Ereignisse von 1812 vor dem Rückzug der großen Armee. Während seiner beiden russischen Feldzüge versuchte Napoleon, die Polen gegen Preußen wie auch Rußland zu benutzen. Die Polen begrüßten Napoleon begeistert als ihren Befreier. Man findet eine unsterbliche Schilderung dieser an die Kreuzzüge erinnernden Begeisterung in dem Nationalepos von Minkewitz, Pan Tadeuß. Polnische Legionen kämpften auf allen Schlachtfeldern Europas. Napoleon aber wollte sich nie bedingungslos festlegen. Er wollte dauernd den Weg zu einer Verständigung mit Rußland offen halten. Napoleons Politik gegen Polen war deshalb bis zuletzt ein hinkendes Kompromiß, und viele Geschichtsschreiber haben in dieser zweideutigen und macchiavellistischen Staatskunst eine der Hauptgründe von Napoleons Sturz erblickt. Ganz anders schien die russische Politik 1914 zu sein. Der Aufruf des Großfürsten Nikolaus versprach in durchaus eindeutiger Weise die völlige Befreiung und Wiedervereinigung Polens und die bedingungslose Wiedergutmachung des großen Verbrechens von 1772.

Aber die feierlichen, zu Kriegsbeginn von Rußland gemachten Versprechungen wurden vergessen und gebrochen, sobald die Russen Lemberg erobert und besetzt hatten. Die Unterdrückung Galiziens, die Herrschaft des Grafen Bobrinski in den Jahren 1915 und 1916 ist eins der abscheulichsten Kapitel der Zarenherrschaft, und die Verheimlichung dieser entsetzlichen russischen Politik durch die Regierungen der Verbündeten ist eines der dunkelsten Kapitel in der Diplomatie der Alliierten. Fast zwei Jahre lang waren auf Befehl des Zaren polnische Nachrichten und polnische Propaganda in den Ländern der Alliierten „verboten“. Schon der Name „Polen“ war in der Presse verpönt. Man durfte nichts sagen, weil jedes Wort die Schandtaten des russischen Terrorismus enthüllt und der Entente einen moralischen Schlag beigebracht haben würde. Vor mir liegt die französische Ausgabe von Maeterlincks „Kriegsaufsätzen“. Der Band sollte einen beredten Vortrag über die Auferstehung Polens enthalten. An Stelle jenes Vortrags findet man zwanzig leere Seiten, die zukünftigen Geschlechtern

ein Andenken an die seltsame Haltung des französischen Zensors Polen gegenüber sein werden.

Gegen Ende des Krieges änderte sich die Haltung der Alliierten wieder. In den dunkelsten Stunden der Entente kehrten die Aussichten Polens wieder: In der kritischen Zeit zwischen dem siegreichen Vordringen der deutschen und österreichischen Heere und dem Eingreifen Amerikas war den Alliierten jede Hilfe willkommen. Die polnischen Führer erkannten ihre Gelegenheit. Sie benutzten den Plan einer neuen polnischen Armee, um der polnischen Unabhängigkeit die Anerkennung der Alliierten zu sichern. Der Polenführer Dmowski spielte den polnischen Trumpf mit hervorragender Geschicklichkeit, weshalb er mit Masaryk und Venizelos zu der Klasse der großen Diplomaten des Krieges gezählt werden muß. Das polnische Nationalkomitee wurde anerkannt, und Polen wurde schließlich zu einem wesentlichen Faktor in der Politik der Entente. Aber die Staatsmänner der Entente befürworteten die Wiederaufrichtung Polens nicht nur, oder auch nur hauptsächlich aus irgend welchen moralischen Gründen. Ein politischer Opportunismus trieb sie noch mehr als idealistische Beweggründe an. Sie waren weniger propolnisch als antideutsch und antibolschewistisch. Ein starkes Polen sollte im Interesse der Alliierten als Pufferstaat errichtet werden, um einem zukünftigen Vorrücken Deutschlands in Rußland und dem Eindringen des russischen Bolschewismus nach Österreich oder Deutschland eine Schranke zu setzen.

Welche Wahrscheinlichkeit besteht nun, daß diese Politik von Erfolg gekrönt sei, und was sind die Aussichten des neuen polnischen Pufferstaates?

Die Antwort darauf kann in drei Worte zusammengefaßt werden. Erstens wird das neue Polen nach außen hin der verwundbarste Staat in ganz Europa sein. Zweitens wird das neue Polen im Innern das künstlichste aller politischen Gebäude sein. Drittens, soll dieser leicht verletzbar und künstliche Staat leben, so kann er dies nur unter dem Schutz des Völkerbundes. Weit davon entfernt, Europa etwa gegen das Deutschtum oder den Bolschewismus beschützen zu können, wird Europa Polen gegen äußere wie innere Gefahren schützen müssen.

II.

Polen der verwundbarste der neuen Staaten.

Es bedarf keiner ausführlichen Untersuchung, um die Verwundbarkeit des neuen Polenstaates darzutun.

Kein europäischer Staat hat eine schlechtere geographische Grenze. Polen ist eine gewaltige, auf drei Seiten offene Ebene, die in jedem Weltkriege ein europäisches Schlachtfeld darstellen wird. Die geographische Lage Polens erklärt sowohl die ältere wie die neuere Geschichte des Landes. In den letzten Jahrhunderten wurde das unglückliche Land der Reihe nach von den Preußen, Schweden, Türken, Tataren, Russen, Deutschen heimgesucht. Aus demselben Grunde entstand in Polen niemals ein bleibender politischer Mittelpunkt. Es ist interessant zu beobachten, wie dieser von Generation zu Generation wechselte. Polen besitzt nicht

weniger als vier historische Hauptstädte: Gnesen, Posen, Krakau, Warschau wurden, um nicht auch noch Wilna zu nennen, der Reihe nach der Schwerpunkt der polnischen Macht. Und was in der Vergangenheit galt, gilt noch heute. Wegen seiner offenen Lage ist Polen von dem guten Willen seiner Nachbarn abhängig.

Und diese Nachbarn sind alle Nebenbuhler oder Feinde. Die Litauer und Russen im Osten, die Ruthenen, die Ungarn und Böhmen im Süden, die Deutschen im Westen; sie alle umgeben Polen mit einem eisernen Ring.

Ist Polen außen mit einem Ring von Feinden umgeben, so ist in seinem Innern die Bevölkerung keineswegs gleichförmig. Der durch die Friedensbedingungen ins Leben gerufene polnische Staat wird ein neues Österreich oder ein neuer Balkanstaat sein. Er wird keine geschlossene Einheit darstellen, sondern große Teile vieler Nationalitäten enthalten. In dem neuen Polen werden Millionen von Ruthenen, Litauern und Deutschen sein. Die Aufsaugung dieser mit einem starken Nationalgefühl ausgestatteten Fremdvölker wird für die polnischen Staatsmänner ein schwieriges Problem sein.

Das Beunruhigendste in dem neuen Polen ist jedoch das Vorhandensein von fünf Millionen Juden. Polen war im Mittelalter der Zufluchtsort der deutschen Juden. Das Königreich Polen war das einzige Land, welches die Juden aufnahm, nachdem man sie aus allen andern Gebieten des Festlandes vertrieben hatte. Die Sammlung der Aschkenasim-Juden wurde noch intensiver, als Polen zum Ablagerungsplatz der aus Rußland vertriebenen Juden gemacht wurde. Es ist schwer zu sagen, ob die Anwesenheit der Juden eine größere ökonomische oder politische Gefahr bedeutet. Denn diese polnischen Juden spielen fast nur die Rolle von Zwischenhändlern. Sie teilen sich mit den Deutschen fast in den ganzen Handel und die Industrie des Landes. Sie leben nicht auf dem Lande, sondern in den Städten, und sowohl ihre ökonomische Leistungsfähigkeit wie ihre große Zahl haben auf diese Weise die normale Entwicklung eines polnischen Mittelstandes verhindert. Und diese Juden sind nicht nur Zwischenhändler, sondern die Zwischenhändler Deutschlands. Sie sprechen „Jiddisch“, welches sowohl in Wortschatz wie in der Grammatik im wesentlichen ein in hebräische Schriftzeichen verkleideter deutscher Dialekt ist. Sie bilden die Vorhut der deutschen Ausdehnung in Mittel- und Osteuropa.

Das Vorhandensein dieser fünf Millionen deutscher Juden im polnischen Staat bildet ein sehr tragisches Dilemma für die europäische Politik. Soll die jüdische Gemeinde wachsen, so muß Polen verkümmern. Soll Polen leben, so muß die jüdische Gemeinde leiden. Denn die jüdische Gemeinde kann nur gedeihen, wenn sie den polnischen Handel in Händen hält, und ein derartiger jüdischer Handel muß zum großen Teile mit Deutschland und Österreich geführt werden.

Aber auch die moralische und geistige Seite darf nicht vernachlässigt werden. Wer sich für dieses Problem der Kollektivpsychologie interessiert, wird es erschöpfend in den spannenden Romanen Reymonts dargestellt finden. Ebenso wie es „Wahlverwandtschaften“ zwischen Nationen gibt, so gibt es auch „Wahlabneigungen“. Es besteht gewiß keine Anziehungskraft zwischen dem Polen und dem Juden; man beobachtet eher eine gegenseitige Abstoßung, denn beide vertreten entgegengesetzte politische

und moralische Ideen. Die überwältigende Mehrzahl der polnischen Bevölkerung sind Bauern, konservativ und katholisch. Der Jude dagegen ist radikal, freidenkerisch, antiklerikal und revolutionär. Es ist schwer, sich vorzustellen, diese Elemente würden oder könnten sich einmal vertragen. Das hat mit Antisemitismus oder Prosemitismus nichts zu tun. Man hat hier nur mit harten ökonomischen und politischen Tatsachen zu tun. Sowohl Polen wie Juden sind die Opfer einer Lage, die sie nicht herbeiführten: nämlich der Konzentration von 70 Prozent der Juden der Welt innerhalb der polnischen Grenzen. Etwa in der Mitte des Krieges führte der Verfasser in seinem Hause den Vorsitz bei einer Debatte zwischen dem Polenführer Durowski und jüdischen Vertretern. Die Debatte wurde allmählich lebhaft. Der Verfasser versuchte, die Gegner zu versöhnen, indem er am Schlusse seiner Ausführungen bemerkte, beide Parteien seien im Recht, obwohl sie sich anscheinend widersprächen. Selbst zugegeben, die Juden seien das Salz und die Stärke, die treibende Kraft Polens, so sei es ebenso richtig, daß sie doch etwas zu stark sind, um von den Polen gänzlich verdaut zu werden. Weder Frankreich noch Deutschland haben ein paar Tausend Juden zu assimilieren vermocht. Wie kann ein ökonomisch, verhältnismäßig unentwickeltes Land fünf Millionen Juden verdauen?

III.

Polen als künstlicher Staat.

Genug Gründe sind vorhanden, um zu befürchten, daß Polen auf viele Jahrzehnte hinaus ein künstlicher Staat bleiben wird. Dieses Eingeständnis ist kein Grund gegen das Bestehen eines polnischen Staates. Selbst die Vereinigten Staaten waren bei ihrer Aufrichtung ein künstliches politisches Gebilde. Der unsichere Ausgleich zwischen der durch die amerikanische Verfassung geschaffenen Staatsregierung und den Bundesstaatsregierungen stellte ein so wenig versprechendes politisches Experiment dar, wie nur irgend ein anderes in der Geschichte. Und doch glückte das amerikanische Experiment; und man sieht keinen Grund, warum unter günstigen Bedingungen und in der nötigen Zeit der künstliche Bau Polens sich nicht festigen sollte. Aber man muß der Tatsache, daß Polen ein künstliches Gebilde ist, offen ins Gesicht sehen, und die damit gegebenen Gefahren müssen überwunden werden.

Alle fortschrittlichen politischen Gemeinwesen in Europa entstanden aus einer verwickelten Arbeitsteilung und einem Ausgleich der Klassen. In Polen gibt es keine derartige Arbeitsteilung und keinen Ausgleich der Stände. Als das Ergebnis historischer Verhängnisse leidet Polen an gehindertem Wachstum. In einigen Teilen des Landes entspricht jedem Stande ein besonderes Rasselement. Im litauischen Teile bilden die Polen die Oberschicht und die Landbesitzer, die Juden sind die Mittelklasse und die Handeltreibenden, die Litauer die unterste Schicht der Bauern. Betrachtet man Polen als Ganzes, so findet man keinen organisierten Mittelstand. Doktrinäre Sozialisten mögen dies für einen Vorteil halten; aber in der neuen Geschichte findet sich kein Beispiel eines Natio-

nalstaates, der sich, ohne irgend einen mittleren Stand zu besitzen, entwickeln konnte.

So wie in Polen kein ökonomisches Gleichgewicht der Stände vorhanden ist, so gibt es auch kein politisches Gleichgewicht der Parteien. Ganz allgemein gesprochen gibt es nur zwei extreme Parteien; eine konservative aus Landbesitzern und Bauern bestehend, und eine radikale revolutionäre Partei, die sich in der Hauptsache aus jüdischen und deutschen Elementen zusammensetzt. Es wird wahrscheinlich einiger Jahrzehnte politischer Kämpfe bedürfen, ehe sich Zwischenparteien entwickeln.

Ebensowenig wie die Polen vermochten, wohl abgegrenzte soziale Klassen oder politische Parteien zu entwickeln, ebensowenig waren sie in der Lage, sich politische Kenntnisse zu erwerben oder eine politische Überlieferung zu schaffen. Die drei Bestandteile der polnischen Nation haben bisher unter dem wissenschaftlichen Despotismus Preußens, dem milden Despotismus Österreichs und dem brutalen Despotismus Rußlands gelebt. Diese Umstände sind das böse Erbe, welches das neue Polen nun antritt. Die politische Freiheit ist ein sehr zartes Pflänzchen. Sie gedeiht nur in einer Atmosphäre gesunden politischen Wettbewerbs. Sie verlangt Disziplin und Selbstbeherrschung. Sie setzt das Vorhandensein einer politischen Beamtenschaft mit ganz bestimmter Vorbildung voraus. Bisher besitzt Polen noch keine derartige Beamtenschaft. Es muß einen Klavirkünstler zum Präsidenten machen. Die unglücklichen Umstände, unter denen sich das politische Leben in Polen entwickelt hat, haben die leidenschaftliche und sentimentale Seite des slawischen Temperaments noch deutlicher zum Ausdruck kommen lassen. Zweifellos haben die Polen in ihrem Kampfe gegen Preußen und Österreich sehr hervorragendes politisches Talent bewiesen; aber diese Kämpfe haben nicht jenen Geist des Kompromisses, jene Gewohnheit zu geben und zu nehmen, entwickelt, die erst nach vielen Generationen zu entstehen pflegen.

Die politischen Zustände nach dem Kriege werden um so schwieriger sein, als es Polen bisher noch nicht gelungen ist, sich ökonomische Unabhängigkeit zu sichern. Auf Jahre hinaus werden die Polen von Preußen, Österreich und Rußland wegen der Lieferung von Rohmaterialien und als Absatzgebieten abhängig sein. Wofern in Mitteleuropa nicht der Friede hergestellt wird, wird den Nachbarn des neuen Staates nichts leichter sein, als den polnischen Handel und die polnische Industrie zu erdrosseln.

IV.

Der Völkerbund ist die einzige Lösung.

In der nächsten Zukunft muß man sich also auf bedeutende innere und äußere Schwierigkeiten gefaßt machen. Immer wieder wird es Grenzverletzungen geben, und im Inlande wird es zu revolutionären Putschen kommen. Heftige Kämpfe werden zwischen der konservativen klerikalen Partei der polnischen Großgrundbesitzer, der polnischen Kirche, der polnischen Aristokratie und den polnischen Bauern einerseits, und den sozialistischen und antiklerikalen Elemente der Industriestädte andererseits entbrennen. Auf Jahre hinaus werden diese Kämpfe die ganze Kraft des Staates

in Anspruch nehmen. Kein Land hat mehr als Polen unter dem Kriege gelitten, und seine Genesung kann nur langsam vor sich gehen. Mehr als irgendein anderer Staat wird sich Polen in ökonomischer Hinsicht auf Hilfe von außen her verlassen müssen; in politischer Hinsicht aber muß es sich dem Völkerbund anvertrauen, der als Schiedsrichter gegenüber dem leidenschaftlichen und sentimental Nationalismus der Juden auftreten muß. Auf Jahre hinaus wird Polen in Europa kein Element der Stärke sondern der Schwäche sein. Es wird kein Element der Beharrung sondern der Revolution sein. Weit davon entfernt, als Schutz gegen Deutschland oder den russischen Bolschewismus zu dienen, wird Europa Polen gegen die möglichen Feindseligkeiten seiner Nachbarn schützen müssen.



KAPITEL X.

Irrtümer, die Verantwortung am Kriege betreffend.

Der Kaiserprozeß mag ein sehr wirksames Mittel sein, um die ganze Wahrheit zu entdecken, um die Methoden des Absolutismus und der Geheimdiplomatie aufzuzeigen, um eine Verschwörung des Schweigens und der Lüge aufzudecken. Aber er wäre nur ein Mittel zum Zweck und nur der Teil eines viel größeren Problems, nämlich der Frage nach der Verantwortung am Kriege. Und dies ist keineswegs eine akademische Frage, sondern ein höchst bedeutsames, praktisches Problem, das gelöst werden muß. Ehe es nicht gelöst ist, wird es unmöglich sein, die Atmosphäre von Haß und Furcht, von Heuchelei und Wahn zu verscheuchen, und ehe dies nicht erreicht ist, kann kein wirklicher Friede werden. Viele rufen aus: „Deutschland hat ein abscheuliches Verbrechen begangen und muß dafür bestraft werden“. Die Deutschen beteuern entrüstet ihre Unschuld, und selbst heute verkünden noch immer die lutherischen Pastoren auf jeder deutschen Kanzel die Lutherworte: „Ich konnte nicht anders“. Eine kleine Minderheit in England leugnet jede rachsüchtige Absicht und hält sich deshalb für höchst großmütig. Man sagt: „Laßt Geschehenes geschehen sein“; „Laßt uns vergessen und vergeben“. Die Deutschen antworten in Bitterkeit und mit Verachtung: „Wir brauchen eure Vergebung nicht; wenn ein Staat schuldiger ist als der andere, so ist es Großbritannien.“

Solange die Beteiligten diese Gefühle haben und hin- und widerreden, so lange sie sich so gegenseitige Beschuldigungen entgegenschleudern, kann es unmöglich eine Rückkehr zu normalen Zuständen geben. Wie kann man auf eine Versöhnung hinarbeiten, wenn diejenigen, mit denen man sich versöhnen will, von der Annahme ausgehen, daß nichts vorliege, weswegen man sich versöhnen müsse, und daß es nichts zu vergeben gäbe?

Gibt man so zu, daß die Untersuchung der Verantwortung am Kriege eine dringende, praktische, unbedingt zu lösende Frage ist, so sollte man

sich gleichzeitig ebenfalls klar machen, daß es auch eine metaphysische Frage ist, die nie gelöst werden kann. Ohne Willensfreiheit gibt es keine Verantwortung. Kein Volk, das unfrei ist, kann zur Verantwortung gezogen werden. Und das Problem der Willensfreiheit hat von Anfang der Zeiten an Propheten und Philosophen ratlos gemacht. Ein Philosoph gerät in Verlegenheit, wenn er die einfachste Handlung im gewöhnlichen Leben beurteilen soll. Und doch gibt man ohne Zögern und endgültig sein Urteil ab, das hunderte Millionen menschlicher Wesen trifft, und indem man ein derartiges Urteil fällt, merkt man nicht einmal, daß man sich beständig widerspricht. Man wirft den Deutschen vor, daß ihre Theorien den Kriegsprung betreffend sich widersprächen. Die Österreicher glauben, daß serbische Verschwörer und Mörder den Krieg verursachten. Deutsche Journalisten glauben unter der Führung Helfferichs, daß die russische Mobilmachung den Brand entzündete. Andere werfen die Hauptschuld auf die französischen Chauvinisten, die nach „Revanche“ für 1870 schrien. Wieder andere suchen unter Führung des Grafen Reventlow die Hauptschuld bei Großbritannien. Die englischen Theorien widersprechen sich nicht weniger als die deutschen. Einige halten den Kaiser für den Hauptschuldigen. Andere glauben, die Militärpartei und die herrschenden Klassen seien hauptsächlich zu verurteilen. Nach der Ansicht wieder anderer müßte das ganze deutsche Volk als in eine gemeinsame Schuld verstrickt angesehen werden. Die meisten bezichtigen abstrakte Vorstellungen wie „Deutschland“, „das Preußentum“ oder „den Militarismus“.

Zunächst soll einmal die Schuld des Kaisers untersucht werden. Wilhelm II. hat so lange im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses gestanden, er hat so lange sich Allmacht angemaßt, daß es nur zu natürlich ist, wenn er als der verantwortliche Urheber aus allen andern herausgesucht wird. Das ist um so natürlicher, als die Menschen instinktiv das Gefühl haben, alle moralische Verantwortlichkeit müsse persönliche Verantwortung sein. Eine Gesamtheit mag wohl gesetzlich und politisch verantwortlich sein; aber in einem tieferen moralischen Sinne kann es keine kollektive Verantwortlichkeit geben. Unglücklicherweise kann der Kaiser nicht als Privatperson angesehen werden. Als König von Preußen und deutscher Kaiser kann man ihn nicht wegen in Ausübung seines Amtes vollbrachter Taten zur Verantwortung ziehen. In diesen Eigenschaften war er niemals ein frei Handelnder. Er ist ebenso wenig für etwas, das ihm seine Einsicht oder sein Gewissen zu tun verboten haben mag, verantwortlich zu halten, wie ein Richter, der gezwungen ist, ein unmenschliches Gesetz anzuwenden. Ob wir nun Wilhelm II. als einen kaiserlichen Komödianten ansehen, der seine Rolle spielte, oder als den Vertreter eines kriegerischen Geschlechts, er kann in keinem Falle zur Verantwortung gezogen werden. Ob er nach den Gesetzen einer konstitutionellen Monarchie oder nach denen einer absoluten beurteilt wird, der König und Kaiser kann nach den strengen Gesetzen kein Unrecht tun, und im moralischen Sinne war er nur die Kreatur seiner Umgebung; er gehorchte bloß dem Geiste, der im Ameisenhaufen herrschte.

Was aber vom Kaiser gilt, gilt noch mehr von den herrschenden Klassen. Wenn der Kaiser den unerbittlichen Gesetzen seines Amtes gehorchte und in Übereinstimmung mit den Überlieferungen eines kriegerischen Ge-

schlechtes handelte, so gehorchten andererseits die herrschenden Klassen dem Ruf der nationalen Pflicht, wie sie diese eben sahen. Was man ein Verbrechen nennt, war für sie eine heilige Pflicht. Und gerade die patriotischsten, die am meisten dem Allgemeinwohl Ergebenen, sind in die Kriegsschuld am tiefsten verwickelt worden. Sie handelten durchaus als treue Untertanen, als patriotische Deutsche. Ihr Patriotismus war zweifellos ein irregeleiteter, und dies wirkt auf die moralische Seite ihrer Handlungen ein; aber diese Tatsache ermächtigt uns nicht, sie in dem strengen moralischen Sinne des Wortes Verbrecher zu nennen.

In bezug auf die Verantwortung des deutschen Volkes gibt es zwei Ansichten. Auf der einen Seite sagt man, das deutsche Volk sei für die Handlungen seiner Herrscher nicht verantwortlich. Auf der anderen Seite aber wird die Ansicht ausgesprochen, es sei oberflächlich und künstlich, einen Unterschied zwischen Herrschern und Volk zu machen, und daß das Volk die Verantwortung der Regierung voll und ganz teile. Beide Ansichten widersprechen sich. Und doch sind beide Ansichten richtig. Politisch ist das deutsche Volk gewiß nicht verantwortlich. Es hatte mit dem Ausbruch des Krieges nichts zu tun. Es fand sich vor eine vollendete Tatsache gestellt. Es konnte nur annehmen und billigen. Andererseits kann man es für moralisch verantwortlich halten. Denn es nahm an und billigte. Von Anfang bis zu Ende hat es einmütig und begeistert die Politik seiner Regierung unterstützt, und es hat sich deren Verbrechen geröhmt. Vom deutschen Standpunkte aus kann der Krieg wirklich als das Drama kollektiven Irrsinns angesehen werden, das sich mit unerbittlicher Logik entfaltet. Im ersten Akte erblickt man das deutsche Volk berauscht von Größenwahn, besessen von dem Wahn, sie seien die Übermenschen, die Überrasse, der Überstaat, das Salz der Erde. Als die Deutschen dann im zweiten Akte merken, daß die Welt sie nicht zum Selbsteinschätzungswert akzeptieren will, und da sie überzeugt sind, daß neidische Nebenbuhler ihren Platz an der Sonne besetzen möchten, da werden sie von Verfolgungswahn ergriffen. Im dritten Akte erblickt man sie in der Gewalt des Tobsuchtswahnes und des Mordrausches. Der vierte Akt zeigt die unvermeidliche Reaktion der Natur, die Niedergeschlagenheit, die gewöhnlich dem Mordrausch folgt, den Trübsinnswahn. Und dieser Trübsinn steigert sich dann in einem fünften Stadium zum Selbstmordwahn. Der kollektive Irrsinn des deutschen Größenwahnsinnigen, der mit der eigenen Selbsterhöhung begann, endet mit Selbstzerstörung.

Bei näherem Zusehen jedoch erscheint diese Auffassung von der moralischen Verantwortung des deutschen Volkes sehr zweifelhaft. Das Volk kann ebensowenig als die Herrscher für frei handelnd erklärt werden. Es hat allerdings dem Kriege zugestimmt; aber es konnte nur auf Grund des Materials zustimmen, daß seine Lehrer und Prediger, seine Politiker und Heerführer lieferten. Wenn gesagt wird, die deutsche öffentliche Meinung habe einmütig dem Kriege zugestimmt, so weiß man doch, daß selbst unter einer demokratischen Regierung die öffentliche Meinung von einer lügenhaften und sensationellen Presse gemacht werden kann. Wie kann man also in einem Lande, wo sämtliche Geisteskräfte, die Universitäten und die Kirche unter der Aufsicht des Staates stehen, von einer öffentlichen Meinung reden? Letzten Endes ist das deutsche Volk nicht

Urheber, sondern Opfer des Krieges. Man hat mehr gegen dasselbe gesündigt, als es selbst sündigte, und seine Hauptschuld bestand darin, daß es zu unentwegt die drei Kardinaltugenden eines blinden Glaubens, eines widerstandslosen Gehorsams und eines geduldigen Ertragens geübt hat.

Aber in der Redeweise der Presse von heute wird nicht so sehr von der Schuld des Kaisers oder der herrschenden Klassen oder des deutschen Volkes gesprochen. Es ist vielmehr die Rede von den Verbrechen „Deutschlands“ oder des „Preußentums“. Der Unterschied hat philosophische Berechtigung, denn die abstrakten Begriffe, die der Engländer Deutschland oder Preußentum oder Militarismus nennt, sind wesentlich von den siebzig Millionen, die das Deutsche Reich bewohnen, verschieden. Der Kollektivbegriff „Deutschland“ ist ein System bestimmter Überlieferungen und Einrichtungen. Es ist historisch entstanden und hat ein über viele Generationen sich erstreckendes Dasein. In diesem kollektiven Begriff gilt Vergangenheit mehr als Gegenwart, die Toten mehr als die Lebenden. Das Geheimnis der so schwer verständlichen deutschen Seele, die bisher alle Untersuchungen zunichte gemacht zu haben scheint, mit ihrer Sentimentalität und ihrer Fügsamkeit, ist zum großen Teile das Erzeugnis der lutherischen Reformation. Die Politik von Bülow und von Bethmann-Hollweg ist die Fortsetzung der Politik Bismarcks, die ihrerseits die Fortsetzung der Politik Friedrichs, der der Große genannt wird, ist. Der Einfall in Belgien ist nur eine Wiederholung des Einfalls in Schlesien im Jahre 1740, des Einfalls in Sachsen vom Jahre 1756, des Einfalls in Polen im Jahre 1772, als Preußen mit Österreich und Rußland „den eucharistischen Leib Polens genoß“. Aber Deutschland ist nicht nur eine Regierung und eine Tradition. Es ist ein Glaube und ein Geist. Und ein Geist kann nicht mit körperlichen Waffen bekämpft werden. Hamlet kreuzte sein Schwert nicht mit dem Geist, der wie die Luft unverwundbar ist. Geistigen Kräften kann man nur geistige Kräfte gegenüberstellen.

Aber zu sagen, Deutschland stelle ein System und ein Prinzip dar, wäre nur die halbe Wahrheit. Denn dieses sogenannte deutsche System ist ein Teil des Weltsystems. Das deutsche System mag systematischer, wirksamer, rücksichtsloser als in irgend einem andern Lande gewesen sein; es ist aber weder spezifisch preußisch noch deutsch. In seinem großen Werke über die französische Revolution und das Kaiserreich zerlegt der französische Geschichtsschreiber Albert Sorel die Politik und die Grundsätze, welche die Regierungen des 18. Jahrhunderts beherrschten, und er zeigt, wie jene machiavellistischen Grundsätze überall wirksam waren, überall angewandt wurden. Was im 18. Jahrhundert galt, gilt auch im 19. Jahrhundert. Deutschland und Österreich sind zweifellos die ersten Kriegerheber. Aber die weiter entfernt liegenden Gründe erstrecken sich über die ganze Welt und liegen tief in der Vergangenheit verankert. Selbst außerhalb Deutschlands galt „das Recht des Dschungels“. Zwischen 1870 und 1914 erlebte die Welt zwölf Kriege und zahllose Kriegspaniken, bei denen Deutschland niemals mehr als andere Staaten die Hand im Spiele hatte. Deutschland trug keine größere Schuld als andere Mächte am türkisch-russischen Kriege, oder am serbisch-bulgarischen, oder am griechisch-türkischen, oder am Kriege zwischen Chile und Peru, oder am Kriege zwischen Amerika und Spanien, oder am Burenkriege, oder

am Kriege zwischen China und Japan, oder an dem zwischen Rußland und Japan.

Man schimpft auf den preußischen Militarismus. Aber der preußische Militarismus war nichts Neues, mit dem man plötzlich überrascht wurde. Er ist nichts Geheimes, das bisher verborgen gewesen wäre; denn was auch immer die Laster der Deutschen sein mögen, sie sind keine Heuchler. Die verfluchte Sache, die jetzt verurteilt wird, wurde einst gutgeheißen und bewundert. Kein Herrscher wurde in England so bewundert als Friedrich der Große, kein Staatsmann so gerühmt wie Bismarck. Nietzsche wurde in Frankreich ebenso viel gelesen wie in Deutschland. Es sind mehr als hundert Jahre her, daß Fichte seine Verteidigung Macchiavellis schrieb, und Fichtes Philosophie wurde in jeder britischen Universität gelehrt.

Auch war die britische Bewunderung für Preußen keineswegs platonisch. Großbritannien galt als der Erbverbündete Preußens. Es war tatsächlich dessen Spießgeselle. Die preußische Macht konnte nur mit großbritannischer Unterstützung wachsen. Vor 1900 erntete Deutschland und nicht Frankreich die uneingeschränkten Sympathien Englands. Bismarck und nicht Gambetta wurde als der Überstaatsmann verherrlicht. Sogar die englischen Theologen zogen nach den deutschen Universitäten als nach der Quelle der Weisheit. Allerdings hat Preußen Polen gestohlen; aber dieselben preußischen Armeen, die Polen eroberten, wurden aus englischen Subsidien bezahlt, wie Lord Eversley wieder einmal bewiesen hat. Allerdings hat Preußen Schleswig-Holstein gestohlen; aber Großbritannien war dabei ein Mitschuldiger. Allerdings annektierte Deutschland Elsaß-Lothringen; aber Großbritannien erhob keinerlei Einspruch, und Lord Glanville und Gladstone blieben dem pathetischen Flehen Thiers' gegenüber taub. Allerdings legte die Annexion von Bosnien die Zündschnur, die schließlich die Explosion hervorrief. Aber Lord Salisbury und Herr A. J. Balfour waren die ergebenen „Sekundanten“ Bismarcks und Andrassys bei dem Vertrag von Berlin, auf dem Bosnien ausgeliefert wurde; und heute, nach einundvierzig Jahren, vernichtet Herr Balfour das, was er 1876 zustande bringen half. Allerdings wurde das Bündnis Deutschlands und Österreichs mit der Türkei der Eckstein der alldeutschen Politik; aber ein gänzlich gleichgeartetes Bündnis mit der Türkei war bis vor kurzem der Eckstein der englischen Politik, und dieses Bündnis war es, was das Chaos auf dem Balkan weiterbestehen ließ.

Es gibt zwei von einander grundverschiedene Auffassungen dieses Krieges. Die große Mehrzahl betrachtet ihn immer noch als ein Kinomelodrama. Nur wenige sehen in ihm eine Tragödie. Die melodramatische Auffassung zeichnet sich nicht nur durch ihre Volkstümlichkeit, sondern auch durch Klarheit und Einfachheit aus; auf der einen Seite die fleckenlosen Helden, auf der andern die abgefärbten Schurken. Und auch die Ethik des Melodramas ist einfacher Natur: der Schurke muß vernichtet werden und die Schuld ihre Sühne finden.

Die tragische Auffassung ist sowohl weniger volkstümlich als auch bedeutend verwickelter, denn sie bewegt sich in transzendenten Regionen. In der Tragödie mag auch der Verbrecher ein Held sein, und sogar der Held hat Anteil an der tragischen Schuld. In der Tragödie werden alle

Charaktere durch unerbittliche, der menschlichen Einwirkung entzogene Kräfte angetrieben. Und die Ethik der Tragödie wurde vor zweitausend Jahren von Aristoteles für die Menschheit aufgezeichnet. Versöhnung wird durch gemeinsames und stellvertretendes Leiden herbeigeführt; und die Reinigung oder „Katharsis“ wird durch Furcht und Mitleid erreicht. Die Nemesis hat mit der Schuld des Einzelnen direkt nichts zu tun. Die Rache wird dem allmächtigen Gott überlassen.



KAPITEL XI.

Die Zukunft Deutschlands.

I.

Deutschland liegt zerschmettert am Boden; die Macht und Herrlichkeit der Hohenzollern ist nur noch ein Schatten und ein Name. Und doch werden die Gemüter der Zeitungsschreiber und Politiker immer noch von einer hartnäckigen Furcht vor Deutschland verfolgt. Diese Furcht erklärt viele Bestimmungen des Versailler Friedens. Sie erklärt, warum man keinen Frieden „mit“ sondern „gegen“ Deutschland schloß. Es hat den Anschein, als könne Europa sich nicht genug militärische Sicherheiten verschaffen. Ist denn Deutschland nicht immer noch eine geschlossene Masse von siebzig und mehr Millionen Menschen, die immer noch auf Angriff sinnen? Ist nicht der deutsche Geist unverändert und unveränderlich? Jene pseudowissenschaftliche Theorie der Rassengemeinschaft, welche die Deutschen erfanden, um sich selbst zu verherrlichen, wird jetzt gegen sie gekehrt. Man entwirft mit Hilfe einiger Zitate aus Tacitus, mit Hilfe von ein paar geschichtlichen Erinnerungen aus den Tagen der Hohenstaufen und Friedrich Barbarossas ein schreckhaftes Bild des raublustigen Teutonen, der „blonden Bestie“ Nietzsches. Der Deutsche wandelt sich nicht im Verlaufe der Jahrhunderte: Deutschland ist „l'éternelle Allemagne“, die Ewige, wie Herr Bérard sagt. Es ist „der Barbar und der Heide“, sagt Herr Belloc, dem es Herr Chesterton nachspricht.

Es liegen genügend Gründe zu einer berechtigten Besorgnis in jeder Richtung vor, ohne daß man nötig hätte, das Schreckbild einer eingebildeten deutschen Zukunftsdrohung heraufzubeschwören. Der Verfasser warnte die Öffentlichkeit vor dem Kriege vor der deutschen Gefahr, aber er glaubt nicht an eine deutsche Gefahr nach dem Kriege. Die Gefahr würde nur dann weiter bestehen, hätte der Besiegte nichts aus der Katastrophe gelernt, oder wenn die Sieger nicht ihre Lehren daraus zögen. Die Gefahr würde nur dann weiter bestehen, wenn man im Rausche des Sieges gegen Deutschland die Methoden eben jenes Preußentums anwenden wollte, zu dessen Bekämpfung man auszog; wenn man das deutsche Volk in die Arme der Reaktion oder des Bolschewismus treiben wollte. Kehrt man jedoch zur Vernunft zurück, bedient man sich einer einiger-

maßen klugen Staatskunst, so mag man von Deutschland einen vollkommenen Bruch mit der preußischen Überlieferung erwarten: zunächst weil eine Politik, die sich nur durch glänzende Erfolge hätte rechtfertigen können, jämmerlich versagte; weil sie zum Zusammenbruch und nicht zum Erfolg führte, zum Bankrott und nicht zum Gewinn; zweitens weil der preußische Mißerfolg die Deutschen selbst von der Tatsache überzeugt hat, daß das Preußentum in grellem Gegensatz steht zu allen geschichtlichen und geographischen Bedingungen, zu allen deutschen Überlieferungen, zu allem, was für die deutsche Gemütsart charakteristisch ist.

II.

Nur wer die deutschen innern Verhältnisse studiert, weiß, wie völlig künstlich und oberflächlich die Entstehung des verpreußten Deutschland war, wie sehr es auf zufälligen und vorübergehenden Gründen beruhte. Der Deutsche ist kein schöpferisches Wesen und ist in der Politik noch weniger schöpferisch gewesen als auf andern Gebieten menschlicher Tätigkeit. Kein einziger Zug in der Entwicklung deutscher Politik, der nicht von außen hereingekommen wäre! Die preußische Bürokratie und Zentralisation wurde von Ludwig XIV. und Napoleon entliehen. Beide sind weder preußisch noch deutsch. Der deutsche Merkantilismus und Kolonialismus sind Großbritannien entlehnt. Die deutschen Truste und Syndikate sind Amerika entlehnt. Die verwegenen Handels- und Finanzabenteuer kommen vom Volk Israel her. Herr Ballin, der Schöpfer der Handelsflotte, war ein Jude. So auch Rathenau, der Gründer der A. E. G. So die Herausgeber aller großen Zeitungen. So auch die Gründer der großen Warenhäuser und die Magnaten aller großen Banken.

Vor noch weniger als fünfzig Jahren standen zwei Drittel des deutschen Volkes Preußen feindlich gegenüber. Preußen mußte zunächst Deutschland bekämpfen, ehe es die Welt bekämpfte. Die Verpreußung Deutschlands ließ sich nur mit Hilfe des Siegesglanzes und eines Zusammenstreffens glücklicher Umstände durchführen. Sie wurde erst möglich durch den Bankrott des Bolschewismus und des Radikalismus nach 1848, durch den Triumph der europäischen Reaktion, durch die unheilige Allianz zwischen Preußen, Rußland und Österreich. Sie war vor allem möglich durch das Auftreten des einen politischen Riesen der neuesten Geschichte, der vierzig Jahre lang das Festland wie ein Koloß beschritt, und der die Einsicht und das Geschick besaß, jede geistige Triebkraft Deutschlands zugunsten Preußens zu benutzen.

Das Preußentum ist nicht die Fortsetzung, sondern die Unterbrechung der deutschen Geschichte. Es ist kein „Leitmotiv“; es ist nur eine tragische Episode und ein kurzes Zwischenspiel. Die Katastrophe ist über das deutsche Volk gekommen, nicht nur weil sein Ehrgeiz der Zivilisation bedrohlich erschien, weshalb ihm auch in der ganzen Welt kein Verbündeter erstand, sondern auch weil es seinen eigenen Volkscharakter verleugnete. Denn sowohl durch seinen Nationalcharakter wie durch seine geschichtlichen Überlieferungen ist das deutsche Volk nicht für den Krieg, sondern für den Frieden bestimmt; nicht für Zentralisation, sondern für Dezentralisation und ein Bündnissystem; nicht für eine egoistische Aufgabe, sondern für eine allgemein europäische.

III.

Deutschland liegt mitten im Herzen Europas, und so wie Rußland und der Balkan sich allmählich der Zivilisation erschließen, wird es immer mehr zum Schwerpunkt des europäischen Festlandes werden. Deutschlands Grenzen sind gefährdet und offen, und es wird umgeben von einem ununterbrochenen Gürtel kleiner aber hochentwickelter und fortschrittlicher Staaten halbdeutschen Ursprungs, Belgien, Holland, Dänemark, den skandinavischen Reichen, der Schweiz, denen allen es als „Hinterland“ dient. Deutschland ist deshalb das notwendige Verbindungsglied zwischen Osten und Westen, zwischen Norden und Süden. Der Krieg war Preußens Volksindustrie, weil ein künstlicher Staat wie Preußen nur durch Krieg das Ziel seines Ehrgeizes erreichen konnte. War der Krieg Preußens Größe, so war er gleichzeitig auch Deutschlands Niedergang. Ein deutscher Krieg bedeutete in den meisten Fällen nicht einen örtlich beschränkten, sondern einen Kampf an jeder Grenze und gegen ganz Europa. So war es im Dreißigjährigen Kriege, so im Siebenjährigen, so im Weltkriege. Frieden zu halten ist ganz offenbar Deutschlands Aufgabe, denn es kann nur durch das Bewahren des Friedens die großartige Möglichkeit seiner Lage ausnutzen. In seinem prophetischen Buche vom ewigen Frieden, der ersten Abhandlung über den Völkerbund, wies der Abbé de Saint-Pierre vor genau zweihundert Jahren darauf hin, daß das Deutsche Reich den Beweis liefere, daß ein ewiger Friede keine Utopie sei. Und es trifft tatsächlich zu, daß während dreier Generationen Deutschland nach dem westfälischen Frieden die einzige europäische Nation war, die keinen Krieg erlebte. Und auch nach Waterloo war es der deutsche Bund, der unter allen Staaten fünfzig Jahre lang den Frieden nicht brach.

IV.

So wie Deutschland für den Frieden bestimmt ist, so ist es auch für Dezentralisation und das Bündnissystem als Regierungsform. Auf politischem Gebiete besteht keine natürlichere Verwandtschaft zwischen Preußen und dem deutschen Volksgeist als zwischen den Sandflächen Pommerns und den Weinbergen am Rhein. Die Verschiedenartigkeit der physikalischen Verhältnisse, die der Religion, der äußerst abwechslungsreiche Charakter der deutschen Städte, alles deutet auf dieselbe politische Schlußfolgerung hin. Bei keiner Nation ist die Dezentralisation größer. Am Vorabend der französischen Revolution war Deutschland noch ein Mosaik von zweitausend souveränen Staatsgebilden. Als Bismarck sich dem Mannesalter näherte, gab es noch dreihundert von diesen. Die preußische Zentralisation war die unvermeidliche Reaktion gegen die Mißstände der „Kleinstaaterei“, die Treitschke so bitter verhöhnte. Die zahllosen Fürstentümer mußten von der Karte verschwinden; das war so unvermeidlich, daß selbst die Feinde Deutschlands dabei helfen mußten. Napoleon vertrieb sogar mehr deutsche Fürsten als Bismarck. Sogar mehr als Bismarck war Napoleon der Vorkämpfer deutscher Einheit.

An die Stelle der alten „Kleinstaaterei“ setzte Preußen eine mechanische, von außen aufgezwungene Einheit. Durch den Anschein irreführt, überschätzten die deutschen im öffentlichen Leben stehenden Männer die Vorteile, deren Deutschland sich auf ökonomischem Gebiet infolge der Zen-

tralisation erfreute. Aber selbst auf materiellem Gebiet war die deutsche Entwicklung nicht so sehr die Folge preußischer Methoden oder preußischer Siege, sondern die Wirkung des Zollvereins, der zentralen Lage des Landes, der Erschließung der russischen Hilfsquellen, des britischen Freihandels, und zuletzt, aber nicht am wenigsten, der deutschen wissenschaftlichen Organisation. Genau so wie jene Leute die Vorteile der preußischen Zentralisation überschätzten, genau so haben sie ihre Nachteile nicht gesehen. Die deutschen Militaristen verkündeten, die deutsche „Kultur“ werde von neidischen Nachbarn bedroht. Der einzige wirkliche Feind der deutschen Kultur war Preußen. Unparteiische deutsche Beobachter haben immer wieder das wunderbare Wachstum des materiellen Reichtums der Armut und Unfruchtbarkeit des künstlerischen, intellektuellen und geistigen Lebens des Bismarckschen Reiches gegenübergestellt. Ein halbes Jahrhundert Preußentum hat keine einzige wirklich große Persönlichkeit auf irgend einem Gebiete der höheren Betätigung des Geistes hervorgebracht: keinen einzigen Staatsmann, keinen einzigen Künstler, keinen einzigen Dichter, keinen einzigen Denker.

Der politische Ausdruck der kommenden deutschen Dezentralisation wird ein Bündnissystem freier deutscher Staaten und freier deutscher Städte sein. Deutschland, das mit seinem Bürokratismus, seinem Imperialismus, seinem Kommerzialisismus ein sklavischer Nachahmer war, ist andererseits ein Vorkämpfer auf dem Gebiete der Gemeindeverwaltung und des Bündnissystems. Der deutsche Bund von morgen wird mit dem Bismarckschen Bau nichts zu tun haben. Er wird ein „Staatenbund“, kein „Bundesstaat“ sein. Es wird nicht eine Geschäftsgemeinschaft kleiner Despoten und eifersüchtelnder Fürstentümer sein. Deutschland wird seine ökonomische Einheit und seine geistige und wissenschaftliche Organisation beibehalten. Es wird für Friedenszwecke ein unteilbares Ganze bleiben; es wird nur zu Angriffszwecken gespalten sein.

V.

Der Imperialismus Preußens ist weiter nichts, als der alte, kleinstaatliche Nationalismus in größerer Ausgabe; und ein selbstischer Nationalismus widerspricht dem deutschen Volkscharakter nicht weniger als der preußische Militarismus oder die preußische Zentralisation. Es trifft zu, daß die Stammesreligion des modernen Deutschland stark von den politischen Bestrebungen der lutherischen Kirche, durch die sklavische Unterordnung der geistlichen unter die weltliche Gewalt, unterstützt wurde. Aber abgesehen von dem Einfluß der lutherischen Kirche, einer Kirche von Junkern und Hofkaplänen, steht ein kleinlicher Nationalismus vollkommen in Widerspruch mit den deutschen Zuständen und dem deutschen Charakter: Andere Nationen konnten ungestraft eine rein nationale Politik treiben. Deutschland kann nicht in glänzender Isoliertheit leben. Sowohl die Geographie wie die Geschichte verbieten das. Gerade weil Deutschland das Herz Europas ist, hängt es mehr vom Ganzen ab. Die französischen Ströme, die Loire, die Seine, die Rhone, die Garonne sind rein französische Ströme. Die deutschen Ströme, der Rhein und die Donau, sind europäische Ströme. Gerade die Armut seiner ökonomischen Hilfsquellen macht Deutschland von Europa abhängig. Es ist keine in sich

abgeschlossene, sich selbsterhaltende Einheit. Deutschland ist ebenso sehr durch seine Stärke wie durch seine Schwäche an Europa gefesselt. Der schwache Punkt des deutschen Genius ist, daß ihm das Schöpferische oder Erfinderische fehlt; daß er auf fremden Antrieb und fremde Anregung angewiesen ist. Seine Stärke besteht in einer ungeheuren Anpassungs- und Aufnahmefähigkeit. Der Deutsche ist der ideale Vermittler, sowohl auf kaufmännischem wie auf geistigem Gebiete. Er hat wenige der modernen großen Erfindungen gemacht, aber er hat sie alle in der Praxis verwandt. Er hat keinen der vorzüglichsten Dichter der Neuzeit hervorgebracht, aber er hat sie alle in seinem Vaterlande heimisch gemacht. Shakespeare und Molière, Puschkin und Calderon sind deutsche Klassiker geworden.

VI.

Je mehr man also in die deutsche Geschichte eindringt, je mehr man den deutschen Volkscharakter zergliedert, um so mehr sieht man ein, daß die deutsche Gefahr ein Hirngespinnst ist. Entsteht sie wirklich, so wird man sich dies selbst zuzuschreiben haben. Sieger lernen die Lehren des Sieges nur langsam. Die Besiegten lernen unvermeidlich die Lehren der Niederlage. Deutschland wird sich sicher diese Lehren mit deutscher Gründlichkeit aneignen, und diese Gründlichkeit wird um so gründlicher sein, je vollständiger der Zusammenbruch war. Vorausgesetzt, daß man nicht in den unvermeidlichen Verlauf der Ereignisse eingreift, werden wahrscheinlich „Los von Berlin!“ und „Los von Bismarck!“ die Lösungsworte der deutschen Zukunftspolitik sein. Deutschland wird zu jenen Grundsätzen, die es in der Vergangenheit groß und bewundert machten, zurückkehren. Sobald Deutschland zum Völkerbunde zugelassen sein wird, kann man mit gutem Grunde hoffen, daß es im europäischen Sinne zu handeln lernen wird. Es hat durch Entwicklung zu einem aufrichtigen Mitglied der neuen internationalen Ordnung nichts zu verlieren, aber alles zu gewinnen.



KAPITEL XII.

Der Kaiserprozeß und der Völkerbund.

Zwei Gründe werden gegen den Kaiserprozeß ins Feld geführt. Der erste wird hauptsächlich von den Deutschen gebraucht; der zweite hauptsächlich von den Alliierten.

Die Deutschen führen an, man möge auch den Prozeß so gerecht wie möglich führen, er bliebe doch eine abscheuliche Travestie der Gerechtigkeit. Der Kaiser könne vor keinen Gerichtshof berufen werden. Er handelte nicht als Privatmann, sondern als Herrscher. Er sei von seinem Amte geschützt. Unter keiner monarchischen Verfassung könne ein König Unrecht tun. Selbst in einer konstitutionellen Monarchie sei er nicht verantwortlich, und die ganze Verantwortung ruhe auf seinen Ministern.

Die selbstverständliche Antwort hierauf ist, daß die deutsche Verfassung den Kaiser nur innerhalb der deutschen Grenzen und in bezug auf gegen das deutsche Volk selbst begangene Verbrechen beschützen könne. Aber in bezug auf andern Nationen zugefügten Schaden kann den Schuldigen keine deutsche, ja, überhaupt keine Verfassung schützen. Auch ist es nicht von großer Bedeutung, ob die Verantwortung auf dem Kaiser oder seiner Regierung ruht, ob die holländische Regierung der Auslieferung zustimmt oder sie abschlägt; die Hauptaufgabe und der Hauptzweck des Verfahrens werden darin bestehen, nicht Strafen aufzuerlegen, sondern die Verantwortung festzustellen.

Die Deutschen behaupten ferner, falls der Kaiser überhaupt angeklagt werden könne, dies nur vor einem neutralen Gerichtshof geschehen dürfe. Ein britischer Gerichtshof zur Aburteilung des Kaisers würde bedeuten, daß das britische Volk zugleich Richter, Ankläger und Verteidiger sein würde. Die Antwort auf diesen Einwand ist, daß es vom moralischen Standpunkte aus in diesem Weltkriege keine Neutralen geben kann, und daß der Kaiser nicht von der britischen Regierung, sondern von der ganzen zivilisierten Welt verurteilt werden würde.

Auf der anderen Seite behaupten die Alliierten, der Kaiserprozeß würde bloß ein Schauspiel für den Pöbel und ein machiavellistischer Trick der Regierung sein, die Aufmerksamkeit des Volkes von den inneren Schwierigkeiten abzulenken; selbst unter den günstigsten Umständen würde ein solcher Prozeß Leidenschaften erregen, die man jetzt nach Erklärung des Friedens am besten beruhigen sollte. Andere wieder wenden ein, es sei unwesentlich, ob dem Kaiser der Prozeß gemacht werde oder nicht, weil der ganze Unterschied zwischen der Schuld des Kaisers und der des Volkes unwirklich sei.

Diese Einwände scheinen beweiskräftiger als die Einwände der Deutschen. In Wirklichkeit aber sind sie sogar noch nichtiger. Es soll in wenigen Worten versucht werden zu beweisen, daß ein Prozeß des Kaisers Fragen anschneiden würde, von denen sowohl die Freunde wie die Gegner eines solchen Verfahrens nichts wissen; daß er bei ehrlicher Durchführung weitreichende moralische und politische Folgen haben müßte, und daß niemand ihn sehnlicher wünschen sollte als gerade das deutsche Volk selber.

I.

Weist man obige Frage, ob der Prozeß in sich selbst nicht schon eine Travestie der Gerechtigkeit sei, zurück, und nimmt man an, das Verfahren werde gerecht geführt werden, so muß man es unterstützen, weil es einem zum ersten Male die Gelegenheit geben wird, die Wahrheit, die ganze Wahrheit, zu hören. Bisher sind wesentliche Teile der Wahrheit verschwiegen worden, selbst dem britischen Volke. Die diplomatische Geschichte des Krieges ist sogar von den Alliierten verfälscht worden. Viele Beziehungen zur Zarenregierung sind noch nicht der Öffentlichkeit bekanntgegeben worden. Findet aber der Prozeß statt, so kann unmöglich irgendein Teil der Wahrheit länger verborgen bleiben. Das britische Strafgesetz ist eine so ehrwürdige Einrichtung, daß eine Verletzung der Gerechtigkeit selbst zu politischen Zwecken undenkbar erscheint. Man stellt es als charakteristisch für das Strafverfahren auf dem Festlande hin, daß dort

von dem Angeklagten angenommen werde, daß er schuldig ist, so lange er sich noch nicht als unschuldig herausgestellt hat. Britische Tradition aber war es zu allen Zeiten, den Angeklagten für unschuldig zu halten, so lange er nicht der Tat überführt ist. Unter dieser britischen Tradition wird der Kaiser eines gerechten Prozesses gewiß sein. Zum ersten Male wird man den Fall mit unparteiischen Blicken nicht nur betrachten dürfen, sondern betrachten müssen. Zum ersten Male wird einem nicht nur gestattet werden, auch die deutsche Seite zu hören; man wird sogar dazu gezwungen sein. Aus eben diesem Grunde sollte sich das deutsche Volk mehr als das britische über die Gelegenheit freuen, seinen Fall vor dem Gerichtshof der Zivilisation darlegen zu dürfen.

II.

Aus einem weiteren Grunde sollte das deutsche Volk den Prozeß begrüßen. Dadurch, daß der Prozeß aufzeigt, welche entscheidende Rolle eine unverantwortliche Regierung in der Herbeiführung des Krieges spielte, würde er wahrscheinlich die furchtbare Last der Schuld von den Schultern des deutschen Volkes auf die der deutschen Herrscher schieben.

Vielleicht würde die Untersuchung ergeben, daß die unmittelbare Verantwortlichkeit des Kaisers viel geringer ist, als allgemein angenommen wird; daß er das Werkzeug der Militärpartei im allgemeinen und einiger weniger Verschwörer im besonderen war. Nicht nur Treue und Ritterlichkeit, sondern vielleicht auch Gerechtigkeitssinn treiben von Bethmann-Hollweg an, sich an Stelle des Kaisers vor die Richter zu stellen. Vielleicht könnte der Kaiser moralisch eine Menge mildernde Umstände vorbringen. Er könnte anführen, er habe als der Vertreter eines Soldatengeschlechts gehandelt, als der Erbe einer bösen dynastischen Überlieferung; er habe nur gehandelt, wie ein Hohenzoller mußte. Auf politischem Gebiet könnte er sagen, die deutsche Regierung sei der ehrlichen Meinung gewesen, einen Verteidigungskrieg zu führen; Deutschland sei von einer Welt von Feinden umgeben gewesen; Rußland habe sich als ständig wachsende Drohung erwiesen; ein europäischer Krieg habe über kurz oder lang kommen müssen, und eine weitblickende Regierung habe deshalb die Berechtigung gehabt, einen Präventivkrieg zu führen und sich hierzu selbst die Zeit zu wählen; die deutsche Regierung habe nach den von allen anderen Nationen befolgten Grundsätzen gehandelt; ihre Politik sei genau dieselbe gewesen wie die Friedrichs des Großen, des Götzen des britischen Volkes und des Halbgottes britischer Geschichtsschreiber; ihre Politik sei die Bismarcks gewesen, welcher der bewundertste Staatsmann seiner Zeit war; in jedem Falle aber habe es Großbritannien, dem Erbverbündeten Preußens, schlecht angestanden, denjenigen deutschen Staat, der niemals ohne britische Hilfe gewachsen wäre, zu verleumden; wäre der preußische Militarismus hauptsächlich am Kriege schuld, dann müsse Großbritannien seinen eigenen Anteil an der Verantwortung tragen, weil es bisher stets Preußen unterstützt habe.

Was für mildernde Umstände aber auch immer zugunsten des Kaisers angeführt werden können, der Prozeß würde es sicherlich ermöglichen, die genauen Anteile der Verantwortung des Kaisers, seiner Regierung, der herrschenden Klassen und des Volkes festzustellen. Es würde sich wahr-

scheinlich ergeben, daß das deutsche Volk selbst nur einen kleinen Anteil an dem Verbrechen hatte, daß es nicht der Urheber, sondern das Opfer des Krieges ist. Allerdings unterstützte das deutsche Volk begeistert den Krieg, nachdem er einmal erklärt war; bedeutet Demokratie Regierung durch die öffentliche Meinung, dann war die deutsche Demokratie schuldig, denn die deutsche öffentliche Meinung war fanatisch für den Krieg. Aber diese deutsche öffentliche Meinung ist etwas Eingebildetes. Unter einer despotischen Regierung kann es keine öffentliche Meinung geben. Selbst in einem freien Lande hat eine kapitalistische Presse es leicht, eine öffentliche Meinung zu machen. Wie viel leichter muß es sein, die öffentliche Meinung in einem Lande zu machen, wo alle geistigen Kräfte, die Kirchen, die Universitäten, die Schulen, die Banken und die Presse, alle im Dienste der militaristischen Regierung standen. Die Regierung ist weit davon entfernt, durch eine dem Kriege günstige öffentliche Meinung entlastet zu werden; man sollte gerade die Erzeugung dieser öffentlichen Meinung und die von der deutschen Regierung mit all ihren scheußlichen Begleiterscheinungen von Lüge und Schnüffelei ins Leben gerufene verderbliche Propaganda als einen Teil des Verbrechens der Regierenden ansehen. Man weiß, wie mit fortschreitendem Kriege die Verschwörung der Lüge und die Verschwörung des Schweigens immer schamloser wurden, bis es schließlich dem deutschen Volke gänzlich unmöglich war, auch nur den geringsten Schimmer der Wahrheit zu erkennen.

III.

Man behauptet, der Kaiserprozeß würde gerade jene Leidenschaften, die jetzt nach geschlossenem Frieden beruhigt werden sollten, wieder beleben und ausbreiten. Im Gegenteil; ein derartiger Prozeß wäre eins der wirksamsten Mittel, jene Leidenschaften im Zaume zu halten. In der unmittelbaren Zukunft bildet die Atmosphäre von Unwissenheit und Täuschung in Deutschland, von Haß, Furcht und Verdächtigung in den alliierten Ländern das große Hindernis auf dem Wege nicht nur zur Versöhnung, sondern auch zur Rückkehr zu irgend einem menschlichen Verhältnis zwischen den früheren Feinden. Solange eine derartige Atmosphäre besteht, wird dadurch jeglicher Verkehr zwischen den Nationen vergiftet. Die Alliierten glauben, die Deutschen hätten ein fürchterliches Verbrechen begangen. Die Alliierten glauben ferner, die Deutschen würden es wieder begehen, falls sie die Gelegenheit dazu hätten; und ihr Glaube wird durch die Tatsache gerechtfertigt, daß die Deutschen immer noch ihre Unschuld beteuern und nicht die geringsten Anzeichen von Reue an den Tag legen. Es ist doch wirklich vergebens, von Versöhnung und Vergebung zu reden, wenn der Verbrecher von vorne herein annimmt, es liege nichts zu vergeben vor. Der Prozeß würde wirklich viel dazu beitragen, sowohl den Wahn wie auch Haß und Verdächtigung zu zerstören. Was die Deutschen angeht, so würde dem noch immer lebendigen Schwindel, die deutsche Regierung sei vollkommen unschuldig, und das deutsche Volk habe einen Verteidigungskrieg geführt, ein Ende bereitet. Er wird klar beweisen, daß die Hohenzollern und die Habsburger den größten Anteil am Kriegausbruch hatten. Was die Alliierten angeht, so wird der Prozeß beweisen, daß der Krieg kein bloßes Kinodrama war mit fleckenlosen Helden auf der einen

und ausbündigen Schurken auf der anderen Seite; daß er vielmehr eine Sophokleische oder Shakespearesche Tragödie war, in der das deutsche Volk von unerbittlichen überweltlichen Mächten angetrieben wurde. Der Prozeß würde gründlicher als irgend eine andere Methode beweisen, daß der Krieg das Ergebnis eines Systems, eines Glaubensbekenntnisses und eines Prinzips ist. Man würde immer noch Entschädigung und Wiedergutmachung von einem Volke verlangen können, daß sich von seinen Herrschern dupieren ließ, aber man würde weniger laut von „Verbrechen und Strafe“ reden. War der Krieg aber wirklich das Ergebnis eines Systems und eines Glaubensbekenntnisses, so ist es klar, daß man ein System und ein Glaubensbekenntnis nicht bestrafen kann; man kann sie nur ändern. Einen bösen Geist kann man nicht verurteilen; man kann ihn nur austreiben.

IV.

Eins der Ergebnisse des Prozesses sollte eine Stärkung der gegenwärtigen demokratischen Regierung Deutschlands sein. Die Schwierigkeiten, die sich dieser Regierung entgegenstellen, sind so mannigfach, so tief im Militarismus begründet, die Anarchie so drohend, daß immer noch die Gefahr besteht, das Hohenzollernreich könnte wieder als einziges Bollwerk gegen den Bolschewismus errichtet werden. Die Aussichten einer derartigen Wiederaufrichtung werden in dem Maße zurückgehen, als die Schuld der kaiserlichen Regierung klar erfaßt wird. Es wäre unverständlich, wie selbst ein passives und geduldiges, ein sentimentales und leichtgläubiges Volk wie die Deutschen ihre Zuneigung und Treue einer Regierung gewähren würden, der man nachgewiesen hat, sie habe in vollem Bewußtsein all die Schrecken der Katastrophe herbeigeführt.

Man begreife doch, daß die gegenwärtige Regierung keine tiefen Wurzeln schlagen kann, falls dies nicht bewiesen wird. Vor kurzem in Mainz, Coblenz, Bonn, Köln und Aachen angestellte Nachforschungen und das Ausfragen vieler hochstehenden Deutschen überzeugten den Verfasser, daß eine überwältigende Mehrzahl unter den gebildeten Ständen noch heute sich für den angegriffenen Teil hält. Sollte dieser Wahn in Zukunft bestehen bleiben, so versteht man nicht, wie irgend ein verständiges und ehrliches Deutschland den Sturz des kaiserlichen Regimes rechtfertigen sollte. Nach Sedan machte die französische Nationalversammlung Napoleon und Bazaine zu den Sündenböcken des Krieges. Heute fährt aber im Gegensatz hierzu sogar ein sozialistischer Reichstag fort, an die Unschuld des Kaisers zu glauben. Wäre ein derartiger Glaube gerechtfertigt, dann wäre es klar, daß der Sturz des Kaisers eine Tat gemeiner Undankbarkeit und verbrecherischer Torheit war. War der Krieg für das deutsche Volk ein Verteidigungskrieg, dann steht der Kaiser gerechtfertigt vor seinem Volke; er ist nicht nur gerechtfertigt, sondern verherrlicht. Denn insofern dieser Krieg ein Verteidigungskrieg war, kann die deutsche Regierung sicherlich den Anspruch erheben, sich hervorragend verteidigt zu haben. Es ist nicht die Schuld des Kaisers, daß Deutschland von einer Welt von Feinden angegriffen wurde. Und da Deutschland immer noch von einer Welt von Feinden umgeben ist, so wäre es das Beste, die deutschen Patrioten sammelten sich so bald wie möglich wieder unter der Fahne des Kaisers. Da dieses gegenwärtig die Überzeugung des deutschen Volkes

ist, so gibt es nur ein wirksames und unfehlbares Mittel, jene Überzeugung endgültig zu vernichten; und das wäre der Kaiserprozeß. Die Verantwortung für den Krieg juristisch zu untersuchen, wäre deshalb keine bloße rechtliche Feierlichkeit oder ein akademischer Disput; es bleibt ein wesentliches Erfordernis praktischer Staatskunst.

V.

Als Letztes, aber nicht als Geringstes, sei angeführt, daß der Prozeß eine symbolische, nicht abzulehnende Bedeutung hat. Es würde eine eindrucksvolle Kundgebung dafür darstellen, daß von nun an die internationale Gerechtigkeit etwas greifbar Wirkliches sein soll. Sogar das bloße Schauspiel als solches würde auf die Einbildungskraft der ungebildetsten und der verstocktesten Sünder eine gewaltige Wirkung von politischer Bedeutung haben. Damit aber der ganze Vorgang vollständig sei, müßte der Prozeß vor dem als oberster Gerichtshof fungierenden Völkerbund verhandelt werden. Der Prozeß würde in Wirklichkeit die juristischen Funktionen des Bundes zum ersten Male in Tätigkeit treten lassen. Selbst Pazifisten, die an den Völkerbund glauben, begreifen noch nicht genügend den politischen und erzieherischen Wert einer juristischen Sanktion, die gar nichts mit der militärischen Seite zu tun hat. In dieser Hinsicht kann man von den Vereinigten Staaten etwas lernen. Wenn dieser Staatenkomplex achtzig Jahre lang in der Lage war, den Frieden zwischen seinen einzelnen, tief durch Interessen, Leidenschaften und Prinzipien getrennten Staaten aufrechtzuerhalten, so ist dies zu einem großen Teile dem Ansehen, der Autorität und der Weisheit des obersten Bundesgerichts zuzuschreiben. Der Sezessionskrieg wurde tatsächlich erst dann möglich, als dieses Vertrauen und Ansehen durch die Vergewaltigung der Gerechtigkeit im Falle Dred-Scott erschüttert wurde. Soll der Völkerbund in der nächsten Zukunft die oberste Gewalt in der internationalen Politik werden, so würde nichts zur Aufrichtung und Befestigung dieser Macht mehr beitragen als der Kaiserprozeß. Das sollte doch als stärkstes aller Argumente betrachtet werden, nicht nur zugunsten des Prozesses selbst, sondern zugunsten jener Pläne, die diesen so umfassend, so tiefgehend, so endgültig wie möglich machen möchten.



KAPITEL XIII.

Belgien, als Typus einer zusammengesetzten Nationalität.

I.

Die juristische Stellung der kleinen Staaten im allgemeinen und Belgiens im besonderen innerhalb des Völkerbundes wird die schwerste Probe der neuen Staatskunst sein. Es ist einer der Gemeinplätze des Nationalhistorikers Preußens, Treitschkes, daß kleine Nationalitäten kein Existenz-

recht besäßen; daß ebenso wie kleine Unternehmungen von den großen aufgesogen werden müßten, auch kleine Staaten von den großen Reichen absorbiert werden müßten. Da Treitschke annimmt, die wesentliche Tätigkeit des Staates bestünde in der Anwendung von Gewalt und nicht von Gerechtigkeit und Recht, oder in der Verbreitung von Liebe und Licht, oder in der Aufrechterhaltung von Gesetz und Ordnung, so schließt er logisch, ein gewaltiges zentralisiertes Reich sei die endgültige und ideale Form des modernen Staates; eine kleine Nationalität sei ein politisches Paradoxon und eine törichte Verschwendung politischer Kraft. Es ist ein Unglück für diesen preußischen Schriftsteller, daß die Geschichte keineswegs diese ehrgeizige Theorie bestätigt, und daß zu allen Zeiten kleine, durch Gebiet und Bevölkerung unbedeutende Staaten viel mehr als gewaltige Reiche zur Veredelung des Menschengeschlechts beigetragen haben. Die Menschheit verdankt die Grundlagen ihrer Religion dem kleinen, Palästina genannten Staat. Sie verdankt die Grundlagen aller Wissenschaft und die Vollendung der Künste dem kleinen, Griechenland genannten Staat. Sie verdankt ihre politische Freiheit und viele ihrer geistigen Schätze den kleinen, Florenz und Venedig, Schweiz und Holland genannten Staaten. Und verdankt Deutschland selber nicht seinen stolzesten geistigen Besitz dem kleinen Herzogtume Weimar?

Aber keinem kleinen Volke ist die moderne Zivilisation zu größerem Danke verpflichtet als dem belgischen. Fast zehn Jahrhunderte lang ist es in der Vorhut des europäischen Fortschritts marschiert. Belgien ist wirklich zu einer jener auserwählten Stellen geworden, wo die Zivilisation wie durch einen geheimnisvollen Vorgang spontaner Entwicklung erblüht. Seit den Tagen des frühen Mittelalters hat das belgische Volk hervorragende und fast ununterbrochene Erfolge in allen Friedenskünsten zu erringen gewußt. Es ist immer wieder als der Vorkämpfer der politischen Freiheit aufgetreten. Der heldenhafte Widerstand, den es in dem eben beendeten Kriege leistete, und durch den es Europa vor einer entsetzlichen Katastrophe bewahrte, bildet nur das Schlußkapitel einer erhebenden vaterländischen Geschichte, deren hervorragendste Ereignisse in dieser Einleitung kurz in Erinnerung gebracht werden sollen.

II.

Belgien ist in bezug auf die Geheimnisse der Nationalität sowohl ein fesselnder Gegenstand der Betrachtung wie auch ein höchst schwieriges Problem. Nach dem äußeren Scheine zu urteilen, käme Belgien als einem nicht gleichmäßigen und geeinten Lande keine Realität zu. Es scheint nur ein geographischer Begriff zu sein und die künstliche Schöpfung der Politiker. Es sieht so aus, als ob es die politische Erscheinung eines geeinten belgischen Volkes nicht gäbe. Im Norden gewahrt man eine für den Ackerbau geeignete Ebene, einen ununterbrochenen Gemüse- und Blumengarten; im Süden liegen die Hochflächen der Ardennen, die große Mineralschätze bergen und die, mit vielen Unterbrechungen, ein Kohlengebiet und eine geschäftige Industriegegend darstellen. Im Norden wohnt eine flämische Bevölkerung germanischer Abkunft; im Süden eine wallonische Bevölkerung französischen und keltischen Ursprungs. Im Norden erblickt man eine der frömmsten katholischen und konservativsten Bevölkerungen Europas;

im Süden eine agnostische und kirchenfeindliche Bevölkerung, eine sozialistische und aufrührerische Demokratie.

Und doch beweist die Geschichte Belgiens, daß diese beiden einander so entgegengesetzten Bestandteile in jeder Krisis der belgischen Geschichte gemeinsame Sache machten, daß sie zusammen fühlten und in der Stunde der Gefahr zusammen kämpften. Trotz aller Schwierigkeiten, die keineswegs gering an Zahl oder oberflächlich sind, haben Flamen und Wallonen stets eine und dieselbe politische und moralische Persönlichkeit enthüllt. Sie sind durch gemeinsame politische Ideale und die gleichen Verwaltungseinrichtungen miteinander verschmolzen. Auf allen Seiten von ausländischen Feinden umgeben, immer wieder mit Einfall bedroht, sind sie durch den Selbsterhaltungstrieb, durch gemeinsame politische Gefahr und gemeinsame Leiden für die Sache der nationalen Unabhängigkeit und der Freiheit Europas zusammengeschweißt worden. Während des Krieges versuchte die deutsche Regierung mit ihrem gewohnten machiavellistischen Zynismus die Flamen und Wallonen zu trennen, eine „aktivistische Bewegung“ in Szene zu setzen, in Gent eine flämische Universität zu errichten. Nach vier Jahren Märtyrium sind die beiden Bestandteile fester als vor dem Kriege zusammengeschmiedet.

III.

Belgien als politische Einheit erscheint als verhältnismäßig jugendlicher Staat, der im Jahre 1831 durch das gemeinsame Vorgehen der europäischen Großmächte gegründet und unter ihren gemeinsamen Schutz gestellt wurde. In Wirklichkeit aber stellt dieses kleine jugendliche Staatengebilde eine der ältesten und ehrwürdigsten Nationalitäten Europas dar. Als die Hauptstadt der Hohenzollern noch weiter nichts als ein von Wilden bewohntes Dorf war, stellte Brügge etwa das Venedig des Nordens dar. Die echten Adelsbriefe der Belgier stehen unauslöschlich in dem berühmtesten klassischen Werke der Kriegskunst verzeichnet: im „Gallischen Kriege“ des Julius Caesar. In all seinen Feldzügen traf Caesar mit keinem heldenhafteren und gefährlicheren Feinde zusammen. Die römischen Legionen waren häufig mit Vernichtung durch die belgischen Stämme bedroht, und Caesar erwies diesen furchtbaren Gegnern die Ehre, sie als die tapfersten unter allen Völkern Galliens zu bezeichnen. Es kann als wahrscheinlich bezeichnet werden, daß, hätten all jene kelto-belgischen Stämme sich vereinigt und gemeinsamen Widerstand geleistet, der römische Eindringling zurückgeschlagen worden wäre. Aber schon in jener frühen Zeit machte sich bei dem belgischen Volke jener Geist der Absonderung nach Stämmen und Familien bemerkbar, der weiter nichts ist als eine Übertreibung jenes hartnäckigen Unabhängigkeitsstrebens, das dies Volk immer ausgezeichnet hat. Erst in den letzten Jahren hat die belgische Nation die Gefahr, die jener extreme Individualismus in sich birgt, und den Wert politischer Eintracht in ihrer vollen Bedeutung kennen gelernt. Die Devise im Wappen des heutigen belgischen Königreiches, „L'union fait la force“, beweist gerade, daß man sich heute sehr wohl der Notwendigkeit des Zusammenschlusses bewußt ist, und in ihrem Widerstande gegen die Heere des deutschen Reiches sind die vollkommene Einheit und die Einmütigkeit des belgischen Volkes keinen Augenblick gestört worden.

IV.

Nach der Eroberung durch die Römer entzieht Belgien sich den Blicken während mehrerer Jahrhunderte; die Barbaren überfluten das Land, und ihre Horden durchziehen es, um eine ständige Drohung für die Nordgrenze des römischen Reiches zu bilden. Wie die übrigen Teile Galliens, Britanniens und Spaniens wurde auch das keltische Belgien von germanischen Stämmen überzogen. Auf diese frühe Zeit geht jene seltsame Doppelheit in Rasse und Sprache zurück, die immer die auffallendste Eigentümlichkeit des belgischen Volkes bleiben wird. Während in England die eingeborene Rasse mit den Eroberern sich zu dem einen angelsächsischen Volke verband, blieben in Belgien der Kelte und der Germane, der Wallone und der Flame, trotzdem sie dauernd durcheinander gewürfelt wurden, doch getrennt. An der Heerstraße der Europa durchziehenden Wanderstämme und dort, wo sich die Hauptverbindungsstraßen Westeuropas durchkreuzen, gelegen; dort, wo später drei große Reiche aneinander stoßen sollten, wurde Belgien das Land, wohin alle Wanderbewegungen des Mittelalters hinabflossen. Die beiden ersten Dynastien fränkischer Könige entstanden ursprünglich auf belgischem Boden. Die merowingischen Könige hatten ihr politisches Zentrum im Hennegau, und die karolingische Dynastie leitete sich von Pippin von Herstal ab, und Pippin von Landen herrschte zuerst in der Provinz Lüttich.

Der große Kaiser des Westreiches, Karl der Große, wird von den Franzosen sowohl als von den Deutschen als einer der ihrigen beansprucht. Das Richtige ist, daß Karl der Große wie Karl der Fünfte ein Kind des belgischen Bodens ist.

V.

So, wie das griechische Reich Alexanders unter seine Heerführer verteilt wurde, so wurden auch die Provinzen Karls des Großen unter seine Nachkommen verteilt. Aber die Teilung des Reiches fand ohne Rücksicht auf die Interessen der betroffenen Völker oder die geographischen oder politischen Notwendigkeiten statt. Die Teilung Belgiens war besonders unvernünftig und widersinnig. Der größere Teil fiel schließlich dem deutschen Reiche zu, und nur ein geringer Bruchteil kam an Frankreich. Aber der dem deutschen Reiche zufallende Teil enthielt nicht nur das Herzogtum Brabant, sondern auch das Fürstentum Lüttich, d. h. den französischsten Teil der Niederlande. An Frankreich fiel die Grafschaft Flandern, d. h. der flämischste Teil der Bevölkerung. So unvernünftig diese Teilung auch war, diese an sich paradoxe Lösung bewirkte, daß die belgischen Provinzen ihre Unabhängigkeit bewahrten. Wäre die Trennungslinie in der Richtung der Breitengrade gezogen worden, wie dies in der Sprachen- und Rassenkarte der Fall ist, anstatt den Längengraden zu folgen, wie in der historischen Karte, so wäre das germanische Element Belgiens in den Bewohnern Deutschlands, die französische Bevölkerung in denen Frankreichs aufgegangen, und Belgien wäre als besondere Nationalität auf der Karte Europas ausgelöscht worden. Da aber dem deutschen Reiche eine französisch sprechende Bevölkerung und der französischen Monarchie eine flämisch sprechende angegliedert wurde, so konnte weder die Lehnsheheit Frankreichs

noch die Deutschlands irgendwelche reale Bedeutung erlangen. Deutschland war hierzu viel zu schwach, und selbst Frankreich war nicht stark genug, die belgische Bevölkerung zu assimilieren und sich anzugliedern. Aus dem Chaos des Lehnswesens stiegen die südlichen Provinzen der Niederlande als unabhängige Fürstentümer hervor.

VI.

Es ist von Interesse festzustellen, daß in allen wesentlichen Punkten die politischen, sprachlichen und wirtschaftlichen Scheidelinien sich seit dem Mittelalter nicht verändert haben.

Die Trennungslinie zwischen den flämisch und französisch sprechenden Volksteilen folgte der Flandern und Hennegau scheidenden Grenze, dann der Limburg von Lüttich trennenden, um Brabant in seiner Mitte Brüssel zu durchschneiden. Diese Unveränderlichkeit der belgischen Sprachgrenze während fünfzehn Jahrhunderte ist eine der auffälligsten Tatsachen der europäischen Geschichte.

Dasselbe gilt von der politischen Grenze. Die heutigen belgischen Provinzen sind keine bloßen Verwaltungsbezirke wie die französischen Departements, sondern sie haben eine lange geschichtliche Entwicklung hinter sich. Neben den Gebieten von Antwerpen, Namur, Luxemburg, Limburg und Hennegau sind die Grafschaft Flandern, das Herzogtum Brabant und das Fürstentum Lüttich durch die zeitliche Aufeinanderfolge der drei Hauptformen des belgischen Staatswesens bestehen geblieben.

Selbst die wirtschaftliche Einteilung hat sich nicht wesentlich verändert. Flandern und die Täler der Schelde und Lys sind immer der Mittelpunkt der Tuchindustrie gewesen. Lüttich und die Täler der Maas und Sambre waren immer Straßen des internationalen Handels.

VII.

Während des größten Teiles des Mittelalters liegt das allgemein menschliche und politische Interesse der belgischen Geschichte hauptsächlich in Flandern, das dem Namen nach ein Lehen der Könige von Frankreich war, in Wirklichkeit aber einen Bund unabhängiger Gemeinwesen darstellte. Flandern ist das auserwählte Land städtischer Freiheit. Brügge, Gent, Ypern, Coutray, Oudenarde waren von Anfang an blühende und volkreiche, Gewerbe treibende Städte. In Zeiten äußeren Friedens pflegten diese Städte untereinander Krieg zu führen. Der Wettbewerb zwischen Brügge und Gent war so erbittert wie der zwischen Athen und Sparta oder zwischen Pisa und Florenz. Gegen den äußeren Feind pflegten sie dagegen zusammenzustehen und waren dann stark genug, um die gewaltige Macht der französischen Könige zu brechen. Die Schlacht „der goldenen Sporen“, in der die Blüte der französischen Ritterschaft niedergemäht wurde, ist ein Wahrzeichen in der Geschichte der europäischen Freiheit in einem viel wirklicheren Sinn als die Schlacht von Crécy oder Agincourt. Die Könige von England erkannten die politische und wirtschaftliche Kraft der flandrischen Republiken. Zu Beginn des hundertjährigen Krieges brachte Eduard III. ein Bündnis der flämischen Bürger gegen die französischen Könige zustande, und er bewarb sich um die Gunst des stolzen Führers der Genter Handwerkerzünfte, Jakobs von Artevelde.

Es verdient beachtet zu werden, daß Eduard III. den deutschen Kaiser bat, er möge ihn als den im Namen des heiligen römischen Reiches über die Provinz Brabant bestellten Vogt anerkennen. Jenes Bündnis der belgischen Provinzen mit England gegen Frankreich ist das älteste Beispiel anglo-belgischen Zusammenarbeitens. Aber während des ganzen Mittelalters war das wirtschaftliche Band zwischen Flandern und England noch stärker als das politische. Flandern war das große Tuch erzeugende Land Europas, und England das Wolle erzeugende. Das eine Land war wirtschaftlich von dem andern abhängig, und das Verbot, aus England Wolle nach Flandern auszuführen, genügte, um das ganze wirtschaftliche Leben des Volkes zu zerstören und das Gespenst der Hungersnot heraufzubeschwören, genau so wie die Unterbrechung der amerikanischen Baumwollzufuhr während des Sezessionskrieges die Hungersnot in Lancashire hervorrief.

VIII.

Obwohl Flandern während des ganzen Mittelalters das heilige Land der Demokratie blieb, mußte es doch in bezug auf politische Bedeutung dem benachbarten Herzogtume Brabant weichen. Weder Brügge mit all seinem Glanz, noch Gent mit all seinem Heldenmut, noch Antwerpen mit all seinem Reichtum konnten es erreichen, die Hauptstadt Belgiens zu werden. Diese hohe Ehre war Brüssel vorbehalten. Brüssel ist der Treffpunkt von Flamen und Wallonen. Es stellt den Kern des belgischen Volkstums dar. Im Herzen Belgiens gelegen, zwischen Flandern und Lüttich, schien Brabant bestimmt zu sein, die Rolle des Unparteiischen zu übernehmen und das Gleichgewicht zwischen den einander entgegengesetzten Provinzen aufrechtzuerhalten. Seine Regierung verfügte über jenes politische Feingefühl, jenes Einfühlungsvermögens und jene kluge Mäßigung, die den aufgeregten Demokratien im Osten und Westen fremd waren. Während Flandern und Lüttich ständig Kriege führten, blieb Brabant verhältnismäßig davon verschont. Diese Ruhe erzeugte Wohlstand, und der Wohlstand hatte die Pflege der Kunst im Gefolge. Diese Vormachtstellung wurde unter den Herzögen von Burgund fest gegründet. Einem jüngeren Zweig der in Frankreich herrschenden Dynastie, dem Hause Burgund, gelang es durch Eroberung, Heirat und Diplomatie, um das Hauptland Brabant die zersplitterten Gebiete der Niederlande zu sammeln. Im fünfzehnten Jahrhundert war der burgundische Hof einer der glänzendsten in Europa, und der Orden vom goldenen Vließ zählte die glänzendsten Namen unter der belgischen Ritterschaft zu seinen Mitgliedern. Ehe das Mittelalter zu Ende ging, besaß Brabant alle Erfordernisse einer hochentwickelten Kultur. In Löwen befand sich eine blühende Universität, in Antwerpen ein geschäftiger Hafen, Mecheln war eine wunderbare Stadt der Kirchen, Brüssel eine herrliche Hauptstadt.

IX.

Während Brabant eine zentrale und politisch bedeutsame Stellung einnahm, blieb das Fürstentum Lüttich in einer exzentrischen Lage und bildete fast ein Land für sich. Seine politische Stellung war eine eigenartige und voller Widersprüche, denn es bildete einen Industriestaat unter einem Kirchenfürsten. Lüttich erfreute sich eines wohlwollenden wenn

auch launischen und despotischen patriarchalischen Regiments, und Jahrhunderte lang blieb es eine Stadt der Priester und Klöster. Als das hochentwickelte Gemeinwesen von Handwerkern mit den blühenden Eisen- und Messingwerken von Huy und Dinant, war es durch jenen unruhigen Geist ausgezeichnet, der stets eine aus Eisenarbeitern bestehende Bevölkerung auszuzeichnen pflegt. Obwohl Lüttich durch Sympathie und Neigung französisch war, war es doch dem Namen nach Deutschland lehnspflichtig, in Wirklichkeit aber so gut wie selbständig.

Von anderer Seite kam für Lüttich die Gefahr, nämlich von dem ehrgeizigen Hause Burgund. Der ruchlose Überfall Lüttichs durch die Horden Karls des Kühnen bildet den historischen Hintergrund eines der interessantesten Romane Walter Scotts. Die Verteidigung Lüttichs im fünfzehnten Jahrhundert ist der Gegenstand eines vorzüglichen Romans der neueren belgischen Literatur, „La cité ardente“, von Carton de Wiart, dem gegenwärtigen ausgezeichneten Justizminister. Die Geschichte sollte sich wieder einmal wiederholen. Nach mehr als vierhundert Jahren hat der Heldenmut „der brennenden Stadt“ die wildesten Träume der Roman-dichter übertroffen.

X.

Das Haus Burgund brachte den belgischen Provinzen nicht nur Wohlstand; es brachte ihnen unglücklicherweise auch politische Knechtschaft. Das Haus Spanien, das dem von Burgund folgte, brachte zwar die Weltherrschaft, aber auch geistige Versklavung mit sich. Unter Karl V., der selbst ein Bürger Gents war, wurde Belgien der schönste Edelstein in der spanischen Krone. Aber das belgische Volk mußte die stolze Stellung, die es unter den Provinzen Karls V. einnahm, teuer bezahlen. Es mußte die Hauptlast der Reichssteuern tragen, und die belgischen Städte zahlten einen größeren Betrag in den Staatsschatz Spaniens als alle andern Provinzen zusammen. Aber das Schlimmste war, daß das belgische Volk seine geistige Freiheit verloren hatte. Belgien ist immer ein streng katholisches Land gewesen, aber seine Religion war die des irischen Volkes: eine freie Religion. Unter der spanischen Herrschaft wurde der liberale Katholizismus Belgiens zu dem beschränkten und unduldsamen Glauben Torquemadas. Aber nicht Phillip II., sondern Karl V. ist für die Einführung der spanischen Inquisition in Belgien verantwortlich. Auch richtete nicht Phillip II., sondern Karl V. die spanische Gewaltherrschaft auf. Karl V., der Genter Bürger, vernichtete auf immer die Freiheiten der unruhigen und sorglosen Demokratie an der Schelde.

XI.

Mit Ausnahme Gents hatten sich sämtliche belgische Städte widerstandslos der Tyrannei des großen Kaisers gebeugt. Aber unter Phillip II. brach die Unzufriedenheit des Volkes aus. Der belgische Religionsaufstand des sechzehnten Jahrhunderts ist eine der herrlichsten Episoden in dem Kampfe um die Freiheit des Menschen. Die Historiker haben im allgemeinen ein einseitiges Bild dieses Kampfes gezeichnet. Man hat alle Ehre dieses heldenhaften Widerstandes gegen die spanische Tyrannei auf Holland gehäuft. Es existiert eine abscheuliche, durch die Autorität von

Motley gestützte Legende, das belgische Volk habe in dem großen geistigen Kampfe nicht seine Aufgabe erfüllt. Tatsächlich hat Belgien in dem Kampfe gegen Spanien das meiste ausgehalten. Die Lage war der heutigen keineswegs ungleich. Belgien war viel verwundbarer als Holland. Es war für den spanischen Eroberer eine viel lockendere Beute. Wenn es aber auch den belgischen Rebellen nicht gelang, die Spanier zu vertreiben, wie sie auch nicht die Deutschen verjagen konnten, so haben sie doch deren Angriffskraft gebrochen und den endgültigen Triumph Hollands möglich gemacht, ebenso wie der Widerstand Belgiens im Weltkrieg den Sieg der Alliierten ermöglichte. Die Belagerung Antwerpens im sechszehnten Jahrhundert ist ebenso dramatisch wie die Belagerung Leydens oder wie die Belagerung Lüttichs im zwanzigsten Jahrhundert. Der schließliche Mißerfolg der Belgier im sechszehnten Jahrhundert muß ihrer geographischen Lage und einem unglücklichen Zusammentreffen der Umstände zugeschrieben werden. Holländer und Belgier vermochten nicht zusammenzuarbeiten. Ihre religiösen Bestrebungen waren verschieden. Puritanismus und Calvinismus fanden niemals in Belgien fruchtbaren Boden. Auch gingen die holländischen und belgischen wirtschaftlichen Interessen auseinander. Belgien war hauptsächlich ein Industrieland; Holland trieb hauptsächlich Handel und Seefahrt. In Holland herrschte der patrizische Kaufherrschaft; Belgien war durchaus ein demokratisches Land.

XII.

Das belgische Volk wurde von der spanischen Übermacht besiegt, aber sein Geist blieb ungebeugt, und als Ergebnis seines unerschütterlichen Widerstandes erlangte es ein bedeutendes Maß Selbstregierung wie Religionsfreiheit. Das Band mit Spanien wurde sogut wie gelöst; Belgien bildete einen Sonderstaat unter einem spanischen Infanten und einem österreichischen Erzherzog, und nach dem Frieden von Utrecht wurde es einem österreichischen Fürsten unterstellt. Und wenn das Volk auch dem Namen nach unter spanischer bzw. österreichischer Herrschaft stand, so behielt es doch seine alten Freiheitsrechte. Im siebzehnten und achtzehnten Jahrhundert war Belgien eines der freiesten Länder Europas. Unter dem Erzherzog Albert erholte es sich schnell von den Religionskriegen. Die Hausindustrie lebte wieder auf. Brüssel und Antwerpen wurden die Mittelpunkte der europäischen Kunst. Rubens und van Dyck wurden die Hofmaler der Bourbonen und der Stuarts. Aber der internationale Handel Belgiens wurde erbarmungslos durch die Eifersucht der Holländer vernichtet. Die Kolonisationskompanie von Ostende wurde unterdrückt, und fast drei Jahrhunderte lang war die Schelde dem belgischen Handel verschlossen. Genau so wie Antwerpen einst den Wohlstand Brügges geerbt hatte, genau so ging der Wohlstand Antwerpens an Amsterdam und Rotterdam über.

XIII.

Obwohl das belgische Volk sich unter der spanischen und österreichischen Herrschaft sehr bedeutende politische Freiheiten und das Recht, sich selbst zu regieren, bewahrt hatte, litt es doch sehr unter seiner geographischen Lage. Während des ganzen siebzehnten wie auch des

achtzehnten Jahrhunderts diente Belgien Europa als Schlachtfeld, und auf den Ebenen Flanderns und Brabants trugen die europäischen Staaten ihre Streitigkeiten aus. Der Dreißigjährige Krieg ist von Geschichtsschreibern als der Hauptgrund der zurückgebliebenen Entwicklung des deutschen Volkes dahingestellt worden. Aber die europäischen Kriege in Belgien dauerten nicht dreißig sondern zweihundertfünfzig Jahre. Und doch bewahrte Belgien sich seine Lebenskraft. Nichts Wunderbareres gibt es in der europäischen Geschichte als die Spannkraft des kleinen belgischen Volkes, und es muß das höchste Erstaunen erregen, zu sehen, daß es sich seine hohe Zivilisation unter den ungünstigsten Bedingungen bewahrte.

XIV.

Man hätte annehmen können, Belgien habe mehr als irgend ein anderes Land den Ausbruch der französischen Revolution begrüßt. Freiheit war der herrschende Instinkt der Rasse, und sämtliche Überlieferungen des Landes waren demokratisch. Aber gerade weil diese demokratisch waren, und weil Belgien schon unter österreichischer Herrschaft sich zur Selbstregierung durchgerungen hatte, kam die französische Revolution den Leuten dort nicht als eine neue Offenbarung. Das französische Evangelium enthielt für das belgische Volk nichts Neues, und vieles darin verletzte es in seinen religiösen Anschauungen. Denn Belgien war ein streng katholisches Land. Am Vorabend der Revolution hatten die Belgier den sogenannten „Religionsreformen“ Josephs II. starken Widerstand geleistet, hauptsächlich weil diese der Kirche nicht genehm waren. Das belgische Volk hatte sich in Waffen gegen die österreichische Herrschaft erhoben, und diese reaktionäre „Revolution“ in Brabant war noch nicht unterdrückt, als die große französische Bewegung losbrach. Die belgischen Bauern leisteten dem französischen Eindringling mit derselben Entschlossenheit, die sie gegen den österreichischen Despoten zeigten, Widerstand. Aber der Widerstand half nichts. Fünfundzwanzig Jahre lang war Belgien zuerst der französischen Republik und später dem napoleonischen Reiche angegliedert. Französische Einrichtungen wurden eingeführt und der „Code Napoléon“ wurde zum Landesgesetz. Belgien hatte teil an dem Wohlstande der Sieger. Antwerpen, das in der napoleonischen Politik die auf das Herz Britanniens gerichtete Pistole sein sollte, wurde wieder einmal auf einen kurzen Augenblick der führende Hafen des Festlandes.

XV.

Auf dem Wiener Kongreß im Jahre 1815 wurde Belgien dem neu-aufgerichteten Königreich Holland angegliedert. In dem Sinne der doktrinären Diplomatie war die Vereinigung der beiden Länder eine glückliche Lösung. Geographisch waren beide eine Einheit. Wirtschaftlich würden sie sich selbst genügen. Politisch bildeten beide einen „Pufferstaat“ zwischen Deutschland und Frankreich. Aber die Geographie ist nicht das Ausschlaggebende in dem politischen Leben der Völker. Holland und Belgien hatten in bezug auf Charakteranlagen und Religion wenig Gemeinsames. Die größere und reichere Nation war der kleineren unterworfen, eine katholische einer protestantischen angefügt. Ein wallonisches

Volk wurde mit dem holländischen vereinigt. Auch in Gefühl und Überlieferung waren beide Länder einander entgegengesetzt. Eine Verbindung, die selbst in den heroischen und bewegten Tagen des Spanierkampfes versagt hatte, als beide Völker gegen einen gemeinsamen Feind standen, hatte im neunzehnten Jahrhundert und in einer Zeit des Friedens wenig Aussicht auf Erfolg. Diese künstliche Verbindung dauerte fünfzehn Jahre und brach beim ersten Ansturm zusammen. Im Jahre 1830 erhob sich das belgische Volk gegen die Holländer, und in ein paar Wochen war die Verbindung vollständig gelöst.

XVI.

Belgien wurde zu einem dauernd neutralen Staat erklärt und unter den Schutz sämtlicher europäischer Großmächte, darunter Preußens, gestellt. Mehr denn je war die Unabhängigkeit eine politische Notwendigkeit geworden, und man kann mit vollem Recht behaupten, das Königreich Belgien sei nicht geschaffen worden, um den berechtigten Ansprüchen des belgischen Volkes entgegenzukommen, sondern weil hier eine europäische Notwendigkeit vorlag. Belgien ist die Schöpfung des internationalen Rechtes in Europa und der Eckstein der europäischen Politik.

Die Geschicke des neuen Königreiches wurden einem Prinzen aus dem Hause Sachsen-Coburg anvertraut. Das belgische Volk war wirklich in der Wahl seines ersten Herrschers vom Glück geleitet. Leopold I. war selbst im Urteile feindlicher deutscher Geschichtsschreiber wie Treitschkes weitaus der fähigste Herrscher seiner Zeit. Er verband Takt und Klugheit mit Festigkeit und Entschlossenheit. Die Leser des Briefwechsels der Königin Viktoria wissen, daß er fast dreißig Jahre lang der treue Ratgeber seiner in England herrschenden Nichte war. Er war der vorbildliche, Überlieferungen gemäß handelnde Herrscher neuerer Zeiten, der unparteiische Schiedsrichter zwischen streitenden Parteien, der kluge Ratgeber der Staatsmänner. Als im Jahre 1848 die Throne der Habsburger und Hohenzollern, der Bourbonen von Spanien und der Orléans in Frankreich bis in die Grundfesten erschüttert wurden, blieb nur das neuaufgerichtete Königreich Belgien vom Sturme verschont.

XVII.

Die Geschichte Belgiens von 1830 bis 1914 ist die Geschichte eines ununterbrochenen und dauernden Wohlstandes und eines erstaunlichen wirtschaftlichen Aufschwunges. Die Geschichte weist kein anderes Beispiel einer Bewegung auf, die in solcher Schnelligkeit und mit solcher Sicherheit erfolgte. Obwohl Belgien das kleinste Königreich Europas war, entwickelte es sich doch zu einer Handels- und Industriemacht ersten Ranges. Zwar stiegen die Wogen der Parteileidenschaft hoch; doch vermochten diese nicht, das friedliche Aufblühen des Landes zu hemmen. Belgien verwandelte sich im flämischen Norden in einen reichen Gemüsegarten; im französischen Süden in einen geschäftigen Industriebezirk. Es wurde zu dem dichtest bevölkerten Staate des Festlandes. Die Lebenskunst wurde in keinem Lande mit besserem Erfolge betrieben. In keinem anderen Lande war besser leben. Hier trafen alle Völker auf freundschaftlichem Boden zusammen. Bei Ausbruch des Krieges gab es

zehntausende Deutsche und Briten, die sich dauernd in Belgien niedergelassen hatten. In jeder historisch bedeutsamen Stadt Belgiens: in Brüssel, Antwerpen und Gent gab es britische und deutsche Kolonien.

XVIII.

Heute ist die blühende Industrie zerstört, die Gemüse- und Blumen­gärten sind geplündert, das dichtbevölkerte Land liegt verlassen, der Wohlstand ist vernichtet. Das gewerbstätige Volk ist zu einer Nation Arbeitsloser geworden. Jene friedlichen Ebenen wurden zum Schauplatz des entsetzlichsten Krieges in der menschlichen Geschichte. Überall sieht man das belgische Volk vom Kummer bedrückt, in ständiger Furcht lebend, von der Hungersnot gequält. So unsicher aber auch die nächste Zukunft Belgiens sein mag, so gewiß ist der endgültige Ausgang. Aus dieser furchtbaren Prüfung wird sich ein größeres und edleres Belgien erheben. Das belgische Volk ist nicht nur das unschuldige Opfer eines abscheulichen Verbrechens geworden, es hat sich auch als den Vorkämpfer der europäischen Freiheit gezeigt. Niemals hat eine kleine Nation ihre Daseinsberechtigung in beredterer Weise bewiesen. In der höchsten Krisis der modernen Geschichte hat das belgische Volk den Überlieferungen seiner Vergangenheit die Treue bewahrt. Es hat den Annalen des menschlichen Heldentums ein herrliches Kapitel hinzugefügt, es hat den Wert kleiner Nationalitäten in glorreicher Weise bewiesen. Belgien hat Europa gerettet, und wenn es zur endgültigen Auseinandersetzung kommt, wird Europa nicht die Schuld verleugnen, die es an die kleine Nation, die es rettete, abzutragen hat.



KAPITEL XIV.

Amerika und der Völkerbund.

Die bei Beendigung des Waffenstillstandes von Amerika eingenommene Haltung wird zukünftigen Geschichtsschreibern wahrscheinlich als eins der auffallendsten Paradoxa und eins der seltsamsten Ergebnisse des Weltkrieges erscheinen. Hier erblickt man ein durch Tausende von Meilen und durch eine Überlieferung glänzender Isoliertheit, die eins der grundlegenden Prinzipien seiner Politik war, von Europa getrenntes Land. Dieses Land hatte erst in elfter Stunde in den Krieg eingegriffen, und die gebrachten Opfer stehen gänzlich außer Verhältnis zu den von den andern Mitkämpfern gebrachten. Es griff nicht als Verbündeter, sondern als unabhängiger Teilnehmer ein. Es weigerte sich, seine Eigenart aufzugeben oder etwa bestehende, von den Verbündeten abgeschlossene, Verträge anzuerkennen. Und doch riß Amerika fast sogleich die Führerrolle an sich. Es trat als Schiedsrichter und Unparteiischer auf. Und auf diese Weise handelte es in Übereinstimmung mit seinen eigenen Grundsätzen und verfolgte seine eigenen Methoden. Bis zum Kriegsende haben die Alliierten eine Politik des Zögerns befolgt. Vom Tage des Eingreifens Amerikas an folgte der Krieg einer geraden Linie; es

gab keine verwirrenden Zweifel mehr. Die Alliierten führten ihre Beratungen im geheimen; Amerika rief seine Bedingungen nach allen vier Himmelsrichtungen aus.

Die amerikanische Führerschaft wurde nicht nur als nicht unangenehm empfunden, sondern man begrüßte sie sogar in Europa. In Anbetracht der Empfindlichkeit des Nationalgefühls, der Heftigkeit der internationalen Eifersucht, hätte man eine instinktive Abneigung gegen das Eindringen Amerikas erwarten müssen. Man hätte wenigstens mit einigen zaghaften Einwendungen rechnen können. Aber die Alliierten erhoben nicht nur keinen Einspruch gegen das Eingreifen Amerikas, sie forderten es sogar heraus. In der ganzen Welt wurden die vierzehn Punkte Wilsons besprochen, als ob es sich um die zehn Gebote des Gesetzes gehandelt hätte, als ob diese eine neue Erklärung der Unabhängigkeit Europas, der konstitutionelle Freibrief eines neuen Zeitabschnitts gewesen wären. Die öffentliche Meinung, die jenem für die Menge charakteristischen Instinkt der Heldenverehrung folgte, scheint das Geheimnis der amerikanischen Führerschaft mit dem Hinweis auf die überragende Persönlichkeit des Präsidenten Wilson gelöst zu haben. Man nimmt an, er sei der alle andern weit hinter sich lassende Staatsmann, der politische Übermensch; er allein war weitblickend, klug, geduldig; er allein konnte seine Zeit abwarten, sich auf den Krieg vorbereiten, die öffentliche Meinung erziehen und dann im richtigen Augenblick den Schlag führen; als der Krieg vorüber war, bewahrte er allein sich einen klaren Kopf, der frei von Kriegsleidenschaft und Kriegsvorurteil war; er allein bewies die Mäßigung und die Selbstbeherrschung des wahren Staatsmannes. Leider stimmt diese einfache Theorie nicht ganz mit den Tatsachen überein, erklärt diese auch nicht restlos. Es wird hier nicht beabsichtigt, die Eigenschaften oder die Verdienste Wilsons herabzusetzen. Er besitzt Charakterstärke, politische Lauterkeit, hartnäckige Zielstrebigkeit, bedeutenden Mut, einschließlich des Mutes, sich selbst zu widersprechen; aber es kann wirklich nicht behauptet werden, er habe sich als politischer Übermensch enthüllt; noch viel weniger aber erwies er sich als politischer Prophet. Er hat die öffentliche Meinung Amerikas nicht erzogen, sondern bestand zu Beginn des Krieges darauf, alle Amerikaner sollten selbst in Gedanken neutral bleiben, und zwei Jahre lang überlieferte er die Bevölkerung den Praktiken der deutschen Propagandisten. Er bereitete sich nicht auf den Kampf vor, sondern hoffte im Gegenteil bis zuletzt, es werde ihm gelingen, sein Volk vom Kriege fernzuhalten. Er sah nicht den Verlauf, den die Dinge nehmen sollten, voraus, sondern er ließ sich immer wieder überraschen. Er stand nicht über den Ereignissen, sondern ließ sich von diesen beherrschen.

Wenn aber der Präsident Wilson kein Übermensch ist, so ist er, was viel wichtiger ist, ein typischer Amerikaner, und indem die amerikanische Verfassung ihn mit einer Gewalt, die größer als die irgend eines andern Staatsmannes ist, ausstattete, gibt sie ihm das Recht, als Sprecher seines Volkes aufzutreten, und sie verleiht jedem einzelnen seiner Aussprüche das Gewicht und die Autorität des Volkes, das er vertritt. Hat er auch nicht die Entschlußkraft und den Wagemut des großen Führers bewiesen, so kann man doch wenigstens behaupten, er habe sich von den hundert Millionen amerikanischen Bürger leiten lassen. Und die hundert Millionen amerikanischen Bürger sind mehr als irgend eine andere Nation geeignet, als Schiedsrichter

aufzutreten. Allerdings wohnen die Amerikaner weit von dem europäischen Schauplatz entfernt; aber gerade dieses Entferntstehen ist ein Vorteil und ermöglicht es ihnen, die Dinge in größerer Unabhängigkeit zu betrachten. Allerdings haben sie auch nicht so stark wie die übrigen am Kampfe Beteiligten gelitten, aber aus diesem Grunde wird ihr Urteil nicht von Haß und Rachsucht getrübt erscheinen. Allerdings haben sie auch keine politischen Interessen in Europa, aber das ist ja gerade ein unschätzbare Vorteil, da sie gerade deswegen bei der Schlichtung der zahlreichen äußerst schwierigen Fragen, die entstehen müssen, eine größere Unparteilichkeit an den Tag legen werden. Allerdings sind sie ferner durch nichts an einen der kriegführenden Staaten besonders gebunden, und sie haben vieles Gemeinsame mit allen Verbündeten; aber gerade deshalb wird man sich, wenn die Zeit gekommen ist, darauf verlassen können, daß sie eine uneinige und verzweifelte Welt wieder einrenken werden.

Besonders wenn das Verhältnis Wilsons zum Völkerbund näher bestimmt werden soll, muß man sich seinen Charakter als den Vertreter eines Prinzips vor Augen halten; besonders in dieser Hinsicht darf man nicht vergessen, daß sein Einfluß ganz und gar darauf beruht, daß er in angemessener und richtiger Weise die Absichten und Ansichten des amerikanischen Volkes vertritt. Und mit Hinblick hierauf hat die europäische Presse viel zu sehr seine persönlichen Anschauungen und die persönliche vom Präsidenten gespielte Rolle betont. Es trifft nicht zu, daß er der Vorkämpfer jener Bewegung gewesen sei. Sein Vorgänger, der Expräsident Taft, gründete den Bund zur Erzwingung des Friedens, als der Präsident Wilson noch der pazifistische Neutralist der Bryan-Schule war. Es ist nicht wahr, daß das Ideal des Völkerbundes mit Wilson stehen und fallen müsse. Es ist nicht wahr, daß die Zukunft dieser Einrichtung von seiner Unterstützung abhängt, und daß sie in Frage gestellt wäre, würde diese Unterstützung zurückgezogen. Es ist nicht wahr, daß der Völkerbund eine in dem akademischen Treibhaus des Präsidenten Wilson und des Expräsidenten gezogene Pflanze sei. Der Völkerbund ist nicht das Ideal eines Mannes. Er war das Ideal eines Volkes, ehe er das Ideal der Welt wurde. Es heißt nicht den Bund stärken, wenn man ihn mit Wilson identifiziert, sondern man schwächt ihn auf diese Weise; man gibt so einem Manne, was einem großen Gemeinwesen gehört. Die Amerikaner glauben nicht an den Völkerbund, weil Wilson daran glaubt. Es wäre viel richtiger zu sagen, Wilson habe sich zum Völkerbund bekehrt, weil das amerikanische Volk ihn zu seinem Glauben machte.

Hier liegt der tiefere Grund, weshalb alle Völker die Führerschaft Amerikas begrüßen sollten. Man fühlt instinktiv, daß der Weltfriede der Triumph von Grundsätzen sein sollte, die ganz deutlich und spezifisch amerikanisch sind, ganz abgesehen davon, was Wilson denken oder durchsetzen mag. Es entsprach durchaus der Lage, daß die Neue Welt angerufen wurde, die Alte Welt wieder ins Gleichgewicht zu bringen. Dreihundertundfünfzig Jahre lang hielt sich Amerika zurück, indem es sich einem politischen, bis dahin in noch keinem andern Lande oder zu einer andern Zeit versuchten Experiment widmete. Es war ihm vergönnt, dieses Experiment in einem in Europa unerhörten und unter dessen Verhältnissen unmöglichen Maßstabe auszuführen. Es hat Hindernisse überwunden, die anderswo nicht zu überwinden gewesen wären. Es brauchte nicht gegen reaktionäre Strömungen

oder fundierte Interessen anzukämpfen. Es seufzte nicht unter der furchtbaren Last eines aus Vergewaltigung, Unduldsamkeit und Haß zusammengesetzten Erbes. Es vermochte gänzlich von vorne anzufangen. Und jetzt ist Europas Zeit gekommen, und, durch seine eigene tragische aber reinigende Prüfung geläutert, ist Europa endlich bereit, sich die Ergebnisse des amerikanischen Experimentes zunutze zu machen.

Der Bund mag Europa nur wie eine abstrakte Theorie vorkommen. Jedem denkenden Amerikaner aber ist er eine lebendige Inspiration und eine konkrete Wirklichkeit. Um den Bund ins Leben zu rufen, müssen sich die europäischen Nationen radikalen Veränderungen in ihren Regierungsmethoden und in ihrer Denkart unterwerfen. Sie werden mit der Vergangenheit brechen müssen. Amerika aber braucht sich nur selber treu zu bleiben, seinen Idealen, seinen Überlieferungen und seinen Einrichtungen. Durch ihre ganze Geschichte, durch ihr Temperament, durch ihren Glauben sind die Amerikaner vorbereitet und geweiht worden, das Werk, das von dem nächsten Geschlecht vollendet werden soll, in Angriff zu nehmen.

I.

Der Völkerbund als amerikanische Weltanschauung.

Der Glaube an den Völkerbund setzt eine bestimmte geistige Haltung und eine bestimmte Weltanschauung voraus. Hält man an der Möglichkeit, Besprechungen und Verhandlungen an die Stelle von Gewalt und Leidenschaft in der Regelung internationaler Streitigkeiten zu setzen, fest, so muß man von der Annahme ausgehen, daß Vernunft und nicht Leidenschaft, Sympathie und nicht Haß, Zusammenarbeiten und nicht Kampf das Gesetz der moralischen Welt sind, und daß diesen die Regierung der Welt anvertraut ist. Skeptiker, die da annehmen, diese Welt sei dem Zufall überliefert, können aus logischen Erwägungen heraus dem Völkerbund nicht zustimmen. Pessimisten, die glauben, daß in dem ständigen Kampfe zwischen Gut und Böse das Böse ebenso leicht wie das Gute siegen könnte, vermögen dem Völkerbund nicht zuzustimmen. Macchiavellistische Politiker, die glauben, alle staatlichen wie privaten Beziehungen zwischen den Menschen würden durch das Recht des Dschungels bestimmt, können den Völkerbund nicht annehmen. Theologen der alten kalvinistischen Schule, die stets die Erbsünde und die angeborene Verderbtheit des Menschen betonen, können den Völkerbund nicht annehmen. Mystiker und Sentimentalisten, die stets geneigt sind, der Vernunft als einer sicheren Führerin zu mißtrauen, und die sich lieber der unsicheren Führung des Gefühls überlassen, können dem Völkerbund nicht zustimmen. Materialisten und Darwinisten, die den Kampf ums Dasein für die einzige Bedingung des Fortschritts halten, können den Völkerbund nicht annehmen. Die einzige feste philosophische Grundlage eines Glaubens an den Völkerbund ist ein unerschütterlicher Glaube an die überragende Bedeutung der menschlichen Vernunft. Ohne die Überzeugung, daß das Schicksal und die Würde des Menschen darin bestehe, sowohl die feindlichen Naturkräfte wie die bösen Leidenschaften in seiner eigenen Brust zu beherrschen, vermag der Glaube an den Völkerbund keine Wurzeln zu schlagen.

Hier muß man sich klar werden, daß dieser vernünftige Optimismus, dieses absolute Vertrauen auf die Möglichkeiten der menschlichen Vernunft das charakteristischste Merkmal allen amerikanischen Denkens ist. Amerika mag ja keine so imposanten metaphysischen Gebäude wie die Deutschlands errichtet haben, ebensowenig wie sein Volksgeist es nicht dazu befähigt hat, Meisterwerke der tragischen Dichtung hervorzubringen. Nichtsdestoweniger haben amerikanische Denker eine Philosophie hervorgebracht, die deutlich und ihrem Wesen nach national ist. Es ist nicht leicht, diese mit einer einzigen Formel zu kennzeichnen. Man beschreibt sie am besten als eine Philosophie des praktischen Idealismus, und in der Ausarbeitung dieses nationalen Idealismus hat der amerikanische Geist Erfindungsgabe und Vielseitigkeit entwickelt. Was für ein Etikett man dieser amerikanischen Lebenstheorie anheften mag, die Amerikaner verdienen es jedenfalls, daß man ihnen zugesteht, einen eigenartigen und höchst bedeutungsvollen Beitrag zu dem moralischen und politischen Gedankengebäude der Menschheit geleistet zu haben. Wie ein goldener Faden läuft dieser „praktische Idealismus“ als Leitmotiv durch jedes Gebiet des amerikanischen Lebens. Man findet es in den weisen Gedanken Benjamin Franklins. Man entdeckt es in der Staatskunst Hamiltons, Washingtons und Abraham Lincolns. Man findet es in der Dichtung Longfellows, Lowells und Walt Whitmans. Man entdeckt es in dem Humor Mark Twains und O. Henrys. Man findet es in der Geschichtsschreibung Motleys und in der Psychologie William James'. Man findet es in den Essays Thoreaus; man trifft es in seiner vollkommensten Gestalt in den Essays Emersons. Man entdeckt es in dem Geiste der amerikanischen Kirchen und in dem der Universitäten. Man stößt darauf in der allgemeinen Begeisterung für Pädagogik. Man entdeckt es sogar in den Häresien der Mormonen und in den Extravaganzen der Gesundbeter: denn der amerikanische Glaube, daß Wahrheit und Vernunft siegen müssen, ist so zwingend, das Vertrauen des Volkes, daß moralische und körperliche Gesundheit die oberste Wirklichkeit darstellten, so leidenschaftlich, daß ein ungeschulter Geist sich dazu getrieben fühlen mag, als eine notwendige Folgerung den Schluß zu ziehen, selbst Krankheit und Tod könnten durch einen bloßen Denk- und Willensakt zunichte gemacht werden.

II.

Der Völkerbund und der amerikanische Volksgeist.

Aber der Völkerbund setzt nicht nur eine bestimmte optimistische Philosophie in ihrer Anwendung auf die Politik voraus. Eine derartige Philosophie muß tief im Volksgeist verankert sein. Eine rein intellektuelle Wahrnehmung, oder, um Kardinal Newmans Worte zu verwenden, eine rein „verstandesmäßige Zustimmung“ der Macht des Verstandes gegenüber, würde nicht stark genug sein, die Zweifel zu besiegen, die immer wieder den Geist und den Willen des Menschen in ihrem ewigen Kampfe mit den Naturkräften bestürmen. Ein Glaube an die menschliche Vernunft muß die zwingende Kraft eines natürlichen Instinkts oder einer religiösen Überzeugung haben. Er muß eine Eigenschaft des Herzens und nicht nur des Verstandes sein. Er muß eine Art Mut, eine gewisse Groß-

mut, eine gewisse Größe des Charakters enthalten. Genau so wie im kaufmännischen und industriellen Wettbewerb der Erfolg nicht durch den Besitz eines größeren Kapitals oder durch die bessere Arbeitsleistung oder durch geschicktere Leitung bedingt wird, sondern vielmehr durch einen Geist des Wagemuts, durch die Bereitschaft, große Einsätze zu wagen, so verhält es sich auch mit dem entscheidenden Erfolg bei allen politischen Experimenten. Der Volksgeist ist der oberste Faktor in der Politik. „De l'audace, et encore de l'audace, et toujours de l'audace!“ Kühnheit, noch mehr Kühnheit, und immer wieder Kühnheit! Man kann deshalb ruhig zugeben, daß die Annahme des Völkerbundes ein gewisses Risiko in sich birgt, in sich bergen muß. Es wäre dem Völkerbund ebenso unmöglich, in einer Atmosphäre furchtsamen Zurückhaltens oder feiger Angst, wie sie für die Diplomatie vor dem Kriege bezeichnend waren, zu wachsen, wie man keine großen Geldgeschäfte ausführen könnte, ohne an die Ehrlichkeit derjenigen, mit denen man verhandelt, zu glauben. Der Völkerbund muß letzten Endes eine heldenhafte „Glaubenstat“ sein.

Dann aber muß man die ganze amerikanische Geschichte als eine ununterbrochene „Glaubenstat“ ansehen. Keine andere Geschichte, selbst nicht die französische, ist so mit Leben, Energie und männlicher Kraft angefüllt wie die Geschichte von der Durchdringung und der Freiheit Amerikas. Der amerikanische Volksgeist ist seinem Wesen nach ein Geist des Selbstvertrauens und der Großzügigkeit. Die englische Sprache besitzt das merkwürdige Eigenschaftswort „sanguine“, das in keiner anderen Sprache etwas Entsprechendes hat. Es besagt eine Überfülle roter Blutkörperchen im Amerikaner, die größer ist als bei irgend einer anderen Nation. Der amerikanische Geist ist der Geist der Pilgerväter, die unerforschte und stürmische Meere auf der Suche nach religiöser und politischer Freiheit durchschifften. Es ist der Geist der Ansiedler, die den Urwald rodeten. Es ist der Geist der Pfadfinder, die jene unbekanntenen Regionen erforschten. Es ist der Geist der Gründer der amerikanischen Republik, welche die Macht und Majestät Englands herausforderten. Es ist auf einer tieferen Stufe der Geist der Geldleute in Wall Street, die im Vertrauen auf ein wörtliches Versprechen Millionengeschäfte machen.

Der amerikanische Volksgeist setzt den Erfolg voraus, und niemals den Mißerfolg; und selbst wenn einmal ein Fehlschlag erfolgt, so ist dieser nie endgültig, man betrachtet ihn nur als eine bedeutungslose Episode, als den Ausgangspunkt fernerer Anstrengungen und als die Bedingung des Enderfolges. Und was vom Einzelnen gilt, gilt auch vom ganzen Volke. Mit bewunderungswürdigem Mute hat das amerikanische Volk stets die Wechselfälle der Freiheit der Sicherheit des Despotismus vorgezogen. Mit einem vielleicht noch größeren Edelmute hat es die Gefahren der Gastfreundschaft der Sicherheit einer vorsichtigen Politik vorgezogen. Und bisher ist sein Vertrauen noch immer vollkommen gerechtfertigt worden.

Man ist geneigt, die herrlichsten Tatsachen der Menschengeschichte als selbstverständlich hinzunehmen. Sie fallen nicht mehr als etwas besonders Herrliches auf, bloß weil sie täglich vorkommen. Das Vertrauen, das Amerika auf die Wirksamkeit des Freiheitsprinzips und auf die Wirkung einer ehrlichen Handlungsweise setzt, der an Verwegenheit grenzende Mut, mit dem Amerika an das Prinzip der Gastfreundschaft glaubt, und die

Gedemütigten, die Unterdrückten, die Verfolgten aller Länder aufnimmt, ist im wahren und wörtlichen Sinne ein Wunder. Als ein physisches Wunder bezeichnet man die Aufhebung der gewöhnlichen Gesetze des Weltalls. Genau so kann man die Aufhebung der gewöhnlichen Gesetze der menschlichen Natur und der gewöhnlichen Motive des menschlichen Handelns als ein moralisches Wunder bezeichnen. In der täglichen Erfahrung und Praxis des amerikanischen Lebens hat es den Anschein, als ob die gewöhnlichen Gesetze und Motive ständig aufgehoben wären.

Man betrachte einen Augenblick lang die Wirkung des amerikanischen Gastfreundschaftsgesetzes. Dieser wagemutige, rücksichtslose amerikanische Edelmut ist im Verkehr zwischen den Völkern eine gänzlich neue Einrichtung. Er wird auf dem europäischen Festlande nicht geübt, wo die Aufnahme in die Staatsgemeinschaft eifersüchtig beschränkt ist, wo ein Einwanderer nach fünfundzwanzig Jahren noch ein Fremder ist und sich als Eindringling fühlt. Er wird nicht in Großbritannien geübt, wo ein Franzose nach Generationen noch ein Franzose ist, und wo sogar im Wortschatze die genauen und häßlichen Unterschiede zwischen dem „stranger“ (Fremden) und dem „foreigner“ (Ausländer) und dem „alien“ (Nichtbritten), das dem „outlander“ (Fremdling) entgegengebrachte Mißtrauen zum Ausdruck bringen. Selbst in einem neuen Lande wie Australien wird dieser Edelmut nicht ausgeübt, wo trotz der dünnverteilten Bevölkerung die Bewohner schon anfangen, sogar ihren Stammesgenossen die Tür zu verschließen. Erinnert man sich der unschätzbaren Vorrechte, die dem Einwanderer in Amerika gewährt werden, und der ihm offenstehenden Gelegenheiten, vorwärts zu kommen, erinnert man sich der Gefahren, die in der wahllosen Zulassung des Abschaums der Welt liegen, erinnert man sich daran, daß das amerikanische Festland jetzt vollständig besiedelt und im Begriffe ist, sich aufzufüllen, so könnte man in Anbetracht der Art der menschlichen Natur erwarten, alle Beweggründe des Gewissens und des Stolzes, der Mißgunst und des Patriotismus würden die höchsten und peinlichsten Einwanderungsgesetze hervorgerufen haben. Anscheinend aber haben jene gewöhnlichen Motive der Nationalpolitik und der allgemeinen menschlichen Natur in Amerika nicht gewirkt. Die Amerikaner sind einem edleren Impulse, einem höheren Mute gefolgt. Und es muß zugegeben werden, daß der Volksglaube an die Möglichkeiten der Freiheit und der Glaube an die Wirksamkeit der Gastfreundschaft keine Enttäuschungen gebracht haben.

III.

Der Völkerbund als ein pazifistisches amerikanisches Experiment.

Der Völkerbund setzt aber nicht nur eine bestimmte Weltanschauung voraus. Er setzt nicht nur einen bestimmten Volksgeist voraus. Man kann ihn auch als ein bestimmtes pazifistisches Experiment betrachten; als einen systematischen Versuch und die systematische Politik, den Frieden zu erhalten.

Damit dieses Experiment erfolgreich sei, müssen zwei wesentliche Bedingungen erfüllt sein. Will man die Ziele des Krieges erreichen, so muß man selbstverständlich alle jene Mittel anwenden, die ihrer Natur

nach direkt aufs Ziel hinführen. Und es scheint ebenso klar, daß die ganz besonderen, den Frieden erhaltenden Mittel genau das Gegenteil derjenigen sein müssen, die den Krieg zu fördern geeignet sind. Und doch pflegte es nicht nur die Ansicht Deutschlands, sondern aller Völker zu sein, daß die Vorbereitung auf den Frieden genau dasselbe sei, wie die Vorbereitung auf den Krieg. Die Menschheit ließ sich von der merkwürdigen Theorie leiten, daß man sich in derselben Richtung bewegen müsse, wenn man gänzlich verschiedene Ziele erreichen wollte, gerade so als ob man zur Erhaltung der Gesundheit genau dieselbe Diät verfolgen und dasselbe Verhalten beobachten müsse, die man befolgen würde, um eine Krankheit zu heilen. In der Tat hat Clausewitz, der größte deutsche Theoretiker der Kriegsphilosophie, es als einen Grundsatz festgelegt, daß die Friedenspolitik nur die Vorbereitung und Fortsetzung der Kriegspolitik sei. In der Zeit vor dem Kriege sagte man: „Si vis pacem, para bellum“, willst du den Frieden, so rüste dich zum Kriege. Aber in Zukunft soll gesagt werden: „Willst du den Frieden, so mußt du dich für den Frieden vorbereiten; du mußt dich gegen den Krieg rüsten“. Und diese Rüstung für den Frieden und gegen den Krieg ist ebenso schwierig und muß ebenso mühsam sein wie die Vorbereitung auf den Krieg. Sich für den Frieden rüsten bedeutet, daß die Regierung alle auf den Frieden hinwirkenden Kräfte nutzbar macht und organisiert, genau so wie frühere Regierungen alle wirtschaftlichen, politischen und moralischen Kräfte zur Kriegführung einspannten. Genau so wie der Friede seine eigene Weltanschauung voraussetzt, genau so ist es mit dem Pazifismus. Eine zur Bewahrung des Friedens entschlossene Regierung wird sich von Verwickelungen mit andern Staaten fernhalten. Sie wird sich nicht in Bündnisse einlassen. Sie wird allen Versuchungen, ihren Landbesitz zu vergrößern, widerstehen. Vor allen Dingen aber wird sie das Rüsten zum Kriege bekämpfen. Denn durch ihr bloßes Dasein müssen Rüstungen den Krieg fördern, und gerade durch ihren gewaltigen Umfang und ihre Triebkraft müssen moderne Rüstungen über kurz oder lang zu einem Kriege führen. Rüstungen erzeugen beim Nachbarn den Verdacht und die Furcht, er könnte angegriffen werden. Sie verursachen bei dem gerüsteten Staate, daß er versucht wird, die furchtbare Waffe, die Sieg und Ruhm verheißt, anzuwenden. Es entstehen fundierte finanzielle Interessen. Es bilden sich gewaltige Industrien, Schiffswerften, Munitionsfabriken, die durch ihren eigenen Druck wachsen müssen, und die so zu immer größeren Rüstungen führen. Sie erzeugen ein berufliches Interesse bei dem Soldaten und Offizier und rufen in dem Volke einen kriegerischen Geist hervor, der gerade durch die Opfer, die dieses zum Zwecke der Rüstungen machen muß, angefeuert wird.

Genau so wie es eine Friedenspolitik gibt, gibt es auch eine Friedenserziehung, und diese muß schon in der Schule begonnen werden, obwohl sie während des ganzen Lebens fortzusetzen ist. Denn der Militarismus bedeutet nicht nur eine Politik des Angriffs, einen wirtschaftlichen Kampf um Absatzgebiete, große Armeen, gewaltige Rüstungen; er bedeutet auch eine Geistesverfassung, und diese Geistesverfassung muß durch die Erziehung geändert werden, und diese Erziehung muß in den bildsamen und Entwicklungsjahren anfangen. In der Vergangenheit arbeiteten alle geistigen Kräfte auf den Krieg hin. In Zukunft werden sie auf den Frieden hin-

arbeiten müssen. In der Vergangenheit haben sie nur den Nationalgeist ausgebildet. In Zukunft werden sie den Geist der Internationalen ausbilden müssen. In der Vergangenheit haben die Schulen, die Kirchen, Universitäten, die Zeitungen miteinander gewetteifert, den Krieg zu verherrlichen und internationale Feindschaften zu erregen. Genau die entgegengesetzte Erziehungsmethode wird man anwenden müssen. Die Erziehung soll sich in Zukunft damit beschäftigen, die Schrecken, die Nutzlosigkeit, die Verschwendung des Krieges eindringlich zu schildern, die Leidenschaften zu beruhigen, den guten Willen und die Nächstenliebe zu fördern, die Prahlucht zu verurteilen und zu lehren, daß man sich als Gentleman zu benehmen habe, und zwar mit der nötigen Zurückhaltung und Selbstbeherrschung sowohl im öffentlichen Leben wie in den privaten Beziehungen. Nach dem Gesagten ist es selbstverständlich, daß nicht nur die Methoden, sondern das ganze Erziehungsprogramm und der Lehrplan geändert werden müssen. Der Geschichtsunterricht wird sich nicht mehr ausschließlich mit der Erzählung von Feldzügen oder der Erklärung von diplomatischen Intrigen oder der Verherrlichung der eigenen Stammeskämpfe befassen. Zukünftige Geschlechter werden ihre Aufmerksamkeit nicht mehr beherrschen lassen von den Annalen jener zwei oder drei kriegerischen Stadtstaaten des Altertums, deren ganze politische Existenz auf den Krieg aufgebaut war, und deren ganzes wirtschaftliches Leben auf der Sklaverei beruhte.

Aber selbst wenn man annimmt, jene zum Frieden führenden Mittel seien an einer Stelle angenommen worden, so muß man sich doch in Erinnerung rufen, daß selbst die vollkommenste pazifistische Politik, daß die wirksamste pazifistische Erziehung immer noch nichts nützen würde, bis nicht alle Nationen sich dahin einigten, dasselbe Ziel zu erstreben, und bis nicht alle sich zur Abschaffung des Krieges vereinigt hätten, bis nicht alle Völker einsähen, daß sie alle genau dasselbe Interesse an der Bekämpfung eines Kriegsausbruches wie an der Bekämpfung eines Brandes oder der Pest haben. Der Pazifismus muß wie der Sozialismus zu einem Weltglauben werden, oder er führt zum Selbstmord. Genau so wie die Ruchlosigkeit eines Brandstifters oder die Unvorsichtigkeit eines Rauchers genügen können, einen verheerenden Brand zu entzünden oder eine furchtbare Explosion zu verursachen, so vermochte im Weltkriege ein einziges Volk und ein paar Individuen in diesem Volke die Katastrophe herbeizuführen. Aber fünfundzwanzig Völker genügten nicht, das Feuer zu löschen, nachdem es einmal ausgebrochen war. Wenn dieser Krieg irgend eine Lehre eindringlicher als alle andern den Völkern vor Augen geführt hat, so ist es diese: daß unter den modernen Verhältnissen Kriege nicht mehr örtlich beschränkt und national bleiben, sondern auf alle benachbarten Staaten übergreifen müssen. Alle Kriege werden in Zukunft die Gefahr in sich bergen, zu Weltkriegen zu werden, und selbst wenn sie nicht dazu werden, so müssen alle Staaten, selbst die neutralen, unter ihnen leiden.

Da dieses die Grundsätze sind, nach denen jedes pazifistische Experiment ausgeführt werden muß, kann man sagen, daß Amerika vielleicht die einzige Großmacht ist, die fast beständig konsequent nach diesen Grundsätzen gehandelt hat. Amerika hat stets die am besten den Frieden fördernde Politik befolgt. Es hat sich von allen Verwickelungen und Bündnissen

ferngehalten. Es hat sich nicht in europäische Angelegenheiten eingemischt und Europa nicht gestattet, sich in amerikanische zu mischen. Dieser Grundsatz des Nichteingreifens ist das eigentliche Wesen der Monroedoktrin. Amerika hat auch jedwede koloniale und imperialistische Angriffs- und Eroberungspolitik abgelehnt. Es ist „zu stolz“ gewesen, Mexiko zu bekriegen, trotzdem es von den mexikanischen Bolschewisten in jeder Weise herausgefordert wurde. Generationen hindurch hat es sich geweigert, sich in die spanische Kolonial-Verwaltung einzumischen, obwohl in den spanischen Kolonien eine entsetzliche Mißwirtschaft herrschte, und obwohl diese kastilische Mißwirtschaft den amerikanischen Interessen schädlich war. Und nachdem die Vereinigten Staaten über Spanien einen entscheidenden Sieg errungen hatten, gaben sie fast sofort wieder ihre Eroberungen heraus.

Amerika hat aber ganz besonders vermieden, Rüstungen zu häufen. Es hat keine Schutzmaßregeln ergriffen. Seine Politik war die Politik einer kleinen Armee und einer kleinen Flotte. Vor dem Kriege nahm man diese amerikanische Zurückhaltung und Mäßigung als selbstverständlich hin, aber bei näherem Zusehen muß man gestehen, daß sie in der Geschichte des Menschengeschlechts fast einzig dastehen. Um dies deutlich zu verstehen, vergleiche man einmal die Haltung Amerikas mit der Deutschlands. Um dessen Riesenarmee zu erklären, pflegten die deutschen Militaristen zu sagen: „Wir haben eine riesige Grenze mit Rußland und Frankreich gemeinsam. Wir sind auf allen Seiten Angriffen ausgesetzt. Wir leben in ständiger Furcht eines solchen Angriffs und müssen ihm also vorbeugen. Wir müssen Festungen bauen. Wir werden vielleicht ebensogut einen Präventivkrieg wie einen Verteidigungs- oder Angriffskrieg zu führen gezwungen sein.“ Ganz anders würde der Amerikaner sprechen: „Allerdings haben wir im Süden einen sehr unruhigen Nachbarn, und wir könnten dort jeden Augenblick angegriffen werden. Im Norden besitzen wir allerdings eine viele tausend Meilen lange offene Grenze, die in einem Kriege mit Großbritannien eine große Gefahr darstellen würde. Wir haben aber das Vertrauen, daß wir weder mit Mexiko noch mit Großbritannien in Krieg geraten werden. Auf jeden Fall halten wir es für klüger, uns nicht auf eine so weitab liegende Möglichkeit vorzubereiten. Würden wir Festungen bauen, so riefen wir ja vielleicht gerade die Gefahren, gegen die wir uns sichern möchten, herbei.“

Genau so pflegten die deutschen Militaristen zu reden, um den Bau einer gewaltigen Flotte zu rechtfertigen: „Wir haben große Handelsunternehmen entwickelt, deshalb muß Deutschland eine entsprechend starke Flotte besitzen.“ Dem gegenüber würde der Amerikaner sagen: „Es trifft allerdings zu, daß unsere Handelsinteressen größer sind, als die irgend eines anderen Staates; aber wir nehmen nicht an, daß irgend jemand diese Interessen bedrohen will, und alles, was Amerika braucht, ist eine kleine Flotte, die für die Sicherheit zur See sorgt.“

Dann würde Deutschland wieder sagen: „Wir schlugen Frankreich. Wir müssen deshalb annehmen, daß Frankreich sich zu rächen versuchen muß. Deshalb müssen wir fortfahren, die Franzosen als unsere Feinde zu betrachten.“ Die Amerikaner würden sagen: „Die Armeen der Nordstaaten besiegten die des Südens. Allerdings ging von diesen der Angriff aus, und sie kämpften auch für eine schlechte Sache; aber nachdem der Süden ge-

schlagen und das Übel der Sklaverei abgeschafft wurde, besteht die allein vernünftige Politik für das amerikanische Volk darin, die Wunden des Krieges zu heilen, eine Versöhnungspolitik zu treiben, zu vergessen und zu vergeben.“

So wie Amerika eine systematische Friedenspolitik verfolgt hat, so hat es auch jede Bemühung, die internationalen Beziehungen auf eine sichere Grundlage zu stellen, begrüßt. Obwohl es nichts von einem Angriff aus Europa zu fürchten hatte, so tat es doch sein äußerstes, um bei allen Versuchen, dem Gesetz und der Ordnung zur Herrschaft zu verhelfen, mitzuwirken. Als die Haager Konferenz einberufen wurde, war Amerika vielleicht die einzige Großmacht, die sich in allem Ernst an die Arbeit machte, und die nicht die zynische Skepsis der übrigen Staaten teilte. Und wenn die Haager Konferenz nicht ein völliger Fehlschlag war, wenn schließlich doch das Schiedsgericht im Prinzip und in der Praxis angenommen wurde, so war dieses zum größten Teil der Entschlossenheit, dem Optimismus, dem Idealismus der amerikanischen Bevollmächtigten zuzuschreiben.

IV.

Der Völkerbund als demokratisches Experiment.

Der Völkerbund muß als ein demokratisches Experiment betrachtet werden, und nur als solches kann er Erfolg haben. Er setzt das Bestehen demokratischer Einrichtungen voraus. Denn der Völkerbund ist kein Bündnis der Regierungen, sondern ein Bündnis von Völkern, von freien Völkern. Er stellt weiter nichts als auf internationale Beziehungen angewandte Demokratie dar. Das Wesen der Demokratie besteht in erster Linie darin, in den Beziehungen der Bürger untereinander das Recht an die Stelle der Gewalt zu setzen. In ähnlicher Weise besteht der Völkerbund darin, die Gleichberechtigung aller Völker, der großen und kleinen, der schwachen und starken, anzuerkennen.

Eine despotische Regierung verträgt sich nicht mit den Methoden des Völkerbunds. Sie stützt sich auf die Gewalt und muß sich mit Gewalt verteidigen. So wie sie den Einzelnen keine Rechte zugesteht, so kann sie auch Vereinigungen von Einzelnen keine Rechte zuerkennen. Und genau so wie sie anderen keine Rechte zuerkennt, so nimmt sie auch keine Verantwortung auf sich. Ein absoluter Herrscher kann kein Unrecht begehen, und wenn er Unrecht getan hat, so müssen Millionen Menschen, wie im Falle des heutigen Deutschlands, stellvertretenderweise für die Verbrechen einer unverantwortlichen Regierung leiden.

Da die demokratischen Regierungen und der Völkerbund auf derselben politischen Grundlage beruhen, so sind sie auch denselben Gefahren ausgesetzt und müssen mit denselben Mitteln geschützt werden. Denn alle Demokratien pflegen oft sowohl in ihren inneren wie äußeren Beziehungen von plötzlichen Ausbrüchen der Leidenschaft ergriffen zu werden. Demokratien treiben ebenso leicht in einen Krieg hinein wie irgend welche despotisch regierte Staaten. Sie können ganz genau so schweres internationales Unrecht begehen, wie sie ebenso leicht dazu kommen, im Inneren grausame Fehler in der Verwaltung zu begehen.

Man sollte für die demokratische Regierungsform nicht jene Unfehlbarkeit fordern, die der monarchischen zugeschrieben wird; aber man sollte einsehen, daß wenn sie Unrecht begehen, es leichter ist, dieses wieder gut zu machen, und daß es leichter ist, solchen Gefahren vorzubeugen. Die von demokratischen Regierungen begangenen Irrtümer sind also deshalb kein Argument gegen die Demokratie, noch ist die Möglichkeit eines Krieges selbst unter einer demokratischen Regierung ein Beweis gegen den Völkerbund. Sie ist sogar ein starkes Argument zugunsten des Völkerbundes. Denn ein Völkerbund kann als eine notwendige Vorbeugungsmaßregel gegen die Leidenschaften der Menge betrachtet werden, und bloß durch sein Bestehen könnte es diesem schon gelingen, die auf Krieg drängenden Kräfte zu brechen. Es mag unmöglich sein, den persönlichen Ehrgeiz, die dynastische Politik, die in despotischen Regierungen auf den Krieg hindrängen, auszuschalten; aber die kriegerischen Leidenschaften der Menge können ebenso schnell beruhigt werden, als sie entstehen. Man gebe dem Volke Zeit zum Überlegen, seine Streitigkeiten dem Schiedsgericht vorzulegen, und die Gefahr wird vorübergehen. Die Zeit ist auf seiten des Völkerbundes; schon eine bloße Verzögerung kann sich als heilsam erweisen. Immer wieder sind unvermeidlich scheinende Kriege vermieden worden. Als im Juli 1914 die von der gelben Presse aufgestachelte Volksleidenschaft in Ungarn, Österreich und Deutschland auf den Krieg hinarbeitete, hätten sich die Wogen wahrscheinlich beruhigt, wenn ein Aufschub möglich gewesen wäre. Aber gerade weil die deutsche und österreichische Regierung diese Leidenschaften sich nicht beruhigen lassen wollte, gerade weil diese den Krieg wollten, weigerten sie sich, eine Verzögerung eintreten zu lassen; sie bestanden auf einem Ultimatum, dem der Krieg innerhalb achtundvierzig Stunden folgte.

Wenn es zutrifft, daß der Völkerbund nur auf internationale Beziehungen angewandte Demokratie ist, so wird eine Untersuchung der amerikanischen Geschichte beweisen, daß Amerika durch seine Überlieferungen und Einrichtungen besser als irgend eine andere Nation dazu geeignet ist, bei einem derartigen internationalen Experiment die Leitung zu übernehmen. Denn Amerika ist selbst das konsequenteste und wahrste, wie auch das erfolgreichste jemals versuchte demokratische Experiment.

Alle anderen Völker haben Überbleibsel der Vergangenheit bewahrt: Kasten, Vorrechte des Reichtums und der Geburt. In Amerika gibt es derartige Überbleibsel nicht. Es gibt keine erblichen Titel, keinen grundbesitzenden Adel. Amerika ist in seinem Vertrauen auf demokratische Einrichtungen bis zur Tollkühnheit gegangen, indem es Gleichheit, wie beim Neger, selbst da, wo es keine Gleichheit geben kann, anerkennt.

Man könnte einwenden, in Amerika sei das Geld an die Stelle der Geburt getreten; daß wenn auch seine Regierung keine Aristokratie sei, sie doch, was noch schlimmer ist, eine Plutokratie wäre, und daß tatsächlich sich in den Vereinigten Staaten schon eine degenerierte Form des Feudalismus entwickelt habe. Ein derartiger Einwand wird durch die Tatsachen widerlegt. Das Geld kann und muß gewiß einen gewaltigen wirtschaftlichen Einfluß ausüben. Es hat einen großen sozialen Einfluß. Es kann demoralisierend wirken. Aber Geld bringt in Amerika keine politischen Vorrechte. Bei näherem Zusehen wird einem sogar klar, daß Amerika viel

weniger eine Plutokratie ist als Großbritannien. Denn in Großbritannien bringt schon der bloße Besitz eines großen Vermögens den Besitz eines Titels mit sich, und der Besitz eines Titels bringt sowohl politischen Einfluß wie politische Macht mit sich. Eine derartige politische Alchimie, die den Emporkömmling von gestern in den Pair von heute verwandelt, ist in Amerika nicht möglich. Baumwoll- und Stahlkönige sind nur im übertragenen Sinne Könige. Finanzleute werden in Amerika weder zu Gesandten noch zu Staatsmännern. Die Gesandten Amerikas waren nicht hohe Adlige sondern Juristen wie Mr. Choate; oder Dichter wie Russell Lowell; oder Zeitungsverleger wie Mr. Page; oder Professoren wie Andrew White; oder Erzählungskünstler wie Nelson Page. Und die obersten Beamten des Staates sind Männer aus dem gewöhnlichen Volke gewesen, wie Lincoln; oder Universitätslehrer, wie Präsident Taft und Präsident Wilson.

Und so wie die Vereinigten Staaten die konsequenteste Demokratie gewesen sind, so sind sie auch die erfolgreichste. Man beschäftigt sich zu sehr mit den Mißerfolgen der amerikanischen Regierung, mit der Korruption der Gemeindeverwaltung, mit dem Sinken des Niveaus des Repräsentantenhauses, mit der Immoralität der gelben Presse, als ob es auf dem europäischen Festlande keine politische Korruption und keine Sensationspresse gäbe. Man legt nicht genügendes Gewicht auf den viel bemerkenswerteren und ununterbrochenen Erfolg des amerikanischen Senats, des obersten Gerichtshofes, des Bundessystems, der amerikanischen Präsidentschaft. Auch stellt man nicht die gewaltigen Schwierigkeiten, die Amerika während der letzten hundertfünfzig Jahre zu überwinden hatte, in Rechnung. Soll der Erfolg wirklich, wie es sein sollte, am Maßstabe der zu überwindenden Schwierigkeiten gemessen werden, so gab es in der Geschichte des Menschengeschlechts keinen auffälligeren Triumph als die Bildung der nordamerikanischen demokratischen Regierung.

V.

Die Vereinigten Staaten als ein Experiment internationaler Regierung.

Nach seiner Definition ist der Völkerbund ein Experiment internationaler Regierung. Im eigentlichen Sinne des Wortes setzt er neben und über die nationale Regierung eine andere, die Streitigkeiten schlichtet und Gesetz und Ordnung aufrechterhält. Die vorläufig dem Völkerbunde zugedachte Autorität ist hauptsächlich eine moralische; aber dieser Autorität muß ebenso gewissenhaft gehorcht werden, als ob eine militärische Macht dahinterstünde; und diese Militärmacht ist tatsächlich wirksam vorhanden im Entschluß aller Völker, den Gehorsam gegenüber dem Bunde zu erzwingen.

Und dieser Autorität kommt gerade wegen der Art des Zweckes, zu dem der Bund ins Leben gerufen wurde, unbegrenzte Richtergewalt zu. Er wurde ins Leben gerufen, um das internationale Recht zu stützen und den Frieden zu bewahren. Es ist unmöglich, diese Ziele ohne die denkbar größte Richtergewalt sowohl in inneren wie in äußeren Angelegenheiten

zu erreichen. Denn wenn es richtig ist, daß es weit über hundert Gründe zu Kriegen gibt, so gibt es weit über tausend Gelegenheiten, wo der Völkerbund eingreifen müssen wird. Viele Anhänger der alten juristischen und diplomatischen Schule haben sich diesen Schluß zu ziehen geweigert. Sie behaupten, der Bund stehe mit der nationalen Souveränität nicht in Widerspruch. Diese beiden Gewalten müßten getrennt gehalten werden. Beide seien wie zwei konzentrische Kreise, deren Peripherien sich nicht schneiden. Und wie Wilson selber zugab, dürfte der Bund sich niemals in innere Angelegenheiten mischen. Der Verfasser glaubt, daß es ein Spielen mit Worten ohne wirkliche Bedeutung ist, wenn man einen derartigen Unterschied macht. Diejenigen, welche von einem Eingreifen des Bundes in die innere Politik nichts wissen wollen, vergessen, daß es unglücklicherweise gerade innere Schwierigkeiten sind, die zum Kriege führen. Innere Schwierigkeiten und Mißstände in der Verwaltung waren es, die die ganze Verwirrung auf dem Balkan herbeiführten. Eine innere Angelegenheit, nämlich das Wahlrechtsproblem, die Frage, ob die britischen Einwanderer in Transvaal stimmberechtigt wären, führte zum südafrikanischen Krieg. Eine innere Frage, nämlich die Einwanderungsgesetze der Vereinigten Staaten, führte und wird vielleicht wieder führen zu Schwierigkeiten mit Japan. Eine innere Frage, nämlich die Zölle und wirtschaftlichen Monopole in Marokko, führten zu Schwierigkeiten zwischen Deutschland und Frankreich. Eine innere Frage, nämlich die Härte der preußischen Verwaltung in Elsaß-Lothringen, verursachte die dauernde internationale Spannung zwischen Frankreich und Deutschland. Eine wirtschaftliche Frage, nämlich die am Panamakanal zu erhebenden Gebühren, führte zu Reibereien zwischen Amerika und Großbritannien.

Man vermag deshalb nicht einzusehen, wie der Völkerbund umhin können wird, in innere Angelegenheiten einzugreifen; und je mehr er dies tut, um so größer wird der Erfolg in bezug auf die Verhinderung von Kriegen sein, und diese Notwendigkeit einzugreifen muß durch die Bestimmungen des Friedensvertrages nur noch eine ausgedehntere werden. Denn der Pariser Friede hat unzählige verwickelte Verhältnisse geschaffen und die Reibungsflächen vermehrt; er legt Deutschland, den österreichischen, den russischen und türkischen Staaten zahlreiche Verpflichtungen auf, deren Erfüllung der Bund alle durchsetzen muß. Die Gründe zu einem Eingreifen werden tatsächlich so zahlreich sein, daß es beinahe leichter wäre zu sagen, wo der Bund nicht eingreifen soll, als festzulegen, wo man sein Eingreifen wünscht.

Gerade die Größe der dem Völkerbund in Zukunft zufallenden Aufgaben vermöchte wohl in einem politisch geschulten Kopfe viele Zweifel aufkommen lassen, ob eine so weitreichende und so plötzliche Revolution in der internationalen Politik möglich sei. Diese Zweifel sollten aber zum größten Teil behoben werden durch die Überlegung, daß die Vereinigten Staaten schon seit mehr als hundert Jahren ein ähnliches Experiment internationaler Regierung gemacht haben, und daß dieses durchgängig von Erfolg gekrönt war. Auch abgesehen von den Vereinigten Staaten gibt es zahlreiche vereinzelte Versuche mit internationalen Regierungsmethoden. Durch den Wiener Vertrag wurde die neue Verfassung Polens unter den Schutz der Großmächte gestellt, und dieser Umstand rechtfertigte den von den

Großmächten im Jahre 1863 erhobenen Einspruch, als die Polen sich gegen die russische Unterdrückung erhoben und den Schutz Europas anriefen. Im Londoner Vertrage wurde die Neutralität Belgiens dem Schutz der Großmächte unterstellt, und kraft dieses Vertrages rief Belgien den Schutz Europas an, als Deutschland in Belgien einfiel. Durch den Berliner Frieden wurde die jüdische Bevölkerung Rumäniens unter den Schutz der Großmächte gestellt, und kraft dieser Bestimmungen riefen die Juden immer wieder die unterzeichnenden Regierungen um Hilfe gegen die Vorenthaltung staatsbürgerlicher Rechte an, da die rumänische Regierung sich immer noch weigerte, sie als Vollbürger anzuerkennen. Die Berliner Konferenz des Jahres 1884 stellte die das Kongogebiet bewohnenden afrikanischen Eingeborenen unter den internationalen Schutz, und auf Grund dieser Bestimmung beanspruchte Großbritannien das Recht, gegen die angeblichen Mißhandlungen der Eingeborenen im Kongostaat Einspruch zu erheben. In all diesen Fällen wurde der Grundsatz der internationalen Regierung aufgestellt und ausgeübt, und das Recht einer äußeren Gewalt, in innere Angelegenheiten anderer Staaten einzugreifen, wurde deutlich und mit Nachdruck anerkannt. Ohne aber den Wert dieser verschiedenen Verträge bezweifeln zu wollen, gibt es doch nur ein Land, wo der Versuch einer internationalen Regierung im größten Stile gemacht worden wäre. Nur ein Land wurde gezwungen, mit genau demselben Problem zu ringen, das die Welt nach dem Kriege zu lösen haben wird. Nur ein Land hat das Problem gelöst, wie man die Unabhängigkeit von Einzelstaaten bewahren und gleichzeitig all diese unter die Gewalt eines höheren Gesetzes bringen kann.

Manche Leser werden nun wieder sagen, zwischen den amerikanischen Einzelstaaten und den europäischen Staaten bestünde keine wirkliche Ähnlichkeit. Sie werden sagen, die europäischen Staaten seien nationale Einheiten, während die amerikanischen nur Verwaltungseinheiten seien. Die europäischen Staaten besäßen eine politische Persönlichkeit, die den amerikanischen abginge. Die europäischen Staaten seien souverän und unabhängig. Die amerikanischen Staaten seien nicht unabhängig; sie seien Teile eines Ganzen wie die Departements Frankreichs oder die Grafschaften Großbritanniens. In Wirklichkeit aber ist die Übereinstimmung tatsächlich vorhanden, und wenn jemand einen amerikanischen Staat mit einem französischen Departement oder einer britischen Grafschaft vergleicht, so beweist er damit nur, eine wie außerordentlich große Unwissenheit in Europa noch bezüglich der wirklichen Bedeutung der amerikanischen Verfassung herrscht. Ursprünglich waren die amerikanischen Staaten ebenso gut unabhängige politische Gebilde wie die europäischen Staaten, und die Unterschiede zwischen ihnen waren ebenso groß wie die zwischen europäischen Staaten bestehenden. Die Südstaaten waren aristokratisch; die Nordstaaten waren demokratisch. Die Südstaaten waren katholisch und anglikanisch; die Nordstaaten streng protestantisch. Die Südstaaten begünstigten den Freihandel; die Nordstaaten hatten sich einer Schutzzollpolitik ergeben. Die Südstaaten hatten die Einrichtung der Sklaverei zur Grundlage ihres sozialen Lebens gemacht; die Nordstaaten erkannten die Sklaverei nicht an. Die Südstaaten besitzen ein tropisches Klima; die Nordstaaten ein gemäßigt oder kaltes. Man mag das Klima oder die geographischen und wirtschaftlichen, die sozialen und politischen Verhältnisse, oder die Religion in Betracht

ziehen, es wird schwer sein, sich größere Unterschiede als die zwischen den amerikanischen Staaten bestehenden vorzustellen. Die heute noch zwischen den einzelnen Staaten bestehenden Unterschiede sind tatsächlich größer als die, welche zwischen Hannover und Preußen, Schottland und England, Polen und Böhmen, Serbien und Bulgarien vorhanden sind.

Und die Staaten selbst hoben diese Unterschiede hervor und bestanden auf ihnen. Die absolute Souveränität eines jeden Einzelstaates war der von jedem im politischen Leben stehenden verteidigte Glaubenssatz. Hundert Jahre mußten verfließen, ehe dieser Lokalpatriotismus gebrochen wurde. Dazu bedurfte es im 18. Jahrhundert der aufbauenden Staatskunst eines Washinton und Hamilton, eines Madison und Jefferson. Im 19. Jahrhundert mußte zu demselben Zwecke der blutigste Krieg, der vor dem russisch-japanischen Kriege ausgekämpft wurde, stattfinden.

Als die amerikanischen Kolonien Großbritannien zwangen, ihre Unabhängigkeit anzuerkennen, da hatten die Rebellen allerdings den Krieg gewonnen, waren aber noch sehr weit davon entfernt, den Frieden gewonnen zu haben. Sie hatten ihre Freiheit gesichert, aber es war ihnen nicht gelungen, die politische Einheit herzustellen. Man hatte dreizehn auf einander eifersüchtige, aufrührerische Staaten vor sich; es gab keine nordamerikanische Republik. Vierzehn Jahre waren nötig, um die Eifersüchteleien und den Widerstand gegen den politischen Zusammenschluß zu besiegen; und jene vierzehn Jahre waren in der amerikanischen Geschichte kritischer als der Unabhängigkeits- oder Sezessionskrieg. Nichts vermochte die getrennten Staaten zu einem Zusammenschluß zu bewegen, weder Bankerott, noch Anarchie. Eine Zusammenkunft nach der andern wurde einberufen, Verhandlungen schleppten sich von einer Sitzungsperiode in die andere und brachen doch schließlich zusammen. New York, Nord Carolina, Rhode Island weigerten sich, sich zu unterwerfen. Es scheint sicher, daß, wäre nicht der einem Wunder vergleichbare Zufall eingetreten, daß sich damals die denkwürdigste Konstellation aufbauender Staatsmänner, die je die Geschichte eines Volkes leiteten, ergab, so wäre ein Zusammenschluß zu der Union nicht erfolgt. Hauptsächlich durch das Genie dieser Männer wurde die amerikanische Union nach vierzehn Jahren Anarchie endlich zur vollendeten Tatsache; aber selbst in der Unionserklärung wurde die Souveränität der Staaten noch besonders betont und erhalten, und die Eifersucht und der Patriotismus und das Mißtrauen der Einzelstaaten ließen nicht zu, daß diese Souveränität in irgend einer Weise angetastet würde.

Und man halte sich ferner noch vor Augen, daß selbst diese vierzehn Kampffahre, selbst die Volkstümmlichkeit Washingtons, die Klugheit Franklins und das Genie Hamiltons neben dem augenscheinlichen Interesse aller beteiligten Staaten, ja selbst die schließliche Annahme der Unionserklärung nicht genügten, um die Einheit sicherzustellen. Siebzig weitere Jahre des Kampfes, der Verhandlungen und des Nachgebens waren notwendig; ja, es bedurfte eines noch blutigeren Krieges, um die Vereinigten Staaten zu einer großen Republik zusammenzuschweißen und um die Lehre von der absoluten Souveränität des einzelnen Staates zu brechen. Um den Lokalpatriotismus und die Lokalinteressen zu beschwichtigen, mußte die Unionserklärung die Einrichtung der Sklaverei anerkennen, und durch eine Reihe von späteren Kompromissen sogar dulden, daß diese auf neue Gebiete ausgedehnt wurde.

Derartige Kompromisse konnten nicht von Dauer sein. Mit den Worten Lincolns ausgedrückt konnten die Vereinigten Staaten nicht zur Hälfte frei sein, zur andern Hälfte aus Sklaven bestehen. Während eines Zeitraumes von siebenzig Jahren ergab sich ein Zwischenfall nach dem andern, der zu Drohungen mit Abfall und Krieg führte. Die Sache wurde schließlich akut und mußte ausgekämpft werden. Man hatte es drei Generationen hindurch hinausgeschoben, aber schließlich mußte die Angelegenheit geregelt werden; und als der Krieg endlich ausbrach, erwies er sich um so furchtbarer, je länger er hinausgeschoben worden war. Die europäische öffentliche Meinung mißverstand die beim Sezessionskriege in Frage stehenden Grundsätze und mißversteht sie noch. Es handelte sich im Grunde nicht, wie allgemein angenommen wird, um die Einrichtung der Sklaverei. Lincoln war fast bis zum Schlusse geneigt, diese Einrichtung nicht anzutasten. Der entscheidende Kriegsgrund war das Bestreben der Einzelstaaten, ihre Unabhängigkeit geltend zu machen und die Union zu sprengen.

Dies ist nicht der Ort, die Verfassung zu untersuchen, die es dem amerikanischen Volke möglich machte, die Vereinigten Staaten zu gründen und zu festigen; wenn aber die Zeit gekommen ist, die politische Maschinerie des Völkerbundes auszuarbeiten, wird es gut sein, jedes einzelne Stück genau zu betrachten, jedes Rad und jede Feder eines Werkzeugs, das eine so hervorragende Arbeit geleistet und in so wunderbarer Weise die Probe der Zeit bestanden hat. Man wird dann untersuchen müssen, warum der amerikanische Senat nicht nur eine Macht und ein Ansehen, die jedes andere Oberhaus in Europa verloren hat, nicht nur bewahrte, sondern warum er sich heute in einer Demokratie einer noch größeren Macht und eines größeren Ansehens erfreut, als das dem Anscheine nach demokratischere Repräsentantenhaus. Man wird die besonderen Bestimmungen untersuchen müssen, die allen Staaten, großen wie kleinen, dieselbe Vertreterzahl sichert, und so dem Staate Nevada einen ebenso großen Einfluß wie dem Staate New York einräumt, obwohl New York eine hundertmal größere Bevölkerung besitzt, wodurch offenbar dem Einwurfe begegnet wird, daß im Völkerbunde die kleinen Nationen nicht die gleiche Vertreterzahl wie die großen Staaten haben sollten. Man wird die einzigartige Stellung begreifen müssen, die der Oberste Gerichtshof in der amerikanischen Verfassung einnimmt; wie dieser es zuwege brachte, sowohl seine politischen wie juristischen Aufgaben zu erfüllen, und wie der Oberste Gerichtshof wie der amerikanische Senat sein Ansehen nicht nur erhalten, sondern sogar vermehrt hat. Man wird das wunderbare Gebäude der bundesstaatlichen Regierungsform untersuchen müssen, das einen so klar erkennbaren Präzedenzfall und ein so vortreffliches Beispiel für die Verfassung des Völkerbundes liefert.

Man ist vielleicht zu sehr geneigt, das Arbeiten der amerikanischen Regierungsform mit einer Maschinerie zu vergleichen. Das Wort „Maschinerie“ ist ganz besonders unangebracht. Die amerikanische Verfassung ist keine Maschine, sondern etwas organisch Gewachsenes. Sie wächst noch immer weiter, paßt sich den veränderten Verhältnissen an, und der Krieg hat den Wachstumsvorgang beschleunigt. Und gerade weil die amerikanische Verfassung etwas Gewachsenes und nicht eine abstrakte Theorie und noch weniger eine Maschine ist, hat sie vielleicht die Probe der Zeit bestanden. Französische, russische Verfassungen sind theoretisch vielleicht vollkom-

mener gewesen, haben aber nur ein kurzes Leben geführt. Nach hundertzwanzig Jahren einer wechsellvollen und oft tragischen Geschichte hat die amerikanische Verfassung heute in der Liebe und Verehrung des amerikanischen Volkes tiefere Wurzeln geschlagen, als vor hundertzwanzig Jahren.

VI.

Die Vereinigten Staaten als ein Experiment des Internationalismus.

Hier muß noch eine höhere Form der Übereinstimmung und Verwandtschaft zwischen dem Völkerbund und den Vereinigten Staaten betont und untersucht werden, als es die Analogie zwischen der internationalen und der zwischenstaatlichen innerhalb der Union ist. Die bloße Tatsache, daß eine politische und juristische Maschinerie gute Arbeit leistet, wird dem Völkerbunde niemals ermöglichen, die furchtbaren Hindernisse zu beseitigen, die, militärischer, wirtschaftlicher, sozialer, sprachlicher, rassentheoretischer, religiöser, sentimentaler Natur, überwunden werden müssen, falls die internationale Regierung eine Gewähr für internationales Recht und Ordnung werden soll. Das Experiment der Nordamerikanischen Republik beweist, daß Staaten, die nach Ursprung, Religion, Rasse, Überlieferung, Klima und wirtschaftlichen Hilfsquellen verschieden sind, zu einem friedlichen Gemeinwesen vereinigt werden können. Das Wachstum des amerikanischen Internationalismus zeigt ferner, wie dieses Wunder, das noch mehr ein moralisches und geistiges als ein politisches ist, in wenigen Generationen vollbracht werden konnte.

Sobald man anfängt, über die Probleme des internationalen Rechts und der internationalen Regierung nachzudenken, entdeckt man bald, daß selbst bei dem am meisten gebildeten Publikum noch immer die größte Verwirrung bezüglich der Bedeutung einer internationalen Regierung oder des internationalen öffentlichen oder privaten Rechtes vorherrscht. Die Erklärung ist, daß die Bedeutung von einer Generation auf die andere sich von Grund auf geändert hat. Ursprünglich bedeutete internationales Recht nicht ein System von Rechtsgrundsätzen oder eine Sammlung kodifizierter Gesetze, es bedeutete nur die Anwendung des geschulten Juristenverständes, d. h. gewöhnlicher Logik und kluger Weltkenntnis auf die Streitigkeiten, die sich zwischen zwei Völkern oder Angehörigen solcher Völker erhoben hatten; oder es bedeutete die Anwendung derselben Eigenschaften auf die Umschreibung der Rechtsverhältnisse der Untertanen eines Volkes, die unter die Rechtsverhältnisse eines anderen kommen.

Es ist klar, daß wenn die beteiligten Staaten nach ganz verschiedenen Gesetzen oder moralischen Anschauungen regiert werden, die Schwierigkeiten und Zwistigkeiten notwendigerweise unlösbar sind. Im Privatrecht kommt man über die Schwierigkeit hinweg, indem extraterritoriale Gerichtshöfe errichtet werden wie im fernen Osten, oder durch gemischte Gerichtshöfe wie in Ägypten. Im öffentlichen Recht löst sich die Schwierigkeit dadurch, daß der stärkere Staat dem schwächeren seinen Willen aufzwingt. Andererseits müssen bei zwei auf gleicher Zivilisationsstufe stehenden Staaten derartige Zwistigkeiten zu endlosen Verwicklungen führen. Die Frage, ob ein Untertan seine Stellung in dem einen Lande dazu benutzen

darf, sich besondere Vorteile in einem anderen zu verschaffen; die Frage, ob er in dem einen Staate sich verheiraten kann, um sich bei Unverträglichkeit der Charaktere in einem andern eine leichte Scheidung zu verschaffen; die Frage, ob er in dem einen Lande Geld verdienen und anhäufen darf, um der Einkommen- oder Erbschaftssteuer zu entgehen, indem er seinen Wohnsitz anderswo wählt; die Frage, ob ein Deutscher seine Heimat verlassen, in England einwandern darf, oder ob umgekehrt ein Engländer England verlassen kann, um in Deutschland einzuwandern, dabei aber noch seine doppelte Staatsangehörigkeit behalten kann, wie das deutsche Gesetz mit Absicht, das englische unbewußt und unschuldigerweise vorsieht; alles dies sind einige jener interessanten Fragen, die sich unter den so unendlich verschiedenartigen Verhältnissen erheben, und die dem Scharfsinn der Juristen, der Kasuistik der Richter, der Streitsucht und der Unehrlichkeit der Parteien vor Gericht mehr als genug Spielraum zum bleibenden Schaden der Allgemeinheit bieten.

So wie die Beziehungen zu den Völkern zunehmen, so wie sich Mißbräuche und unliebsame Vorfälle mehren, sowie Zusammenstöße ernsthafter und häufiger werden, reichen juristischer Scharfsinn und die einfache Anwendung des gesunden Menschenverstandes nicht mehr aus. Da man die Gesetze und die Interessen verschiedener Länder miteinander nicht in Übereinstimmung bringen kann, so ist es notwendig, ein höheres Gesetz anzuerkennen und sich auf eine breitere Grundlage zu stützen. Von dem Augenblick an kommt ein neuer Geist allmählich in die Gesetzgebung. Das internationale Recht wird langsam in ein „jus gentium“, in ein auf allgemeinen Grundsätzen aufgebautes Völkerrecht umgewandelt, das auf jeden Zustand in Raum und Zeit anwendbar ist. In einigen Ländern findet eine derartige „schöpferische Entwicklung“ des Gesetzes niemals statt. Das alte heilige römische Reich erfüllte in einem bemerkenswerten Umfange seinen politischen Zweck, unter den zweitausend Gliedern des deutschen Bundes den Frieden zu bewahren (was, nebenbei bemerkt, ein starkes Argument zugunsten des zukünftigen Völkerbundes ist). Auf der andern Seite gelang es diesem selben Reiche ganz und gar nicht, die Aufgabe seiner inneren Politik, allen seinen Bürgern gleiches Recht zu sichern, zu erfüllen. Jahrhundertlang war das deutsche Recht in einem Zustande vollkommener Verwirrung. Aber bei den meisten Typen europäischer Zivilisation läßt sich das Gesetz der schöpferischen Entwicklung beobachten. Es läßt sich in der Geschichte des römischen Rechtes beobachten, das ursprünglich das Stammesrecht einer Stadt war und schließlich zum Recht der gesamten Mittelmeerwelt sich wandelte. Auch das kanonische Recht des Mittelalters muß hier angeführt werden, das allmählich das barbarische Recht aller auf Grund des Lehnswesens regierten Staaten milderte und verdrängte. Auch in der Geschichte des französischen Rechtes und des Code Napoléon ist es zu beobachten, welch letzterer in allen europäischen Ländern, außer in Deutschland und Preußen, wohl aber im Rheinlande und der Pfalz, angenommen wurde. Es findet auch in der Geschichte des amerikanischen Rechtes seine Anwendung, wo die Gesetzgebung der Union sich allmählich immer mehr auf Kosten der Einzelstaaten ausbreitete.

Derselbe Vorgang einer fortschreitenden Umformung und einer schöpferischen Entwicklung, der sich in der Geschichte des internationalen

Rechtes beobachten läßt, zeigt sich auch in der Geschichte der internationalen Regierung.

Ursprünglich war die internationale Regierung bloß ein Werkzeug, um die Beziehungen zwischen Nationalstaaten zu regeln. Die internationale Regierung ist nicht Selbstzweck, sondern nur ein Mittel zum Zweck, wobei der Zweck darin besteht, die vollkommenste Unabhängigkeit der nationalen Souveränität sicherzustellen. Im Laufe der Zeit aber nimmt mit der Zunahme internationaler Beziehungen der Umfang der Reibungsfläche zu, und Zusammenstöße werden zu regelmäßigen Erscheinungen. Japanische Bürger wollen sich in den Vereinigten Staaten und in Australien niederlassen, aus welchen Ländern sie durch strenge Einwanderungsgesetze ausgeschlossen sind; daher entstehen Schwierigkeiten zwischen den Regierungen Japans und der Vereinigten Staaten. Deutsche Kaufleute vergrößern ihren Handel mit Marokko, während Frankreich seine Macht in demselben Lande ausdehnt; daher Streitigkeiten zwischen Frankreich und Deutschland. Britische Goldgräber wandern nach Südafrika aus und verlangen, sofort das Wahlrecht ausüben zu dürfen; es kommt daher zum Kriege zwischen Großbritannien und Transvaal. In Rumänien wird den Juden das Wahlrecht vorenthalten, während man sie in Polen blutig verfolgt; daher ruft man gewisse internationale Verträge an. Kein einziger dieser Streitfälle kann allein durch die Anwendung des gesunden Menschenverstandes oder durch einen internationalen Apparat oder durch papierene Verträge gelöst werden.

Und Streitfälle wie die angeführten, die schon vor dem Kriege akut und hartnäckig waren, werden durch den Friedensvertrag ganz gewaltig vermehrt werden. Denn dadurch, daß dieser an die Stelle großer Einheiten viele kleine setzte, die Stellung von hundert Millionen europäischer Bürger vor dem bürgerlichen und staatlichen Recht änderte, haben sich so die Gründe zu Zusammenstößen fast ins unendliche vermehrt; die Reibungsflächen haben sich ausgedehnt, und die Zahl der potentiellen Kriegsgründe ist gewaltig gewachsen.

Es ergibt sich daraus die unvermeidliche Schlußfolgerung, daß entweder Kriege noch zahlreicher und erbitterter sein werden als bisher, oder daß das dringende Verlangen nach Erhaltung von Gesetz und Ordnung und Frieden jedes Volk zwingen muß, einen Bruchteil seiner nationalen Rechte abzutreten und die Hoheit einer übernationalen Gewalt anzuerkennen und sich der Gerichtsbarkeit übernationaler Prinzipien zu unterwerfen. Mit anderen Worten, ein höheres als ein rein nationales Interesse anzuerkennen, ein höheres Gesetz als das nationale, eine höhere Instanz als die nationale Regierung, eine höhere Pflicht als den Patriotismus.

Auf dem Wege zu diesem Internationalismus haben die Vereinigten Staaten die Führung. Allerdings ist der Internationalismus nichts Neues. Vielmehr ist der Nationalismus eine verhältnismäßig neue und moderne politische Erscheinung. Der Internationalismus hat sich stets auf dem Gipfelpunkte jedes großen konstruktiven Zeitraums der Zivilisation entwickelt. Dem römischen Reiche lag ein internationaler Geist zugrunde, die katholische Kirche des Mittelalters war eine internationale Einrichtung, die französische Humanitätsbewegung des 18. Jahrhunderts sowie die französische Revolution verkündeten internationale Grundsätze. Aber der wesentliche Unter-

schied zwischen dem Internationalismus Roms oder des Katholizismus oder der französischen Revolution auf der einen und dem amerikanischen Internationalismus auf der anderen Seite ist, daß der erstere mit Gewalt erzwungen, der andere durch Freiheit, Gerechtigkeit und Ehrlichkeit erreicht wurde.

Man mag soviel darüber streiten, wie man will, in welchem Verhältnis die verschiedenen Faktoren, geographischer, wirtschaftlicher, rassen-theoretischer, politischer oder geistiger Art, dazu beigetragen haben, die amerikanische Zivilisation aufzubauen. Die einen werden den günstigen Umstand, daß unbegrenztes Land und unerschöpfliche Hilfsquellen zur Verfügung standen, betonen. Andere werden die gewaltigen Vorteile des Freihandels hervorheben und darauf hinweisen, daß die Vereinigten Staaten das größte Freihandelsgebiet der Welt sind. Andere hinwiederum werden das Hauptgewicht auf den Einfluß politischer Einrichtungen legen. Welches aber auch immer die einzelnen Gründe sein mögen, über die Größe und Vortrefflichkeit der Ergebnisse kann kein Zweifel sein. In unglaublich kurzer Zeit wird der Fremde zum Staatsbürger gewandelt; der Jude verliert den Stempel der Knechtschaft, Russen und Polen, Ungarn und Serben vergessen ihre Erbfeinden und vereinigen sich in einem gemeinsamen Staatsbürgertum. In der alten Welt scheinen die Völker die Fähigkeit, solche anderen Ursprungs aufzunehmen, verloren zu haben. Weder die Deutschen, noch die Russen, noch die Österreicher waren in der Lage, im Laufe von hundert Jahren die Polen zu assimilieren. Die Engländer können die Iren oder die französischen Kanadier nicht assimilieren. Im Gegensatz hierzu assimiliert der amerikanische Geist in wenigen Jahren Menschen jeder Rasse und Sprache, jeder und keiner Religion. Er wandelt diese innerlich und äußerlich um. Er bringt es fast zuwege, einen neuen Körpertyp zu schaffen. Man erblickt hier doch sicherlich das, was schon einmal als moralisches Wunder bezeichnet wurde; hier geschah wieder einmal etwas, das vorher niemals in der ganzen Menschheitsgeschichte in diesem Umfange beobachtet wurde. Niemals wurde in den Jahrbüchern des Menschengeschlechts die Zauberkraft der Freiheit und der Großmut so herrlich offenbart.



KAPITEL XV.

Die Stellung der kleinen Völker innerhalb des Bundes.

Der Weltkrieg hat fast mit einem Schlage vier große Militärmächte vernichtet. Es scheint, als ob der Vorgang des politischen Zusammenschlusses, der in Frankreich im 13. Jahrhundert begann und Hunderte von Jahren sich fortsetzte, plötzlich aufgehalten wurde. Aber die Vernichtung Deutschlands und Österreichs, Rußlands und der Türkei bedeutet nicht, daß Europa sich plötzlich in seine Bestandteile aufgelöst hätte. Sie bedeutet nicht, daß man nach den Tagen der großen, zentralisierten Staaten nun das Zeitalter der kleinen getrennten Nationalitäten erleben würde.

Die glänzende Vereinsamung vergangener Zeiten ist heute selbst für Großmächte eine Unmöglichkeit. Noch viel unmöglicher aber ist sie für kleine und schwache Staaten. Als im Jahre 1848 Europa genau wie heute mit Zersetzung bedroht war, meinte der große böhmische Patriot und Geschichtsschreiber Palatzky, wenn Österreich nicht bestünde, so müßte man es erfinden. Palatzky wünschte damit zu sagen, daß in Mittel- und Osteuropa, wo sich durch einen langen Vorgang geschichtlicher Entwicklung eine große Anzahl nationaler Gruppen gebildet haben, die einzige Regierungsform, die diesen Gruppen Frieden und Wohlfahrt sichern kann, irgend eine Art des Zusammenschlusses durch Bündnis wäre. In diesem Zusammenhange ist es von Interesse zu beobachten, wie selbst die dahingegangenen Reiche sämtlich unter irgend einer Gestalt des Bundesverhältnisses regiert wurden. Sogar in dem alten türkischen Reiche erfreuten sich vor dem Berliner Kongreß die einzelnen Balkanstaaten unter Anerkennung der Oberhoheit des Sultans einer beträchtlichen Freiheit. Finnland war sogar unter dem Zarenregiment ein autonomer Staat, und sogar Polen waren durch den Wiener Kongreß konstitutionelle Rechte eingeräumt worden. Selbst unter den Habsburgern hatte Böhmen seine historischen Vorrechte nicht eingebüßt, und Galizien war so gut wie unabhängig. Sogar unter den Hohenzollern bewahrte Bayern seine eigene Heeresverwaltung und seine eigene auswärtige Vertretung. Aber alle diese Formen des Bündniswesens krankten daran, daß ihnen die Anwendung von Gewalt als Prinzip zugrunde lag, daß es sich nur um einen „imperialistischen Staatenbund“ handelte, welches ein in sich widersprechender Ausdruck ist, den man auch zu Unrecht auf das britische Weltreich angewandt hat. Ein „imperialistischer Foederalismus“ ist eine Unmöglichkeit. Nach den Regeln der Logik und Etymologie („foedus“ = Bündnis) muß ein Bund das Ergebnis eines freien Vertrages sein, den auf gleicher Grundlage stehende Parteien abschließen. Ein Bund ist die aufs höchste gesteigerte Form der Regierung. Er setzt einen genauen Ausgleich entgegenstehender Prinzipien voraus. Er vereinigt Einheit und Vielheit, Freiheit und Zwang, Zentralisation und Dezentralisation. Er setzt eine lange politische Entwicklung voraus, und ferner, daß man sich gewöhnt habe, sich zu beherrschen und sich zu vertragen.

Gerade weil eine Regierung nach dem Bundesprinzip die vollkommenste und verwickelteste Form darstellt, so sind Versuche mit ihr zwar immer wieder angestellt worden, um immer wieder fehlzuschlagen. Die Geschichtsschreiber berichten über drei Beispiele erfolgreicher Bündnisstaaten in der neueren Zeit: nämlich über das schweizer, das holländische und das deutsche Beispiel. Man kann aber nicht umhin zu gestehen, daß keins dieser Experimente einen befriedigenden Schluß zuläßt. Der alte Schweizerbund hatte einen zu geringen Umfang und die geographischen Eigentümlichkeiten der Schweiz sind zu eigenartig, um irgend welche allgemeine Schlüsse zuzulassen. Die Verbindung der sieben holländischen Provinzen war kein Bündnis gleichartiger Staaten im modernen Sinne. Fast von Anfang an besaß die Provinz Holland die Vorherrschaft in den Niederlanden, und zwar eine so vollständige, daß der Name dieser einen Provinz allmählich auf den ganzen Bund ausgedehnt wurde. Das alte Deutsche Reich war eine zusammenhanglose Masse von zweitausend souveränen Staaten, die gegen Ende des 18. Jahrhunderts nur noch durch

eine Fiktion zusammengehalten wurden. Das neue Reich Bismarcks war nur eine andere Form des preußischen Despotismus. Ja, wenn man die ganze neuere Geschichte der Regierung durch Bündnisse durchforscht, so bleibt nur ein vollkommenes Beispiel: nämlich die Vereinigten Staaten. Hierin liegt das einzigartige Interesse, das eine wissenschaftliche Erforschung der nordamerikanischen Republik bietet. Sie stellt das einzige erfolgreiche Experiment dar, das je in der Menschheitsgeschichte versucht wurde.

I.

Im Frühjahr 1787 versammelten sich Abgeordnete von zwölf unter den dreizehn nordamerikanischen Staaten, die soeben ihre Unabhängigkeit erkämpft hatten, in Philadelphia, um die Verfassung der neuen Republik auszuarbeiten. Niemals vorher waren so wichtige Entscheidungen in die Hände einer politischen Versammlung gelegt worden. Dem äußeren Anscheine nach waren diese Abgeordneten weiter nichts als die Vertreter von vier Millionen aufständischer Ansiedler in einem neuen und halbkultivierten Lande. In Wirklichkeit aber handelte es sich in ihren Beratungen nicht nur um die Zukunft der gesamten amerikanischen Erdhälfte, sondern auch um die europäische Zivilisation. Die Hauptfrage, die sie zu entscheiden hatten, war, ob die neue Welt die Fehler der alten fortsetzen, oder ob sie ein neues Kapitel anfangen sollte; ob die neue Welt ein Konglomerat mit einander in Streit liegender Staaten, von denen jeder seinen eigenen Vorteil suchte und seine eigenen Kriege führte, sein sollte, oder ob diese sich feindlichen Staaten zu einem großen, im gleichen Sinne handelnden Gemeinwesen zusammengeschweißt werden sollten.

Das Ende der Bundestagung fiel mit der Eröffnung der Generalstaaten von Frankreich zusammen. Keiner unter den Geschichtsschreibern der französischen Revolution, sogar Carlyle und Michelet nicht, erwähnen dieses auffällige Zusammentreffen. Auch in den Geschichtsbüchern, die im allgemeinen die Ansichten des Publikums vom Wert der geschichtlichen Ereignisse darstellen, fehlt ein solcher Hinweis. Und doch haben in der wirklichen Geschichte die geheimen und persönlichen Verhandlungen dieser fünfundfünfzig amerikanischen Abgeordneten eine weit größere Bedeutung für die Geschichte des Menschengeschlechts gehabt, als die revolutionäre Versammlung mit all ihrem Prunken und Prahlen.

II.

Haben die europäischen Geschichtsschreiber die Bundesversammlung von Philadelphia übergangen, so muß zugegeben werden, daß selbst amerikanische Geschichtsschreiber ihre wahre Bedeutung nicht verstanden haben. Es ist ihnen nicht genügend klar geworden, daß die Abgeordneten ein Problem zu lösen hatten, daß niemals vorher in der Menschheitsgeschichte in Angriff genommen worden war. Es wurde ihnen nicht klar, daß es sich nicht um nationale sondern um internationale Dinge handelte. Im strengen Sinne genommen war die den fünfundfünfzig Abgeordneten gestellte Aufgabe fast mit der der Pariser Konferenz vorliegenden identisch. Und gerade diese Identität verleiht der Bundesversammlung von Philadelphia ein so aktuelles und lebendiges Interesse. Die Tatsache, daß die nordamerikanische gesetzgebende Versammlung kein nationales Parlament sondern eine inter-

nationale Zusammenkunft war, drückt sich sogar in dem von nun an für die neue gesetzgebende Versammlung geltenden Namen aus. Es war kein Parlament von Bürgern. Es war ein „Kongreß“ amerikanischer Staaten, genau so wie man die Mitglieder des Senats nicht als zu einem Oberhaus gehörig, sondern als die Gesandten ihrer betreffenden Staaten betrachten muß, genau so wie die Mitglieder des deutschen Bundesrats die Gesandten ihrer betreffenden Fürsten waren. Heute sind der internationale Charakter des nordamerikanischen Kongresses und der diplomatische Charakter des amerikanischen Senats in den Hintergrund gedrängt worden. Man hat behauptet, die Errungenschaft der großen rationalistischen Denker des achtzehnten Jahrhunderts würde heute, gerade weil sie so sehr erfolgreich waren, unterschätzt. In gleicher Weise wird die Errungenschaft der Bundesversammlung von Philadelphia nicht genügend gewürdigt, gerade weil sie ihre Aufgabe so vollkommen erfüllt hat. Die unabhängigen und souveränen Staaten, die im Jahre 1787 ihre Bevollmächtigten nach Philadelphia sandten, haben fast zu bestehen aufgehört. Der Staatenbund ist zu einem Bundesstaat geworden. Die internationalen Fragen sind so vollständig in den nationalen aufgegangen, daß man heute vergißt, daß diese jemals die bedeutenderen waren.

III.

Man kann Europäern verzeihen, daß sie diese wesentliche internationale Seite nicht gesehen haben, weil selbst die Amerikaner diese Angelegenheit stets falsch erklärt haben und dazu beitrugen, die europäische öffentliche Meinung über die wahre Natur der nordamerikanischen Republik irrezuführen. Zwei Theorien haben sich der Gunst der amerikanischen Denker erfreut: Die Theorie von dem Vorrang der Bundesregierung, die ihren Hauptverteidiger in Daniel Webster fand, und die Theorie von der Souveränität und Unabhängigkeit der einzelnen Staaten, die nicht weniger beredt und sogar leidenschaftlicher von Calquhoun verteidigt wurde. Der Verfasser ist der Meinung, daß hier die falsche als die richtige Auffassung hauptsächlich im Interesse einer großen politischen Partei und der amerikanischen Einheit hingestellt wurde. Was in Amerika geschah, ist genau dasselbe, was in der Geschichte politischer Ideen stets zu geschehen pflegt. Man erfindet politische Lehren, um praktischen Zwecken zu dienen, und die amerikanischen Lehren wurden den Bedürfnissen der amerikanischen Republik angepaßt. Nun war es von Anfang an ein wesentliches nationales Interesse, den souveränen und permanenten Charakter des Bundes zu betonen, den zerstörenden Kräften entgegenzutreten, die Forderungen der Anhänger der Rechte des Einzelstaates abzuweisen. Man behauptete, die Staaten hätten von vornherein ihre Rechte aufgegeben, ihre Persönlichkeit verloren, und wären in dem Bunde der Union aufgegangen. Vom praktischen Standpunkte aus hatte diese Bundestheorie zweifellos recht; aber vom rechtlichen und historischen aus war sie falsch. Die Staatskunst stand auf seiten Daniel Websters, aber Logik und Recht waren auf der Seite Jeffersons und Calquhouns. Keine Kasuistik und keine Beredsamkeit vermögen die Tatsache zu verschleiern, daß die Bundesversammlung, aus der die Vereinigten Staaten hervorgehen sollten, einen Vertrag zwischen freien und souveränen Staaten abschloß. Im Jahre 1789 wurde kein Bundesstaat sondern ein Staatenbund

oder eine Gemeinschaft von Staaten gebildet. Vielheit, nicht Einheit, stand am Anfang der Vereinigten Staaten. Heute haben hundert Jahre eines gemeinsamen politischen Daseins die Vielheit zu einem einzigen Gemeinwesen umgestaltet, und indem das Wort „The United States“, eine grammatische Mehrzahl, als Einzahl gebraucht wird, hat sogar die englische Sprache den Übergang dieser Vielheit in die geschlossene Einheit gutgeheißen.

IV.

Gerade die Vollständigkeit des Sieges des Bundesgedankens hat veranlaßt, daß die Geschichte der letzten hundert Jahre falsch gelesen wurde. Sie hat veranlaßt, daß die fast unüberwindlichen Schwierigkeiten, die überwunden werden mußten, ehe der nordamerikanische Bund eine wirkliche Union wurde, nicht nur in der Theorie, sondern auch in Wirklichkeit zu niedrig eingeschätzt wurden. Diese Schwierigkeiten waren tatsächlich nicht geringer als die noch von dem europäischen Völkerbund zu überwindenden. Der amerikanische Patriotismus ist den Männern von 1787 und der Größe ihrer Errungenschaften nie gerecht geworden. Man hat die kriegerischen Erfolge des Unabhängigkeitskrieges auf Kosten der politischen Errungenschaften gepriesen. Indem in diesem Buche der Versuch gemacht wird, das, was die Amerikaner mit ihren britischen Feinden vereinte, eher als das, was sie von diesen trennte, zu betonen, wird anscheinend etwas historisch Widersinniges behauptet. Es wird aber nur eine reine historische Wahrheit behauptet, wenn man sagt, das bleibende, zur Einheit treibende Element sei das britische Erbteil gewesen, während das zeitweilig trennende Element das amerikanische Erbteil war, nämlich die separatistischen, durch zwei Jahrhunderte amerikanischer Lokalgeschichte geschaffenen Einflüsse. Heute erzählen uns die Gegner des Völkerbundes „ad nauseam“, es bestünde keine Übereinstimmung zwischen den Zuständen in Amerika und in Europa; die nordamerikanischen Staaten trennenden Unterschiede seien nie so groß noch so weitreichend wie die zwischen den europäischen Staaten bestehenden gewesen. Man könnte aber fast behaupten, jene amerikanischen Unterschiede seien fast größer als irgendwelche europäischen gewesen. Allerdings verband eine gemeinsame Sprache von Anfang an sämtliche Nordamerikaner; aber die gemeinsame Sprache hinderte Schottland nicht, fünfhundert Jahre lang der Erbfeind Englands zu sein; und dieselbe gemeinsame Sprache hindert Irland nicht, noch der Erbfeind zu bleiben. Abgesehen von der Sprache trennte jeder physische, politische und geistige Faktor die nordamerikanischen Staaten. Zunächst wurden sie durch das Hindernis der Entfernung getrennt, was vor dem Zeitalter der Eisenbahnen wirklich ein gewaltiges Hindernis war zu einer Zeit, als acht Tage erforderlich waren, um von der Südgrenze des Staates New York an die Nordgrenze zu gelangen. Zweitens trennte sie der Klimaunterschied. Im Süden war das Klima tropisch, im Norden fast arktisch in seiner Strenge. Drittens trennte sie der Unterschied der wirtschaftlichen Interessen. Der Süden war stets für den Freihandel, der Norden stets für Schutzzölle. Viertens trennten Unterschiede der sozialen Gliederung beide. Der Süden war stets aristokratisch und oligarchisch, während der Norden demokratisch war. Fünftens trennten religiöse Unterschiede beide. Im Süden herrschten die anglikanische Kirche und der Katholizismus; im Norden ein fanatischer Calvinismus

und puritanischer Presbyterianismus. Sechstens trennte sie das gewaltige Hindernis der Sklaverei. Ferner schied beide siebtens die Ungleichheit des Umfangs, da es große neben kleinen Staaten gab, wobei diese Ungleichheiten ebenso groß waren, wie sie nur immer zwischen den vier Großmächten und den kleinen Völkern in Europa sein mögen. Und als letztes aber keineswegs geringstes sei angeführt, daß die dreizehn ursprünglichen Staaten der nordamerikanischen Union durch einen heftigen Lokalpatriotismus getrennt wurden. Der Heimatstolz Virginians, das während zweier Generationen eine Pflanzschule politischer Führer war, und das fast ein Monopol für Staatsmänner und Präsidenten besaß, war so leidenschaftlich exklusiv, wie nur der Patriotismus eines Franzosen oder Deutschen sein kann. Die Leute, die heute in wilder Verzweiflung von den Hindernissen auf dem Wege zum Völkerbunde reden, und die diese Hindernisse für unüberwindlich halten, sollten die Geschichte der nordamerikanischen Union genauer studieren. Wenn sie dies getan haben, sollte man sie auffordern, einen einzigen Faktor zu nennen, der heute die europäischen Staaten trennt, und der nicht mit gleich zwingender Kraft auf dem amerikanischen Festlande wirkte.

V.

Heute nimmt man die nordamerikanische Union fast als etwas Selbstverständliches hin. Man redet vergnügt von einer Art geographischer Bestimmung und von einer unvermeidlichen historischen Entwicklung. In der amerikanischen Geschichte gibt es nichts Vorherbestimmtes oder Unvermeidliches. Die amerikanische Republik ist die Schöpfung des freien Willens und der Weisheit der Staatsmänner. Die nordamerikanische Republik ist ein künstliches, kein natürliches Erzeugnis. Die nordamerikanische Republik ist so wenig ein unvermeidliches Erzeugnis, daß ein politischer Prophet vor hundert Jahren sie sehr wohl für eine Unmöglichkeit hätte erklären können. Und in der Tat erklärten politische Propheten sie für einen utopischen Traum. Die Union kam genau so zustande, wie der Völkerbund zustande kommen muß, bloß weil das amerikanische Volk entschlossen war, daß sie entstehen sollte. Die Union kam zustande, weil ihre Schöpfung eine Lebensfrage war, und weil diejenigen, die dies einsahen, bereit waren, die nötigen Opfer zu bringen. Nur in einem Sinne kann man sagen, die nordamerikanische Union sei nicht das Ergebnis des menschlichen Willens, sondern eines historischen Zusammentreffens gewesen, das im Jahre 1779 stattfand, heute aber nicht zu beobachten ist. Die Geburt der Union traf mit einer auf staatlichen Aufbau hinggerichteten Zeitströmung, mit einer Zeit politischer Riesen zusammen. Nur weil Washington und Jefferson, Maddison und Hamilton, Adams und Franklin von Anfang an klar die große Bedeutung des Zieles und die Mittel, mit denen dies Ziel zu erreichen war, erkannten, wurde das amerikanische Wunder möglich. Und nur wenn die heutigen Staatsmänner denselben Weitblick und dieselbe Weisheit zeigen, wird das neue Wunder des Völkerbundes zur vollendeten Tatsache werden.

VI.

Eine der schwierigsten Aufgaben, die die Versailler Konferenz zu lösen hatte, war es, die Stellung der kleinen Staaten innerhalb des Völkerbundes

zu bestimmen, nämlich ob sie rechtlich gleichgestellt oder politisch unterstellt sind. Von der hierauf gegebenen Antwort wird zum großen Teile der Erfolg oder der Mißerfolg des Bundes abhängen.

In einer seiner letzten Reden als Reichskanzler erklärt Herr von Bethmann-Hollweg, Deutschland sei bereit, in irgend einem nach dem Kriege zu gründenden Völkerbunde die Führerrolle zu übernehmen. Seine Erklärung über diese eventuelle deutsche Führerschaft war für den Deutschen bezeichnend. Es fiel Herrn von Bethmann-Hollweg nicht ein, daß die beiden Ideen der Führerschaft und eines Bundes freier Völker sich widersprechen, daß es in einem Bunde freier Völker keine Führer- oder Vorherrschaft geben kann. Man kann sich unschwer vorstellen, wie ein deutscher Völkerbund ausgesehen hätte, wenn Deutschland siegreich und in der Lage gewesen wäre, nach streng preußischen Grundsätzen die Welt zu ordnen. Das Deutsche Reich würde zum Völkerbund in demselben Verhältnis gestanden haben wie Preußen zum Deutschen Reiche. Der neue Völkerbund wäre einfach ein deutscher Bund im allergrößten Maßstabe gewesen, mit einem internationalen Bundesrat, in dem Deutschland die Mehrheit gehabt hätte.

Man hätte die Erwartung hegen können, der von den siegreichen Verbündeten geschaffene Völkerbund würde das genaue Gegenteil einer derartigen deutschen Erfindung gewesen sein; daß unter der neuen Ordnung den kleinen Staaten absolute Gleichheit mit den Großmächten verliehen worden wäre. Seltsamerweise unterscheidet sich der erste Entwurf zum Völkerbund nicht wesentlich von dem, was in einem deutschen Plane gesteckt haben würde. Der neue Bund bleibt im Wesentlichen ein Konzern der Großmächte. Ihnen allein ist das Reich, die Kraft und die Herrlichkeit.

Schon in einem der obigen Kapitel wurde auf die einleuchtenden Gründe hingewiesen, die man anführen kann, um die Verfassung des neuen Bundes zu rechtfertigen. Realpolitik wie auch der gesunde Menschenverstand scheinen zugunsten der angenommenen Lösung zu sprechen. Ein Völkerbund muß notwendigerweise ein Konzern der führenden Großmächte sein. Alle wichtigen Entscheidungen müssen bei diesen liegen, denn sie allein vermögen ihre Entscheidungen auszuführen; sie allein sollen die großen Opfer bringen. Es wäre unrecht und ungeheuerlich, wollte man den Willen Deutschlands, Rußlands, Frankreichs oder Großbritanniens durch den Willen Belgiens, Dänemarks, Liberias, Uruguays oder Paraguays ausschalten.

Aber die oberflächlichste Untersuchung wird beweisen, daß die Argumente der Realpolitik gänzlich ohne Beweiskraft sind. Niemand würde das Recht der großen Staaten, bei der Ausführung der Entschließungen des Völkerbundes das letzte Wort zu sprechen, beanstanden, denn in jeder nur denkbaren Verfassung muß den Großmächten das letzte Wort gehören. Aber hier geht es nicht um die ausführende Betätigung des Bundes, sondern um eine gesetzgeberische und rechtliche Betätigung, und in bezug auf diese haben die kleinen Staaten das Recht, absolute Gleichstellung mit den Großen zu verlangen. Eine Einrichtung wie die des gegenwärtigen Völkerbundes ist die Verneinung jener Ideale und Ziele, zu deren Erreichung der Völkerbund gegründet wurde.

Der oberste Zweck des Völkerbundes besteht darin, Recht und Gesetz und nicht Macht betreffende Fragen zu lösen. Nun betreffen Fragen des Rechts kleine Völker ebenso, nein sogar mehr, als große. Die kleinen

Staaten haben ein noch stärkeres Interesse daran, dem Recht zum Siege zu verhelfen. Mit den Rechten der Völker geht es ebenso wie mit den Rechten des Einzelnen. Im demokratischen Wahlsystem wird jedem Bürger eine Stimme gegeben, nicht weil er Reichtum oder Einfluß besäße, sondern bloß weil er ein Bürger ist. Bei der Zusammenstellung der Geschworenen werden diese gewählt, nicht weil sie Reichtum oder Einfluß besäßen, sondern bloß weil es Bürger sind. Warum sollte das in der Demokratie führende Prinzip der Rechtsgleichheit nicht auch das Prinzip des Völkerbundes sein, das weiter nichts als die aufs Internationale angewandte demokratische Regierungsform ist?

Der zweite Zweck, zu dem ein Völkerbund besteht, ist der, die internationale Ordnung und den Frieden aufrechtzuerhalten. Es ist aber wahrscheinlicher, daß ein Krieg eher aus dem Streit zwischen einem kleinen und einem großen Staate entsteht als aus dem Streit zwischen zwei großen. Tatsächlich entstehen Kriege meistens, weil ein kleiner Staat von einem großen geschädigt oder angegriffen wurde. Soll aber der Völkerbund zwischen einem kleinen Staate und einer Großmacht vermitteln, so sieht man nicht ein, warum die kleinen Staaten die Entscheidung der Großmächte annehmen sollten, falls sie nicht sicher sind, daß ihnen Gerechtigkeit widerfahren wird. Und wie können sie dessen sicher sein, wenn sie immer durch eine Vereinigung der Großmächte überstimmt werden?

VII.

Wir brauchen aber die Frage bezüglich der Beziehungen zwischen den kleinen Staaten und den Großmächten nicht bloß auf theoretischer Grundlage zu beantworten. Das Experiment ist gemacht worden, ein großes historisches Vorbild hat das Problem für alle Zeiten gelöst, und das ist die Verfassung der Vereinigten Staaten.

Die große Schwierigkeit, die der Bildung einer umfassenden nordamerikanischen Republik im Wege stand, war gerade das Problem der Stellung der kleinen Staaten innerhalb der Union. Sämtliche dreizehn Staaten wurden von der Furcht geplagt, sie könnten von mächtigen Nachbarn tyrannisiert oder von der Union gänzlich absorbiert werden. Das eine gewaltige und anscheinend unüberwindliche Hindernis war der Widerstand der drei Großen, nämlich der Staaten Virginien, Massachusetts und Pennsylvanien. Monatlang währten die Debatten zwischen den Vertretern der großen und der kleinen Staaten. Schließlich ergab sich ein einfaches und unvermeidliches Kompromiß. Es war dies aber, wie alle einfachen und unvermeidlichen Lösungen, die letzte Lösung, die den streitenden Parteien einfiel. Unter der nordamerikanischen Verfassung ist die politische Gewalt zwischen den großen und kleinen Staaten geteilt. Im Repräsentantenhause, das sich mit sämtlichen inneren Fragen befaßt, herrscht das Prinzip der Macht, der Zahl und des Reichtums. Dagegen herrscht im Oberhaus oder Senat, der sich mit sämtlichen auswärtigen Angelegenheiten befaßt, das Prinzip der Gleichheit. Für die Wahlen zum Repräsentantenhaus gibt es keine Einzelstaaten. Für die Wahlen zum Senat werden alle Staaten als souverän und gleich angesehen. Der Staat Nevada wählt zwei Senatoren genau so wie der Staat New York. Ein Senator aus dem Staate Delaware vertritt fünfzigtausend Bürger; ein Senator aus New York ungefähr fünf Millionen. Nevada

mit einer Bevölkerung von 99000, Wyoming mit 170000, Delaware mit 210000, Arizona mit 240000 haben je dieselbe Anzahl Vertreter wie New York mit einer Bevölkerung von 10000000, oder Pennsylvania mit 9000000, oder Illinois mit 6000000, oder Ohio mit 5500000. Mit anderen Worten, die bei der Senatswahl abgegebene Stimme eines Bürgers von Nevada gilt ebensoviel wie die von hundert Bürgern in New York; oder, um einen andern Vergleich zu wählen, vier von den kleinen Staaten mit einer Bevölkerung von annähernd 728000 entsenden dieselbe Anzahl Vertreter wie die vier größeren Staaten mit ungefähr 30000000.

Man hätte vernünftigerweise erwarten können, daß in Übereinstimmung mit der unerbittlichen Logik der modernen Demokratie das auf Grund allgemeinen Wahlrechts zustande gekommene Repräsentantenhaus der Union allmählich alle Gewalt, allen Einfluß und alles Ansehen an sich gerissen haben würde, und daß ein die kleinen Staaten und eine Minderheit der Bevölkerung vertretender Senat unvermeidlich ebenfalls jener Ohnmacht und Geringschätzung verfallen würde, die allen Oberhäusern und Herrenhäusern europäischer Verfassungen zuteil wurde. Aber genau das Gegenteil geschah. Während der Einfluß des Repräsentantenhauses ständig sank, hat der des Senates der nordamerikanischen Union in demselben Grade zugenommen. Es kann nicht der geringste Zweifel bestehen, daß die amerikanische Geschichte sich durchaus zugunsten der gleichen Vertretung der kleinen Staaten ausgesprochen hat. Der nordamerikanische Senat steht als ein hervorragender Erfolg moderner Staatskunst da, als die höchste Errungenschaft politischer Weisheit. Er war der einigende, mäßigende Faktor der Politik der Union. Er war die Stütze von Gesetz und Ordnung.

VIII.

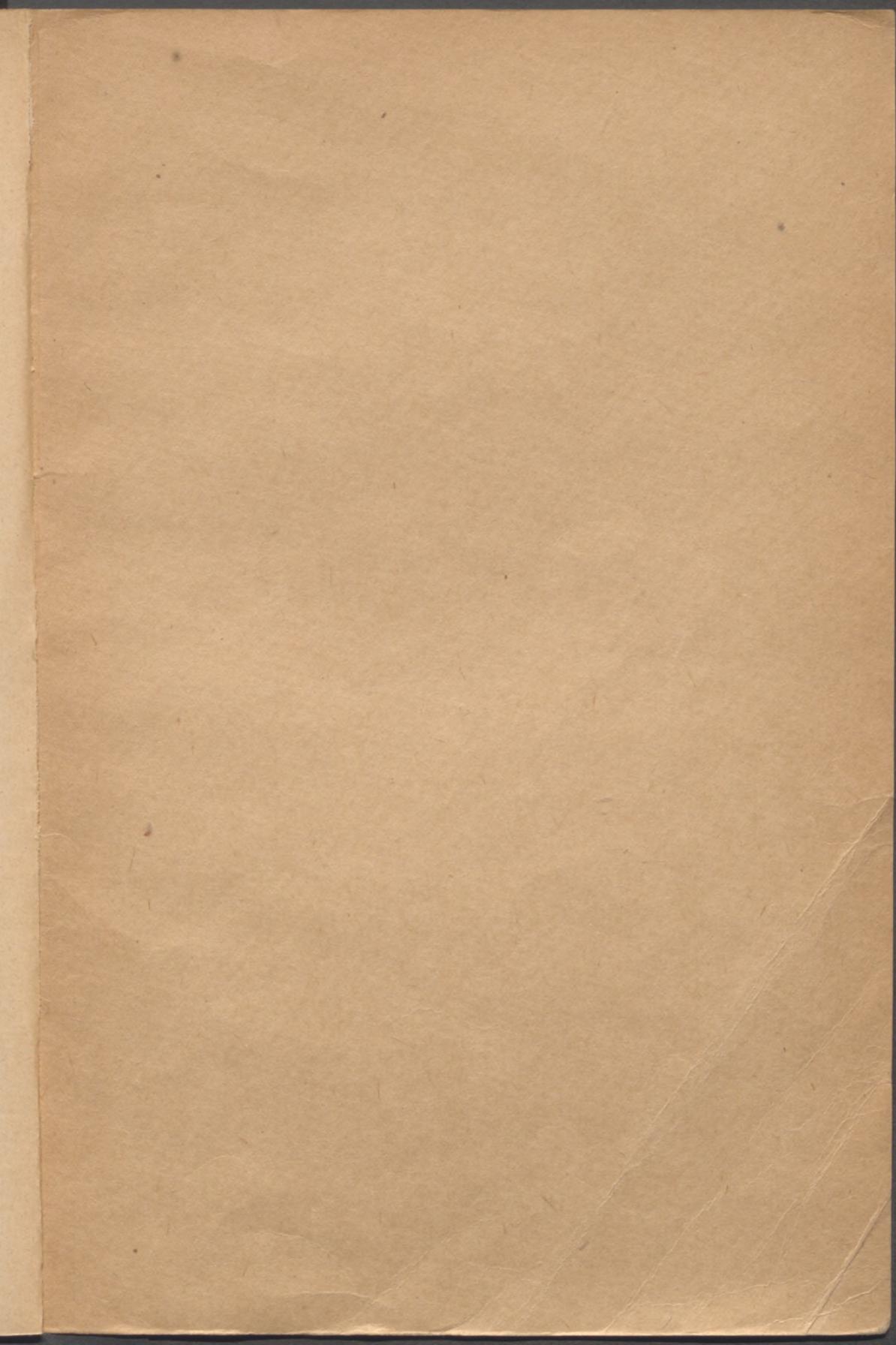
Verwirft man den Grundsatz der Gleichheit, so bleibt man damit unter dem Einfluß der alten Realpolitik, die durch diesen Krieg endgültig in Mißkredit geraten sein sollte. Wenn der Völkerbund sich durch dieses amerikanische Experiment, das hundertunddreißig Jahre lang erprobt wurde, leiten läßt, so muß er anerkennen, daß gleiche Vertreterzahl und gleiche Rechte die einzige Grundlage sind, auf der der Völkerbund errichtet werden kann. Es handelt sich nicht, wie viele Völkerrechtslehrer zu glauben scheinen, um eine rein technische Frage, die Rechte souveräner Staaten betreffend, die gleich sind, bloß weil sie souveräne Staaten sind; denn unter der neuen internationalen Ordnung wird es eine absolute Souveränität der Staaten nicht mehr geben. Es handelt sich eher um eine moralische Frage, nämlich um die Frage des gleichen Rechtes für Schwache wie für Starke. Steht irgend eine rechtliche Angelegenheit zur Entscheidung, so muß das kleine Belgien dasselbe Gewicht wie das russische Reich, das kleine Dänemark und das kleine Holland ebensoviel wie das britische Weltreich haben. Es hieße die Werte in gröblicher Weise falsch einschätzen, wollte man in Angelegenheiten des Rechts und der Gerechtigkeit zwischen großen und kleinen Staaten einen Unterschied machen; es hieße diesen Völkerbund zu sicherem Mißerfolge verurteilen.



Biblioteka Główna UMK



300051552129



205

Biblioteka
Główna
UMK Toruń

584126

Biblioteka Główna UMK



300051552129